

Das Parlament

Berlin, Montag 30. Januar 2017

www.das-parlament.de

67. Jahrgang | Nr. 5-7 | Preis 1 € | A 5544

KOPF DER WOCHE

Gabriels Verzicht

Sigmar Gabriel Er hat in diesem Jahr für den größten politischen Knalleffekt gesorgt: Sigmar Gabriel erklärte am vergangenen Dienstag überraschend seinen Verzicht auf die Kanzlerkandidatur und den SPD-Parteivorsitz.



Der bisherige Europa-Parlamentspräsident Martin Schulz soll diese Positionen übernehmen. Gabriel wechselt vom Wirtschafts- ins Außenministerium und wurde schon am Freitag für das neue Amt ernannt – ebenso wie seine bisherige parlamentarische Staatssekretärin Brigitte Zypries (SPD), die Ressortchefin wurde. Wochenlang hatten die Parteioberen immer wieder verkündet, die Entscheidung über die Kanzlerkandidatur falle auf einer Vorstandssitzung am 27. Januar. Mit einem »Stern«-Interview war Gabriel dann aber selbst vorgeprescht. Der Mann aus Goslar litt unter anhaltend schwachen Umfragewerten für seine Partei und sagte, Schulz habe die »eindeutig besseren Wahlchancen«.

ZAHL DER WOCHE

7

Frauen sitzen nach der Vereidigung von Brigitte Zypries (SPD) als neue Wirtschaftsministerin als Nachfolgerin für den ins Außenressort gewechselten Parteifreund Sigmar Gabriel jetzt im Bundeskabinett. Mit 8 Männern hat das andere Geschlecht im Kabinett jetzt nur noch einen Kopf Überzahl.

ZITAT DER WOCHE

»Ich stelle mich der Aufgabe mit Demut.«

Martin Schulz, bisheriger Europaparlamentspräsident, zum Vorschlag von SPD-Chef und Minister Sigmar Gabriel, Kanzlerkandidat und neuer Parteivorsitzender zu werden.

IN DIESER WOCHE

INNENPOLITIK
Videoüberwachung Initiativen der Regierung für die innere Sicherheit Seite 6

KULTUR UND BILDUNG
Berlinale Vorbericht zum Berliner Filmfestival in diesem Jahr Seite 8

EUROPA UND DIE WELT
Irak Die Bundeswehrmission im Norden des Landes wird verlängert Seite 10

WIRTSCHAFT UND FINANZEN
Immissionen Parlament befasst sich mit Kinderlärm auf Sportplätzen Seite 13

MIT DER BEILAGE



Das Parlament
Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH
60268 Frankfurt am Main



4 194560 401004

Auf Erhard's Spuren

WIRTSCHAFTSBERICHT Gabriel präsentiert gute Zahlen. Sorge vor globalen Entwicklungen

Mahnung vor Wahlversprechen statt kämpferischer Töne: Sigmar Gabriel (SPD) verließ am vergangenen Donnerstag im Bundestag die wirtschaftspolitische Bühne mit einem derart staatsmännischen Auftritt, als sei es nicht sein letzter Arbeitstag als Bundesminister für Wirtschaft und Energie, sondern bereits sein erster als Außenminister. »Es waren gute Jahre im Wirtschaftsministerium«, resümierte er. Zum dritten Mal hatte er zuvor einen Jahreswirtschaftsbericht der Bundesregierung vorgestellt – mit praller Erfolgsbilanz: Bundestag und Regierung hätten »gute Weichenstellungen« vorgenommen für »Wachstum und Innovation, für Teilhabe und dafür, dass die Energiewende nicht nur eine ökologische, sondern auch eine ökonomische Erfolgsgeschichte wird«. Auch mit dem Arbeitsmarkt zeigte sich der Minister grundsätzlich zufrieden. Die positive Entwicklung sei »der Erfolg vieler, vieler Menschen, die hart arbeiten in unserem Land und eine gute Ausbildung haben«.

Den Titel des Jahreswirtschaftsberichts – »Für inklusives Wachstum in Deutschland und Europa« – übersetzte Gabriel mit Verweis auf Ludwig Erhard (CDU) als »Wohlstand für alle«. Von dem nach Deutschland noch ein »gutes Stück entfernt«. Von der guten Wirtschaftslage profitierten nicht alle. 7,5 Millionen Menschen verdienten weniger als 10 Euro pro Stunde, 18 Prozent arbeiteten im Niedriglohnssektor, sagte der Minister. Sorge bereitet Gabriel auch die globalen Entwicklungen. Die Europafeindlichkeit habe mit sozialen Verwerfungen in einem Teil der EU, Hochmut und nationaler Stimmungsmache in dem anderen »ein gefährliches Ausmaß« angenommen: Auch Deutschland sei nicht immun gegen solche Strömungen.

Doch nicht nur die Europafeindlichkeit bedrohe die wirtschaftliche Entwicklung, sondern auch die protektionistischen Töne aus Amerika und anderen Ländern. Das sei zwar »gefährlich für uns«, allerdings müsse Europa gegenüber den USA auch nicht »ängstlich und unterwürfig« sein. Zart ließ dann doch der kommende Wahlkampf grinsen: »Unzufrieden« sei er, wie in Regierung und Koalition über die Verwendung der Haushaltsüberschüssen diskutiert werde. »Riesigen Steuersenkungspaketen« erteile er eine Absage, er wolle unbedingt »Vorfahrt für Investitionen«. Zugleich ermahnte er auch seine eigenen Genossen: Auch für »riesige konsumtive Sozialausgaben« gebe es keinen Raum. Für die kommenden Monate gelte es, »Maß und Mitte« bei Wahlversprechen zu halten. Denn könnten die nicht eingehalten werden, würden sie zu »kleinen Verbrechen an der Demokratie«. Ohnehin solle niemand glauben, »Wähler könne man kaufen«.

Teilhabe fehlt Klaus Ernst (Die Linke) kritisierte, dass aus dem ursprünglichen Titel des Jahreswirtschaftsberichts die »soziale Teilhabe« gestrichen worden sei. Offenbar sei dies in der Regierung umstritten gewesen. Das positive Bild des Wirtschaftsberichts teile der Linken-Abgeordnete nicht in Gänze. Natürlich freue sich auch die Linke über das »angebliche Wirtschaftswachstum«. Doch habe es die Koalition versäumt, die »sogenannten Abgehängten« wieder zurückzuholen. Die ungleiche Vermögensverteilung sei ein »zentrales Problem« in Deutschland. Ob großer Niedriglohnbereich, ob kleine Renten: »Die Realität blenden Sie aus«, hielt der Linken-Poli-



Noch muss an einigen Stellschrauben gedreht werden: Der Arbeitsmarkt brummt zwar, doch das Wachstum geht an manchen Bürgern vorbei.

tiker der Koalition vor. »Damit stärken Sie den rechten Rand.« Auch Ernst blickt nach vorne: So wäre es denn seiner Ansicht nach »das Schlimmste für dieses Land, was uns passieren könnte«, wenn die Sozialdemokraten »die irre Idee hätten, diese Koalition nach der Wahl fortzusetzen«.

Hubertus Heil (SPD) sprach hingegen von einem »Paradigmenwechsel« in der Wirtschaftspolitik. In Gabriels Amtszeit sei »der Schalter umgelegt worden«. Er habe dem Bundeswirtschaftsministerium wieder eine aktive Rolle in der Politik besorgt. Es habe sich die Einschätzung durchgesetzt, dass »wirtschaftliches Wachstum und soziale Gerechtigkeit keine Gegensätze sind, sondern wechselseitige Bedingung«.

Die früher von »Wirtschaftsradikalen« vertretene Ansicht, dass Ungleichheit der Motor der wirtschaftlichen Entwicklung sei, habe sich als Irrtum erwiesen. Das gleiche gelte für den Satz eines früheren liberalen Wirtschaftsministers, demzufolge Wirtschaft in der Wirtschaft gemacht werde. Die Wahrheit sei, so Heil, dass »ohne Staat, ohne ak-

tive Wirtschaftspolitik wirtschaftlicher Erfolg und soziale Gerechtigkeit nicht zu erreichen sind«.

Michael Fuchs (CDU) strich heraus, dass es in Deutschland »de facto kaum noch Jugendarbeitslosigkeit« gebe. Das sei der »größte Erfolg«. Der Arbeit des Regierungsbündnisses gab er dementprechend überwiegend gute Noten. Allerdings setzte er sich deutlich von der positiven Gabriel-Bilanz zur Energiepolitik ab. Dieser Bereich bereite ihm Sorgen, weil die Kosten »völlig aus dem Ruder« liefen. Fuchs wies darauf hin, dass das Europa der 28 Staaten der zweitgrößte Wirtschaftsraum der Welt sei. Deshalb sollte man sich mit Blick auf die USA »keine Angst machen«. Allerdings brauche es mehr Zusammenarbeit in Europa.

Kritik an »Schwarzer Null« Cem Özdemir (Bündnis 90/Die Grünen) teilte Gabriels positive Einschätzung der wirtschaftlichen Lage. Doch der Erfolg sei eher den Niedrigzinsen und dem niedrigen Ölpreis

zu verdanken: »Nicht wegen, sondern trotz der Koalition geht es diesem Land gut.« Angesichts der maroden Infrastruktur sei zu wenig investiert worden, kritisierte er. Die Große Koalition trage die »Schwarze Null« wie »eine Monstranz« vor sich her. Er habe Aussagen von Gabriel vermisst, wie der Klimawandel bei Erhalt der Arbeitsplätze gestoppt werden könne. Angesichts von Brexit, Protektionismus und Abschottung forderte Özdemir, das »Friedensprojekt« Europa zu sichern. Deutschland müsse dafür seine Rolle in der EU annehmen.

Debattengrundlagen waren neben dem Jahreswirtschaftsbericht (18/10990) auch das Jahresgutachten 2016/2017 des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (18/10230) und die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wirtschaft und Energie zu einem Antrag der Grünen, einen Jahreswohlstandsbericht einführen (18/7368, 18/7599). Der Antrag wurde von der Koalition abgelehnt. Franz Averdunk

EDITORIAL

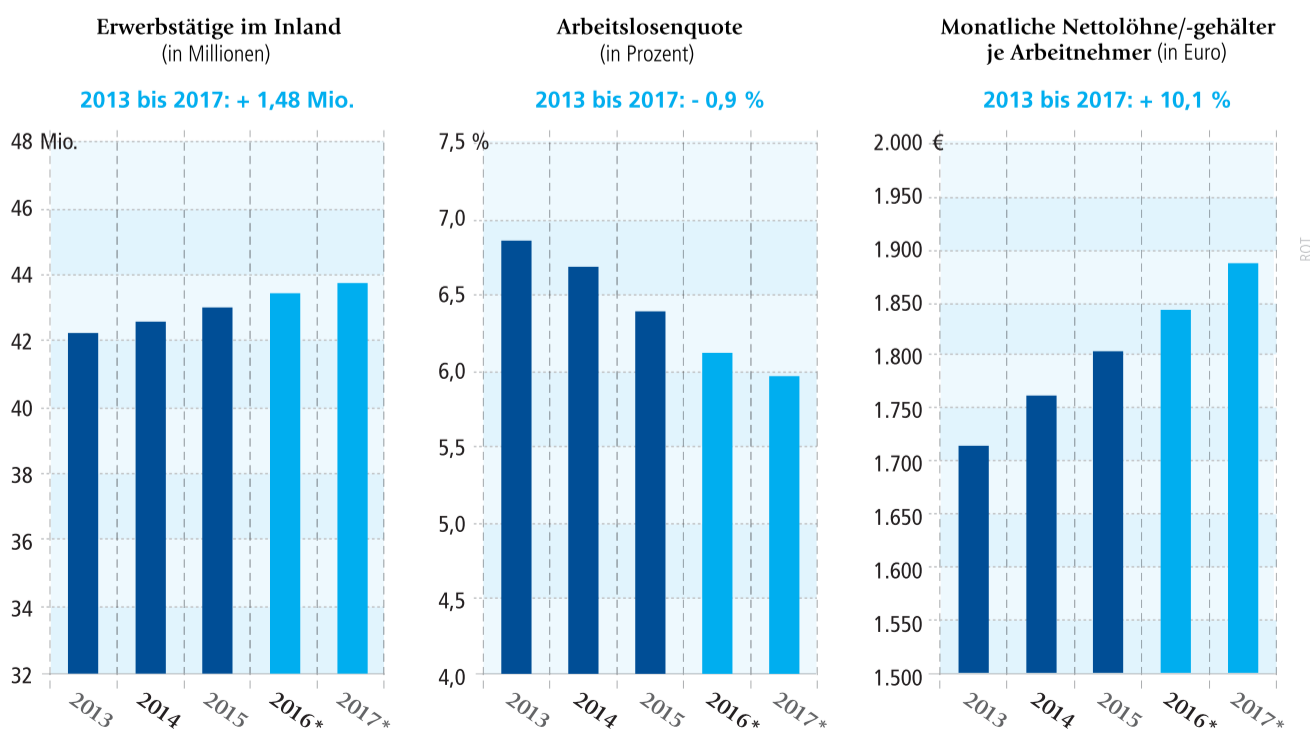
Gut, dass es boomt

VON JÖRG BIALLAS

Es boomt in Deutschland. Wirtschaftswachstum, Exportquote und Auftragslage haben im letzten Quartal 2016 deutlich zugelegt. Der private Konsum ist weiterhin auf einem hohen Niveau, das Bruttoinlandsprodukt abermals gestiegen, der Arbeitsmarkt entspannt. Wirtschaft und Politik könnten sich also zufrieden zurücklehnen: Der Laden läuft, alles super! Nicht ganz. Die trotz der guten Zahlen verhaltene Wachstumsprognose der Bundesregierung für das laufende Jahr kommt nicht von ungefähr. Denn die Stabilität der Binnenwirtschaft geht einher mit außenpolitischen Risiken, die schwer kalkulierbar sind. Da ist zuvorderst der frisch ernannte US-Präsident Donald Trump mutet an wie ein neuer Sheriff, der mit rauchenden Colts durch Obama-City reitet und alles aufs Korn nimmt, was ihm wirtschaftspolitisch nicht passt. Das mag dem Arbeiter, in dessen Namen er das angeblich tut, imponieren. Beim Arbeitgeber hingegen löst dieses »Aufräumen« eher die Sorge aus, die Weltkonjunktur könnte nachhaltig darunter leiden. Etwa wenn Trump mit einem Federstrich den Freihandel beschneidet. Die präsidiale Unbedarftheit zeitigt auch ganz unmittelbare Konsequenzen. Dass etwa die US-Börse sofort nervös reagiert, wenn der Herr im Weißen Haus aus heiterem Himmel über den Kurs des Dollars schwadroniert, ist jedem klar. Außer Trump, oder, was noch schwerer wöge: Es ist ihm egal. Die Welt muss sich daran gewöhnen, dass die üblichen Schablonen für seriöse Politik auf den neuen Präsidenten der Vereinigten Staaten nicht passen. Und man wird sich damit arrangieren. Genauso wie es in der Vergangenheit auch schon notwendig war, mit Amtsträgern umzugehen, deren Politik nicht zwingend von Intellekt, Weitblick oder Fingerspitzengefühl geprägt war. In dieser Situation plant Großbritannien den Ausstieg aus der Europäischen Union. Der soll dem Vernehmen nach »hart« über die Bühne gehen. Was immer das genau heißen mag: Es klingt nach einem schmerzhaften Prozess. Jedenfalls trägt auch der angekündigte »Brexit« dazu bei, dass die Wirtschaft weniger zuversichtlich in die Zukunft blickt, als es angesichts der aktuellen Lage angebracht wäre. Die Sache ließe sich freilich auch andersherum interpretieren: Weil die deutsche Wirtschaft so stabil dasteht, hat sie die Kraft, mit den globalen Herausforderungen umzugehen. Gut also, dass es in Deutschland gerade boomt.

Arbeitsmarktlage und Arbeitseinkommen in Deutschland

Entwicklung in den Jahren 2013 bis 2017*



Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



GASTKOMMENTARE

DROHT EIN WELTWEITER HANDELSKRIEG?

Schlechte Zeichen

PRO



Markus Sievers, »DuMont-Hauptstadredaktion«

Er droht deutschen Autobauern mit Strafzölen. Er bereitet den Bau einer Mauer an der Grenze zu Mexiko vor. Das transpazifische Handelsabkommen TPP kündigt er auf. Der neue US-Präsident Donald Trump tut alles dafür, die Welt zu verschrecken und den Protektionismus voranzutreiben. Wer das nicht ernst nimmt, begeht einen schweren Fehler. Wer jetzt noch beschwichtigt, übersieht auf fahrlässige Weise, dass hier ein Überzeugungstäter wütet und handelt. Schon vor Jahrzehnten polterte der Immobilienunternehmer Trump gegen freien Handel und forderte Strafzölle für ausländische Firmen. Richtig ist: Die alte Welthandelsordnung war schon vor Trump erschüttert. Seit Mitte der 1990er Jahre gelang es nicht, mit einer globalen Vereinbarung Märkte zu öffnen. Das aber macht den Kurswechsel in Washington nicht weniger brisant – im Gegenteil. Trump hämmert mit der enormen Macht seines Amtes auf eine Welthandelsordnung ein, die bereits angeschlagen ist. Dieser US-Präsident könnte dafür sorgen, dass aus einem schwierigen, aber einigermaßen stabilen Nebeneinander ein gefährliches Gegeneinander wird. Besonders seine Ansage, der starke Dollar „töte“ die US-Wirtschaft, lässt Schlimmes befürchten. Selbstverständlich schadet die Dollar-Aufwertung der heimischen Industrie und damit den Arbeitern, als deren Retter er sich ausgibt. Allerdings hat Trump den Höhenflug der US-Währung mit der Ankündigung eines fehlplatzierten schuldenfinanzierten Konjunkturprogramms selbst provoziert. Wenn er im Schock über das eigene Wirken eine künstliche Gegenbewegung, eine manipulierte Abwertung, durchdrücken möchte, provoziert er endgültig Gegenreaktionen, die leicht in einen Wirtschaftskrieg führen.

Eine neue Rolle

CONTRA



Maja Brankovic, »Frankfurter Allgemeine Zeitung«

Die US-Wirtschaft gegen Chinas vermeintliche Übermacht auf dem Weltmarkt zu verteidigen – das hat Donald Trump versprochen. Es zeichnet sich ab, dass er Wort hält. Strafzölle gegen chinesische Importe scheinen nur noch eine Frage der Zeit. Stehen die Zeichen also auf Handelskrieg? Entscheidend wird die Reaktion der Chinesen sein. Schlagen sie zurück, droht die globale Eskalation. Wahrscheinlich ist das nicht. Denn für die Chinesen ist Trumps Abschottungskurs eine riesige Chance. Sie könnten in die Lücke drängen, die ein Rückzug der Amerikaner in die eigene Festung hinterlässt. Mit Trump ist ein transpazifisches Freihandelsabkommen vielleicht nicht zu machen. Doch die Verratenen, darunter die Exportnation Japan, haben ihr Interesse nicht verloren. Lange werden sie wohl nicht warten, wenn sich die Chance auf ein Bündnis mit einem neuen starken Partner bietet. Und auch in Deutschland wenden sich die Hälse schon in Richtung Fernost. Sicher darf an Pekings bedingungsloser Liebe zum Freihandel gezweifelt werden. Alles werden die Chinesen sich von Trump nicht gefallen lassen. Doch sie wissen auch, was ihnen bei einem offenen Schlagabtausch blüht. Denn: Kaum eine andere Volkswirtschaft der Welt ist so exportabhängig wie China – das unterscheidet sie grundlegend von den USA. Der stockende Welthandel hat schon Spuren hinterlassen: Die Wachstumsraten gingen zurück, die Exportwirtschaft blutet. Ein globaler Handelskrieg käme China teuer zu stehen. Auf dem Weltwirtschaftsforum in Davos hat sich Präsident Xi Jinping in Position gebracht: als Retter des Freihandels im Kampf gegen Amerika. Es wäre eine ganz neue Rolle. Sie ist ihm zuzutrauen.

Mehr zum Thema der Woche auf den Seiten 1 bis 3. Kontakt: gastautor.das-parlament@bundestag.de

Herr Pfeiffer, im neuen Jahreswirtschaftsbericht heißt es, das solide und stetige Wirtschaftswachstum in Deutschland werde sich auch 2017 fortsetzen. Sind Sie auch so optimistisch?

Es gibt Gründe, weiter optimistisch zu sein, trotz schwierigeren wirtschaftlichen Umfelds. Die deutsche Wirtschaft ist nach wie vor wettbewerbsfähig, robust und auf dem Wachstumspfad. Durch hohe Beschäftigtenzahlen haben wir hohe Steuer- und Sozialversicherungseinnahmen sowie einen Reallohnzuwachs wie lange nicht mehr. Deshalb ist auch die Binnenkonjunktur zu einer der tragenden Säulen geworden. Die sich gegenseitig positiv beeinflussenden Entwicklungen von guter Wettbewerbsfähigkeit, hohen Beschäftigtenzahlen, steigenden Steuer- und Sozialversicherungseinnahmen, hohe Reallohnzuwächse sowie guter Binnenkonjunktur haben eine echte Aufwärtsspirale in Deutschland geschaffen. Dies gibt Anlass für die Erwartung, dass die Glücksspirale auch 2017 anhält. Zudem ist Deutschland 2016 erneut Exportweltmeister geworden, obwohl sich da vieles eingetrübt hat. In ehemaligen Wachstumswunderländern wie Brasilien, Türkei oder Russland war die Lage nicht mehr so gut. Aber es gab auch Länder wie in Mittel- und Osteuropa, wo es 2016 sehr gut lief. Auch China hatte noch ein leichtes Plus und es gibt viele neue Märkte auf der Welt, wo Deutschland gut unterwegs ist.

Viele Ökonomen fürchten, dass die Wirtschaftspolitik Trumps mit »America First« zur Gefahr für unsere Wirtschaft werden könnte. Wie sehen Sie das?

Das macht mir sehr große Sorgen. Schon nach der großen Krise 2009/2010 brachten den jahrzehntelangen Trend zum Stillstand, dass der Welthandel stärker als das Wirtschaftswachstum steigt. In den USA wird jetzt vom neuen Präsidenten Trump ein völlig falscher Politikansatz verfolgt. Er betrachtet die Ökonomie betriebswirtschaftlich und meint, es gibt einen fixen Markt, wo der eine gewinnt, wenn der andere verliert. Aber schon vor 200 Jahren hat der britische Ökonom Ricardo nachgewiesen, dass freier Welthandel aus volkswirtschaftlicher Sicht mehr Wohlstand für alle bringt, durch Wertschöpfungsketten und internationale Arbeitsteilung. Freier Handel ist eben kein Nullsummenspiel. Die positive Spirale, die sich aus der Liberalisierung des Welthandels in den vergangenen Jahrzehnten entwickelt hat, droht nun unterbrochen zu werden. Deutschland als Exportweltmeister ist in besonderem Maße darauf angewiesen, dass dies nicht passiert. Das Ganze ist eine Win-win-Situation, so entstehen auch in den USA Arbeitsplätze. Wir dürfen daher nicht wie das Kaninchen auf die Schlange starren, sondern müssen weltweit eine Koalition der Willigen für Freihandel schmieden. Da gibt es viele positive Entwicklungen wie zuletzt mit Japan, Neuseeland, Australien oder ASEAN-Staaten. Auch die Chinesen sind hier mit von der Partie.

Aber in China schwächt sich das Wachstum ab und es droht ein Handelskrieg mit den USA.

Einen Handelskrieg gilt es unter allen Umständen zu vermeiden, weil es hier nur Verlierer gibt. Ronald Reagan sagte einmal treffend als US-Präsident, Welt- und Freihandel bringen Wohlstand für alle, aber Protektionismus bedeutet Zerstörung.

Ein weiterer Unsicherheitsfaktor ist der Brexit. Bisher gab es noch keine Auswirkungen für die europäische Wirtschaft, aber können die nicht noch kommen?

Die Briten haben sich für den Austritt entschieden. Das Ganze ist eine traurige Sache, denn da gibt es nur Verlierer. Jetzt gilt es, das Vernünftigste aus der Situation zu machen und in den Verhandlungen mit London im Sinne des Freihandels mit der EU möglichst gute Lösungen zu finden. Gleichzeitig ist den Briten in aller Deutlichkeit klar zu machen,

»Das macht mir große Sorgen«

JOACHIM PFEIFFER Der Wirtschaftssprecher der Unionsfraktion warnt vor neuem Protektionismus und sieht die deutsche Ökonomie gut aufgestellt



© picture-alliance/dpa

das es mit uns kein Cherry Picking geben wird und dass es oberstes Ziel bleibt, die Einheit und die Integrität des europäischen Binnenmarktes zu erhalten.

Minister Gabriel akzentuiert im Jahreswirtschaftsbericht das Thema Gerechtigkeit. Er spricht von »inkluisivem Wachstum«. Alle sollen vom Aufschwung profitieren, damit Ungerechtigkeit in der Gesellschaft abgebaut wird. Aus der Union gab es Kritik, das sei zu sozialdemokratisch. Was halten Sie von solchen Akzentsetzungen?

Für mich klingt dies sehr nach altem Wein in neuen Schläuchen. Die alte, fruchtlose Umverteilungsdiskussion wird hinter neuen Vokabeln wie »inkluisiv« versteckt. Ludwig Erhard hat dazu mit seinem Grundsatz »Wohlstand für alle« schon vor Jahrzehnten alles Notwendige gesagt: Zunächst muss erwirtschaftet werden, bevor verteilt werden kann. Je mehr erwirtschaftet wird, desto mehr Wohlstand kommt auch in der breiten Bevölkerung an. Das hat in der Bundesrepublik funktioniert. Der Wettbewerb hebt Effizienzpotenziale und das Eigentum garantiert die

Verantwortlichkeit des Einzelnen. Und daher bedeutet Gerechtigkeit nicht, dass jeder das Gleiche haben muss. Vielmehr bedeutet Gerechtigkeit Chancengerechtigkeit, das heißt die Möglichkeit für jeden Einzelnen, sich nach seinen Fähigkeiten und seinem Können zu entwickeln. Dafür müssen die Rahmenbedingungen geschaffen werden, durch gute Bildungs- und Ausbildungspolitik, Förderung von Innovationen und Technologieoffenheit.

Hinter »inkluisivem Wachstum« steckt die Sorge, dass sich die wirtschaftlich und sozial Abgehängten hierzulande am Establishment rächen könnten wie in den USA.

Objektiv geht es Deutschland heute so gut wie noch nie zuvor in seiner Geschichte. Subjektiv ist es natürlich immer so, dass der Einzelne Sorgen im persönlichen Bereich oder auch mit Blick auf die gesellschaftliche Entwicklung hat. Und natürlich versuchen auch hierzulande Populisten von links und rechts, diese Sorgen zu instrumentalisieren, Fakten durch Emotionen zu ersetzen. Das betrifft die absurden Kampagnen gegen CEFTA und TTIP, genauso wie das Thema Flüchtlinge. Insbesondere beim Thema Innere Sicherheit gilt es, aus Fehlern der Vergangenheit zu lernen und sich auf die veränderten Bedingungen durch massenhafte Migrationsbewegungen und Terrorismusgefahr schneller einzustellen. Erste Maßnahmen wurden bereits umgesetzt. Weitere Vorschläge wurden leider bisher durch Rot-Grün im Bundesrat blockiert. Wenn die berechtigten Sorgen der Bürger beim Thema Innere Sicherheit ernst genommen werden, kann es auch gelingen, populistischen Strömungen den Boden zu entziehen.

Was wünschen Sie sich für ein dauerhaftes und befriedigendes Wirtschaftswachstum in Deutschland?

Trotz der aktuell guten Wirtschaftslage dürfen die Reformanstrengungen nicht nachlassen. Wer sich auf dem Erreichten ausruht, hat schon verloren, gerade angesichts des schwieriger werdenden internationalen Umfelds. Der Hauptaugenmerk sollte der weiteren Haushaltskonsolidierung, der Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandortes und dem Kampf für einen freien Welthandel gelten. Beim Thema Wettbewerbsfähigkeit sehe ich Handlungsbedarf: Die Flexibilisierung des Arbeitsmarktes durch Zeitarbeit und im Niedriglohnbereich; notwendigen Investitionen in Forschung und Entwicklung in Bereichen wie der Raumfahrt, Nanotechnologie oder neue Mobilität; das Vorantreiben der Digitalisierung sowie beim geplanten Umbau der Energieversorgung die in den letzten Jahren ausufernden Subventionen und Staatsingriffe in den Energiemarkt zügig zurückzuführen.

Zu viel Bürokratie durch überflüssige Berichtspflichten und Vorschriften ist gerade für kleine und mittlere Unternehmen ein Problem ersten Ranges. Ein einfaches Beispiel: Ein Smartphone muss über fünf Jahre abgeschrieben werden – viel länger als es meist überhaupt im Einsatz sein wird. Das geht an der Lebenswirklichkeit vorbei. Umso mehr gilt es nun, mit dem laufenden 2. Bürokratienlastungsgesetz noch in dieser Legislaturperiode ein echtes Signal an den Mittelstand zu geben. Insgesamt bin ich davon überzeugt, dass eine starke Wirtschaft, offene Märkte und ein freier Welthandel der Schlüssel ist für Frieden und Wohlstand hier und in der Welt.

Das Gespräch führte Hans Krump. ||

Joachim Pfeiffer (CDU) sitzt seit 2002 im Bundestag. Er vertritt den Wahlkreis Wablingen und ist wirtschafts- und energiepolitischer Sprecher der Unionsfraktion.



Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper

PARLAMENTARISCHES PROFIL

Die Handfeste: Eva Bulling-Schröter

Zuerst wollte sie Testfahrerin werden. Dafür lernte sie Schlosserin und wurde „die erste Betriebschlosserin bei Audi in Ingolstadt, wenn nicht in ganz Ingolstadt“. Sehr viel Spaß habe ihr das gemacht, erzählt die Linken-Abgeordnete Eva Bulling-Schröter heute. „Auch, den Männern zu zeigen, dass Frau das auch kann.“ Testfahrerin wurde sie nicht, sie blieb Schlosserin und wurde auch Betriebsrätin in einer Maschinenbaufirma. Eine Exotin ist sie auch heute. Denn anders als in den frühen Zeiten des Bundestages gibt es dort heute fast keine Arbeiter und Handwerker mehr. Bulling-Schröter findet das „sehr schade“. Mehr Handwerker, mehr Verkäuferinnen, Krankenschwestern, Altenpflegerinnen würden die Politik „ein bisschen bodenständiger und ein bisschen praktischer“ machen, glaubt Bulling-Schröter. Sie selbst kam 1994 erstmals in den Bundestag. Nach dem Wahldesaster der PDS 2002 hieß es aber wieder: Schlossern am alten Arbeitsplatz. „Die ersten zwei Wochen war ich fast klinisch tot“, erinnert sie sich, „aber da beißt man sich durch.“ Seit 2005 sitzt sie über die Landesliste Bayern der Partei wieder im Bundestag. Die Ingolstädterin gehört dem Wirtschaftsausschuss an und ist Sprecherin der Linken für Energie und Klima. Beim neuen Jahreswirtschaftsbericht stößt sich Bulling-Schröter schon am Titel „Für inklusives Wachstum“. Man bräuchte heute ein anderes Wachstum, sagt sie, „nicht immer mehr Güter, immer mehr Produktion. Wir bräuchten Wachstum in der Alten- und Krankenpflege, in der Bildung, Wachstum bei regenerativen Energien.“ Minister Sigmar Gabriel (SPD) hat „inkluisives Wachstum“ mit Ludwig Er-

hards „Wohlstand für alle“ übersetzt. Aber Eva Bulling-Schröter sieht in Deutschland auf der einen Seite „eine Million Millionäre, und es werden immer mehr“, auf der anderen Seite Menschen, die „die primitivsten Sachen einfach nicht mehr bezahlen können“. Sie sieht Menschen, die „45 Jahre gearbeitet haben und jetzt eine kärgliche Rente kriegen“. Was sie fordert, ist eine „Politik für mehr Empathie“. Auch bei den Erfolgsmeldungen vom Arbeitsmarkt gießt die Linke



»Für mich heißt Beschäftigung zukunfts-fähige Arbeit, von der man auch leben kann und die nicht zur Altersarmut führt.«

Wasser in den Wein. Sie sehe, „dass die geringfügigen Beschäftigten steigen, dass Frauen nur in Teilzeit arbeiten, dass es immer mehr Leiharbeit und Werkverträge gibt“. „Für mich heißt Beschäftigung zukunfts-fähige Arbeit, von der man auch leben kann und die nicht zur Altersarmut führt“, setzt sie entgegen. Es könne nicht sein, dass „jemand, der sein Leben lang mit dem Mindestlohn arbeitet, im Alter gerade auf die Grundsicherung kommt“.

Kürzlich beim Weltwirtschaftsforum in Davos war die Ungleichheit bei Einkommen und Vermögen erstmals ein beherrschendes Thema. Zeigt sich da ein Umdenken der Eliten? Bulling-Schröter widerspricht energisch. Gerade habe die SPD die Reichensteuer aus ihrem Wahlprogramm genommen. „Man scheut diese Konflikte, es passt nicht wirklich zu diesem Wirtschaftssystem, deshalb tut man nichts. Wenn sich in der Gesellschaft wirklich etwas ändern soll, braucht man eine andere Umverteilung.“ Zum Beispiel eine Tobin-Steuer auf Börsenumsätze, „das sind zum Teil Promille, und das tut den Reichen wirklich nicht weh“. In der vergangenen Legislaturperiode war Bulling-Schröter Vorsitzende des Umweltausschusses. Jetzt zerpfückt sie das, was unter der Überschrift „konsequente Fortführung der Energiewende“ im Jahreswirtschaftsbericht steht. „Die CO2-Reduktionsziele bis 2020 werden krachend verfehlt“ sagt sie. Das gebe auch die Bundesregierung zu. Vergangene Woche habe der Wirtschaftsausschuss einen Antrag ihrer Fraktion zum Kohleausstieg diskutiert. Dabei hätten die Redner beider Koalitionsfraktionen „das Wort CO2-Reduzierung und Klimaschutz nicht in den Mund genommen“. Das sei „symptomatisch für die Wirtschaftspolitik dieser Koalition“. Man müsse sehr viel mehr tun, sonst sei das Zwei-Grad-Limit nicht einzuhalten. Den Schraubenschlüssel nimmt Eva Bulling-Schröter übrigens nur noch selten in die Hand. „Ich kann was zusammenbauen, wenn es notwendig ist“, sagt die 60-Jährige, „aber ich mache das nicht als Hobby“. Lieber geht sie in der Freizeit mit ihrem Hund spazieren oder liest einen Krimi. Peter Stütze ||

DasParlament

Herausgeber Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Fotos
Stephan Roters

Abonnement
Jahresabonnement 25,80 €; für Schüler, Studenten und Auszubildende (Nachweis erforderlich) 13,80 € (im Ausland zuzüglich Versandkosten)
Alle Preise inkl. 7% MwSt.
Kündigung jeweils drei Wochen vor Ablauf des Berechnungszeitraums.
Ein kostenloses Probeabonnement für vier Ausgaben kann bei unserer Vertriebsabteilung angefordert werden.

Redaktionsschluss
27. Januar 2017

Druck und Layout
Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH
Kurhessenstraße 4–6
64546 Morfelen-Walldorf

Namentlich gekennzeichnete Artikel stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar. Für unverlangte Einsendungen wird keine Haftung übernommen. Nachdruck nur mit Genehmigung der Redaktion.
Für Unterrichtszwecke können Kopien in Klassenstärke angefertigt werden.

Leserservice/Abonnement
Frankfurter Societäts-Medien GmbH
c/o InTime Media Services GmbH
Postfach 1363
82034 Detsenhofen
Telefon (0 89) 8 58 53-8 32
Telefax (0 89) 8 58 53-6 28 32
E-Mail: fs-medien@intime-media-services.de

Mit der ständigen Beilage
Aus Politik und Zeitgeschichte
ISSN 0479-611 X
(verantwortlich: Bundeszentrale für politische Bildung)

Anschrift der Redaktion
(außer Beilage)
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Telefon (0 30) 2 27-3 05 15
Telefax (0 30) 2 27-3 65 24
Internet:
http://www.das-parlament.de
E-Mail:
redaktion.das-parlament@bundestag.de

Chefredakteur
Jörg Biallas (jbi)

Verantwortliche Redakteure
Claudia Heine (che)
Alexander Heinrich (ahe), stellv. Cvd
Claus Peter Kosfeld (pk)
Hans Krump (kru), Cvd
Hans-Jürgen Leersch (hle)
Johanna Metz (joh)
Sören Christian Reimer (scr)
Helmut Stoltenberg (sto)
Alexander Weinlein (aw)

Anzeigenverkauf,
Anzeigenverwaltung,
Disposition
Frankfurter Societäts-Medien GmbH
c/o InTime Media Services GmbH
Postfach 1363
82034 Detsenhofen
Telefon (0 89) 8 58 53-8 32
Telefax (0 89) 8 58 53-6 28 32
E-Mail: fs-medien-anzeigen@intime-media-services.de

„Das Parlament“ ist Mitglied der Informationsgesellschaft zur Feststellung der Verbreitung von Werbeträgern e.V. (IVW)
Für die Herstellung der Wochenzeitung „Das Parlament“ wird ausschließlich Recycling-Papier verwendet.



Der Jahreswirtschaftsbericht illustriert und dokumentiert die ökonomische Stärke des Landes. Manche Experten sorgen sich aber wegen der zunehmenden Kluft zwischen Wohlstand und Armut auch in Deutschland.

© picture-alliance/Britta Pedersen/ZB

Rekorde und fragile Prognosen

BILANZ Der deutschen Wirtschaft geht es blendend, aber politische und soziale Risiken trüben das Gesamtbild

Die deutsche Wirtschaft wächst und wächst, 2017 das achte Jahr in Folge. Die Beschäftigung erreicht ein Rekordniveau, doch die Prognosen sind fragil wie lange nicht. Der Kurs der neuen US-Administration, der Brexit und anstehende Wahlen in Europa verunsichern die Unternehmen. Und rechte Populisten sind überall auf dem Vormarsch. Mit dem Modell des „inklusive Wachstums“ will die Bundesregierung dagegen halten. Der Begriff ist relativ neu in der wirtschaftspolitischen Debatte. Er steht für das Eingeständnis, dass das alte Wohlstandsversprechen nicht mehr umfassend funktioniert. Der Aufschwung geht an vielen Menschen vorbei. Im Mai 2014 veröffentlichte die OECD den Report „All on Board: Making Inclusive Growth Happen“. „Soziale Ungleichheit untergräbt das Wohl der Menschen, sie behindert das Wirtschaftswachstum und ist doch in vielen Ländern so ausgeprägt wie seit Jahrzehnten nicht“, schrieb die Organisation von Industrie- und Schwellenländern. Im Sommer 2016 griffen die G20-Finanzminister die Formulierung auf. Nun hat die Bundesregierung den Jahreswirtschaftsbericht mit dem Motto „Für inklusives Wachstum in Deutschland und Europa“ überschrieben.

In dem Bericht stellt die Regierung eine robuste Verfassung der Wirtschaft fest. Das Bruttoinlandsprodukt soll 2017 um 1,4 Prozent wachsen, nach 1,9 Prozent im vergangenen Jahr. Kalenderbereinigt liegt die Lücke nur bei 0,3 Prozentpunkten, weil es in diesem Jahr weniger Arbeitstage gibt. Die Zahl der Beschäftigten steigt um 320.000 auf über 43,8 Millionen, die Arbeitslosenquote sinkt von 6,1 auf 6,0 Prozent. Die Exporte sollen um 2,8 Prozent zulegen. Auch die Reallöhne steigen: Rund 1.000 Euro soll ein Arbeitnehmer 2017 mehr in der Tasche haben als zu Beginn der Legislaturperiode. Aber nicht alle Bürger profitieren – und manche stehen vor großen Herausforderungen: Steigende Mieten, eine sich rasant entwickelnde Arbeitswelt, die manch sicher geglaubten Arbeitsplatz, manch erworbene Qualifikation plötzlich überflüssig macht. Hier will die Idee des inklusiven Wachstums ansetzen. Mittlerweile spricht auch der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) von dem Konzept.

Unterschiedliche Rezepte Mit welchen Rezepten mehr Bürger ein größeres Stück vom Wohlstandskuchen abbekommen sollen, ist Gegenstand intensiver Debatten. Ex-Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel (SPD) setzt auf verstärkte Investitionen. Andere Vorschläge reichen von einer geringeren Besteuerung der Arbeit bis zu einer höheren für Vermögen. Auch die Idee eines bedingungslosen Grundeinkommens gehört dazu. Die Grünen fordern die Vorlage eines regelmäßigen Jahreswohlstandsberichts. Im Frühjahr steht die Verabschiedung des 5. Armuts- und Reichtumsberichts im Bundeskabinett an. Das Bundessozialministerium will unter anderem

mehr darüber wissen, wie Reichtum entsteht und wie er verwendet wird. Der Bericht sorgt schon jetzt für Diskussionen. Im Dezember berichtete die „Süddeutsche Zeitung“, aus dem Berichtsentwurf seien Passagen gestrichen worden, so auch die Aussage, Menschen mit mehr Geld hätten stärkeren Einfluss auf politische Entscheidungen als Einkommensschwache. Nach Untersuchungen des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI) der gewerkschaftsnahen Hans-Böckler-Stiftung ist die Ungleichheit der verfügbaren Einkommen weit höher als vor 20 Jahren. Vor allem von 1999 bis 2005 sei sie stärker geworden, dann bis 2010 etwa konstant geblieben. Seitdem wachse die Kluft wieder an. Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) erklärte die ungleiche Verteilung von Einkommen und Vermögen zur „Gefahr für den gesellschaftlichen Zusammenhalt“. Die Arbeitslosigkeit ist zwar stark gesunken auf knapp 2,6 Millionen Ende Dezember 2016. Die Unterbeschäftigung, die auch Personen in arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen und kurzfristig Arbeitsunfähige

einbezieht, liegt laut Bundesagentur für Arbeit aber um eine Million höher. Der DGB klagt zudem über 7,4 Millionen Minijobber und legte am 18. Januar ein Reformkonzept vor. „Die soziale Marktwirtschaft muss wieder mit Leben gefüllt werden“, sagte DGB-Chef Reiner Hoffmann. Es müsse Schluss sein mit „mieser Bezahlung“. Der Mindestlohn reiche bei weitem nicht. Auch Gabriel betonte vergangene Woche: „Der Mindestlohn ist kein guter Lohn.“

»Protektionismus hat in einer globalisierten Welt keinen Platz.«

Bernhard Matthes (Automanager)

Baubranche boomt Derweil sind die deutschen Unternehmen sehr zufrieden mit ihren Geschäften. Der BDI erwartet 2017 ein Wirtschaftswachstum von 1,5 Prozent, also noch ein wenig stärker als die Regierung. Die Bauwirtschaft boomt und hofft auf ein Umsatzplus von fünf Prozent in diesem Jahr. Der Umsatz soll mit 112 Milliarden Euro den höchsten Wert der vergangenen 20 Jahre erreichen. Der Wohnungsbau soll gar um sieben Prozent zulegen und dennoch den jährlichen Bedarf von mindestens 350.000 neuen Einheiten noch nicht decken können. Der Einzelhandel steigerte seinen

Umsatz 2016 um rund zwei Prozent und setzt auf Wachstum auch 2017. Gut steht auch die deutsche Automobilindustrie da. Um 4,5 Prozent auf 3,35 Millionen Pkw stiegen die Neuzulassungen 2016. Zwischen fünf und gut acht Prozent verkauften die deutschen Hersteller hierzulande mehr, mit Ausnahme von VW. Die vom Dieselskandal geplagte Marke musste ein Minus von 4,3 Prozent hinnehmen, blieb laut Kraftfahrt-Bundesamt aber mit einem Anteil von 19,3 Prozent Marktführer. Der Export aller deutschen Produzenten blieb allerdings unverändert bei gut 4,4 Millionen Fahrzeugen, in den USA sank der Absatz um vier Prozent.

Risiko Trump Auch der Maschinenbau spürt bereits Bremsen in den Vereinigten Staaten. Bei stagnierender Gesamtproduktion gingen die Ausfuhren dorthin zurück. 3,4 Prozent betrug das Minus von Januar bis Oktober 2016, von August bis Oktober waren es sogar minus 5,8 Prozent. Die Wahl von Donald Trump und dessen protektionistische Bestrebungen bis hin zu Strafzöllen treibt

Regierung und Managern die Sorgenfalten ins Gesicht. So sank der Ifo-Geschäftsklimaindex zuletzt überraschend. Zwar beurteilen die Unternehmen ihre aktuelle Lage noch unverändert gut, jedoch trüben sich die Erwartungen ein. Eine Fortsetzung des kräftigen Wachstums sei angesichts der weltweiten Unsicherheiten „alles andere als selbstverständlich“, mahnte der neue BDI-Präsident Dieter Kempf.

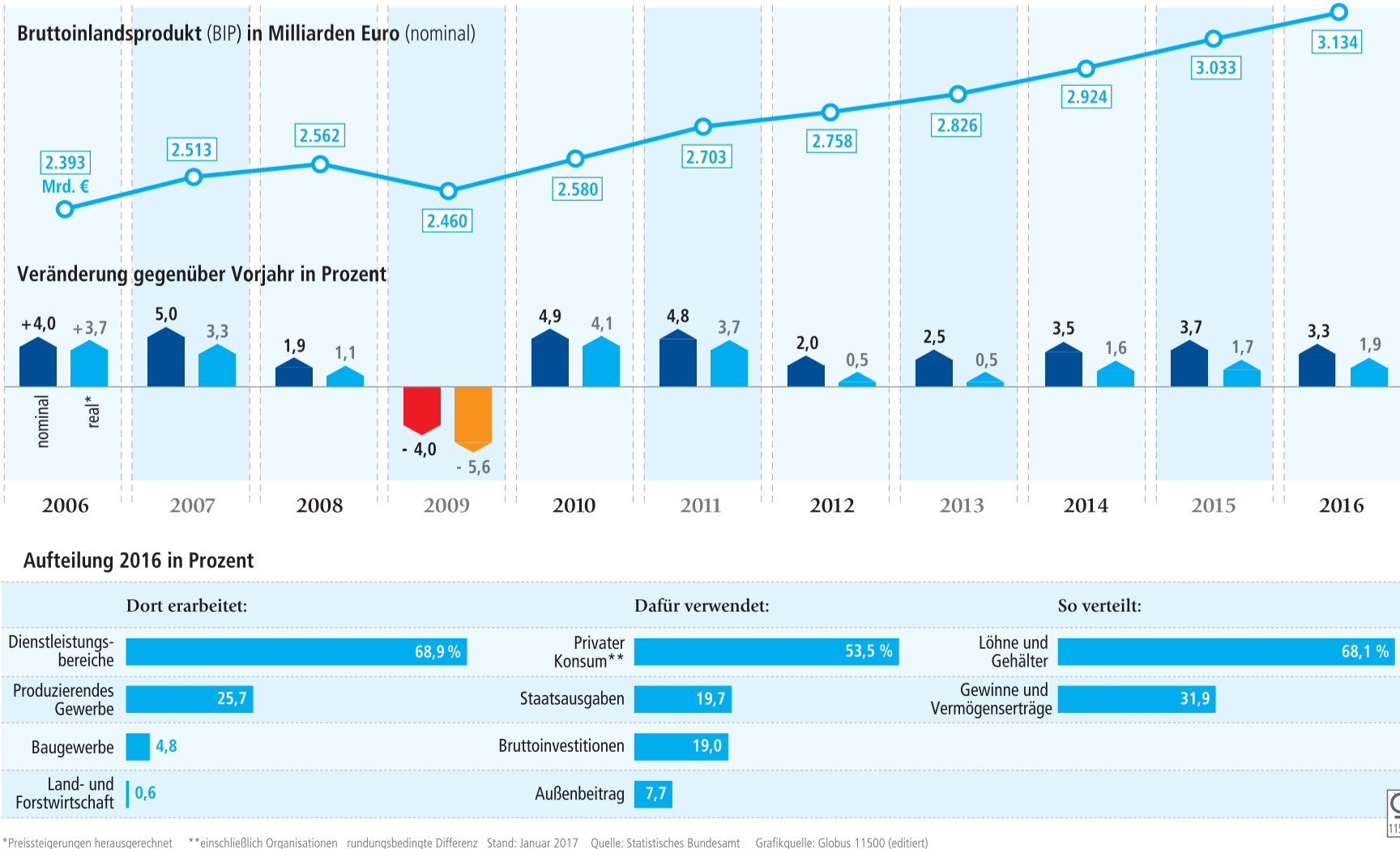
Von einem „herausfordernden Jahr“ spricht der Außenhandelsverband BGA. Auch Gabriel hält die Abschtung für einen falschen Weg. „Schotten dicht“ heiße es, wenn ein Schiff sinke, ermahnte der scheidende Wirtschaftsminister den US-Präsidenten. Trump stelle die bestehende Handelsarchitektur in Frage, warnte der Präsident des Deutschen Industrie- und Handelskammertages (DIHK), Eric Schweitzer. In den Chor der Mahner stimmte auch die amerikanische Handelskammer (AmCham) in Deutschland ein. „Protektionismus hat in einer globalisierten Welt keinen Platz“, erklärte AmCham-Germany-Präsident Bernhard Matthes. Der Wohlstand der USA beruhe

ganz wesentlich auf der Offenheit seiner Unternehmen. 40 Millionen Jobs in den USA seien auf den Außenhandel angewiesen. 2015 exportierten deutsche Unternehmen Produkte für 114 Milliarden Euro in die USA. Die Vereinigten Staaten waren damit vor Frankreich und Großbritannien größter Exportmarkt. In den ersten elf Monaten 2016 beliefen sich die Ausfuhren in die USA auf 98 Milliarden Euro. Bei den Importen nach Deutschland stehen die USA auf Platz vier hinter China, den Niederlanden und Frankreich. Zusammengekommen sind die USA der größte Handelspartner der Bundesrepublik knapp vor Frankreich und den Niederlanden.

Chancen und Räume Für die deutschen Autobauer wären Trumps Pläne, zu denen auch niedrigere Unternehmenssteuern zählen, ein zweischneidiges Schwert. Sie exportieren nicht nur dorthin, sondern produzieren auch in großem Umfang in den USA. Rund 850.000 Autos waren es 2016, rund 110.000 Mitarbeiter beschäftigen deutsche Autofirmen und -zulieferer in den Staaten. Rund 3.500 deutsche Firmen beschäftigen dort rund 750.000 Mitarbeiter. Umgekehrt arbeiten in Deutschland rund 600.000 Menschen bei Firmen mit Hauptsitz in den USA.

Aus Sicht Gabriels eröffnen sich zudem neue Räume und Chancen für die deutsche Wirtschaft. Deutschland könne etwa China, Indien und anderen asiatischen Ländern die Bereitschaft signalisieren, stärker mit ihnen zu kooperieren. Ohnehin habe die Bundesrepublik keinen Grund zu Panik oder gar Unterwürfigkeit. Die deutsche Wirtschaft sei breit aufgestellt. Zehn Prozent der deutschen Exporte gingen in die USA, 60 Prozent in die EU. Allerdings dämpfen politische Entwicklungen in Europa die Zuversicht der deutschen Wirtschaft. Da sind zunächst die Parlamentswahl in den Niederlanden am 15. März und die Präsidentschaftswahl in Frankreich am 23. April, bei denen die Rechtspopulisten um Geert Wilders und Marine Le Pen gute Chancen haben. Für viele Unsicherheit sorgt zudem der sogenannte Brexit, der nach dem Willen von Premierministerin Theresa May „hart“ mit Austritt aus Binnenmarkt und Zollunion ausfallen soll. Für den EU-Austritt braucht May die Zustimmung des britischen Parlaments. Ist er eingereicht, dürfen sich die Verhandlungen mit der EU zwei Jahre lang hinziehen. Profiteur könnte der Bankplatz Frankfurt am Main sein, wenn Institute aus London den EU-Pass verlieren. Mit einer Verlagerung von Jobs aus London, um die auch andere Börsenplätze wie Paris, Amsterdam und Dublin buhlen, rechnen Experten in größerem Umfang ab Mitte 2017. **Stefan Uhlmann**

Die Leistung der deutschen Wirtschaft in den Jahren 2006 bis 2016



*Preissteigerungen herausgerechnet **einschließlich Organisationen rundungsbedingte Differenz Stand: Januar 2017 Quelle: Statistisches Bundesamt Grafikquelle: Globus 11500 (ediert)



DIE BUNDESPRÄSIDENTEN

Theodor Heuss
1949 - 1959



Dem liberalen Abgeordneten der Weimarer Zeit und ersten FDP-Vorsitzenden gelang es, Brücken zu bauen in einer Welt, die der jungen Bundesrepublik noch mit viel Misstrauen begegnete. Bereits im Parlamentarischen Rat hatte Heuss eine vermittelnde Position eingenommen und so zu einer Verständigung über das Grundgesetz beigetragen. Mit seiner parteiübergreifenden Amtsführung prägte er das Ideal eines Bundespräsidenten.

Heinrich Lübke
1959 - 1969



Auch er war bereits in Weimarer Zeit Abgeordneter im Reichstag – für die Zentrumspar- tei, nach 1949 dann CDU-Abgeordneter im Bundestag, ab 1953 Landwirtschafts- minister der Regierung Konrad Adenauers (CDU). In seinen beiden Amtszeiten als Bundespräsident machte sich Lübke insbesondere für die Entwicklungszusammenarbeit stark.

Gustav Heinemann
1969 - 1974



Als CDU-Innenminister überwarf er sich mit der Regierung Adenauer, weil die Wiederbewaffnung Deutschlands nicht mittragen wollte. Seit 1957 SPD-Mitglied wurde er 1966 Justizminister. Heinemann verstand sich als „Bürgerpräsident“ mit dem mündigen und engagierten Bürger als Ideal. Außenpolitisch war er Befürworter der Ostpolitik der SPD/FDP-Koalition.

Walter Scheel
1974 - 1979



Als Außenminister zwischen 1969 bis 1974 betrieb Scheel (FDP) gemeinsam mit Bundeskanzler Willy Brandt (SPD) die Entspannungspolitik, noch als Minister legte er den Grundstein für seine musikalische Prominenz als Interpret des Liedes „Hoch auf dem gelben Wagen“ – und seinen späteren Ruf als „singender Bundespräsidenten“. Scheel strebte keine zweite Amtszeit an. Er verstarb 2016 im Alter von 97 Jahren.

Karl Carstens
1979 - 1984



Er war Jurist, Diplomat und hoher Beamter, bevor er mit 57 für die CDU in den Bundestag zog. Dort war er zwischen 1973 und 1976 Unionsfraktionschef und wurde 1976 Bundestagspräsident. Im Gegensatz zu Amtsvorgänger Scheel schlug Carstens wegen seiner einstigen NSDAP-Mitgliedschaft Kritik entgegen. Vertrauen erwarb er sich durch seine Volksnähe – bekannt sind seine Wanderungen durch das ganze Land.

Richard von Weizsäcker
1984 - 1994



Seine berühmteste Rede hielt er 1985 zum 40. Jahrestag des Endes des Zweiten Weltkrieges. Vor dem Bundestag sprach er vom „Tag der Befreiung“ und vom menschenverachtenden System der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft. Weizsäcker wurde 1969 Mitglied des Bundestages und war zwischen 1981 und 1984 Regierender Bürgermeister von Berlin. Nach seiner Wiederwahl 1989 war er seit der Deutschen Einheit am 3. Oktober 1990 erster gesamtdeutscher Bundespräsident. Weizsäcker verstarb Anfang 2015 im Alter von 94 Jahren.

Die Kür der neuen Staatsspitze

BUNDESVERSAMMLUNG Am Ausgang der Wahl des nächsten Bundespräsidenten besteht kein Zweifel. Dennoch wird das Ergebnis mit Interesse erwartet

Es wird eng werden, wenn am 12. Februar unter der Kuppel des Reichstagsgebäudes in Berlin die 16. Bundesversammlung zur Wahl des zwölften Staatsoberhauptes der Bundesrepublik zusammenkommt. Die Enge bezieht sich freilich nur darauf, dass im Plenarsaal des Bundestages dann nicht nur dessen 630 Mitglieder Platz finden müssen, sondern auch ebenso viele von den 16 Landtagen bestimmte Wahlleute (siehe Seite 14). Ein enges Rennen zwischen den vier Kandidaten für die Nachfolge von Bundespräsident Joachim Gauck ist dagegen nicht zu erwarten; alles andere als die Kür des von CDU/CSU und SPD nominierten Sozialdemokraten Frank-Walter Steinmeier, bis vergangenen Freitag noch Außenminister, darf getrost als ausgeschlossen gelten. Immerhin muss sich Steinmeier drei Gegenkandidaten stellen: Neben dem Kölner Politikwissenschaftler und Armutsforscher Christoph Butterwege, der für Die Linke antritt, stellen sich der stellvertretende AfD-Bundesvorsitzende Albrecht Glaser sowie der von den bayerischen Freien Wählern nominierte Jurist und TV-Darsteller Alexander Hold zur Wahl. Seit der 15. Bundesversammlung im Jahr 2012 haben Bundestagswahl und Landtagswahlen die Zusammensetzung dieses Gremiums neu bestimmt. So ist die SPD anders als vor fünf Jahren nicht mehr in der Bundesversammlung vertreten, dagegen als neue Partei erstmals die AfD. Ähnlich wie

Gauck 2012 kann sich aber auch Steinmeier am übernächsten Sonntag auf ein breites Parteienspektrum aus Union, SPD, Grünen und FDP stützen. Schon CDU/CSU und SPD stellen zusammen die große Mehrheit der insgesamt 1.260 Wahlleute: 539 werden von der Union entsandt und 384 von den Sozialdemokraten – macht zusammen 923 Stimmen und damit satte 292 mehr als zur absoluten Mehrheit erforderlich. Auch die 147 Wahlleute der Grünen dürften mehrheitlich für den SPD-Mann votieren, der schon der rot-grünen Bundesregierung diente, damals noch als Kanzleramtschef. Nicht rechnen kann er auf Die Linke mit ihren 95 Wahlleuten. Dagegen hat die FDP, die 36 Wahlleute in die Bundesversammlung entsendet, ebenfalls angekündigt, Steinmeiers Bewerbung zu unterstützen. Selbstverständlich indes ist die breite Aufstellung des Steinmeier-Lagers gut ein halbes Jahr vor der Bundestagswahl nicht. Überlegungen, dem von der SPD schon ins Rennen geschickten Außenminister mit der bündnisgrünen Marianne Birthler, einst Chef der Stasi-Unterlagen-Behörde, eine schwarz-grüne Gegenkandidatin gegenüberzustellen, scheiterten dem Vernehmen nach im Herbst erst an deren Absage – immerhin hätten Schwarze und Grüne mit zusammen 686 Wahlleuten auch eine Mehrheit zusammengebracht mit 55 Stimmen mehr als zur Wahl für die Gauck-Nachfolge nötig.

Die Bundesversammlung, deren einzige Aufgabe die Wahl des Staatsoberhauptes ist, besteht laut Grundgesetz aus den – derzeit 630 – Bundestagsabgeordneten „und einer gleichen Anzahl von Mitgliedern, die von den Volksvertretungen der Länder nach den Grundsätzen der Verhältniswahl bestimmt werden“. Einberufen und geleitet wird die Versammlung vom Präsidenten des Bundestages; zusammentreten muss sie im Normalfall spätestens 30 Tage vor Ablauf der Amtszeit des amtierenden Staatsoberhauptes, die im Fall von Joachim Gauck am 17. März endet. Ebenfalls in der Verfassung festgelegt ist, dass die Wahl des Bundespräsidenten ohne Aussprache erfolgt. Gewählt ist, heißt es im Grundgesetz weiter, „wer die Stimmen der Mehrheit der Mitglieder der Bundesversammlung erhält“. Dazu wären in der 16. Bundesversammlung 631 Stimmen erforderlich, also eine mehr als die Hälfte aller Wahlleute. Wird diese Hürde in den beiden ersten Wahlgängen von keinem Kandidaten genommen, reicht im dritten Durchgang die einfache Mehrheit für die Wahl ins höchste Staatsamt. Wahlvorschläge kann übrigens jedes Mitglied der Bundesversammlung beim Bundestagspräsidenten schriftlich einreichen.

Für den zweiten und dritten Wahlgang können neue Wahlvorschläge unterbreitet werden. Nach den fünf im Bundestag vertretenen Parteien und der FDP stellt am 12. Februar die AfD mit 35 Wahlleuten das größte Kontingent, gefolgt von den Piraten mit elf Wahlleuten und den im bayerischen Landparlament sitzenden Freien Wähler mit zehn. Deren Kandidat kann auch mit der Unterstützung der im Potsdamer Landtag vertretenen Vereinigung „Brandenburger Vereinigte Bürgerbewegungen/Freie Wähler“ rechnen, die in der Bundesversammlung mit einem Wahlmann vertreten ist. Ebenfalls einen Wahlmann entsendet der in Schleswig-Holstein mitregierende Südschleswigsche Wählerverband (SSW) der dänischen Minderheit, auf dessen Stimme wiederum Steinmeier zählen kann. Auch die jüngst aus der CDU ausgetretene und nun fraktionslose Bundestagsabgeordnete Erika Steinbach ist stimmberechtigtes Mitglied der Bundesversammlung. Auch wenn es rein rechnerisch keine Zweifel an der Wahl Steinmeiers gibt, wird das Wahlergebnis mit großem Interesse beäugt werden. So gilt das Augenmerk insbesondere der Frage, welcher Kandidat mögli-

cherweise mehr oder weniger Stimmen erhält, als die ihn unterstützenden Gruppierungen an Wahlleuten zählt. Für Überraschungen sorgt zudem auf Bundesversammlungen bisweilen die Praxis der Parteien, neben aktiven und ehemaligen Politikern bei den Länder-Delegierten auch gerne mehr oder minder Prominente aus dem öffentlichen Leben als Wahlleute zu entsenden: Unternehmer, Gewerkschafter, Sportler, Künstler. Unvergessen ist als Wahlfrau etwa Fürstin Gloria von Thurn und Taxis, die 2004 von der CSU in die Bundesversammlung geschickt worden war, dort indes nicht für Horst Köhler als Kandidat von Union und FDP votierte, sondern für die rot-grüne Bewerberin Gesine Schwan, und dies öffentlich kundtat. Auch in der 16. Bundesversammlung fehlt es nicht an Prominenz jenseits der Politik: Die Verlegerin Friede Springer etwa nimmt ebenso wie die Schauspielerin Veronica Ferres oder der Komiker und Autor Hape Kerkeling für die Union teil, während auf der Liste der SPD-Wahlleute beispielsweise VW-Betriebsratschef Bernd Osterloh, TV-Star Iris Berben oder der Sänger Peter Maffay zu finden sind. Fußball-Bundestrainer Joachim Löw wählt auf dem Ticket der Grünen. Einen anderen Hintergrund wiederum hat die Nominierung von Semiya Simsek-Demirtas: Die Tochter eines der Mordopfer des rechtsterroristischen „NSU“ nimmt für Die Linke an der Bundesversammlung teil. Helmut Stoltenberg

Der Favorit kann sich auf ein breites Parteienspektrum stützen.



Stimmabgabe bei der 15. Bundesversammlung am 18. März 2012

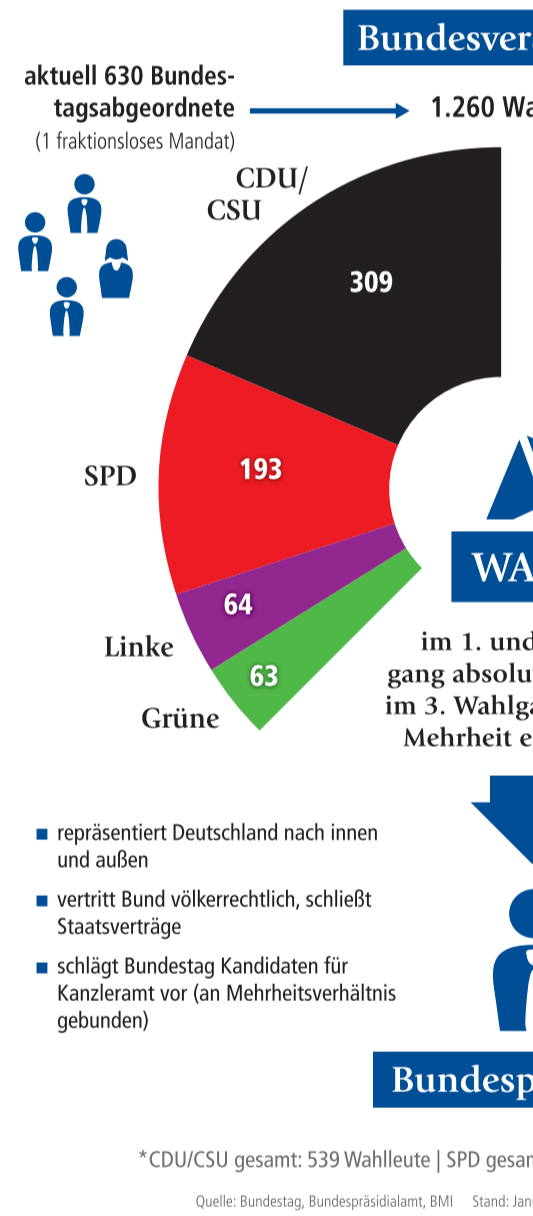


Frank-Walter Steinmeier
Der Sozialdemokrat (61) war von 1999 bis 2005 Kanzleramtschef und danach bis 2009 sowie von 2013 bis vergangene Woche Außenminister.



Christoph Butterwege
Der parteilose Professor (66), bis Juli 2016 Hochschullehrer für Politikwissenschaft an der Universität Köln, war 2005 aus der SPD ausgetreten.

Die Wahl des neuen Bundespräsidenten



Das »One-Man-Organ«

AMT Der Bundespräsident verkörpert die Einheit des Staates. Dabei kommen ihm vor allem, aber nicht nur repräsentative Aufgaben zu

Fünf ständige Verfassungsorgane hat die Bundesrepublik: den Bundestag mit seinen aktuell 630 Abgeordneten, den Bundesrat mit 69 ordentlichen Mitgliedern, die Bundesregierung, der neben der Kanzlerin derzeit 14 Bundesminister angehören, das Bundesverfassungsgericht mit seinen aus je acht Richtern bestehenden zwei Senaten, und den Bundespräsidenten. Er ist als einziges der fünf kein Kollegial-, sondern zuzusagen das „One-Man-Organ“ des Staates: Es besteht nur aus der Person des Amtsinhabers. Dabei ist das kleinste Organ das protokollarisch höchste, aber auch mit vergleichsweise beschränkten, überwiegend repräsentativen Befugnissen verbunden. Das liegt nicht zuletzt an den schlechten Erfahrungen der Weimarer Republik, die dem Reichspräsidenten in der Verfassung eine starke Stellung zuwies. Unmittelbar vom Volk gewählt, stellte er ein Gegengewicht zum Reichstag dar, den er jederzeit auflösen konnte und auch nicht bei der Ernennung oder Entlassung des Kanzlers und seiner Minister beteiligen musste. Mit sogenannten Notverordnungen war ihm eine „Ersatzgesetzgebung“ möglich, was für den Ausnahmezustand gedacht war, aber vor allem nach 1930 in Anspruch genommen wurde und seinen traurigen Höhepunkt in der sogenannten Reichstagsbrandverordnung vom 28. Februar 1933 fand, die die Bürgerrechte schleifte und den Weg in die NS-Diktatur ebnete.

Angeht es solcher Lehren ist das Amt des Bundespräsidenten mit deutlich beschränkteren Kompetenzen versehen worden (siehe auch Beitrag oben rechts). Dabei ist er „nach der Ausgestaltung seines Amtes“ keiner der drei klassischen Staatsgewalten – also Exekutive, Legislative und Judikative – zuzuordnen, wie das Bundesverfassungsgericht in einem Urteil von 2014 festhielt. Er ist das Staatsoberhaupt und „verkörpert die Einheit des Staates“, heißt es darin weiter. „Autorität und Würde seines Amtes kommen gerade auch darin zum Ausdruck, dass es auf vor allem geistig-moralische Wirkung angelegt ist“, konstatierten die Karlsruher Richter. Über die dem Präsidenten von der Verfassung zugewiesenen Befugnisse hinaus kommen ihm laut Urteil „vor allem allgemeine Repräsentations- und Integrationsaufgaben zu“. Da ihm im Krisenfall auch „politische Leitentscheidungen“ zustehen, weist das Amt daneben eine Art „Reservefunktion“ auf. Aufgaben und Befugnisse des Bundespräsidenten sind zum Teil im Grundgesetz festgeschrieben oder auch im einfachen Recht, zum Teil haben sie sich durch ständige Übung entwickelt. Zur Repräsentationsfunktion seines Amtes gehört die völker-

rechtliche Vertretung des Bundes nach außen; er schließt in dessen Namen die Verträge mit anderen Staaten, beglaubigt die diplomatischen Vertreter Deutschlands und nimmt die Beglaubigungsschreiben der ausländischen Diplomaten entgegen. In der Praxis bevollmächtigt er ein Regierungsmitglied zur Abgabe völkerrechtlich verbindlicher Erklärungen. Zudem repräsentiert er die Bundesrepublik nach innen und außen etwa durch Reden, Visiten in Ländern und Kommunen, Staatsbesuche im Ausland und den Empfang von Staatsgästen. Dabei wirkt er vor allem mit der vielzitierten „Kraft des Wortes“, wobei er sich in der Regel mit Stellungnahmen zu parteipolitisch umstrittenen Fragen der Tagespolitik zurückhält. Ferner schlägt der Präsident dem Bundestag den Bundeskanzler zur Wahl vor und ernennt den Gewählten. Auf dessen Vorschlag hin ernennt oder entlässt er auch die Bundesminister. Auch die Bundesrichter, Bundesbeamten, Offiziere und Unteroffiziere ernennt der Präsident, wobei dies zum Teil anderen Behörden übertragen ist. Im Gesetzgebungsverfahren werden die Bundesgesetze vom Bundespräsidenten ausgefertigt und im Bundesgesetzblatt ver-

kündigt, nachdem er geprüft hat, ob sie nach den Vorschriften des Grundgesetzes zustande gekommen sind. „Nach der Staatspraxis und der herrschenden Meinung umfasst dieses Prüfungsrecht sowohl formelle Gesichtspunkte (Zuständigkeits- und Verfahrensvorschriften) als auch materielle Fragen (Grundrechte, Staatszielbestimmungen, Staatsorganisationsrecht)“, heißt es dazu auf der Internetseite des Staatsoberhauptes. Acht Mal hat bislang ein Bundespräsident die Ausfertigung eines Gesetzes abgelehnt, zuletzt im Jahr 2006, als Horst Köhler entschied, das Gesetz zur Neuregelung der Flugsicherung sowie wenige Wochen später auch das Gesetz zur Neuregelung des Rechts der Verbraucherinformation nicht auszufertigen. Die Reservefunktion zeigt sich in den besonderen Befugnissen, die das Grundgesetz dem Präsidenten für verfassungsrechtliche Ausnahmefälle zuweist. Findet bei einer Kanzlerwahl kein Bewerber die absolute Mehrheit, hat der Bundespräsident einen mit einfacher Mehrheit gewählten Kandidaten zu ernennen oder das Parlament aufzulösen. Auch kann er den Bundestag auf Antrag des Bundeskanzlers auflösen, wenn dessen Vertrauensfrage im Parlament keine Mehrheit findet. Löst der Bundespräsident in diesem Fall den Bundestag nicht auf, kann er laut Grundgesetz „auf Antrag der Bundesregierung mit Zustimmung des Bundesrates für eine Gesetzesvorlage den Gesetzgebungsnotstand erklären, wenn der

Bundestag sie ablehnt, obwohl die Regierung sie als dringlich bezeichnet hat“. Das Gleiche gilt, wenn eine Gesetzesvorlage abgelehnt worden ist, obwohl der Kanzler mit ihr die Vertrauensfrage verband. Nach Erklärung des Gesetzgebungsnotstands gilt das Gesetz unter bestimmten Voraussetzungen trotz Ablehnung durch den Bundestag als zustande gekommen. Zu den weiteren Kompetenzen des Staatsoberhauptes zählt laut Verfassung auch für den Bund das Begnadigungsrecht auszuüben. In einfachen Gesetzen geregelt ist beispielsweise seine Zuständigkeit, den Tag der Bundestagswahl zu bestimmen; zu den ungeschriebenen Kompetenzen gehört etwa die Verleihung von Orden des Bundes. Zum Bundespräsidenten gewählt werden kann jeder wahlberechtigte Deutsche, der 40 Jahre oder älter ist. Der Regierung oder dem Bundestag beziehungsweise einem Landtag darf der Bundespräsident ebenso wenig angehören wie der Leitung oder dem Aufsichtsrat eines Unternehmens; auch darf er kein besoldetes Amt, kein Gewerbe und keinen Beruf ausüben. Die Amtsdauer beträgt fünf Jahre, eine Wiederwahl ist nur einmal zulässig. Ein vorzeitiges Ende finden kann die Amtszeit etwa durch den Rücktritt des Staatsoberhauptes oder auch durch ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts, dem eine Präsidentenanfrage durch Bundestag oder Bundesrat vorgehen muss. Zu Letzterem ist es freilich noch nie gekommen. sto

In Ausnahmefällen hat das Staatsoberhaupt besondere Befugnisse.

Weder Plebiszit noch Präsidium

GRUNDGESETZ Bei den Verfassungsberatungen lehnten letztlich alle Fraktionen eine Direktwahl des Staatsoberhauptes ab

Die US-Präsidentenwahl, die Brexit-Abstimmung in Großbritannien, das Verfassungsreferendum in Italien – das vergangene Jahr hat eine ganze Reihe spannender Urmengänge geboten. Die Österreicher wurden sogar gleich zweimal in die Wahlkabinen gerufen, um über ihr Staatsoberhaupt zu entscheiden: In der Alpenrepublik wird – anders als in Deutschland – dort mit mehr Befugnissen ausgestattete Bundespräsident per Direktwahl vom Wahlvolk bestimmt. Das fänden auch hierzulande viele gut: 69 Prozent der befragten Deutschen sagten bei einer repräsentativen Umfrage im vergangenen Juni, eine Direktwahl des Staatsoberhauptes „voll und ganz“ oder „eher“ zu befürworten. Mehr Macht für den Bundespräsidenten wollten indes nur 30 Prozent, und die Frage, ob Deutschland überhaupt einen Präsidenten braucht, beantworteten 30 Prozent mit Nein und lediglich 58 mit Ja.

Beide Debatten, die über eine Abschaffung des höchsten Amtes im Staate als auch die über eine Direktwahl, flackern immer wieder auf, schon im Parlamentarischen Rat, der 1948/49 das Grundgesetz ausarbeitete, waren sie ein Thema. Dennoch entschieden sich die Väter und Mütter des Grundgesetzes anders: „Der Bundespräsident wird“, so steht es in Artikel 54 der Verfassung, „von der Bundesversammlung gewählt“. Warum aber hat die Bundesrepublik überhaupt einen doch weitgehend auf

repräsentative Aufgaben beschränkten Bundespräsidenten? Und weshalb wird er durch eine nur zu diesem Zweck einzuberufende Versammlung gewählt statt wie der Bundeskanzler vom Bundestag oder eben direkt vom Volk?

Was heute vielen selbstverständlich scheinen mag, war vor bald 70 Jahren bei den Beratungen über das Grundgesetz so unumstritten nicht. Die Sehnsucht nach einem „Ersatzkaiser“, der nach dem Sturz der Monarchie mit dem 1919 geschaffenen Amt des Reichspräsidenten noch Rechnung getragen worden war, schien nach den schlechten Erfahrungen der Weimarer Republik diskreditiert. Statt dessen wurde bei den Beratungen über „Richtlinien für ein Grundgesetz“ im August 1948 auf der Insel Herrenchiemsee erwogen, angesichts des „provisorischen Charakters der zu schaffenden staatlichen Ordnung“ die Aufgaben des Staatsoberhauptes einem „Bundespräsidium“ zu übertragen.

Zwar machte sich in der Expertenrunde nur eine Minderheit für ein solches Dreierkollegium aus Bundestagspräsident, Bundesratspräsident und Bundeskanzler mit regelmäßig wechselndem Vorsitz stark, doch griffen die Sozialdemokraten den

Vorschlag bei der Ausarbeitung der Verfassung im Parlamentarischen Rat wieder auf. Aus ihren Reihen kam auch der Gedanke, auf eine solche Institution ganz zu verzichten und statt dessen „für das Provisorium des Grundgesetzes“ dem Bundestagspräsidenten die Funktionen des Staatsoberhauptes zu übertragen – so wie vier Jahrzehnte später ja auch in der Endphase der DDR die damalige Volkskammerpräsidentin Sabine Bergmann-Pohl als Staatsoberhaupt fungieren sollte.

Der Parlamentarische Rat indes entschied sich gleichwohl dafür, die Staatsspitze mit einer eigens zu wählenden Persönlichkeit zu besetzen. Die CDU argumentierte, dass „ein gut funktionierender Bundesstaat grundsätzlich auch eines Bundespräsidenten“ zur Repräsentation nach innen und außen bedürfe; auch könne ein solcher Präsident „der moralische Repräsentant der Volkseinheit“ sein. Und für die Freien Demokraten warnte Theodor Heuss vor dem „Provisorium eines Direktoriums“. Das würde „in der Bevölkerung gleich wieder so ausgedeutet (...): Man will also die verschiedenen Leute und Parteien mit daran beteiligt haben“. Angesichts der Lehren aus der Weimarer Republik wurde das Bundespräsidenten-

amt indes mit deutlich geringeren Kompetenzen ausgestattet als zuvor der Reichspräsident. Aus denselben Gründen wird der Bundespräsident auch nicht direkt vom Volk gewählt, was im Parlamentarischen Rat einige FDP-Vertreter zur Diskussion stellten. Eine Direktwahl hätte die Position des Staatsoberhauptes gegenüber der Regierung erheblich gestärkt, doch sollte ja gerade das Weimarer Nebeneinander von Präsidialsystem und parlamentarischer Demokratie vermieden werden. Hinzu kamen die bitteren Erfahrungen der ersten Republik mit den Demagogie-Potenzialen von Volksabstimmungen, weshalb eine Direktwahl des Präsidenten schließlich von allen Fraktionen abgelehnt wurde.

Das künftige Staatsoberhaupt sollte sich aber gleichwohl auf ein „breites Fundament“ stützen können. Wenn schon kein „plebiszitärer Bundespräsident“ erwünscht sei, argumentierte im Parlamentarischen Rat der FDP-Politiker Thomas Dehler, solle der erste Mann im Staate doch „vom Vertrauen einer größeren Zahl von Vertretern des Volkes getragen werden“. Schon auf Herrenchiemsee war der Vorschlag aufgenommen, den Bundespräsidenten durch Bundestag und Bundesrat wählen zu lassen. Unterstützung fand dies im Parlamentarischen Rat bei Unions-Vertretern, die die Länderkammer an der Präsidentenwahl beteiligt sehen wollten. Das aber stieß bei Sozial- und Freidemokraten auf Ablehnung mit der Begründung, es sei „irgendwie sys-

temwidrig“ und „eines freien Staates unwürdig“, dass die Wähler des Staatsoberhauptes „nach Instruktionen ihrer Landesregierungen handeln“. Von Wählern, die an Weisungen gebunden seien, könne man nicht erwarten, „dass sie die Stimme des Volkes wiedergeben“. Eine echte Wahl setze voraus, „dass die Wähler ihre Stimmen nach bestem Wissen und Gewissen abgeben“.

Schließlich kam es zur Idee einer „Bundesversammlung“ von gewählten Vertretern des Bundes und der Länder – eine „persönliche Erfindung“ von Theodor Heuss, der dann von diesem Gremium als erster ins höchste Staatsamt gewählt werden sollte. Dehler brachte dann für die FDP im Hauptausschuss des Parlamentarischen Rates den auch von der SPD befürworteten Vorschlag ein, „dass ein Nationalkonvent, eine Bundesversammlung zusammentritt, dass also ein besonderes Wahlgremium den Bundespräsidenten wählt“.

Damit nun aber der Bundesrat bei der Kür des Staatsoberhauptes nicht gänzlich außen vor bleiben musste, wies die Verfassungsmütter und -väter der Länderkammer wenigstens eine Art Zeugenrolle bei der Vereidigung des neu Gewählten zu. Aus diesem Grunde leistet jeder Bundespräsident bei Antritt der neuen Tätigkeit seinen Amtseid, wie es in Artikel 56 des Grundgesetzes vorgeschrieben ist, „vor den versammelten Mitgliedern des Bundestages und des Bundesrates“. Helmut Stoltenberg

DIE BUNDESPRÄSIDENTEN

Roman Herzog
1994 - 1999



Er gilt als Präsident mit der Rückrede: Der im Januar dieses Jahres verstorbene Herzog (CDU) hatte 1997 in seiner Berliner Rede erklärt, dass angesichts verkrusteter Strukturen ein „Ruck“ durch Deutschland gehen müsse, um ein weitverbreitetes Gefühl der Stagnation zu überwinden. Der Staatsrechtler Herzog war seit 1983 Mitglied des Bundesverfassungsgerichts und seit 1987 dessen Vorsitzender. 1996 führte er den 27. Januar als Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus ein.

Johannes Rau
1999 - 2004



„Versöhnen statt Spalten“ - diese Maxime des langjährigen SPD-Ministerpräsidenten Nordrhein-Westfalens galt auch für seine Amtszeit im Schloss Bellevue. Rau setzte sich für die Integration ein und verband dieses Anliegen mit dem Plädoyer für eine geregelte Einwanderungspolitik. Als erstes deutsches Staatsoberhaupt sprach er vor der Knesset und bat das jüdische Volk und Israel in deutscher Sprache um Vergebung für die Verbrechen des Holocaust.

Horst Köhler
2004 - 2010



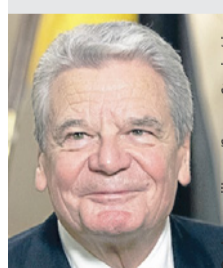
Er war Chefunterhändler von Bundeskanzler Helmut Kohl (CDU) und geschäftsführender Direktor des Internationalen Währungsfonds. 2004 wurde er als Kandidat von Union und FDP zum Bundespräsidenten gewählt und 2009 im Amt bestätigt. 2010 reichte er überraschend seinen Rücktritt ein. Köhler prägte die Formulierung von Deutschland als „Land der Ideen“, außenpolitisch setzte er sich für Entwicklung und Armutsbekämpfung auf dem afrikanischen Kontinent ein.

Christian Wulff
2010 - 2012



Der einstige niedersächsische CDU-Ministerpräsident war der bislang jüngste Bundespräsident und auch derjenige mit der kürzesten Amtszeit. Presseberichte nährten den Verdacht der Vorteilsnahme, im Februar 2012 stand die Aufhebung der Immunität im Raum. Wulff trat daraufhin zurück. 2014 wurde er freigesprochen. In seiner Antrittsrede sprach Wulff von der „bunten Republik“, Akzente setzte er mit seinem Plädoyer für Integration und mit dem Satz, dass auch der Islam inzwischen zu Deutschland gehöre.

Joachim Gauck
2012 - 2017



In der Flüchtlingskrise warnte er vor einem „Dunkeldeutschland“ der Brandstifter, dem das „helle Deutschland“ der Hilfsbereiten gegenüberstehe. Außenpolitisch forderte er, dass sich Deutschland „früher, entschiedener und substanzvoller“ zur Lösung internationaler Konflikte einbringen solle – und in Sachen Menschenrechte nahm der einstige Beauftragte für die Stasi-Unterlagen gegenüber Russland und China kein Blatt vor den Mund. Seine unverstellte Art brachte Gauck den Vorwurf ein, er agiere zu parteiisch. Aber auch viele Kritiker gestehen ihm zu, dem Amt Ansehen zurückgegeben zu haben, das durch die Rücktritte seiner beiden Vorgänger beschädigt worden war.

Die Wahl durch die Bundesversammlung geht auch auf Lehren aus der Weimarer Zeit zurück.



Albrecht Glaser

Der stellvertretende Parteisprecher der AfD (75) war bis 2012 CDU-Mitglied und unter anderem mehrere Jahre Stadtkämmerer in Frankfurt am Main.



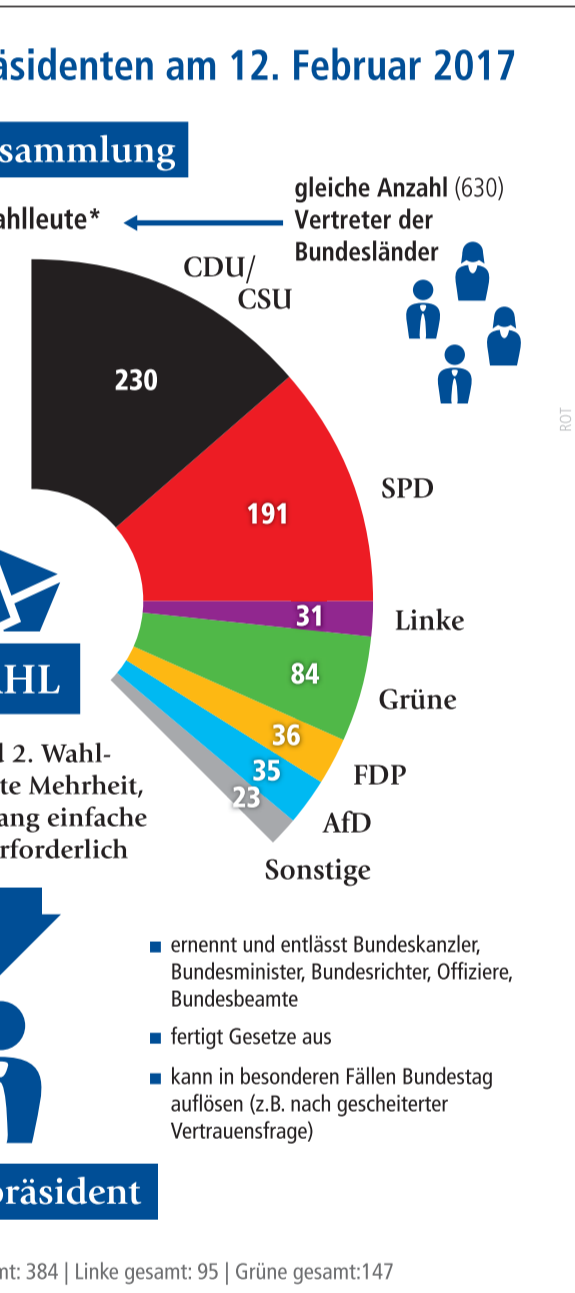
Alexander Hold

Der Jurist (54), bekannt geworden durch die TV-Gerichtsshow „Richter Alexander Hold“, ist Fraktionschef der Freien Wähler im Stadtrat von Kempten.



Der neu gewählte Bundespräsident Joachim Gauck in der Bundesversammlung vor fünf Jahren

© picture-alliance/dpa/ Michael Kappeler



Pfui-Rufe, Heiterkeit und Familiengeschichten

RÜCKBLICK Mal spannend, mal langweilig: ein Streifzug durch 15 Bundesversammlungen. Kandidatinnen standen stets auf verlorenem Posten

Für eine mögliche zweite Amtszeit hat Bundespräsident Joachim Gauck aus Altersgründen nicht zur Verfügung stehen wollen, die erste aber absolviert er bis zum 17. März über die volle Distanz von fünf Jahren. Das mag beim Blick auf die Gesamtheit seiner zehn Vorgänger nicht ungewöhnlich sein, war aber zuletzt die Ausnahme: Als ihn die 15. Bundesversammlung 2012 zum Nachfolger des zurückgetretenen Christian Wulff kürte, lag dessen Wahl zum Staatsoberhaupt erst etwas mehr als 20 Monate zurück, und nur gut 13 weitere Monate waren zuvor vergangenen, seit der später gleichfalls demissionierte Horst Köhler im höchsten Staatsamt bestätigt worden war. Drei Bundesversammlungen in weniger als drei Jahren – das hatte es bis dahin noch nicht gegeben: Heinrich Lübke, vor Köhler der einzige zurückgetretene Bundespräsident, hatte von seiner zweiten Amtszeit schon mehr als vier Jahre absolviert, als er 1968 seinen vorzeitigen Abschied zum 30. Juni 1969 ankündigte, zehn Wochen vor Ablauf der regulär fünfjährigen Amtsdauer. Eine andere Premiere bot Köhlers Wiederwahl 2009, als mit ihm und seiner SPD-Herausforderin Gesine Schwan erstmals zwei Kandidaten antraten, die bereits bei der vorherigen Präsidentenwahl aufeinandergetroffen waren. Wie 2004 setzte sich Köhler auch 2009 – jeweils von Union und FDP nominiert – im ersten Wahlgang gegen seine Kontrahentin durch.

Zugleich erinnerte die Konstellation von 2009 an die spannendste aller bisherigen Bundespräsidentenwahlen: die vom 5. März 1969. Damals regierten wie im Mai 2009 Union und SPD in einer Großen Koalition die Bundesrepublik. In der Bundesversammlung aber ließen sie zwei Kabinettsmitglieder gegeneinander antreten. Für die Union kandidierte Gerhard Schröder (nur namensgleich mit dem späteren Kanzler), erst Innen-, dann Außen-, schließlich Verteidigungsminister. Für die SPD bewarb sich Justizminister Gustav Heinemann, einst selbst CDU-Innenminister und mittlerweile Sozialdemokrat.

In den zwei ersten Wahlgängen verfehlten beide die erforderliche absolute Stimmenmehrheit, wobei Heinemann knapp vor seinem Kabinettskollegen lag. Im dritten Wahlgang, bei dem die relative Mehrheit reicht, gewann er mit 50,0 Prozent der abgegebenen Stimmen. Ausschlaggebend war die FDP, die den ersten SPD-Politiker ins höchste Staatsamt wählte – ein Vorbote der sozialliberalen Koalition.

Nicht jede Bundesversammlung bot einen solchen Krimi. 1979 und 1984 etwa war das Ergebnis von vornherein klar, da die Union die absolute Mehrheit in dem Gremium hatte. Da half es der SPD 1979 nichts, mit Ex-Bundestagspräsidentin Annemarie Renger erstmals eine Frau ins Rennen zu schicken. Renger, die dem CDU-Mann Karl Carstens unterlag, war dabei für ihre Partei nur „zweite Wahl“: Ur-

sprünglich hatte die SPD die Kandidatur dem Physiker und Philosophen Carl-Friedrich von Weizsäcker angetragen, der indes abwinkte. Sonst hätte er wohl mit seinem Bruder Richard die Erfahrung einer Niederlage in der Bundesversammlung geteilt. Richard von Weizsäcker nämlich stand 1974 als Unions-Bewerber auf verlorenem Posten gegen den sozialliberalen Mehrheitskandidaten Walter Scheel. Dafür bekam er dann 1984 auch zahlreiche SPD-Stimmen und 80,9 Prozent. Bei seiner Wiederwahl 1989 gab es zum einzigen Mal keine Gegenkandidaten: Der Amtsinhaber wurde mit 86,2 Prozent bestätigt – ein Wert, den nur Gründungspräsident Theodor Heuss bei seiner Wiederwahl 1954 mit 88,2 Prozent übertraf. Heuss hatte dabei ebenfalls die Zustimmung auch der meisten Sozialdemokraten gefunden. Bei seiner ersten Wahl 1949 konnte er sich dagegen erst im zweiten Wahlgang gegen SPD-Chef Kurt Schumacher durchsetzen.

„Pfui“-Rufe gab es bei seiner Wiederwahl 1954 bei Bekanntgabe des Wahlergebnisses, als sich eine Stimme für den noch als Kriegsverbrecher inhaftierten Karl Dönitz fand, 1945 kurzzeitiger Nachfolger Hitlers als Reichspräsident. Dass auf einem weite-

ren Stimmzettel der damalige Chef des Hauses Hohenzollern als Staatsoberhaupt gewünscht wurde, erreichte 36 Jahre nach Ende der Monarchie nur noch Heiterkeit. Auch auf Konrad Adenauer entfiel 1954 eine Stimme, obwohl er wie Dönitz und der Kaiser-Enkel gar nicht nominiert war. Eng verknüpft ist der Name des ersten Bundeskanzlers mit der folgenden Präsidentenwahl von 1959, für die er zunächst seine Bewerbung angekündigt hatte. Drei Wochen vor der Wahl machte Adenauer einen Rückzieher, um weiter die „Richtlinien der Politik“ bestimmen zu können. Heuss-Nachfolger wurde stattdessen Heinrich Lübke (CDU). Bei dessen Wiederwahl 1964 verzichtete die SPD – anders als die FDP – auf einen Gegenkandidaten: Die erste Große Koalition kündigte sich an.

Mit vier Gegenkandidaten hatte es dagegen 1994 Roman Herzog zu tun. Als Unions-Bewerber für deren ursprünglichen, dann aber zurückgezogenen Kandidaten Steffen Heitmann aus Sachsen angetreten, konnte sich Herzog gegen den SPD-Mann Johannes Rau erst im dritten Wahlgang behaupten – mit Unterstützung der FDP, die ihre Bewerberin Hildegard Hamm-Brücher nach dem zweiten Wahlgang aus dem Rennen genommen hatte.

Nur bei der Wiederwahl Weizäckers 1989 gab es keine Gegenkandidatur.

Rau gelang fünf Jahre später der Sprung an die Staatsspitze. Verheiratet mit der Enkelin seines politischen Zielvaters Heinemann, musste er sich dabei auch gegen dessen von der damaligen PDS nominierten Tochter Uta Ranke-Heinemann durchsetzen, der Tante seiner Frau. Der zweite Sozialdemokrat im höchsten Staatsamt nahm es launig: „An dem Wort ‚Familienbande‘ ist viel Wahres dran“, bemerkte Rau – nach seiner Wahl, wohlgernekt.

Wie Rau und Weizsäcker fand auch der amtierende Bundespräsident Gauck erst im zweiten Anlauf 2012 eine Mehrheit der Bundesversammlung, bei dem er als schwarz-rot-gelb-grüner Kandidat ins Rennen ging: 79,9 Prozent langten ihm schon im ersten Wahlgang, 2010 dagegen musste sich Gauck, damals von SPD und Grünen nominiert, noch Wulffs Mehrheit von Union und FDP beugen, wenn auch erst im dritten Wahlgang.

Mit einer breiten Mehrheit kann am 12. Februar auch Außenminister Frank-Walter Steinmeier rechnen, auf dessen Nominierung sich Union und SPD verständigt haben. Er wäre nicht nur (nach dem FDP-Mann Scheel) der zweite Außenamtschef, der ins Präsidentenamts wechselt, sondern auch der zweite Sozialdemokrat, der 2009 so wie Rau 1987 als Kanzlerkandidat seiner Partei eine Niederlage einstecken musste, um dann mit dem höchsten Staatsamt einen anderen Karrierepfad zu erklimmen. sto



Unternehmen in der Pflicht

RECHT Die Grünen wollen „zukunfts-fähige Unternehmensverantwortung“ gesetzlich festschreiben. So steht es in zwei Anträgen, die vergangene Woche erstmals beraten und dann an die Ausschüsse überwiesen wurden. In einem Antrag (18/10038) werden „wirksame Sanktionen bei Rechtsverstößen von Unternehmen“ gefordert. Katja Keul (Grüne) begründete dies damit, dass Unternehmen, die gegen Gesetze, Umwelt- oder Sozialstandards verstießen, „den Wettbewerb verzerren und damit den gesetzestreuern Unternehmen schaden“. Allerdings wolle ihre Fraktion nicht Normen des Strafgesetzbuches auf juristische Personen übertragen, sondern eine Verschärfung des Ordnungswidrigkeitenrechts. Auch Verstöße im Ausland sollten verfolgt und finanzielle Sanktionen erhöht werden.

Nicht mit dem Ziel, aber mit den vorgeschlagenen Änderungen stießen die Grünen auf Widerspruch. Es gebe viele spezialgesetzliche Regelungen mit Verpflichtungen und Sanktionen, sagte Jan-Marco Luczak (CDU). Dies alles in einem Gesetz regeln zu wollen, sei „gesetzsystematisch vollkommen verfehlt“. Volker Ullrich (CSU) ergänzte, eine Bestrafung von Unternehmen könne dazu führen, dass „Fließbandarbeiter oder Kleinaktionäre für das Fehlverhalten von Managern haften müssen“. Dagegen stimmte Johannes Fechner (SPD) einigen Vorschlägen der Grünen zu. Allerdings sei der Antrag an manchen Stellen zu unbestimmt.

Mit dem zweiten Antrag (18/10255) sollen „mensenrechtliche Sorgfaltspflichten“ verankert werden. Firmen sollen auf eine fortlaufende menschenrechtsbezogene Risikoanalyse, Präventionen zur Verhinderung von Menschenrechtsverletzungen und Abhilfen bei Menschenrechtsverstößen verpflichtet werden. Niema Movassat (Die Linke) warf der Bundesregierung vor, sie setze nur auf Freiwilligkeit und nehme in Kauf, dass „menschenrechtswidriges Verhalten ein Wettbewerbsvorteil“ für Unternehmen sein könne. Der im Dezember beschlossene Nationale Aktionsplan (NAP) zur Einhaltung menschenrechtlicher Sorgfaltspflichten von Firmen sei „sein Papier kaum wert“. Auch Stefan Rebmann (SPD) sprach sich für mehr Verbindlichkeit bei der Durchsetzung der Menschenrechte aus. Jedoch müsse man „die Wirtschaft mitnehmen“ wie beim NAP.

Peter Stützel



Ein Polizist mit einer Videokamera, der „Bodycam“, auf der Schulter im Düsseldorfer Hauptbahnhof

© picture-alliance/dpa / Maja Hiltj

»Kein Dämon«

INNERES Parlamente bei Videoüberwachung uneinig

Es sind „schockierende Szenen“, an die Thomas de Maizière (CDU) vergangenen Freitag im Bundestag erinnerte, etwa an den Angriff des sogenannten U-Bahn-Treters auf eine Frau vom Oktober 2016 in Berlin oder an den Obdachlosen, der zwei Monate danach in einem U-Bahnhof der Stadt im Schlaf angezündet wurde – Szenen, die bundesweit für Entsetzen sorgten. Die Ermittlung der mutmaßlichen Täter sei nur gelungen, weil die Taten aufgezeichnet worden seien, betonte der Bundesinnenminister und konstatierte, die Vorfälle hätten den Ruf nach einer „erweiterten Videoüberwachung in öffentlichen Räumen weiter verstärkt“. Auf eine Ausweitung der Videoüberwachung zielt auch der Regierungsentwurf eines „Videoüberwachungsverbesserungsgesetzes“ (18/10941) ab, über den das Parlament in der Debatte erstmals beriet. Gleichfalls in erster Lesung befassten sich die Abgeordneten mit einem weiteren Gesetzentwurf der Bundesregierung „zur Verbesserung der Fahndung bei besonderen Gefahrenlagen“ und zum Schutz von Bundespolizisten durch den Einsatz mobiler Videotechnik“ (18/10939).

Das „Videoüberwachungsverbesserungsgesetz“ sieht Änderungen des Bundesdatenschutzgesetzes vor mit dem Ziel, beim Einsatz von Videoüberwachung in Einrichtungen und Fahrzeugen des öffentlichen Schienen-, Schiffs- und Busverkehrs und öffentlich zugänglichen Anlagen wie Sportstätten oder Einkaufszentren festzuschreiben, „dass der Schutz von Leben, Gesundheit oder Freiheit von dort aufhaltigen Personen als besonders wichtiges Interesse gilt“. Diese Wertung soll bei der Abwägung über den Einsatz von Videoüberwachungsmaßnahmen berücksichtigt werden. Ziel des zweiten Gesetzentwurfs ist „eine Stärkung der polizeilichen Befugnisse zum Einsatz von technischen Mitteln“. So soll die Bundespolizei automatische Kennzeichenlesesysteme einsetzen können, um bei Gefahren für die öffentliche Sicherheit die Fahndung nach Fahrzeugen und deren In-

sassen sowie die Strafverfolgung zu verbessern. Ferner ist unter anderem vorgesehen, durch mobile Videotechnik den Schutz von Polizeibeamten sowie die „Verfolgung von Straftaten und Ordnungswidrigkeiten von auch im Einzelfall erheblicher Bedeutung“ zu verbessern. In der Debatte betonte de Maizière, dass Videotechnik kein Allheilmittel, „aber auch kein Dämon“ sei. Die Kameras „helfen, Straftäter zu identifizieren“ und verhindern Straftaten, wenngleich sie nicht gegen jede Form von Kriminalität helfen könnten. Als „große Hilfe“ wertete der Minister die geplanten neuen Befugnisse zum Einsatz sogenannter Bodycams und zur Nutzung von automatischen Kennzeichenlesesystemen. Dass man jetzt auch Bundespolizisten Kameras zur Aufzeichnung ihrer Arbeit geben, habe auch mit den zunehmenden Angriffen auf die Beamten zu tun.

»Wenn es der Bundespolizei hilft, sind Bodycams sicher einen Versuch wert.«

Irene Mihalic, Bündnis 90/Die Grünen

Tempel, Bodycams könnten ein nützliches Hilfsmittel sein. Man brauche aber „klare Regelungen, was und wann aufgezeichnet werden darf und muss“. Auch fänden sich im Gesetzentwurf keine Regelungen etwa zur „Manipulationssicherheit“, zu den Zugriffs- und den Beschäftigtenrechten. Hier müsse nachgearbeitet werden. Seine Fraktionskollegin Martina Renner wandte sich gegen die vorgesehene Ausweitung der Videoüberwachung. Es gehe hier nicht um die Überwachung von Kriminalitätsschwerpunkten, sondern darum, Videoüberwachung flächendeckend einzuführen. Der Gesetzentwurf bedeute „ein Mehr an Überwachung, aber nicht ein Mehr an Sicherheit“. Irene Mihalic (Grüne) kritisierte die Regierungsvorschläge als „Sicherheitspolitik ins Blaue hinein“. So sollten Privatleute mehr Kameras aufhängen und länger Bildmaterial speichern, doch könnten private Stellen im Falle eines Falles gar nicht eingreifen.

Man schaffe lediglich „gewaltige Datenberge“, deren Auswertung womöglich wochenlang dauere. Gleiches gelte für die automatische Kennzeichenerfassung, fügte Mihalic hinzu. Bei einer konkreten Gefahr für Leib oder Leben könne die Kennzeichenfahndung an der Grenze „nicht die Antwort auf die aktuelle Sicherheitslage sein“. Dagegen gebe es „gute Gründe“ für den geplanten Einsatz von Bodycams. Allerdings müsse beim Datenschutz noch nachgearbeitet werden. Uli Grötsch (SPD) verwies darauf, dass man bereits gute Erfahrungen bei Pilotprojekten gemacht habe, die die deeskalierende und präventive Wirkung von Bodycams belegt hätten. Zur automatischen Kfz-Kennzeichenerfassung sagte er, dass diese anlassbezogen erfolgen solle, also „nicht flächendeckend, sondern bei bestimmten Gefahrensituationen“. Stephan Mayer (CSU) bewertete beide Gesetzentwürfe als notwendig und maßvoll. Sie stellten einen „wesentlichen Schritt zur Verbesserung der Sicherheit in Deutschland“ dar, sagte Mayer. Eine „moderate Ausweitung der Videoüberwachung“, stärke die präventive Arbeit der Sicherheitsbehörden und erleichtere die Verfolgung von Straftaten.

Helmut Stoltenberg

KOMPAKT

Mehr Schutz durch Kameras erhofft

> Videoüberwachung Bei der Abwägung über ihren Einsatz etwa an öffentlichen Großanlagen wie Sportstätten oder Einkaufszentren soll der Schutz von Leben, Gesundheit oder Freiheit dort befindlicher Menschen als „besonders wichtig“ gewertet werden.

> Bodycams Bundespolizisten sollen sie nutzen können zur Verbesserung ihres eigenen Schutzes und der „Verfolgung von Straftaten und Ordnungswidrigkeiten von auch im Einzelfall erheblicher Bedeutung“.

> Kennzeichenlesesysteme Diese automatischen Systeme sollen die Fahndung bei Gefahren für die öffentliche Sicherheit verbessern.

AUS PLENUM UND AUSSCHÜSSEN

Weiter Streit um Patientenberatung

PATIENTEN Der zu Jahresbeginn 2016 von dem Callcenter-Unternehmen Sanvartis übernommene Auftrag der Unabhängigen Patientenberatung (UPD) sorgt weiter für Streit. Nach Ansicht der Linken sind mit dem Anbieterwechsel bewährte Strukturen zerschlagen worden. Die Linke hatte vergangene Woche mit einem Antrag (18/7042), in dem gefordert wurde, die Patientenberatung dauerhaft aus Steuergeldern zu finanzieren und anstelle des Patientenbeauftragten der Bundesregierung einen Patientenbeauftragten des Bundestages zu benennen, keinen Erfolg. Union und SPD lehnten den Antrag ab. Der Spitzenverband der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) hatte 2015 im Einvernehmen mit dem Patientenbeauftragten die Neuvorgabe beschlossen. Zuvor hatte die Koalition

die UPD-Förderphase von fünf auf sieben Jahre verlängert und die Fördermittel von 5,2 auf neun Millionen Euro jährlich erhöht. Kathrin Vogler (Linke) wertete die Entscheidung, dem gemeinnützigen Trägerverbund der UPD das Projekt zu entziehen, als „Skandal“. Die Beratungsqualität habe seither erheblich gelitten. Maria Klein-Schmeink (Grüne) sprach von einem „Kahlschlag an einer ganz wichtigen Struktur“. Auch die SPD ist skeptisch. Helga Kühn-Mengel (SPD) räumte ein, sie habe nicht mit der Vergabe an einen solchen Anbieter gerechnet. Die vorgegebenen Zahlen seien bisher nicht erreicht worden. Über eine Neuordnung sollte nach der Wahl verhandelt werden. Reiner Meier (CSU) verteidigte die Neuvorgabe und erklärte, das Angebot der UPD sei deutlich ausgeweitet und verstetigt worden. pk

Generalisten versus Spezialisten

PFLGE Linke und Grüne sind in der vergangenen Woche im Bundestag mit Anträgen zur Reform der Pflegeausbildung gescheitert. Dass die Ausbildung angesichts der zunehmenden Bedeutung der Pflegeberufe modernisiert werden muss, ist unstrittig. Allerdings wird das von der Bundesregierung geplante generalistische Konzept anstelle der bisher getrennten Ausbildungswege Kranken-, Kinderkranken- und Altenpflege von der Opposition abgelehnt. Inzwischen ist das Konzept auch innerhalb der Koalition strittig. Die SPD befürwortet die Generalistik, in der Unionsfraktion wird eher auf Spezialisten gesetzt. Der Gesetzentwurf (18/7823) liegt seither auf Eis. Die Linke plädierte in ihrem Antrag (18/7414) für eine integrierte Ausbildung mit Schwerpunktsetzung in allgemeiner Pflege, Kinder-

krankenpflege oder Altenpflege. Ein gewisser Grad an Spezialisierung sei erforderlich. Die Bedürfnisse von Säuglingen, Kindern, älteren Menschen oder Patienten in der Sterbephase seien unterschiedlich. Auch die Grünen sprachen sich in ihrem Antrag (18/7880) für ein integratives Konzept aus. So sollten im ersten Ausbildungsabschnitt identische Inhalte unterrichtet werden. Im zweiten Teil sollten sich die Auszubildenden spezialisieren. Die Sektoren müssten zugleich durchlässiger werden. Erich Irstorfer (CSU) warb für das Kompromissmodell „Zwei plus eins“: Zwei Jahre generalistische Ausbildung und ein Jahr Spezialisierung. Klassische Spezialisierungen seien weiter nötig. Bettina Müller (SPD) erklärte, die Novelle sehe ja schon eine Mischform vor. Es müsse rasch eine Konsenslösung geben. pk

Kampf gegen Polio und Krätze

INFEKTIONEN Mit systematisch erweiterten Meldepflichten will die Bundesregierung den Schutz vor übertragbaren Krankheiten verbessern. Das Robert Koch-Institut (RKI) wird dazu mit der Errichtung eines elektronischen Meldewesens beauftragt, das spätestens im Jahr 2021 in Betrieb gehen soll. Der Gesetzentwurf (18/10938), der in der vergangenen Woche im Bundestag erstmals beraten wurde, sieht auch zusätzliche Meldepflichten bei Krankenhausinfektionen vor. Auf diese Weise sollen mehr Informationen über die Übertragungswege gesammelt werden. Das gilt zum Beispiel für bestimmte Erreger, die sich auf der Haut ansiedeln. In Pflegeheimen und anderen Gemeinschaftsunterkünften ist künftig außerdem die Krätze (Skabies) meldepflichtig, um bei Ausbrüchen der Krankheit früh reagieren zu können. Zur Aufbewahrung und Vernichtung von

Polioviren in Laboren werden neue Standards festgelegt. Damit setzt die Bundesregierung nach eigenen Angaben die Strategie der Weltgesundheitsorganisation (WHO) zur Ausrottung des Polio-Erregers um. Schließlich werden dem Entwurf zufolge für sogenannte Naturbäder Anforderungen an die Qualität des Wassers neu festgelegt. Rudolf Henke (CDU) sprach von nötigen Schritten hin zu einem besser koordinierten und strukturierten Schutz vor Infektionskrankheiten. Auch die Opposition begrüßte die gesetzliche Initiative. Birgit Wöllert (Linke) erklärte, die Bekämpfung ansteckender Krankheiten sei für ihre Fraktion ein wesentliches gesundheitspolitisches Ziel. Kordula Schulz-Asche (Grüne) erinnerte an den Ehec-Ausbruch, der gezeigt habe, dass ein schneller Informationsfluss im Kampf gegen Krankheiten wichtig sei. pk

Unbeliebte Einmischung

GESUNDHEIT Mehr Kontrollen für die Selbstverwaltung

Gegen den heftigen Widerstand der Akteure der gesundheitlichen Selbstverwaltung hat der Bundestag das sogenannte Selbstverwaltungsstärkungsgesetz (18/10605) beschlossen. Für die Novelle in geänderter Fassung (18/11009) votierten vergangene Woche die Fraktionen von Union und SPD, die Opposition enthielt sich. Anträge der Fraktionen Die Linke (18/10630) und von Bündnis 90/Die Grünen (18/8394) zu dem Thema fanden keine Mehrheit. Die Linken hatte eine stärkere Patientenvertretung in der Selbstverwaltung gefordert, die Grünen bessere Kontrollmechanismen. Mit dem Gesetz reagiert das Bundesgesundheitsministerium auf skandalträchtige Alleingänge der Kassenärztlichen Bundesvereinigung (KBV) und setzt auf erweiterte Durchgriffsrechte in der gesundheitlichen Selbstverwaltung. Die Novelle beinhaltet Vorgaben für die Haushalts- und Vermögensverwaltung, die internen Transparenzpflichten sowie Kontrollmechanismen. In bestimmten Fällen kann das Gesundheitsministerium eine „Person für besondere Angelegenheiten“ benennen und in die betreffende Spitzenorganisation entsenden.

Bei einer Anhörung über den Gesetzentwurf hatten sich die Akteure der gesundheitlichen Selbstverwaltung sehr kritisch geäußert und verlangt, den Entwurf deutlich nachzubessern oder auf das Vorhaben besser ganz zu verzichten. Die Novelle stand tatsächlich auf der Kippe, weil die Unionsfraktion eine „Lex KBV“ befürchtete, bevor sich Union und SPD doch noch einigten. Der „kleine Staatskommissar“ war in der Anhörung besonders umstritten, schien dies doch eher auf eine Schwächung der Selbstverwaltung hinauszulaufen. Hier wurde nachgebessert. Nun wird die Entscheidung und Aufgabe des Kontrollorgans stark eingeschränkt. Die KBV steht seit Jahren wegen fragwürdiger geschäftlicher Aktivitäten sowie wegen des Vorwurfs der Bereicherung ihres ehemaligen Vorsitzenden Andreas Köhler (56) in der Kritik. Immer neue Affären sorgten für Unverständnis und Unmut im Gesundheitsministerium, das die Rechtsaufsicht über die KBV hat. Umstritten waren Immobilien- und Aktiengeschäfte sowie Gehalts- und Pensionszusagen. Köhler stand von 2005 bis Februar 2014 an der Spitze der KBV und schied krankheitsbedingt aus. Sprecher aller Fraktionen verwiesen auf die große Bedeutung der Selbstverwaltung. Reiner Meier (CSU) betonte, Fehlverhalten untergrabe das Vertrauen in das System und müsse konsequent abgestellt und aufgearbeitet werden. Mit der Novelle werde die Selbstverwaltung transparenter, demokratischer und effektiver. Auch Bärbel Bas (SPD) forderte Aufklärung im Fall der KBV, die mit einem „Mix aus Korruption, Intrigen und Selbstbereicherung“ das Vertrauen in das ganze System erschütter habe. Harald Weinberg (Linke) würdigte einige Ansätze in der Vorlage, schränkte aber ein, das Gesetz biete keine Lösung für das sich immer stärker in Richtung Wettbewerb bewegende Gesundheitssystem. Harald Terpe (Grüne) verlangte, es müsse sichergestellt werden, dass die internen Kontrollen sowie auch die Aufsicht konsequent angewendet würden. Claus Peter Kosfeld



Ex-KBV-Chef Köhler war umstritten.

© picture-alliance/dpa

KURZ NOTIERT

Wohnungslosenstatistik findet keine Mehrheit

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen konnte sich mit ihrer Forderung nach Einführung einer bundesweiten Wohnungslosenstatistik nicht durchsetzen. Einen entsprechenden Antrag (18/7547) der Grünen lehnte der Bundestag am vergangenen Donnerstag mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen ab. Die Grünen hatten kritisiert, dass es keine nationale Statistik zur Erfassung der Wohnungslosigkeit gebe und diese deshalb auch nicht nachhaltig bekämpft werden könne. che

Erweiterte Hilfe für Opfer von Gewalttaten gefordert

Opfer von solchen Gewalttaten, die mit einem Kraftfahrzeug verübt wurden, sollen nach dem Willen der Grünen-Fraktion künftig auch über das Opferentschädigungsgesetz (OEG) einen Ausgleich erhalten. Das fordert die Fraktion in einem Gesetzentwurf (18/10965), über den der Bundestag vergangene Woche erstmals beraten hat. Bisher sind Gewalttaten mit Hilfe von Kraftfahrzeugen nicht über das OEG abgedeckt. che

In Verwaltungsverfahren wird Schriftform seltener nötig

Im Verwaltungsrecht des Bundes sollen Schriftformerfordernisse abgebaut werden. Dies geht aus einem von der Bundesregierung vorgelegten Gesetzentwurf „zum Abbau verzichtbarer Anordnungen der Schriftform im Verwaltungsrecht des Bundes“ (18/10183) hervor, den der Bundestag vergangene Woche in modifizierter Fassung (18/11007) gegen die Stimmen der Fraktion Die Linke verabschiedete. Durch die Neuregelung soll die Anordnung der Schriftform in mehreren Dutzend Rechtsvorschriften gestrichen werden. Bei rund 400 weiteren Rechtsvorschriften soll künftig an Stelle der vormals ausschließlich schriftlichen auch eine elektronische Verfahrensabwicklung möglich sein. sto

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



BKA ermittelte unter Hochdruck

NSU-UNTERSUCHUNGS-AUSSCHUSS Als im November 2011 die rechte Terrorgruppe „Nationalsozialistischer Untergrund“ (NSU) aufflog, hatten die Ermittler des Bundeskriminalamts (BKA) kaum ein Jahr Zeit, um alle nötigen Beweise für eine Anklage gegen das einzige überlebende NSU-Mitglied, Beate Zschäpe, und weitere mutmaßliche Unterstützer zu sammeln. Über die Ergebnisse und Versäumnisse der Ermittlungsarbeit befragte der NSU-Untersuchungsausschuss des Bundestages am vergangenen Donnerstag den BKA-Kriminalkommissar Otmar Soukup. Soukup leitete von November 2011 bis August 2012 die sogenannte Besondere Aufbauorganisation „BAO Trio“, die eigens für die Aufklärung der insgesamt zehn Morde, 15 Raubüberfälle und drei Sprengstoffanschläge des NSU gegründet wurde. Wie Soukup ausführte, wertete die BAO Trio unter anderem rund 7.000 Aservate und eine riesige Datenmenge von sieben Terabyte noch einmal neu aus. Zeitweise arbeiteten für die BAO rund 400 Beamte. Im September 2012 wurde die BAO zur Einsatzgruppe „EG Trio“ verkleinert, die Ermittlungen dauern weiter an. Soukup sprach von einer „chaotischen Anfangsphase“, die von häufigen Personalrotationen geprägt gewesen sei. Überrascht habe ihn, dass der Bundesgerichtshof bereits nach einem halben Jahr der



Hauptangeklagte Beate Zschäpe

Ermittlungen auf den sogenannten Beschleunigungsgrundgesetz gepocht und verlangt habe, das Verfahren nun möglichst schnell zur Anklage zu bringen. Das sei vor dem Hintergrund des Umfangs des NSU-Komplexes ungewöhnlich gewesen und habe den Arbeitsdruck auf die BKA-Ermittler noch einmal deutlich erhöht.

Den Vorwurf, die Ermittlungen hätten sich deshalb einseitig auf das NSU-Kerntrio konzentriert, wies Soukup zurück. Die Suche nach weiteren Hintermännern sei besonders am Anfang einer der Ermittlungsschwerpunkte gewesen. Entsprechende Hinweise hätten sich aber nicht erhärtet. Im Rahmen ihrer Möglichkeiten sei die BAO ein Erfolg gewesen. Dies habe sich in einer anschließenden Revision der Ermittlungsergebnisse sowie im NSU-Prozess am Oberlandesgericht München bestätigt. Bisher seien keine eklatanten Ermittlungsfehler zutage getreten, die zu einer Neubewertung der im Rahmen der BAO Trio gewonnen Erkenntnisse geführt hätten. Der Ausschuss sieht dagegen weiteren Ermittlungsbedarf und fordert eine Revision der DNA-Spuren und Funkzellendaten, die an den Tatorten gesichert wurden.

Verbesserungsbedarf sah Soukup bei den technischen Voraussetzungen der Datenanalyse und Kommunikation zwischen den Polizeibehörden. So würden die einzelnen Landeskriminalämter unterschiedliche Datenverarbeitungssysteme verwenden, die miteinander nicht kompatibel seien. Dieses Problem bestünde weiterhin und werde erst nach und nach behoben, sagte Soukup. Florian Zimmer-Amrhein



Mahnende Worte: Der Wehrbeauftragte Klaus-Peter Bartels während der Vorstellung seines Jahresberichts 2016 vor der Bundespressekonferenz in Berlin

© picture-alliance/Rainer Jensen

Bartels will mehr Tempo

BUNDESWEHR Wehrbeauftragter bemängelt Personallücken und fehlende Ausrüstung

Die Bundeswehr ist zwar auf dem Weg der Besserung, aber die von Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen (CDU) angestrebte „Trendwende“ dauert zu lange. Mit diesem höchst ambivalenten Urteil lässt sich der rund 100 Seiten umfassende Jahresbericht 2016 des Wehrbeauftragten (18/10900) zusammenfassen, den Klaus-Peter Bartels in der vergangenen Woche an Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU) übergeben hat. Vor allem beim Personal und Material sind nach Einschätzung des Wehrbeauftragten noch immer „enorme Lücken“ zu schließen. Die Probleme seien zwar erkannt und der Bundestag stelle die erforderlichen zusätzlichen Haushaltsmittel zur Verfügung, aber „das Umsteuern geht viel zu langsam“. In der Folge bleibe „die Überlast in vielen Bereichen für die aktiven Soldatinnen und Soldaten unverändert hoch“, heißt es in Bartels' Bericht. Im vergangenen Jahr habe die „personell kleinste Bundeswehr aller Zeiten“ einem Aufgabenspektrum gegenüber gestanden, das aufgrund seiner unterschiedlichen Anforderungen im In- und Ausland „facettenreich wie nie zuvor“ gewesen sei.

»Der geplante Zuwachs bei den Verteidigungsausgaben ist zu gering.«

Klaus-Peter Bartels, Wehrbeauftragter

In der Tat tun sich die deutschen Streitkräfte schwer, die im Zuge der Bundeswehrreform von 2011 festgelegte Sollstärke von 170.000 Zeit- und Berufssoldaten zu erreichen. Nach Angaben der Bundeswehr waren es Ende 2016 rund 168.300. Im Juni 2016 sank ihre Zahl gar auf den historischen Tiefstand von 166.500. Hinzu kamen im vergangenen Jahr durchschnittlich 9.600 freiwillig Wehrdienstleistende. Dienstposten stehen aber für 12.500 zur Verfügung. Weitere 2.500 Dienstposten sind für Reservisten vorgesehen.

Doch selbst wenn es der Bundeswehr gelänge, die Gesamttruppenstärke von 185.000 Soldaten zu erreichen, würde das Personal nicht ausreichen. So benötigt die Bundeswehr nach Berechnungen des Verteidigungsministeriums zukünftig weitere 14.300 Soldaten, um ihre Aufgaben angemessen zu erfüllen. Nach Angaben des Wehrbeauftragten sollen zunächst jedoch nur 7.000 neue Dienstposten geschaffen und bis 2023 besetzt werden. „Sieben Jahre für einen Personalaufwuchs um vier Prozent! Das dauert zu lange“, moniert Bartels in seinem Bericht.

Die Gründe für den Personalmangel der Truppe verortet Bartels zum Teil auch in der noch immer mangelnden Attraktivität

der Bundeswehr als Arbeitgeber. Ohne eine Flexibilisierung der Dienstverhältnisse, Anreize für Seiteneinsteiger oder Weiterverpflichtungen für Zeitsoldaten werde die Truppe ihr Personalproblem „nicht bewältigen können“. Dies zeige auch die hohe Zahl von Eingaben zu diesen Themen. Die Vereinbarkeit von Dienst und Familie stehe für viele Soldaten ganz oben auf der Agenda. Etwa zwei Drittel der Bundeswehrangehörigen seien Berufssoldaten. Im Vergleich treffe dies lediglich nur auf ein Fünftel aller erwerbstätigen Deutschen zu. Bartels bestätigt aber auch, dass mit dem Attraktivitätssteigerungsgesetz erste richtige Maßnahmen ergriffen wurden.

Große Defizite sieht Bartels auch weiterhin bei der Ausrüstung. Das Ausrüstungsprogramm von 130 Milliarden Euro weise zwar „zweifelsfrei in die richtige Richtung“, um die angestrebte materielle Vollausrüstung der Truppe zu erreichen. „Aber gleichzeitig scheint alles Neue auf die lange Bank geschoben, nichts geht schnell, vom neuen Mehrzweckkampfschiff über den Flugabwehrakrotdienst bis zur Aufstockung der 225 vorhandenen Kampfpanzer um 100 gebrauchte, modernisierungsbedürftige Leopard 2. Diese sollen 2023 zur Verfügung stehen, unter Vertrag ist noch nichts“, heißt es in dem Bericht.

Nicht besser sieht es bei den Schützenpanzern aus. Der Schützenpanzer Puma wird wohl erst 2024 seine volle Einsatzbereitschaft erreichen, der in die Jahre gekommene Marder wird deshalb von der Truppe

länger genutzt werden müssen als ursprünglich geplant.

Große Lücken bestehen vor allem beim Lufttransport und der Hubschrauberflotte. Von den 50 Transportflugzeugen vom Typ A400M, die die Luftwaffe erhalten soll, hat sie bis Ende vergangenen Jahres gerade mal sieben erhalten – und diese sind wegen des noch fehlenden Selbstschutzes nicht uneingeschränkt einsatzfähig. Sorge bereitet Bartels die niedrige Einsatzbereitschaft bei der Hubschrauberflotte. Bei einer Gesamtzahl von 60 CH-53-Hubschraubern sei Deutschland „nur mühsam in der Lage“, fünf durchhaltetfähig im Einsatz zu belassen. Die Kampf-Hubschrauber Tiger seien

nur zu 44 Prozent, der Transporthubschrauber NH90 zu 31 Prozent und die Marinehubschrauber Sea King und Sea Lynx zu 29 beziehungsweise 23 Prozent einsatzbereit.

Klaus-Peter Bartels bestreitet, dass die Verteidigungsausgaben Deutschlands ausreichen, um die Probleme der Truppe zu lösen. Er begrüßt zwar die Erhöhung des Wehretats auf 37 Milliarden Euro in diesem Jahr ausdrücklich. „Der über 2017 hinaus geplante Zuwachs bei den Verteidigungsausgaben ist allerdings zu gering, um das Schließen der personellen und materiellen Lücken in der Bundeswehr zu gewährleisten.“ Alexander Weinlein

STICHWORT

Eingaben an den Wehrbeauftragten des Bundestages

> **Petitionsrecht** Nach Artikel 17 Grundgesetz hat Jedermann das Recht, „sich einzeln oder in Gemeinschaft mit anderen schriftlich mit Bitten oder Beschwerden an die zuständigen Stellen und an die Volksvertretung zu wenden“. Nach Artikel 17a kann das Recht auf Bitten und Beschwerden in Gemeinschaft während des Wehrdienstes und Ersatzdienstes jedoch eingeschränkt werden.

> **Gesetz über den Wehrbeauftragten** Nach Paragraph 7 hat jeder Soldat „das Recht, sich einzeln ohne Einhaltung des Dienstweges unmittelbar an den Wehrbeauftragten zu wenden.“ Er darf dafür nicht benachteiligt werden. 2016 gingen 3.197 persönliche Eingaben ein (2015: 2.917).



Der Wehrbeauftragte des Deutschen Bundestages

© picture-alliance/dpa

Retten in der Not

SOZIALES Bundestag sichert Zukunft der Bau-Sozialkassen

Hunderttausende Beschäftigte, Auszubildende und Rentner können aufatmen: In der vergangenen Woche verabschiedete der Bundestag einstimmig einen Rettungsplan für die Sozialkassen des Baugewerbes mit dem sperrigen Titel „Sozialkassenverfahrensicherungsgesetz – SokaSiG“. Den Gesetzentwurf (18/10631) hatten die Koalitionsfraktionen erst im Dezember vorgelegt und seine schnelle Verabschiedung zeigt, dass alle Beteiligten offenbar akuten Handlungsbedarf sehen. Damit reagieren die Fraktionen auf ein Urteil des Bundesarbeitsgerichts (BAG) vom 21. September 2016, in dem die Wirksamkeit von Allgemeinverbindlicherklärungen des Tarifvertrags über das Sozialkassenverfahren im Baugewerbe für ungültig erklärt worden war. Die Beitragserhebungen der Soka-Bau stützen sich jedoch auf diese Tarifverträge. Gelten diese nun als unrechtmäßig, könnten tausende Unternehmen Beiträge von der Soka-Bau zurückfordern. Geld, das die Soka-Bau aber längst ausgezahlt hat. Um die dadurch drohende Insolvenz der Soka-Bau abzuwenden, erklärt der 700 Seiten dicke Gesetzentwurf rückwirkend ab 2006 alle Sozialkassen-Tarifverträge als verbindlich und schafft eine eigene Rechtsgrundlage für die Sozialkassenverfahren im Baugewerbe.

Die Soka-Bau verwaltet derzeit Beiträge von 77.000 Betrieben für rund 700.000 Bauarbeiter, übernimmt die Ausbildungskosten von 35.000 Azubis, sichert die Urlaubsansprüche der Beschäftigten und die Rentenzahlungen von 370.000 Rentnern. Eine Insolvenz würde also erhebliche sozialpolitische Folgen haben. Bernd Rützel (SPD) zeigt sich optimistisch: „Mit dem Gesetz treten wir den Bedenken des BAG rechtssicher und belastbar entgegen. Die Sozialkassen erhalten damit wieder eine gute Basis.“ Matthias W. Birkwald (Die Linke) mahnte, nach dem Inkrafttreten des Gesetzes sollten dann aber alle kleineren Unternehmen, die gegen ihre Beitragspflicht in der Soka-Bau geklagt hatten, in Zukunft ihre Beiträge entrichten. Karl Schiewerling (CDU) freute sich darüber, dass die klagenden Unternehmen nicht rückwirkend zur Zahlung von Beiträgen verpflichtet werden, sondern von diesen ausstehenden Forderungen freigestellt werden sollen. Beate Müller-Gemmeke (Bündnis 90/Die Grünen) hob hervor, dass es keine andere gesetzliche Alternative gegeben habe als diese rückwirkende Gesetzesanwendung, dies hätten die Rechtswissenschaftler in der Anhörung des Ausschusses für Arbeit und Soziales auch bestätigt. Claudia Heine

Facettenreiche Wahrheit

NSA-UNTERSUCHUNGS-AUSSCHUSS Zeugen berichten über Treffen im Kanzleramt

Es war eine illustre Dreierrunde, die am 28. Oktober 2013 im Kanzleramt beisammensaß. Wieder einmal war Gerhard Schindler erschienen, der Präsident des Bundesnachrichtendienstes (BND), in jenen Wochen ohnehin Dauergast in Berlin. Er hatte etwas zu beichten. Den Inhalt des Gesprächs zu erforschen, über das nichts Schriftliches vorliegt, hat sich der 1. Untersuchungsausschuss (NSA) in zwei öffentlichen Sitzungen alle Mühe gegeben. Er hatte alle Teilnehmer zu Gast, deren Gedächtnis in zwei Punkten immerhin übereinstimmte: Thema der Unterredung war das Eingeständnis, dass nicht nur die amerikanische National Security Agency (NSA), sondern auch der BND sich der „Auspähung von Freunden“ schuldig gemacht hatte. Zweitens: Man war sich einig, dass damit sofort Schluss sein musste. Der damalige Kanzleramtschef Ronald Pofalla (CDU) hat Schindler als selber nur fragmentarisch informiert in Erinnerung. Er habe lediglich mitgeteilt, dass seine Behörde „in Krisenländern befreundete Botschaften aufgeklärt“ habe, berichtete Pofalla vergangenen Donnerstag im Ausschuss. Weder habe Schindler sagen können, welche Botschaften betroffen waren, noch um welche „Krisenländer“ es ging. Ebenso wenig habe er gewusst, ob womöglich auch

diplomatische Vertretungen von EU- und Nato-Staaten in anderen Weltgegenden überwacht wurden. Auf Pofalla machte Schindler den Eindruck eines Menschen, der die unerfreuliche Neugierde „auch gerade unmittelbar erfahren“ hatte und davon selber völlig überrascht war. Da der BND-Chef „nicht auskunftsfähig“ gewesen sei, habe er, Pofalla, angeordnet, ihm „direkt und umfassend schriftlich zu berichten“. Dieser Bericht ha-



Ex-Kanzleramtschef Ronald Pofalla

be ihn vor seinem Abschied aus dem Amt im Dezember 2013 allerdings nicht mehr erreicht.

Von einem Wunsch Pofallas, über den Fortgang schriftlich informiert zu werden, hat Geheimdienstkoordinator Günter Heiß offenbar nichts mitbekommen. Im Gegenteil: Er selber habe mit der Entscheidung, das heikle Treiben abzustellen, die Sache für erledigt gehalten, sagte Heiß. Er habe es deswegen nicht einmal für nötig befunden, seine Untergebenen in der Abteilung 6 zu informieren, und auch beim BND nie wieder nachgefragt. Auch Heiß erinnerte sich an Schindlers Mitteilung, der BND habe Botschaften von Partnerstaaten in Krisenregionen abgehört. Ziel seien aber nicht die betroffenen EU- oder Nato-Länder gewesen. Es sei darum gegangen, Informationen über die Krisengebiete zu beschaffen: „Es war gewissermaßen der kurze Weg. Natürlich hätten wir den Partner auch fragen können.“ „Nicht auskunftsfähig“ wirkte Schindler auf Heiß im Übrigen keineswegs. Er habe ein konkretes Beispiel geschildert und erklärt, so werde in anderen Fällen auch verfahren. Er habe freilich den Eindruck erweckt, die Auspähung von „Freunden“ betreffe nur einen „geringen Kreis von Einzelfällen“ und damit grob untertrieben.

Das wahre Ausmaß sei offenbar geworden, als der BND im März 2015 mit einer „Quarantäneliste“ tausender eigener Selektoren herausrückte, die bis Ende 2013 gegen EU- und Nato-Partner im Einsatz gewesen waren. Davon sei Schindler allerdings nicht minder überrascht gewesen als er selbst, meinte Heiß: „Er hat jedenfalls glaubhaft versichert, dass er wie wir auch erst im März 2015 Kenntnis erhielt.“

Das hatten die Abgeordneten von Schindler jedoch anders im Ohr. „Ich sehe die Liste noch vor mir“, hatte ihnen der ehemalige BND-Chef über seinen Fund im Herbst 2013 berichtet. Damals hatte ihn eine Warnung aus dem eigenen Haus erreicht, dass auch beim BND „doch eine beachtliche Anzahl von EU- und Nato-Zielen gesteuert wurde“. Wenig später habe die Liste der einschlägigen Suchmerkmale vorgelegen, die ihm „doch ein bisschen ungeheuer“ vorkam. Schindler beschloss, Pofalla zu warnen. Winfried Dolderer

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



Kooperation mit Subsahara

BILDUNG Die Wissenschaftskooperation Deutschlands mit Partnern in Subsahara-Afrika soll gestärkt werden. Einen entsprechenden Antrag der Koalition (18/10632) nahm der Bundestag vergangenen Freitag bei Enthaltung der Opposition an. Darin wird unter anderem gefordert, die Kooperation zur Unterstützung der Lehrerbildung und der pädagogischen Fort- und Weiterbildung für alle schulischen, berufsschulischen und hochschulischen Bildungsebenen auszubauen. Mehr als die Hälfte der Bevölkerung in Afrika sei jünger als 18 Jahre, sagte Claudia Lücking-Michel (CDU) während der Debatte: „Diese jungen Menschen brauchen alle gute Bildung.“ Das Hochschul- und Wissenschaftssystem spiele dabei eine entscheidende Rolle. Schließlich sei eine gute Lehrerbildung eine Voraussetzung für gute Schulen, argumentierte sie. Ähnlich bewertete dies Daniela De Ridder (SPD). Ein zentrales Element des vorgelegten Antrags sei die Bildung von Lehrern. Sie müssten Schüler qualifizieren, damit diese die Chance hätten, an Bildung zu partizipieren und später Karrieren zu machen. „Es gilt, eine Qualifizierung von Hochschullehrern zu betreiben und unser know-how anzubieten, ohne es überzustülpen“, sagte De Ridder. Bei der Opposition überzog hingegen Skepsis. Christine Buchholz (Linke) nannte es „mehr als erbärmlich“, wenn mit Blick auf die Bekämpfung des Analphabetismus der Fonds für Globale Bildungspartnerschaft 2018 von sieben auf neun Millionen Euro erhöht werde. „100 Millionen Euro wären nötig, um zumindest die selbstgesteckten Ziele zu erreichen“, sagte Buchholz. Kai Gehring (Grüne) sprach von einem Wohlfühlantrag nach dem Strickmuster: „Fördere Gutes und rede darüber“. Es fehle unter anderem aber ein Bekenntnis zu dem Ziel, dass in Afrika alle Kinder zur Schule gehen sollen. **Götz Hausding**



Berlin bereitet sich auf die 67. Filmfestspiele vom 9. bis 19. Februar vor.

© picture-alliance/Jens Kalaene/dpa/BZ

Größere Reichweite

MEDIEN Die Deutsche Welle (DW) will ihre Reichweite deutlich erhöhen. So soll die Zahl der wöchentlichen Nutzerkontakte weltweit bis Ende 2017 von derzeit 135 auf 150 Millionen gesteigert werden. Hiervon sollen mindestens 40 Millionen über die digitalen Angebote erreicht werden. Dies teilt der Auslandssender in seinem „Entwurf für eine Fortschreibung der Aufgabenplanung 2014 bis 2017“ (18/10856) mit. Nach DW-Angaben konnte der Sender seine Reichweite bereits von 118 Millionen Nutzern im Jahr 2015 auf aktuell 135 Millionen steigern. In ihrer Unterrichtung an den Bundestag weist die Deutsche Welle darauf hin, dass die gestiegenen Anforderungen an den Sender eine dauerhafte Anhebung der institutionellen Förderung durch den Bund „zwingend“ erfordere. Der Auslandssender ist im Gegensatz zum Öffentlich-Rechtlichen Rundfunk nicht gebührenfinanziert, sondern wird hauptsächlich durch einen Bundeszuschuss aus dem Etat der Beauftragten für Kultur und Medien finanziert. In diesem Jahr beträgt der Zuschuss 325,6 Millionen Euro. Weitere Mittel zur Programmprojektorfördern kommen aus den Etats des Auswärtigen Amtes und des Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. **aw**

Anzeige

Auf der Jagd

BERLINALE Die Filmfestspiele haben sich als international relevanter Marktplatz der Filmbranche etabliert

Der erste Gewinner der Berlinale steht bereits fest: Das Publikum kann sich bundesweit auf den Eröffnungsfilm „Django“ von Etienne Comar freuen. Der Leipziger Verleih Weltkino sicherte sich vor Beginn der Bärenjagd die Rechte an dem Film über den Musiker Django Reinhardt, der 1943 vor dem Rassenwahn der Nazis aus Paris floh. „Die bewegende Geschichte hat uns begeistert“ erzählt Geschäftsführer Michael Kölmel. „Das er als Berlinale-Eröffnungsfilm ausgewählt wurde, spielte bei unserer Entscheidung eine untergeordnete Rolle.“ Die Leipziger brachten die Gewinner der Goldenen Bären 2014 bis 2016, „Feuerwerk am helllichten Tage“ aus China, Jafar Panahi „Taxi Teheran“ und den Dokumentarfilm „Seefeuer“, in die hiesigen Filmtheater. „Dem Berlinale-Gewinner wird zum

Kinostart große Aufmerksamkeit in der Presse zuteil. Das Publikum nimmt sie stärker wahr als Gewinner ausländischer Festivals“, so Kölmel. „Dass sich der Preis generell auf die Zuschauerzahlen auswirkt, kann man nicht sagen. Diese Filme liefern sehr gut, „Taxi Teheran“ hat uns mit über 240.000 Zuschauern sehr überrascht.“ Verleiher, Weltvertriebe, TV-Sender und Festival-Kuratoren verfolgen die Reaktionen auf die Wettbewerbsfilme in den Vorführungen und der Presse genau. Innerhalb weniger Stunden entscheidet sich das Schicksal eines Titels. Anne Zohra Berracheds „24 Wochen“ oder Peter Greenaways „Eisenstein in Guanajuato“ wurden während des Festivals an deutsche Verleiher verkauft. Doch oft finden selbst Bären-Gewinner keinen Interessenten, etwa wenn die Preisvorstellungen der Rechteinhaber in die Höhe schnellen. Französische Filme sind seit „Ziemlich beste Freunde“ heiß be-

gehrt. „Oft liegen die geforderten Preise weit über dem Potential des Filmes. Wir bieten bei Projekten mit, die wir unbedingt wollen, aber bei einem Wettlauf der Bieter halten wir uns raus“, betont Dorothe Pfister, für den Einkauf beim Verleih Neue Visionen zuständig. Die Kino-Hits „Mr. Claude und seine Töchter“ und „Birkenkuchen mit Lavendel“ kaufte sie auf Grundlage des Drehbuchs auf dem Filmmarkt der Berlinale (EFM). „Die Schüler der Madame Anne“ oder „Frühstück bei Monsieur Henri“ waren bereits fertig. Bei „Der junge Karl Marx“, der auf der Berlinale als Gala-Screening läuft, ist Neue Visionen früh als Partner der deutschen Koproduzenten eingestiegen. „Neben Cannes ist Berlin für uns der wichtigste Markt. Die Weltvertriebe sagen neue Projekte an, präsentieren erste Bilder, es gibt sehr viele Premieren“, bilanziert Pfister. „Im Gegensatz zu Cannes, wo die Festivalfilme einen sehr

großen Platz einnehmen, haben beim EFM alle Filme größere Präsenz.“ Der Europäische Filmmarkt wurde 1988 von Moritz de Hadeln etabliert, Berlinale-Direktor Dieter Kosslick hat ihn seit 2002 maßgeblich erweitert. Die Besucher schätzen, dass hier qualitativ hochwertiger Inhalt gehandelt werde, so der Festival-Chef. „Ohne dieses Kerngeschäft aus den Augen zu verlieren, haben wir den Markt in den vergangenen Jahren als Plattform für Innovationen positioniert, die die Filmwelt ständig verändern.“

Die Gunst der Einkäufer In diesem Jahr werden 543 Aussteller und 9.230 Fachbesucher aus 110 Ländern erwartet. In 1.124 Screenings rangeln 784 Filme um die Gunst der Einkäufer. Bis zu 800 Euro kostet eine Vorstellung. Damit sich die Ausgabe rentiert, engagiert sich manch Regisseur oder Produzent persönlich, um Interessenten in seinen Film zu locken. Zum Beispiel Redakteure der ARD-Tochter Degeto, die auf der Berlinale „Grand Budapest Hotel“ oder „Der Hundertjährige, der aus dem Fenster stieg...“ entdeckten. Klassische Wettbewerbsfilme kaufen sie vereinzelt für Das Erste und Arte. „Wir suchen Klasse nicht Masse“, betont Geschäftsführerin Christine Strobl. Sie schätzt die Berlinale als Börse, um neue Projekte anzuschauen. „Wir sehen noch viel Potenzial in der Zusammenarbeit mit internationalen Playern. ‚Babylon Berlin‘ ist ein ambitioniertes Projekt, mit Partnern in die serielle Produktion auf internationalem Niveau einzusteigen, dem weitere folgen sollen.“ Die knapp 40 Millionen teure Krimi-Serie entstand in Kooperation mit dem Bezahler Sky, Produzent X Filme und dem Weltvertrieb Beta Film. Im Berlinale-Katalog des Münchner Rechthändlers gehört er zu den Highlights. Auch Dokumentarfilmer schätzen die kurzen Wege des EFM, um unkompliziert Kontakte zu knüpfen. Ihre Interessenvertretung, die AG Dokumentarfilm, hatte sich den Zugang zum Markt in den 1990ern erklang. „Wir haben Himmel und Hölle in Bewegung gesetzt, damit uns dieser Baustein bei der Refinanzierung unserer Projekte nicht entgeht“, erinnert sich Geschäftsführer Thomas Frickel. Heute präsentiert die AG Dok ihren neuen Katalog mit rund 200 Titeln am Stand von German Films im Martin-Gropius Bau. Seit 2009 organisiert der EFM zudem in Kooperation mit dem European Documentary Network das Koproduktionstreffen „Meet the Docs“.

Innovationen Zu den weiteren Innovationen unter Dieter Kosslick gehören „Books at Berlinale“, wo zwölf brandneue Titel auf die Interessenten warten. Oder das Branchen-Nachwuchsprojekt „Berlinale Talents Market Hub“ in Ergänzung des Talent Campus für Filmemacher. Die „Drama Series Days“ bringen Filmemacher und Produzenten hochwertiger Serien in Kontakt mit Plattformen und Sendern. Der EFM Asia schlägt eine Brücke zu diesem stark wachsenden Markt. Der „Berlinale Africa Hub“ ist eine in diesem Jahr mit Unterstützung des Auswärtigen Amtes etablierte Kommunikations- und Networking-Plattform für die afrikanische Filmindustrie und alle EFM-Besucher. Sie verwandeln Berlin für neun Tage in einen Marktplatz. Im Marriott Hotel laufen die Gespräche bis spät in die Nacht. Von dort sind es nur wenige Schritte zu den Screenings im CineStar, Cinemaxx oder dem Arsenal. Das Herz des Filmmarkts bleibt der Martin-Gropius-Bau mit unzähligen Ständen und Sitzgelegenheiten für Verhandlungen. Hier entscheidet sich, welche der Berlinale-Filme Karriere machen. **Katharina Dockhorn**

Die Autorin arbeitet als freie Film-Journalistin in Berlin

KURZ REZENSIIERT

Can Dündar:
LEBENSLANG FÜR DIE WAHRHEIT
 Aufzeichnungen aus dem Gefängnis
 Hoffmann & Campe, Hamburg 2016; 299 S., 22 €

In einer Hinsicht befindet sich der türkische Journalist Can Dündar auf Augenhöhe mit Fjodor Dostojewskij oder Alexander Solschenzyn: Wie seine großen Vorgänger durfte er sich während seines Gefängnis-aufenthalts ausschließlich per Hand Notizen machen. Dabei herausgekommen sind interessante Einsichten: So bedankte sich Dündar bei seinem Peiniger, Präsident Recep Tayyip Erdogan, für seine Haftverhältnisse; ein Gefängnisaufenthalt habe in seiner Journalisten-Vita noch gefehlt. Zugleich attestierte er Erdogan, mit seiner „autoritären Attitüde“ einen „Unrechtsstaat“ zu installieren. Anstatt die „Anti-Putsch-Solidarität als Chance für die Demokratie“ zu begreifen, habe die türkische Regierung die Repressionen weiter verschärft. Can Dündar und sein Kollege Erdem Gül hatten im Mai 2015 in der regierungskritischen Zeitung „Cumhuriyet“ Berichte über Waffenlieferungen des türkischen Geheimdienstes an die islamistischen Milizen in Syrien veröffentlicht. Dafür verurteilte die Staatsanwaltschaft Erdogan als „Volksverräter“ und die Journalisten wegen Terrorismus mit zweimal lebenslänglicher Haft zu bestrafen. Diese Verurteilung wollte sich das Verfassungsgericht nicht zu eigen machen und ordnete am 25. Februar 2016 die Freilassung der beiden Journalisten an. Allerdings wurden sie bereits am 6. Mai 2016 zu fünf Jahren Gefängnis wegen der Veröffentlichung von „Staatsgeheimnissen“ verurteilt. Die Journalisten legten Berufung gegen den Gerichtsentscheid ein und verließen sicherheitshalber ihre Heimat. Dündars Buch ist ein Appell an die Europäer, die Türkei nicht aufzugeben. Eine Nation, die sich alle Mühe gebe, die Demokratie auf einem riskanten Pendel zwischen Kaserne und Moschee am Leben zu erhalten. Nach wie vor sei die Türkei „das säkularste Land der islamischen Welt“ und solle von Europa mit offenen Armen aufgenommen werden. Ein informatives Nachwort von Karen Kruger über das Mediensystem in der Türkei unter Erdogan ergänzt das empfehlenswerte Buch. **manu**

Hans Markus Heimann:
Deutschland als multireligiöser Staat
 Eine Herausforderung
 S. Fischer Verlag, Frankfurt/M. 2016; 250 S., 23,99 €

Man kann die Frage, ob der Islam zu Deutschland gehört, auf sehr unterschiedliche Weise beantworten. Und seitdem Christian Wulff diese Frage anlässlich des 20. Jahrestages der Deutschen Einheit vor sieben Jahren positiv beantwortete, ist sie von Politikern, Staats- und Kirchenvertretern unterschiedlich und aus verschiedenen Perspektiven beantwortet worden. Doch wie auch immer die Frage beantwortet wird, bleibt das Faktum, dass der Islam nach dem Christentum die zweitgrößte Religion in Deutschland ist. Bereits vor der sogenannten Flüchtlingswelle im vergangenen Jahr lebten Ende 2015 etwa 4,7 Millionen Muslime in Deutschland und bildeten circa 5,7 Prozent der Bevölkerung. Zu beantworten ist also vor allem, was der Staat tun kann, um das Zusammenleben unterschiedlicher Religionen friedlich zu gestalten. Auf diese Frage hat der Staatsrechtler Hans Markus Heimann mit seinem Buch eine Antwort vorgelegt – allerdings ausschließlich aus der Perspektive des Grundgesetzes. Dies ist Stärke und Schwäche seiner Darstellung zugleich. Zum einen bietet es die Möglichkeit, eine mitunter aufgeladene Diskussion über Kreuzföxe in Schulen, Burkas im Straßenbild, Beschneidung von Kindern oder das Schächten von Tieren zu versachlichen. Gleichzeitig verkennt dieser Ansatz jedoch, dass das Grundgesetz zwar staatsrechtlich einwandfreie Antworten bieten mag, diese Antworten jedoch nicht zwangsläufig gesellschaftspolitisch eins zu eins umzusetzen sind. Heimann verweist selbst auf das Beispiel Bayerns, wo das Kreuzföxe-Verbot an Schulen durch eine Gesetzesnovelle unterlaufen wurde. Das kann man wie Heimann als grundgesetzwidrig einstufen, ist aber zugleich Ausdruck einer tief verankerten Religiosität. Heimanns Buch ist für Nicht-Juristen sicherlich eine Zumutung. Beispielsweise wenn er ausführt, dass Toleranz ein „außerrechtlicher Maßstab“ sei und damit nicht als Leitschnur für staatliche Entscheidungen dienen könne. Insgesamt ist es aber eine lesenswerte Zumutung. **aw**

DAS WILL ICH ONLINE LESEN!
 Jetzt auch als E-Paper.
 Mehr Information.
 Mehr Themen.
 Mehr Hintergrund.
 Mehr Köpfe.
 Mehr Parlament.

Direkt zum E-Paper

www.das-parlament.de
 parlament@fs-medien.de
 Telefon 069-75014253

Parlamentarier in Bewegung

KULTUR Sachverständige sprechen sich für Errichtung des Einheitsdenkmals aus

Für Norbert Lammert (CDU) ist die Sache klar: Der Bundestag hat 2007 und 2008 zwei Beschlüsse für den Bau eines Freiheits- und Einheitsdenkmals auf dem Berliner Schlossplatz gefasst. Und bis das Parlament etwas anderes beschließt, müssten sich alle Beteiligten auch an diese Beschlüsse halten. Diese Mahnung gab der Bundestagspräsident den Abgeordneten des Kulturausschusses in der vergangenen Woche zum Auftakt eines Fachgesprächs über die Zukunft des Denkmals mit auf den Weg. Das Problem: Der Bundestag hat bereits eine Entscheidung getroffen, die der Umsetzung dieser Beschlüsse im Weg steht – wenn auch eine haushalterische. Nachdem der Haushaltsausschuss bereits im April 2016 die Mittel für das mit zehn Millionen Euro veranschlagte Projekt mit der Begründung gestoppt hatte, die Kosten würden aus dem Ruder laufen, strichen die Haushalter das Denkmal im Herbst gänzlich aus dem Bundeshaushalt 2017. Stattdessen

stellten sie 18,5 Millionen Euro für den Wiederaufbau der Kolonnaden, die einst das Kaiser-Wilhelm-Nationaldenkmal vor dem Berliner Stadtschloss umgaben, in den Bundeshaushalt ein. Und so verabschiedete ihn der Bundestag schließlich auch im November vergangenen Jahres. Mit dem Fachgespräch versuchten die Kulturpolitiker des Bundestages jetzt, die Diskussion über das Denkmal neu zu beleben.

Kosten Ein Vertreter der Bevollmächtigten für Kultur und Medien, Staatsministerin Monika Grütters (CDU), wies im Ausschuss darauf hin, dass zusätzliche Kosten von 4,5 Millionen Euro zur Sanierung des Sockels des Kaiser-Wilhelm-Denkmals entstanden seien. Mit der Realisierung des Denkmalentwurfs „Bürger in Bewegung“ der Agentur Milla & Partner hätten diese Kosten aber nichts zu tun und würden auch aus anderen Mitteln finanziert. Allerdings seien auch die Denkmalkosten auf rund 11,7 Millionen Euro gestiegen. Für den früheren Bundestagspräsidenten Wolfgang Thierse (SPD) konterkarieren sich die Entscheidungen der Bundestagshaushalter jedoch. Es passe nicht zusammen, die Mittel für das Denkmal zu sperren und anschließend einen größeren Betrag für die Errichtung der Kolonnaden zu

bewilligen, argumentierte Thierse als Sachverständiger vor dem Ausschuss. Auch der Historiker Christoph Stölzl, argumentierte in diesem Sinne. Eine „ästhetische Frage“ wie die des Einheitsdenkmals ließe sich nicht mit einer Budgetentscheidung beantworten. In der Hauptstadt, so führten Thierse und Stölzl übereinstimmend aus, dürfe nicht nur der dunklen Kapitel deutscher Geschichte wie dem Holocaust gedacht werden, sondern auch seiner glücklichen Momente wie der friedlichen Revolution in der DDR und der Wiedervereinigung. Thierse stellte klar, dass er es als Ostdeutscher schon als eine „Missachtung“ betrachte, wenn dies nicht geschehe. Für die Errichtung des Freiheits- und Einheitsdenkmals plädierten auch Andreas H. Apelt, Bevollmächtigter des Vorstandes der Deutschen Gesellschaft, die das Projekt seit zwölf Jahren unterstützt, und Olaf Weißbach, Geschäftsführer der Robert-Havemann-Gesellschaft. Weißbach lehnte auch einen erneuten Wettbewerb für die Gestaltung des Denkmals ab. Es sei nicht zu erwarten, dass ein überzeugender Entwurf gefunden werde. Über eines müsse sich der Bundestag klar sein, fügte Stölzl ironisch hinzu: Man werde nicht wie die Amerikaner von Frankreich eine Freiheitsstatue geschenkt bekommen. **Alexander Weinlein**

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus: Der ohne Arme geborene Hornist Felix Klieser (oben links) spielte ein Stück des von den Nazis ermordeten, psychisch kranken Komponisten Norbert von Hanneheim. Bundestagspräsident Norbert Lammert (Bild unten, M.) empfing den Schauspieler Sebastian Urbanski, der im Plenum den Brief eines NS-„Euthanasie“-Opfers vorlas, sowie Sigrid Falkenstein und Herbert Traub, die an ihre im Dritten Reich ermordeten Angehörigen erinnerten (v.l. n.r.) © Deutscher Bundestag/Achim Meide, picture-alliance/opa

Ein Akt später Gerechtigkeit

GEDENKSTUNDE Angehörige erinnern an die lange tabuisierten Schicksale der NS-„Euthanasie“-Opfer

Das Grauen verbirgt sich hinter einem schlichten Kürzel: „T4“. Es steht für die Tiergartenstraße 4 in Berlin, jenem Ort, an dem die Nationalsozialisten ihr menschenverachtendes „Euthanasie“-Programm planten und organisierten. „T4“, das bedeutete ab 1939 die Zwangssterilisation und später systematische Ermordung von schätzungsweise 300.000 Menschen mit körperlichen und geistigen Behinderungen und psychischen Krankheiten. Sie galten den Nazis als „Parasiten am gesunden deutschen Volkskörper“, als „lebensunwertes Leben“.

„Ballastexistenzen“ seien die Kranken genannt worden, berichtete der Publizist Hartmut Traub am vergangenen Freitag in der Gedenkstunde des Bundestages für die Opfer des Nationalsozialismus, die in diesem Jahr zum ersten Mal insbesondere an diese Opfergruppe erinnerte. Durch massive Propaganda, erzählte Traub in der bewegenden Zeremonie, sei eine öffentliche Meinung gebildet worden, „wonach diese Kranken dem Staat und der Gesellschaft ökonomische Ressourcen entzogen, die an anderer Stelle dringend benötigt wurden“. In sechs über das Reichgebiet verteilten Tötungsanstalten hätten die Nationalsozialisten die Kranken ermordet, gemäß dem politisch gesteckten Ziel: „Ausmerzungen im Dienst der Rassenhygiene“.

Eines der Opfer war Traubs Onkel Benjamin. Nach einem Unfall psychisch erkrankt, habe „Beni“, wie ihn die Familie nannte, nach den Kriterien von „T4“ zum Kreis der Patienten gehört, „der für den Abtransport in eine Tötungsanstalt vorgesehen war“. Er sei „ein freundliches, intelligentes Kind“ und ein guter Schüler gewesen, habe Musiker werden wollen. Doch die Nazis hielten ihn erst monatelang in einer psychiatrischen Klinik fest und brachten ihn schließlich in die Vergasereinrichtung im nordhessischen Hadamar, wo der 27-Jährige nur wenige Stunden später in der Gaskammer erstickte.

Für das „examierte Pflegepersonal“ der Anstalt sei das „normale Arbeitstag gewesen“, sagte Traub. „Menschen-Vernichtungs-Routine. Durchgeführt an 60 Patienten täglich. Und das bereits seit mehreren Monaten.“

Den Zuhörern, darunter 80 Jugendliche aus 15 Ländern, die an der alljährlichen Jugendbegegnung des Bundestages teilgenommen haben (siehe untenstehenden Text), gab er die Botschaft mit: „Manches Erinnern ist eine Pflicht, die uns der Wille zur Gerechtigkeit und Wahrhaftigkeit gegenüber Schuld und Versagen auferlegt.“

»Beni war ein freundliches, intelligentes und musikalisches Kind.«

Hartmut Traub

Wie unglaublich schwer dieses Erinnern jedoch selbst den Familien der Opfer lange fiel, schilderte eindrücklich die Berliner Lehrerin Sigrid Falkenstein, die erst 2003 durch Zufall im Internet auf eine Liste von Opfern der NS-„Euthanasie“ stieß – und darin auf den Namen ihrer Tante Anna. Deren Schicksal sei in der Familie bis dahin kein Thema gewesen. „Annas Spur verlor sich in Formulierungen wie: ‚Sie wurde irgendwann in den dreißiger Jahren in irgendeine Anstalt gebracht und ist irgendwo während des Krieges gestorben‘, berichtete Falkenstein. „Fassungslos über dieses scheinbare Vergessen“ habe sie sich auf Spurensuche begeben und Annas Biografie vor allem mit Hilfe von Patientenakten und anderen amtlichen Dokumenten rekonstruiert. Was sie fand, passte so gar nicht zu den frühen Fotos, auf denen die Kleine „so unbeschwert in die Kamera lacht“. 1934 habe sich das lernbehinderte Mädchen einer „fragwürdigen Intelligenzprüfung“ unterziehen müssen, in deren Ergebnis „angeborener Schwachsinn“ diagnostiziert worden sei – ihr Todesurteil. „Anna hat die Selektionskriterien ihrer Mörder sozusagen perfekt erfüllt“, erzählte Falkenstein mit

leiser Stimme: „Gilt als unheilbar, ist lästig – so steht es wörtlich in ihrer Akte – und vor allem leistet sie keine produktive Arbeit, ist also eine sogenannte nutzlose Esserin“. Anna ist 24 Jahre alt, als sie in der Gaskammer stirbt. Falkenstein vermutet, dass die weit verbreitete Sprachlosigkeit über diese Verbrechen viel mit Scham zu tun hatte. „Die Opfer, die Überlebenden und ihre Familien wurden in beiden deutschen Staaten weiterhin diskriminiert und stigmatisiert.“ In der Folge sei die gesellschaftliche, juristische und politische Aufarbeitung „völlig unzureichend“ geblieben. Bis heute werde den Opfern die Anerkennung als NS-Verfolgte und die Gleichstellung mit anderen Verfolgten verweigert. Auch erschwere die Gesetzeslage die öffentliche Nennung der Namen von „Euthanasie“-Opfern, weil sich Familienangehörige dadurch stigmatisiert fühlen könnten. „Eine Argumentation, die an rassenhygienische Denkmuster anknüpft“, urteilte Falkenstein und forderte: „Es ist an der Zeit, diese unheilvolle Kontinuität zu durchbrechen und die Opfer in das familiäre und kollektive Gedächtnis zu holen.“ Dass der Bundestag den Opfern of-

»Anna hat die Selektionskriterien ihrer Mörder sozusagen perfekt erfüllt.«

Sigrid Falkenstein

fiziell gedenke, werte sie als „ein besonderes, ja, vielleicht historisches Ereignis“ und einen „Akt später Gerechtigkeit“.

Auch Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU) nannte die „jahrelange Gleichgültigkeit in Wissenschaft, Medien und Politik“ in seiner Rede „erschütternd“.

Erst 2007 habe der Bundestag das Zwangssterilisationsgesetz des NS-Regimes geächtet, „und nicht vor 2011 konnten wir uns dazu durchringen, dem bis dahin nur auf private Initiative ermöglichten Gedenken an die NS-Krankenmorde mit Hilfe öffentlicher Fördermittel einen angemessenen Rahmen zu verleihen“. 2014 wurde daraufhin der Gedenk- und Informationsort in der Tiergartenstraße 4 eröffnet. „Erst die Einzelschicksale der Gerührten und Ermordeten lassen uns wirklich erkennen, was unschuldigen Menschen angetan wurde“, betonte Lammert und schilderte beispielhaft den Leidensweg des Hilfsarbeiters Ernst Putzki, den die Gestapo 1942 wegen des Verfassens und Verteilens von Schreiben angeblich „staatsfeindlichen Inhalts“ festnahm und später wegen vermeintlicher „Geisteskrankheit“ in die Provinzheilanstalt Warstein einlieferte. Am 9. Januar 1945 starb er 43-jährig

in Hadamar – angeblich an einer Lungenentzündung.

Einen von Putzki's vielen Briefen an Freunde und Familie, in denen er die unmenschlichen Zustände in den Anstalten beschreibt, verlas der Schauspieler Sebastian Urbanski, geboren mit dem Down-Syndrom, im Plenum; es war das erste Mal in der Geschichte des Bundestages, dass ein Mensch mit geistiger Behinderung im Parlament spricht. „Von den Warsteinern, die mit mir auf diese Siechenstation kamen, leben nur noch wenige“, schreibt Putzki darin an „seine liebe Mutter“. „Die Menschen mageren hier zum Skelett ab und sterben wie die Fliegen. (...) sind in dünnen Lumpen gekleidet, in denen ich schon mehr gefahren [sic] habe wie einen ganzen Winter in Hagen. Vor 5 Wochen haben wir zuletzt gebadet und ob wir in diesem Jahre noch baden, wissen wir nicht.“

Die Geschichte zeige, sagte Lammert, dass die Würde des Menschen antastbar sei. „Nirgendwo wurde dieser Nachweis gründlicher geführt als in Deutschland.“ Deshalb müsse Artikel 1 des Grundgesetzes „kompromisslose Richtschnur unseres Handelns sein und bleiben, ein kategorischer Imperativ, um nie wieder zuzulassen, dass Menschen ausgegrenzt, verfolgt und in ihrem Lebensrecht beschritten werden“, mahnte er. „Das schulden wir allen Opfern, derer wir heute gedenken.“ (Wortlaut der Reden in der Debattendokumentation) Johanna Metz

Den Ort des Schreckens fühlen

JUGENDBEGEGNUNG In Pirna-Sonnenstein töteten die Nazis Tausende Behinderte und Kranke. Eindrücke von einer Reise zum Ort des systematischen Mordens

Ein kahler Keller, nicht groß, vielleicht 20 Quadratmeter. Auf den ersten Blick unscheinbar, unauffällig – und doch werden die Jugendlichen, die gerade die Wände aufmerksam mustern, diesen Ort im Gedächtnis behalten. Ihr Blick haftet an den kreisrunden, mit Mörtel überdeckten Stellen knapp unterhalb der Decke. „Hier sind früher die Rohre entlang gelaufen, durch die das Kohlenmonoxid in die Kammer hineingeleitet wurde“, hören sie. „Außerdem gab es hier früher mehrere Duschkopftrappen.“

Durch den „Warterraum“, in dem die Nazis damals zur Täuschung auf Holzbänken Seife, Waschlappen und Handtücher bereitgelegt hatten, sind die Jugendlichen hierher gelangt. Nun ist klar: Wo sie jetzt stehen, da haben die Nationalsozialisten ihren Massenmord verübt. Genau hier mussten 14.751 Menschen sterben, weil sie als „nicht lebenswertes Leben“ klassifiziert worden waren. Ein Arzt beobachtete seinerzeit den qualvollen Tod durch einen Seshsclitz in der Tür. Die jungen Leute, Teilnehmer der Jugendbegegnung des Bundestages, schweigen betroffen.

Systematisch verfolgt Industrialisiertes Töten mitten in Deutschland – das gab es hier in Pirna-Sonnenstein, in Sachsen. Als „Euthanasieprogramm“ bezeichneten die Nazis die planmäßig betriebenen Morde euphemistisch. Sie wollten sie als „Gnadentod“ von vermeintlich unheilbar Kran-

ken verschleiern. Im August 1939 gab Hitler das Ermordungsprogramm in Auftrag, das als „Aktion T4“, bekannt ist: Die Einrichtung von sechs Tötungsanstalten, in denen Ärzte in den Jahren 1940 und 1941 Menschen mit Behinderung, psychisch Kranke, aber auch Alkoholabhängige und „Asoziale“ vergasteten. Systematische Verfolgung und Tötung waren zu diesem Zeitpunkt schon in vollem Gange: Auf der Grundlage des „Gesetzes zur Verhütung des erbkranken Nachwuchses“ aus dem Jahr 1933 führten Ärzte Zwangssterilisationen durch und zwangen Frauen zur Abtreibung. Behinderte Kinder und Jugendliche waren schon seit Frühjahr 1939 mittels Meldebogen erfasst und mit Medikamenten getötet worden. Andere verhungerten. Dem „Euthanasieprogramm“ fielen zwischen 1939 und 1945 schätzungsweise 300.000 Menschen zum Opfer.

Verbrechen verstehen Die Teilnehmer der Jugendbegegnung kennen die grausamen Fakten. Sie sind nach Pirna gereist, um sich mit den „Euthanasie“-Morden auseinanderzusetzen und sich über ihr Engagement gegen das Vergessen auszutauschen. Die Gründung der damals progressiven Heilanstalt Pirna im Jahr 1811, das Aufkommen „rassenhygienischer“ Ideen im 19. Jahrhundert und deren Radikalisierung durch die Nazis – diese Themen haben sie heute schon bearbeitet. Der Besuch der Kellerräume geht ihnen nah. „Wichti-

ger als die Information ist es für mich, den Ort selbst zu fühlen“, sagt Vladimir Stazhnev aus Sankt Petersburg in Russland. Das sei eine besondere Form des Lernens. „Man merkt, dass etwas Schreckliches passiert ist, das sich nie wiederholen darf“, sagt der 21-Jährige. Simon Kirkils, Schüler des jüdischen Gymnasiums Moses Mendelssohn in Berlin, schildert einen ähnlichen Eindruck: „Man kann die Schwere des Ortes fühlen. Das war sehr ergreifend.“ Ihm hätten auch die Opferbiografien auf den Gedenktafeln

dabei geholfen, den Ablauf des Verbrechens besser zu verstehen, erzählt der in Riga geborene 18-Jährige weiter. Die Gruppe geht nach nebenan, in den „Leichenraum“, in dem Mitglieder der Waffen-SS die Toten damals sortiert haben. Und in den „Krematoriumsraum“, wo eine Stahlinstallation die Umrisse eines Verbrennungsofens andeutet. Schließlich in den „Kaminraum“, in dem die Spuren eines viereckigen Schornsteins noch zu sehen sind. Mehrere Leichen wurden gleich-

zeitig in den Öfen verbrannt. Angehörige erhielten, wenn überhaupt, eine Urne mit dem „Asche-Knochen-Gemisch“ verschiedener Menschen. Die restliche Asche kippte das Personal auf das Gelände und eine Deponie. Schwarz-weiße Markierungen an den Bäumen hinter dem Haus zeigen die Fläche an, auf der die Asche gesammelt wurde.

»Trostbriefe getippt „Dass die Täter so eiskalt und ideologietreu waren, schockiert mich immer wieder“, sagt Simon. Der Geschichtsstudent Jesse Gamoran (22) aus den USA bekräftigt: „Alles wurde auf das wirtschaftliche Kosten-Nutzen-Verhältnis reduziert, auf eine Gleichung ohne Emotionen.“ Es sei nicht verwunderlich, dass die rassenhygienischen Ideen in die Massenvernehmung mündeten, meint der Teilnehmer des Parlamentarischen Patenschaftsprogramms des Bundestages. Beim Gang durch das Gebäude offenbart sich eine am Reißbrett geplante, genau durchgetaktete Tötungsmaschinerie, gestützt auf einen eigens geschaffenen Verschleierungssystem. In Sonnenstein organisierten Ärzte und Pfleger die Tötungen, Schreibkräfte in den extra eingerichteten Standesämtern stellten Todesurkunden aus und tippten „Trostbriefe“.

„Es gab ein System mit Landkarten und Kalender“, berichtet Gedenkstätten-Mitarbeiterin Linda Fleck. Verwaltungsangestellte markierten auf den Karten den Herkunfts-



Geschichte durch Einzelschicksale verstehen: Teilnehmer der Jugendbegegnung des Bundestages lesen in der Gedenkstätte Pirna-Sonnenstein Biographien von Opfern der nationalsozialistischen „Euthanasie“-Morde. © DBT/Stella von Saldern

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



Heillos zerstritten

NORDIRAK Die Kurdenregion rutscht immer tiefer in die Krise. Einst nach dem Sturz von Saddam Hussein vereint, bahnt sich zwischen den kurdischen Kräften ein neuer Bruderkrieg an



Kurdenpräsident Masud Barzani klammert sich an die Macht und regiert seit 2015 ohne Zustimmung des Regionalparlaments.

© picture-alliance/AA

Für den Anflug auf die Kurdenmetropole Erbil im Nordirak werden alle Lichter des Flugzeugs gelöscht. Selbst die Scheinwerfer an den Flügeln, am Heck und am Cockpit der Maschine schaltet der Pilot aus. Normalerweise ist es umgekehrt. Doch unter uns liegt Mossul, wo seit mehr als drei Monaten der Krieg gegen die Terrormiliz „Islamischer Staat“ (IS) tobt. Irakische Armee, kurdische Peschmerga und die internationale Allianz kommen voran, wenn auch langsamer als erwartet. Die irakische Fluglinie will kein Risiko eingehen und macht das Flugzeug unsichtbar. Die Rückeroberung von Iraks ehemals zweitgrößter Stadt wird noch eine Weile dauern. Optimistische Schätzungen sprechen von weiteren drei Monaten, Pessimisten von einem halben Jahr. Der Einsatz der Bundeswehr im Nordirak wird deshalb ein weiteres Jahr (siehe Text unten) verlängert. Die Soldaten bilden in dessen Rahmen die irakischen Streitkräfte aus. Bisher geschah dies ausschließlich im relativ ruhigen Erbil, der Hauptstadt der Autonomen Region Kurdistan, die Auszubildenden waren vorwiegend kurdische Peschmerga-Kämpfer. Mit den 100 Millionen Euro Militärhilfe für den Irak hat Deutschland im vergangenen Jahr zudem neben der Ausbildungsmission auch Waffen und militärische Ausrüstung für die Peschmerga finanziert. Künftig sollen die Bundeswehrosoldaten auch in die Hauptstadt Bagdad entsandt werden. Dort sollen sie ein neues Programm der Nato zur Ausbildung der irakischen Armee unterstützen. Während die militärischen Anstrengungen immer umfangreicher werden und in der

Schlacht um Mossul langsam Wirkung zeigen, wird die wirtschaftliche und gesellschaftliche Situation in Irak-Kurdistan von Monat zu Monat schwieriger. „Meistens haben wir nur zwei, maximal vier Stunden Strom am Tag“, klagen die Menschen in Erbil. Wasser gäbe es auch nicht genug. In Kurdistans zweitgrößter Stadt Suleimaniya, zweieinhalb Autostunden von Erbil entfernt, kommt das lebensnotwendige Nass nur ein Mal in der Woche aus dem öffentlichen Netz. Überall stehen verlassene Baukräne herum. Kaum ein Haus wird derzeit fertig gebaut. Die Regionalregierung in Erbil habe kein Geld, heißt es allenthalben. Ausländische Investitionen, mit denen die autonome kurdische Region vor zehn Jahren zur Boomregion wurde, fließen nicht mehr. Die meisten ausländischen Ölfirmen haben Kurdistan verlassen. Erbil hat ihre Gewinnanteile nicht mehr bezahlt, genauso wenig wie die Gehälter von Lehrern, Universitätsdozenten und Mitarbeitern im öffentlichen Dienst. Fünf Monate lang mussten sie auf ihren Lohn verzichten oder bekamen lediglich 25 Prozent ausbezahlt. In den Provinzen Suleimaniya und Halabja traten Lehrer und Universitätspersonal deswegen in den Streik. Seit September gibt es keinen Unterricht mehr. Der kurdische Bildungsminister droht nun, das komplette Schul- und Studienjahr abzuerkennen. Wer kann, geht fort. Unter den Hunderttausenden irakischen Flüchtlingen in Europa sind vor allem in Deutschland viele Kurden aus dem Nordirak. Hinzu kommt, dass die politischen Kräfte im Land heillos zerstritten sind. Die Anhänger von Kurdenführer Masud Barzani agieren gegen den früheren irakischen Re-

gierungschef Jalal Talabani und umgekehrt. Die Oppositionspartei Gorran sitzt zwischen allen Stühlen und bereut, sich überhaupt auf eine politische Zusammenarbeit mit der Demokratischen Partei Kurdistans von Barzani eingelassen zu haben. Barzani hat Gorran inzwischen zum Feind erklärt und macht deren Mitglieder und Anhänger für alles verantwortlich, was in der Region schiefläuft. Damit sind die alten, überwunden geglaubten politischen Konflikte wieder aufgebrochen. Der Sturz Saddams 2003 hatte die vordem in einen Bruderkrieg verstrickten Kurden geeint und eine Einheitsregierung in Erbil hervorgebracht, an der alle kurdischen Kräfte beteiligt sein sollen. Auch gab es eine gemeinsame Linie gegenüber der Zentralregierung in Bagdad. Doch nun spre-

chen die Kurden nicht mehr mit einer Stimme. Gorran weckte viele Hoffnungen vor allem bei jungen Menschen, als sich einige Unzufriedene 2009 aus der „Patriotischen Union Kurdistan“ (PUK) von Talabani abspalteten, gegen Korruption und Vernetzung der beiden großen Kurdenparteien opponierten und eine eigene Partei gründeten. „Wandel“ wurde Name und Programm. „Wir wollen ein parlamentarisches System in Kurdistan“, erklärt Parteichef Shorsh Resool das Ziel, das die Partei von Anfang an verfolgte. Barzani und seine „Demokratische Partei Kurdistans“ (KDP) wollen jedoch mehr Macht für den Präsidenten – ein Präsidialsystem. Bei den Wahlen im September 2013 wurde Gorran zweitstärkste Kraft hinter der KDP. Als laut Regionalverfassung die Amtszeit Barzani zu Ende war, dachte der 70-Jährige nicht daran abzutreten. Das Regionalparlament beschloss zunächst eine Weiterführung seiner Amtszeit um zwei Jahre. Beim zweiten Verlängerungsbegehren kam es aber 2015 zum Eklat. Weil Gorran eine Mehrheit gegen eine weitere Verlängerung organisiert hatte, verweigerte Barzani dem Parlamentspräsidenten, einem Gorran-Mitglied, die Einreise nach Erbil und schmiss die Minister der Partei aus der Regierung und anderen öffentlichen Ämtern. Bis heute ist das Regionalparlament nicht mehr zusammengesetzt, Barzani regiert ohne Legitimität weiter. Die Spaltung der Kurden setzt sich fort. Mittlerweile betrifft sie nicht mehr nur Gorran und die anderen Kurdenparteien. Auch innerhalb Talabanis PUK gärt es. *Birgit Svensson*

Die Autorin berichtet als freie Journalistin aus dem Irak.

> STICHWORT

Autonome Region Kurdistan

> **Status** Die Region Kurdistan-Irak ist bislang die einzige autonome Region im Irak und in der Verfassung auch als solche anerkannt. Sie verfügt über ein eigenes Außenministerium und mit den Peschmerga auch über eine eigene Armee, die zurzeit gemeinsam mit der internationalen Koalition gegen die Terrormiliz „Islamischer Staat“ kämpft.

> **Regierung** Präsident ist seit 2005 Masud Barzani. In den vergangenen Jahren gelang seiner Regierung die Ausweitung der kurdischen Autonomie. Sein Ziel ist jedoch ein unabhängiger Kurdenstaat.

»Nutzen Sie dieses Pult. Ich jedenfalls werde es vermissen«

EINSATZ Frank-Walter Steinmeier (SPD) verteidigt bei seinem letzten Auftritt als Außenminister den Ausbildungseinsatz im Nordirak als Beispiel für die gewachsene außenpolitische Verantwortung

Die Bundeswehr bildet weiterhin die irakische Armee sowie Sicherheitskräfte in der Region Kurdistan-Irak im Kampf gegen den „Islamischen Staat“ (IS) aus und wird dafür bis zu 150 Soldaten entsenden. In namentlicher Abstimmung votierten am Donnerstag 444 Abgeordnete für einen entsprechenden Antrag der Bundesregierung (18/10820). 67 Abgeordnete stimmten dagegen, es gab 46 Enthaltungen.

Frank-Walter Steinmeier (SPD) bezeichnete in seiner letzten Rede als Außenminister das Engagement als „geradezu beispielhaft“ für die gewachsene außenpolitische Verantwortung Deutschlands: Diese sei eben nicht auf militärische Optionen zu verengen, sondern bestehe aus humanitärer Hilfe, politischer Beratung, Aufbau und Wiederherstellung von Krankenhäusern, Schulen, Strom- und Wasserleitung und der Hilfe bei der Rückkehr von Vertriebenen in den vom IS befreiten Gebieten im Irak. „Das ist Außenpolitik aus einem Guss, so stelle ich mir das vor.“ Steinmeier blickte zurück auf seine Amtszeit, in der sich die Krisen und Konflikte von der Ukraine bis zum Aufmarsch des IS verdichtet hätten und „die Welt aus den Fugen“ geraten sei.

Die Jahre 2016 und 2017 seien nochmals etwas anderes, weil die größten politischen Erschütterungen aus dem Inneren der westlichen Gesellschaft gekommen seien – mit dem „Paukenschlag“ des „Brexit“ und der Wahl Donald Trumps zum US-Präsidenten. In diesen Zeiten müsse man acht geben, dass nicht auch der Parlamentarismus „weggespült“ werde, sagte Steinmeier und kündigte an, die parlamentarische Demokratie auch aus „möglichen neuen Ämtern“ heraus zu verteidigen. „Nutzen Sie dieses Pult. Ich jedenfalls werde es vermissen.“

Christine Buchholz (Die Linke) bezeichnete den Einsatz als beispielhaft für eine „falsche Interpretation der außenpolitischen Verantwortung“. Im Irak kämpften korrupte kurdische, sunnitische und schiitische Eliten um „Macht, Öl und Territorien“. Wenn die Bundesregierung eine Seite unterstütze, trage das nur zur weiteren ethnischen Spaltung des Landes bei. Es störe dabei offenbar auch nicht, dass Menschenrechtsorganisationen von Folter und Tötung von Journalisten berichten würden und sunnitische Männer in der Hand irakischer Streitkräfte um Leib und Leben zu fürchten hätten. Jürgen Hardt (CDU) nannte das Mandat einen „wirksamen Beitrag zur Bekämpfung des IS“. Nach der Ausbildung von mittlerweile rund 12.000 Kämpfern der Peschmerga müsse es nun auch darum gehen, die Streitkräfte des Irak auszubilden und die Regierung in Bagdad auf eine inklusive Politik zu verpflichten, die die Ethnien des Landes beteilige. Hardt bekräftigte, dass der Einsatz mit Artikel 24 Absatz 2 des Grundgesetzes, also zur Wahrung des Friedens in „einem System gegenseitiger kollektiver Sicherheit“ vorzuziehen sei, „tragfähig“ zu begründen sei. Es wäre aber womöglich souveräner, wenn man das Mandat auf Artikel 87a des Grundgesetzes gründe. Agnieszka Brugger (Grüne) kritisierte, dass die Bundesregierung nicht auf die Probleme im Nordirak reagiere: Das betreffe die fehlende Legitimität der kurdischen Regionalregierung, die Unterdrückung von Zivilgesell-

schaft und Presse und die Gefahr des Missbrauchs der gelieferten Waffen: „Wie reagieren Sie auf Berichte der Menschenrechtsorganisationen, dass Peschmerga-Kämpfer Dörfer und Häuser arabischstämmiger Menschen zerstört haben?“, fragte Brugger. Der Einsatz sei zwar „im Kern richtig“, erfolge aber in einer „Koalition der Willigen“ und nicht im Rahmen eines Systems kollektiver Sicherheit, also etwa im Rahmen der Nato, der EU oder der UN. „Wir können Sie nur auffordern, diesen Fehler endlich zu korrigieren“, sagte Brugger. *Alexander Heinrich*

Umstrittene Bilanz

AUSWÄRTIGES Debatte über den »Krieg gegen den Terror«

Die Bewertung des „Kriegs gegen den Terror“ bleibt unter den Fraktionen heftig umstritten. In einer Debatte zur Antwort der Bundesregierung (18/10364) auf eine Großen Anfrage der Fraktion Die Linke (18/7991) kritisierte Inge Höger (Die Linke) dass dieser „Krieg gegen den Terror“ viele Menschen das Leben gekostet und den Terror nicht besiegt, sondern nach Europa geholt habe. „Bomben bringen keinen Frieden.“ Die Interventionen in Afghanistan, im Irak, in Mali und in Syrien „haben viel Zerstörung, Leid, Verzweiflung und Wut verursacht. Mit ihrer Antwort zeige die Bundesregierung ein „erschreckendes Maß an Unkenntnis über die Folgen ihrer Auslandseinsätze“, sagte Höger. „Wer so wenig weiß, der will nichts wissen.“ Roderich Kiesewetter (CDU) kritisierte Höger für diesen „verzerrten Ausschnitt“. Die Konflikte in Afghanistan und im Irak seien „nicht die Kriege der Bundesregierung, sondern es sind internationale Einsätze, die die Bundesregierung zum Teil nicht zu verantworten hat“. Deutschland werde sich außenpolitisch weder isolieren, noch zu „militärischen Alleingängen oder Sonderwegen verleiten“ lassen.

Omid Nouripour (Grüne) erklärte, der „Krieg gegen den Terror“ sei auch deshalb verloren, weil die westlichen Gesellschaften eine grundlegende Verschiebung ihrer Werte in Kauf genommen hätten: „Aufweichung des Völkerrechts, illegale Tötungen, so viel Überwachung wie noch nie“. Nouripour warnte zudem vor einer religiösen Aufladung bei der Bekämpfung des Terrors: „Ein Krieg gegen den Islam und gegen Muslime ist ein Krieg gegen unsere eigenen Werte.“ Als Fehler bezeichnete Niels Annen (SPD) die anfängliche „einseitige Ausrichtung auf militärische Instrumente“ bei der Bekämpfung des Terrors. Es liege auf der Hand, noch mehr gegen Ungerechtigkeit, Ungleichheit, Diskriminierung als Ursachen für die Entstehung von Terror zu tun. „Wir beteiligen uns an dem politischen Dialog und unterstützen ihn dort, wo wir das können“, sagte Annen. „Aber wir sind eben auch dabei, wenn auf der Grundlage eines UN-Mandates eine Militärmision notwendig ist.“ Keine Mehrheit fand ein Entschließungsantrag der Linksfraktion (18/10977), in dem sie unter anderem den sofortigen Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan und ein Abschiebestopp dorthin gefordert hatte. *Ahe*

Mehr Soldaten

BUNDESWEHR Einsatz in Mali wird deutlich ausgeweitet

Die Bundeswehr wird sich auch in diesem Jahr an der UN-Unterstützungsmission in Mali (MINUSMA) beteiligen und ihren Einsatz in dem westafrikanischen Land ausweiten. Laut Antrag der Bundesregierung (18/10819), dem der Bundestag am vergangenen Donnerstag zustimmte, soll sich die Höchstzahl der einzusetzenden Soldaten auf tausend erhöhen, nachdem die Obergrenze erst im vergangenen Jahr von 150 auf 650 Bundeswehrosoldaten angehoben worden war. Für den Antrag stimmten 498 Abgeordnete, dagegen 55. Es gab drei Enthaltungen. Grund für die erneute Aufstockung ist die unter anderem die Verlegung acht deutscher Kampf- und Transporthubschrauber in den Norden Malis. Sie werden für die Rettung von Verletzten und die Sicherung der Militärkonvois benötigt. Petra Ernstberger (SPD) bezeichnete die Aufrechterhaltung der Mission als „unerlässlich“. Die staatlichen Strukturen im Land seien noch viel zu schwach, um dem Terror allein Einhalt zu gebieten. „Es kann keinen Frieden ohne diese militärische

Flankierung geben.“ Henning Otte (CDU) ergänzte, der Einsatz sei nicht nur für Mali und die Stabilisierung der gesamten Sahel-Region von Bedeutung, sondern auch für Deutschland und Europa. Schließlich sei Westafrika eine wichtige Transitregion für Flüchtlinge auf dem Weg nach Europa und der Kampf gegen den Terror damit wichtig zur Verhinderung von Migrationsbewegungen. Für die Grünen stellte sich Agnieszka Brugger klar hinter den Einsatz. Zwar sei die Lage in Mali „alles andere als rosig“ und die Beteiligten müssten mehr in den politischen Prozess investieren. Doch die Bundeswehr leiste mit ihren Aufklärungsfähigkeiten einen „unvergleichlich wichtigen Beitrag, um nachzuweisen, wer wann gegen das im Frühjahr 2015 unterzeichnete Friedensabkommen verstößt“. Die Linksfraktion lehnte den Einsatz erneut geschlossen ab. „Die Parallelen zum Afghanistan-Einsatz sind erschreckend“, urteilte Niema Movassat. Auch in Mali sei die Bundeswehr dabei, „sich in den nächsten langwierigen Krieg zu verstricken“. *Johanna Metz*

Weg frei für Abkommen

EUROPA Bundestag billigt Ratifizierung von Handelsvertrag

Das Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (WPA) zwischen der Europäischen Union und den 15 Mitgliedstaaten des Karibischen Forums Afrikanischer, Karibischer und Pazifischer Staaten (CARIFORUM) kann ratifiziert werden. Mit den Stimmen der Koalition votierte der Bundestag am vergangenen Donnerstag für den von der Bundesregierung vorgelegten Entwurf eines Vertragsgesetzes (18/8297), das für die Ratifizierung des bereits 2008 vorläufig in Kraft getretenen Abkommens erforderlich ist. Bündnis 90/Die Grünen enthielten sich der Stimme, die Linksfraktion lehnte die Vorlage ab. Mit dem Abkommen sollen Handelsverhältnisse schrittweise und im Einklang mit den Vorgaben der Welthandelsorganisation (WTO) abgebaut und die Handels- und Entwicklungszusammenarbeit gestärkt werden. „Dies ist ein wichtiger Schritt im Bestreben, weiter den wirtschaftlichen Aufschwung der Partnerstaaten zu verbessern“, betonte Georg Kippels (CDU) in einer der zu Protokoll gegebenen Reden. Er begrüßte es „dabei sehr, dass die EU den

CARIFORUM-Staaten nahezu vollständigen Marktzugang einräumt, während die Handelsliberalisierung aufseiten der CARIFORUM-Staaten weniger weitreichend ausfällt und stufenweise erfolgt“. Sascha Raabe (SPD) hob hervor, dass die deutschen Abgeordneten lange Zeit darum gekämpft hätten, im Rahmen des Ratifikationsprozesses über dieses und noch ausstehende Wirtschaftspartnerschaftsabkommen mitzuzentscheiden. „Insofern ist das heute ein guter Tag für den Parlamentarismus“, urteilte Raabe. Uwe Kekeritz (Bündnis 90/Die Grünen) kritisierte, das Abkommen sei „alles andere als nachhaltig, geschweige denn entwicklungsfreundlich“. Dennoch seien die Bestimmungen zu Nachhaltigkeit und Menschenrechten im Vergleich zu den anderen Abkommen „deutlich umfassender und expliziter“. Heike Hänsel (Die Linke) begründete die Ablehnung ihrer Fraktion mit der Überzeugung, „dass sie die Entwicklung Afrikas und der Karibik behindern, statt sie zu fördern“. *JoH*



Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



Erstmals seit fast zwei Jahrzehnten hat Serbien einen Personenzug ins Kosovo geschickt – angestrichen in den serbischen Nationalfarben und versehen mit der mehrsprachigen Aufschrift „Kosovo ist Serbien“. Für den Kosovo, der sich im Jahr 2008 einseitig für unabhängig von Serbien erklärt hat, ist das eine Provokation.

© picture-alliance/PIXSELL

Showdown in London hat begonnen

GROSSBRITANNIEN Das Schicksal Großbritanniens lag vergangene Woche in den Händen der elf obersten Richter. Jetzt liegt es in denen des Parlaments, das vom Supreme Court in einem historischen Urteil Mitsprache am Austrittsprozess aus der Europäischen Union zugesprochen bekam.

Was weitreichend klingt, könnte sich in den nächsten Tagen allerdings als mickrig herausstellen. Premierminister Theresa May hat kein Interesse, dass die Abgeordneten Einfluss auf ihre Verhandlungsziele bekommen oder gar Einsicht in ihre Taktik bei den Gesprächen mit den EU-Institutionen und den 27 anderen Mitgliedern. Sie will jene Abgeordneten, die an ihrem harten Ausstieg noch etwas ändern wollen, auflaufen lassen. Zumal sie sich als festes Ziel gesetzt hat, spätestens Ende März den Ausstiegsartikel 50 auszulegen. Substanzielle Interventionen des Parlaments drohen diesen Zeitplan durcheinander zu bringen.

Die Mehrheit der Tories im Unterhaus ist mit 16 Stimmen äußerst knapp. Finden sich jene im Parlament zusammen, die ohnehin nicht den Austritt wollen oder zumindest einen „weichen Brexit“, könnte May unter Druck geraten. Dass sie die Veröffentlichung eines Weißbuchs zum Brexit lange Zeit kategorisch ausgeschlossen hatte und vergangene Woche nach dem Urteil des Supreme Court doch eines zusagte, macht ihre Lage deutlich.

Doch auch das Parlament steckt in einem Dilemma. Die Abgeordneten werden den Austrittsprozess nicht blockieren. Den im EU-Referendum ausgedrückten Willen des Volkes zu unterminieren, gilt als politischer Selbstmord. Oppositionschef Jeremy Corbyn hat seinen Labour-Abgeordneten bereits Fraktionszwang verordnet. In seiner Partei wollen sich diesem allerdings mindestens 60 Abgeordnete verweigern. Dazu kommen die schottischen Nationalisten (SNP), die Liberaldemokraten, eine grüne Abgeordnete und das Tory-Urgestein Kenneth Clarke.

Knifflige Aufgabe Es liegt nun am politischen Geschick der Parlamentarier, die am vergangenen Donnerstag eingebrachte Gesetzesvorlage für das Ausrufen von Artikel 50 durch wasserdichte Änderungsanträge nach ihren Interessen auszuformen. Das wird nicht einfach, der Text umfasst gerade einmal 139 Worte und bezieht sich allein auf den technisch-juristischen Prozess des Austritts. Änderungsanträge aber dürfen sich nur auf den genauen Inhalt beziehen und können nicht darüber hinausgehen – eine knifflige Aufgabe. Zudem gibt die Regierung nur einen minimalen Zeitrahmen, am 8. Februar soll bereits das finale Votum stattfinden. Danach geht das Gesetz ins Oberhaus. „Nur fünf Tage Debatte und Ausschuss bis zur dritten Lesung für das Brexit-Gesetz zeigt die Missachtung für die Souveränität des Parlaments. Wichtigste Entscheidung für Generationen“, wütete der Labour-Abgeordnete David Lammy auf Twitter.

Die SNP brachte bereits 50 Änderungsanträge ein, Labour will ebenfalls Anträge einbringen. Pro-EU-Vertreter der Tories könnten ihre Zustimmung von Zugeständnissen abhängig machen – etwa in Form der Zusage, dass May einen Zugang zum EU-Binnenmarkt anstreben will. Als gemeinsames Ziel scheint ausgemacht, dass die Regierung dem Parlament eine enge Einbindung in die zweijährigen Verhandlungen zusagt und wichtige Brexit-Entscheidungen zur Debatte stellt.

Die Autorin ist Korrespondentin der „Welt“ in London.

Auf der schiefen Bahn

BALKAN Die Spannungen nehmen wieder zu – das hat auch mit Putin, Trump und der Schwäche der EU zu tun

Nach der Amtsübernahme von Donald Trump wird viel darüber gerätselt, was der neue US-Präsident für die Sicherheitsarchitektur in Europa bedeutet. Fast alle Kommentatoren blicken dabei auf die baltischen und osteuropäischen Staaten und die Ukraine, übersehen dabei aber, dass sich derzeit in Südosteuropa ein neuer Konflikt anbahnt.

Anlass zur Sorge geben mehrere Ereignisse an der Grenze zwischen dem Kosovo und Serbien, in Bosnien und Herzegowina sowie in Montenegro. So kam es am 1. Januar zu einem Eklat, als Serbien unter dem Vorwand, die Bewegungsfreiheit zwischen Kosovo und Serbien wiederherzustellen, einen in Russland produzierten Zug auf die Reise in das serbisch dominierte Nord-Kosovo schickte. Der Zug, mit Ikonen und Motiven der orthodoxen Klöster in Kosovo ausgeschmückt, trug die in mehreren Sprachen angebrachte Aufschrift „Kosovo ist Serbien“, was von den Albanern als Provokation gedeutet wurde. Der Präsident des seit 2008 von mehr als hundert Staaten der Welt als unabhängig

anerkannten Staates Kosovo, Hashim Thaci, ordnete umgehend den Einsatz von Grenzsicherern mit gepanzerten Fahrzeugen an und drohte, gewaltsam gegen den Eisenbahnzug vorzugehen. Bewaffnete Kosovo-Serben umkreisten daraufhin die Grenzstation. Hätte Serbien nicht den Zug vor der Grenze gestoppt, wäre es wohl unweigerlich zu bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen beiden Seiten gekommen. Serbiens Staatspräsident Tomislav Nikolic drohte schließlich mit dem Einsatz der serbischen Armee, sollten im Kosovo Serben getötet werden. Trotz der von der EU vermittelten Verhandlungen zwischen beiden Staaten, die durchaus Fortschritte gebracht hatten, könnte der Zwischenfall die gesamte bisherige Sicherheitsarchitektur auf dem Südbalkan in Frage stellen. Zwar zogen beide Seiten bei Gesprächen mit der EU-Außenbeauftragten Federica Mogherini am vergangenen Dienstag wieder die Köpfe ein und versprachen, die Verhandlungen mit der EU, die ja in eine Beitrittsperspektive für beide Staaten münden soll, fortzusetzen. Der Vorfall zeigt aber, an welchem dünnem Faden der Frieden auf dem Balkan hängt.

Der Vorfall zeigt, an welchem dünnem Faden der Frieden auf dem Balkan hängt.

Schon seit einiger Zeit mehren sich die Zeichen, dass die Autorität der EU im Balkan erheblich gelitten hat. Nationalistische Kräfte und ethno-nationale Politiker in den von christlich-orthodoxen Bevölkerungen dominierten Gebieten in Serbien, Bosnien und Herzegowina und Mazedonien setzen ihre Hoffnungen inzwischen mehr auf Russlands Präsident Wladimir Putin.

Putschversuch Proserbische Kräfte in Montenegro versuchen nach wie vor, den Eintritt Montenegros in die Nato zu verhindern. Nach dem im Herbst 2016 gescheiterten Putschversuch serbischer Extremisten anlässlich der Volksabstimmung über den Nato-Beitritt sprach der montenegrinische Staatsanwalt auch von russischen Nationalisten. Der Kreml dementierte allerdings, in die Angelegenheit verwickelt zu sein.

Auch in Bosnien und Herzegowina bräut sich wieder eine gefährliche Situation zusammen. Die im vergangenen Herbst vom Präsidenten der serbischen Teilrepublik, Milorad Dodik, durchgeführte Volksabstimmung für die Einführung eines Nationalfeiertages zur Gründung der „Republika Srpska“ wurde nach der vorherrschenden Meinung in Sarajevo in ihrer Tragweite von Brüssel und Berlin unterschätzt. Der serbische Teilstaat ist nicht nur eine Resultat eines „Bürgerkriegs“, sondern in den Augen der bosniakischen Mehrheitsbevölkerung das Ergebnis der sogenannten ethnischen

Säuberungen von 1992, die im Genozid von Srebrenica 1995 mündeten und insgesamt fast 70.000 Bosniaken das Leben kosteten. Die von Dodik nun offen ausgedrückte Drohung, eine Volksabstimmung über die Lösung der Republika Srpska aus Bosnien und Herzegowina noch in diesem Jahr abzuhalten, wird deshalb als Provokation empfunden. Man spricht in Sarajevo jetzt wieder über einen möglichen Krieg in Bosnien und Herzegowina.

Die noch von der Obama-Administration am 19. Januar verhängten Sanktionen gegen Milorad Dodik waren eine Warnung. Doch bisher zögern die EU-Staaten, dem amerikanischen Beispiel zu folgen. Dodik hofft nun,

dass die Trump-Administration die Sanktionen wieder aufhebt.

Vakuum Michael Brand (CDU), bisher Vorsitzender des Menschenrechtsausschusses und jetziger Menschenrechts-Sprecher der Unionsfraktion, warnte Mitte Januar bereits vor einem politischen Vakuum, das sich vornehmlich in den Staaten des Westbalkan ergeben würde. Nationalistische Kräfte versuchten auszusetzen, wie weit sie auf dem Hintergrund der neuen politischen Konstellation gehen könnten.

Erich Rathfelder

Der Autor ist taz-Korrespondent für Kroatien und Bosnien-Herzegowina.

STICHWORT

Konflikte auf dem Westbalkan

> **Serbien** Seit 2014 laufen EU-Beitrittsverhandlungen, zuvor schlossen Serbien und das Kosovo eine Normalisierungsvereinbarung. Präsident Tomislav Nikolic (Foto) will die Unabhängigkeit Kosovos unverändert nicht anerkennen.

> **Montenegro** Die Beitrittsverhandlungen mit der Nato (seit 2016) sind hier heftig umstritten, jene mit der EU laufen seit 2012.

> **Bosnien und Herzegowina** Partikularinteressen der drei Volksgruppen (Bosniaken, Serben und Kroaten) schwächen den Gesamtstaat, die EU-Annäherung bleibt wichtigstes Ziel.



© picture-alliance/dpa

Suche nach dem Ausweg aus der Sackgasse

EUROPARATS-PARLAMENT Eine Lösung im Konflikt mit Russland wegen der Ukraine-Krise ist nicht in Sicht

Tapfer kündigte Pedro Agramunt vergangene Woche vor der Parlamentarischen Versammlung des Europarats an, er werde seine Anstrengungen fortsetzen, um im Dialog mit dem russischen Parlament, der Duma, einen Ausweg aus der „Sackgasse“ zu finden. Auch die russische Volksvertretung und deren Vorsteher Wjatscheslaw Wolodin seien ja offen für Kontakte, sagte der Präsident des Straßburger Kammer. Axel Fischer (CDU), Leiter der Bundestagsdelegation in Straßburg, setzt ebenfalls auf Dialog, um „wieder einen Weg zur Zusammenarbeit mit den russischen Abgeordneten zu finden“. Allerdings fordert er „ein klares Zeichen aus Moskau, für Gespräche mit uns bereit zu sein“.

Eiszeit Ob sich die Hoffnungen auf Tauwetter in der wegen des Ukraine-Konflikts zwischen dem Europarat und dem Kreml herrschenden Eiszeit erfüllen werden und Russland die von Fischer kritisierte „Politik des leeren Stuhls“ in Straßburg irgendwann beenden wird, ist offen. Zu spüren ist im Palais de l'Europe eine gewisse Ratlosigkeit. Im Vorfeld der Sitzungswoche hatte die Frage, ob die Duma-Vertreter ihren Boykott verlängern oder wieder mitmachen, für Aufregung gesorgt: Reisen die Russen trotz ihres Njets doch noch in letz-

ter Minute zur Wintersitzung an? Sie blieben bei ihrem Nein – und niemand im Plenum wollte dazu das Wort ergreifen, nur Agramunt ging in seiner Rede darauf ein.

Wegen der Annexion der Krim und der russischen Militärhilfe für die Aufständischen in der Ostukraine hatten die Abgeordneten 2014 den Duma-Absgeandten das Stimmrecht entzogen und weitere Sanktionen auferlegt. Im Gegenzug boykottiert Moskau seitdem das Europaratsparlament. Dessen Strafmaßnahmen liefen jetzt eigentlich aus. Die russischen Vertreter hätten nun einen Antrag auf Wiederzulassung zu den Sitzungen stellen müssen. Für diesen Fall forderten indes fast 70 der rund 320 Abgeordneten eine Fortsetzung der Sanktionen und übten scharfe Kritik am Kreml – dem sie etwa eine „militärische Aggression“ im Donbass vorwarfen. In dieser aufgeladenen Situation reiste Agramunt eigens nach Moskau, um mit Wolodin und anderen führenden Parlamentariern nach einer Lösung zu suchen. Vergebens: Dem Spanier blieb nur, das rus-

sische Beharren auf dem Boykott zu „bedauern“ – und die Straßburger Kollegen mit der vagen Aussicht auf einen künftigen Dialog zu trösten.

Doch nicht nur der Ukraine-Konflikt provoziert Zoff. Ärger gibt es seit langem, weil Moskau die Entscheidungen des Menschenrechtsgerichtshofs nicht konsequent umsetzt. Inzwischen dekretiert ein Gesetz sogar, dass die russische Verfassung über den Straßburger Urteilen steht. Kurz vor der Wintertagung des Europaratsparlaments landete das Moskauer Verfassungsgericht einen Paukenschlag: Ein Spruch des Menschenrechtsgerichtshofs von 2014, der den Kreml zur Zahlung einer Entschädigung von 1,9 Milliarden Euro an die Ex-Aktionäre des Ölkonzerns Yukos verpflichtete, wurde kurzerhand für nichtig erklärt. Die Straßburger Anordnung widerspreche der russischen Verfassung und deren Normen von „Gleichheit und Gerechtigkeit“. Yukos habe mit Steuerhinterziehung die „Grundlagen des Staats“ bedroht. Die Europaratsrichter hatten Rechtsverstöße bei der staatlichen Zerschlagung von Yukos

Im Palais de l'Europe in Straßburg ist eine gewisse Ratlosigkeit zu spüren.

benämelt, dessen Haupteigner der Oligarch und Kremlkritiker Michail Chodorowski war.

Das russische Vorgehen sorgt beim Europarat für Unruhe. Es dürfe keine „selektive Umsetzung“ der Straßburger Urteile geben, insitierten Theodora Bakoyannis und Liliane Maury Pasquier, Russland-Berichterstatinnen des Parlaments, sowie Pierre Yves Le Borgn, zuständig für den Gerichtshof. Moskau habe sich mit der Unterzeichnung der Menschenrechtscharta „rechtlich verpflichtet“, die Straßburger Urteile „voll umzusetzen“. Es sei „inakzeptabel“, eine Entscheidung der Europaratsrichter nicht zu respektieren, betonten die drei Berichterstatter. Menschenrechtskommissar Nils Muiznieks kritisierte die Moskauer Rechtsprechung, weil sie die Botschaft vermittele, man könne rechtsstaatliche Prinzipien nach Belieben außer Kraft setzen. Dies könne „weitreichende Folgen“ für den gesamten Kontinent haben.

Karl-Otto Sattler

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



Anzeige

Gefahr von Rechtsaußen



Rechtspopulismus und Rechtsextremismus in Europa

Die Herausforderung der Zivilgesellschaft durch alte Ideologien und neue Medien

Herausgegeben von Prof. Dr. Frank Decker, Prof. Dr. Bernd Henningsen und Prof. Dr. Kjetil Jakobsen

2015, 414 S., brosch., 79,- €

ISBN 978-3-8487-1206-9

eISBN 978-3-8452-5294-0

(International Studies on Populism, Bd. 2)

nomos-shop.de/22366

Rechtspopulismus, Rechtsextremismus und Rechtsterrorismus sind in Europa heute wieder politische Realität. Der Band geht den Ursachen nach, fragt nach der Rolle der sozialen Medien und diskutiert mögliche Gegenstrategien. Als Autoren kommen Wissenschaftler, Politiker, Journalisten und Vertreter der Zivilgesellschaft zu Wort.

»eine Fülle von Beiträgen, welche für die Fachkenntnis der AutorInnen sprechen und wichtige Erkenntnisse zu anderen Ländern präsentieren.«

Prof. Dr. Armin Pfahler-Traugotter, DÖW 2015, 10

Unser Wissenschaftsprogramm ist auch online verfügbar: www.nomos-elibrary.de

Portofreie Buch-Bestellungen unter www.nomos-shop.de
Alle Preise inkl. Mehrwertsteuer



Wenn die Blase platzt, dann kann es richtig wehtun: 2007 etwa knallte es in den Vereinigten Staaten erst auf dem aufgeblähten Immobilienmarkt, wenig später dann weltweit: Banken gingen Pleite, die Aktienmärkte stürzten ins Bodenlose, die Wirtschaft brach ein. Dem will die Bundesregierung nun zumindest mit Blick auf Deutschland durch eine Stärkung der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) vorbeugen. Die Aufsichtsbehörde soll mit neuen Befugnissen ausgestattet werden, um die Vergabe von Immobilienkrediten durch Mindeststandards einschränken zu können. Einen entsprechenden Gesetzentwurf (18/10935) beriet der Bundestag vergangenen Donnerstag in erster Lesung. Er fiel allerdings vor allem bei der Koalition auf eher verhaltene Resonanz.

Keine Panik Aktuell bestehe keine Notwendigkeit, die Instrumente einzusetzen, betonte Michael Meister (CDU), Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesfinanzministerium, in der Debatte. Es handle sich um Vorsorge, um für eine „kritische Lage gerüstet zu sein“. Hintergrund des Gesetzentwurfes sind unter anderem Empfehlungen des Ausschusses für Finanzmarktstabilität der Bundesregierung (AFS). Dieser hatte festgestellt, dass die bestehenden Instrumente der BaFin im Krisenfall nicht ausreichen, um gezielt einzugreifen. Dieser Fall kann eintreten, wenn nicht nur die Immobilienpreise steigen, sondern auch die Fremdkapitalquote bei der Finanzierung, und gleichzeitig die Kreditvergabestandards sinken. Die BaFin soll künftig, wenn von Bundesbank, BaFin und Bundesregierung eine Immobilienblase befürchtet wird, Mindeststandards für die Neukreditvergabe vorgeben können. Damit sollen Ausfallrisiko und Verlustquote reduziert werden. Beispielsweise können die Aufseher den Kreditgebern dann Vorgaben zum Tilgungszeitraum machen oder eine Obergrenze für das Verhältnis von Kredithöhe und Immobilienwert festlegen. Die BaFin soll die Möglichkeit haben, die Anforderungen nur an ausgewählte Kredite zu stellen, etwa für Immobilien in bestimmten Regionen. Darlehen für Renovierung und den sozialen Wohnungsbau sowie Anschlussfinanzierungen sind nicht betroffen.

Schritt in richtige Richtung Das Vorhaben der Bundesregierung sei „regulatorisch“ ein Schritt in die richtige Richtung, beschied Axel Troost (Die Linke). Er zweifelte aber, ob die neuen Instrumente ausreichen, um eine Blase zu verhindern. Ein Mangel sei zudem, dass der Gesetzentwurf die Finanzierung gewerblicher Immobilien außen vor lasse. Es sei außerdem unklar, ab wann die Bundesregierung eigentlich von einer Blase ausgehe. Troost forderte fiskalisch-administratives Maßnahmenpakete, um regional auf mögliche Risiken eingehen zu können, etwa durch Hebesätze bei der Grunderwerbsteuer. Dafür müsste diese aber neu ausgerichtet werden. Gerhard Schick (Bündnis 90/Die Grünen) fand im Grundsatz ebenfalls lobende Worte für die neuen BaFin-Instrumente. Eine rein „mikroprudenzielle Aufsicht“, also der

Gegen die Blase

IMMOBILIEN Die Finanzaufsicht soll im Gefahrenfall künftig die Vergabe von Krediten einschränken können



Platzende Immobilienblasen haben in den vergangenen Jahren weltweit zu Verwerfungen geführt. Mit neuen Befugnissen für die Aufsichtsbehörde BaFin will die Bundesregierung das Risiko in Deutschland minimieren.

Blick nur auf die Entwicklung bei den einzelnen Banken, reiche nicht. Die Aufsicht brauche auch Instrumente, um bei möglichen Verwerfungen auf dem gesamten Markt rechtzeitig eingreifen zu können. Die schon im Vorfeld geäußerte Kritik an dem Entwurf aus Reihen der Koalitionsfraktionen könne er daher nicht nachvollziehen. Wie auch Troost mahnte Schick an, den gewerblichen Immobiliensektor einzubeziehen. Zudem müsse die Datenlage zur Beurteilung der Entwicklungen an den Märkten verbessert werden. Es könne nicht sein, dass die BaFin dafür auf private Anbieter zurückgreifen müsse, kritisierte Schick.

Hausaufgaben Antje Tillmann (CDU) betonte, es sei richtig, Instrumente zu entwickeln, bevor es zu einer Krise komme. Die Christdemokratin forderte aber, den zum Gesetzentwurf gehörigen Verordnungsent-

wurf zügig bekannt zu machen, damit die Auswirkungen auf Verbraucher und Banken beurteilt werden könnten. Nach den Beratungen und Anhörungen könne dann entschieden werden, ob dieser Gesetzentwurf der richtige Weg sei. Manfred Zöllmer (SPD) sagte, dass das Hauptproblem in Hinblick auf Immobilienblasen die Diagnose sei. Der Gesetzentwurf klammere den Daten- und Statistikteil aber aus. Zudem müsse geprüft werden, ob der Entwurf regionale Aspekte bei der Anwendung der Instrumente genügend würdige. Zöllmer warnte zudem vor Überregulierung, schließlich sei es auch ein politisches Ziel, den Wohnungsbau zu fördern. „Wir werden unsere Hausaufgaben machen“, sagte Zöllmer mit Blick auf die anstehenden Beratungen. Mit dem Entwurf soll zudem die Kreditwürdigkeitsprüfung nach der EU-Wohnimmobilienkreditrichtlinie klargestellt wer-

den. „Einige Banken“ seien verunsichert, was zu einer schwächeren Kreditvergabe an junge Familien und Senioren geführt habe, begründete Ulrich Kelber (SPD), Parlamentarischer Staatssekretär im Justizministerium. Unter anderem sollen Bundesjustizministerium und Bundesfinanzministerium künftig gemeinsam Verordnungen mit Leitlinien für die Vergabe erlassen können.

Verbraucherschutz achten Für die Grünen mahnte Nicole Maisch an, auch Forderungen von Verbraucherschützern stärker zu berücksichtigen, etwa bei Koppelgeschäften, und nicht nur auf „Zuruf“ der Banken zu reagieren. Vertreter der Union kritisierten das Bundesjustizministerium für die aus ihrer Sicht zu ungenaue Regelung im ursprünglichen Umsetzungsgesetz der Richtlinie, das vergangenes Jahr verabschiedet wurde. *Sören Christian Reimer*

AUS PLENUM UND AUSSCHÜSSEN

Zweite Finanzmarktnovelle

FINANZEN Zur Umsetzung europäischer Vorgaben hat die Bundesregierung den Entwurf eines Zweiten Finanzmarktnovellierungsgesetzes (18/10936) vorgelegt. Damit soll die Richtlinie 2014/65/EU des Europäischen Parlaments und des Rats vom 15. Mai 2014 über Märkte für Finanzinstrumente umgesetzt werden. Zudem will die Bundesregierung Ausführungsbestimmungen für unter anderem die zur Richtlinie gehörende Verordnung (EU) Nr. 600/2014 sowie Vorgaben einer Delegierten Richtlinie kodifizieren. Änderungen sind unter anderem im Wertpapierhandelsgesetz (WpHG), dem Kreditwesengesetz, dem Börsengesetz und dem Kapitalanlagegesetzbuch vorgesehen. Der Bundestag beriet den Gesetzentwurf vergangenen Donnerstag in erster Lesung. Im WpHG werden unter anderem im neuen Abschnitt 11 (vorher Abschnitt 6) die geänderten

Verhaltens- und Organisationspflichten der umzusetzenden Richtlinie normiert. Neu eingeführt werden Abschnitte, die die Überwachung von Positionslimits bei Warenderivaten und zur Aufsicht über Datenbereitstellungsdienste regeln. Der Hochfrequenzhandel im Speziellen sowie der algorithmische Handel im Allgemeinen sollen künftig stärker reguliert werden. Zudem sollen im WpHG sowie im Kreditwesengesetz, dem Börsengesetz, dem Kapitalanlagebuch und dem Versicherungsaufsichtsgesetz die Kataloge der Ordnungswidrigkeitstatbestände erweitert und Bußgeldrahmen erhöht werden. Der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) soll über Änderungen im zweiten Abschnitt des WpHG zudem neue Befugnisse erhalten. Weiterhin sind redaktionelle Änderungen in Wertpapierhandelsgesetz vorgesehen. *scr*

Kritik an Genmais-Zulassung

ERNÄHRUNG Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen fordert die Bundesregierung auf, sich bei einer bevorstehenden Entscheidung auf EU-Ebene gegen die Zulassung bestimmter gentechnisch veränderter Maislinien auszusprechen. Ein Antrag der Fraktion (18/10976) überwiebs der Bundestag am Donnerstag mit Stimmen der Koalition an den Landwirtschaftsausschuss. Die Grünen hatten für eine sofortige Abstimmung plädiert. Hintergrund des Antrags sind die Vorschläge der Europäischen Kommission zur erneuten Zulassung für den Anbau der gentechnisch veränderten Maislinie MON810 und über die erstmalige Zulassung der Linien 1507 und Bt11 im Ständigen Ausschuss für Pflanzen, Tiere, Lebensmittel und Futtermittel. Als Zeitvergeudung bezeichnete Kees de Vries (CDU) die Debatte. „Der Anbau dieser Sorten wird in Deutschland nicht stattfinden“, sagte er. Landwirtschaftsminister Christian Schmidt

(CSU) habe sich in Brüssel dafür eingesetzt, dass Deutschland von der Zulassung ausgeschlossen werde. Harald Ebner (Bündnis 90/Die Grünen) forderte hingegen ein EU-weites Zulassungsverbot. Pollen und Saatgut von gentechnisch veränderten Organismen würden an den nationalen Grenzen nicht Halt machen, begründete der Grünen-Abgeordnete. Der Minister sollte lieber auf seine Wähler hören, denn die Bevölkerung lehne die Gentechnik ab, meinte Eva Bulling-Schröter (Die Linke). Sie kritisierte, dass die Bundesregierung keine klare Position in der Frage beziehen wolle. Für die SPD war die Zulassung der Maislinien kein Thema mehr, weil die antragstellenden Konzerne Deutschland aus der Zulassung herausgenommen hätten. Ute Vogt (SPD) betonte zudem, dass sich das SPD-geführte Umweltministerium in der Ressortabstimmung gegen die Zulassung ausgesprochen habe. *eis*

Linke gegen CETA-Anwendung

WIRTSCHAFT Die Linksfraktion lehnt eine vorläufige Anwendung des zwischen der EU und Kanada vereinbarten Handelsabkommens CETA ab. In einem Antrag (18/10970), der vergangenen Freitag in erster Lesung durch den Bundestag beraten wurde, fordert sie die Bundesregierung auf, „die Notifizierung an Kanada zur Inkraftsetzung der vorläufigen Anwendung des CETA-Abkommens zu verhindern“. Nach Ansicht der Abgeordneten könne dies durch politische Einwirkung, eine vorsorgliche Beendigung der vorläufigen Anwendung oder die Einleitung einer Nichtigkeitsklage vor dem Europäischen Gerichtshof erfolgen. In der Begründung des Antrags weist die Linksfraktion darauf hin, dass der Europäische Rat der Unterzeichnung von CETA durch die EU und dessen teilweiser vorläufiger Anwendung zugestimmt habe. Auch habe das Bundesverfassungsgericht klargestellt, dass es die Maßgaben als erfüllt sieht, an die es die Zu-

stimmung des deutschen Vertreters im Rat zur vorläufigen Anwendung des CETA-Vertrages gebunden hatte. Dabei, so schreibt die Linksfraktion, sei das Gericht aber davon ausgegangen, dass ein einzelner EU-Mitgliedstaat die vorläufige Anwendung einseitig beenden könne. Sowohl die EU-Kommission als auch der Juristische Dienst des EU-Parlamentes würden jedoch eine gegenseitliche Rechtsauffassung vertreten. Letzterer habe klargestellt, dass die Beendigung möglicherweise eines einstimmigen Ratsbeschlusses auf Vorschlag der Kommission bedürfe. Deutschland könne die Beendigung der vorläufigen Anwendung von CETA demnach zwar formal einleiten, es habe aber keinen entscheidungserheblichen Einfluss darauf, wie der Ratsbeschluss am Ende ausfällt und könne demnach eben nicht die vorläufige Anwendung von CETA einseitig beenden, urteilt die Linksfraktion. *hau*

Nachtrag 2016 vertagt

HAUSHALT Der Bundestag hat am vergangenen Donnerstag den Beschluss zum Entwurf eines Nachtragshaushaltsgesetzes 2016 vertagt. Die Vorlage (18/10500, 18/10807) wurde mit Stimmen von CDU/CSU und SPD zurück an den Haushaltsausschuss überwiesen. Dieser hatte bereits am Vortag eine Vertagung des Beschlusses mit Koalitionsmehrheit durchgesetzt. Dass der Haushaltsentwurf überhaupt zur zweiten und dritten Beratung aufgesetzt wurde, liegt in der Geschäftsordnung des Parlaments begründet. Diese sieht eine kurzfristige Aufsetzung von Nachtragshaushalten vor, wenn der Bundesrat zu dem Entwurf Stellung genommen hat, selbst wenn kein Ausschussbeschluss vorliegt. Hintergrund der Vertagung sind Diskussionen innerhalb der Koalition über den Umgang mit weiteren Überschüssen aus dem vergangenen Jahr in Höhe von 6,2 Milliarden Euro. Während die Union vor allem Schulden abbauen will, drängen die Sozialdemokraten auf Investitionen. Unstrittig zwischen den Koalitionspartnern ist, dass, wie im Entwurf vorgesehen, 3,5 Milliarden Euro für finanzschwache Kommunen bereitgestellt werden sollen. Die Kommunen sollen damit Schulinfrastrukturen sanieren. Voraussetzung für den Abruf der Mittel ist eine Grundgesetzänderung, die im Rahmen der Neujustierung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen geplant ist. Das entsprechende Gesetzespaket soll in nächsten Sitzungswoche in den Bundestag eingebracht werden. *scr*

Die Chefs wussten von nichts

CUM/EX Geschäfte der Dresdner Bank sind Thema Steinbrück und Schäuble werden aussagen

Die als Cum/Ex bekannt gewordenen steuermisbräuchlichen Aktiengeschäfte um den Dividendenstichtag wurden von den Akteuren offenbar jahrelang erfolgreich verschleiert. Am vergangenen Donnerstag gaben weitere hochrangige Zeugen im 4. Untersuchungsausschuss zu Protokoll, dass sie sich nicht erinnern könnten, in ihrer aktiven Zeit mit Transaktionen in Verbindung gekommen zu sein, bei denen eine einmal gezahlte Kapitalertragsteuer zweimal erstattet wurde. Unter dem Vorsitz von Hans-Ulrich Krüger (SPD) beschäftigte sich das Gremium in öffentlicher Sitzung unter anderem erneut mit den Cum/Ex-Geschäften der Dresdner Bank. Herbert Walter, der von 2003 bis zur Übernahme durch die Commerzbank 2009 Vorstandsvorsitzender des Instituts war, sagte aus, dass er erstmals 2015 im Rahmen seiner Tätigkeit für die Bundesanstalt für Finanzmarktstabilisierung davon gehört habe, dass diese Geschäfte ein Thema bei der Dresdner Bank waren. Bis zu diesem Zeitpunkt habe er das Thema nur aus der Zeitung gekannt. Während seiner Zeit bei dem Institut habe es keine Rolle gespielt. „Ich wundere mich schon, dass es solche Geschäfte gab“, sagte Walter. Wie das Thema komplett an ihm vorbeigehen konnte, sei ihm „fast schon ein Rätsel“. Er hätte Sachverhalte rund um Steuerhinterziehung unter keinen Umständen zugelassen. Vertreter der Commerzbank hatten vor dem Ausschuss im November 2016 ausgesagt, dass bei der Dresdner Bank entgegen ursprünglicher Annahmen in Einzelfällen

in den Jahren 2004, 2005 und 2008 Cum/Ex-Geschäfte getätigt worden seien. Die Transaktionen hätten im Eigenhandel als Standardgeschäfte stattgefunden und seien nicht für Kunden aufgelegt worden. Das Gesamtvolumen bezifferte ein Commerzbank-Manager auf bis zu 52 Millionen Euro. Eine detaillierte Untersuchung der Vorgänge sei noch nicht abgeschlossen.

Beraterin verweigert Aussage Auch der ehemalige schleswig-holsteinische Finanzminister Rainer Wiegard (CDU) gab zu Protokoll, während seiner Amtszeit nie von Cum/Ex-Geschäften bei der von ihm jahrelang beaufsichtigten HSH Nordbank gehört zu haben. Der Politiker bekleidete das Amt von 2005 bis 2012 und saß bis 2009 auch im Aufsichtsrat der Landesbank. Aus den Akten sei bis 2012 kein akutes Problem erkennbar gewesen, sagte Wiegard. Erst im Dezember 2013 sei er informiert worden, dass 2008 Cum/Ex-Fälle aufgetreten sein könnten. Diese seien während seiner Amtszeit niemals angesprochen worden. Hätte er davon gewusst, hätte er zur Aufklärung „Himmel und Hölle in Bewegung gesetzt“.

HSH zahlte nach Wiegards Amtsnachfolgerin Monika Heinold (Grüne) hatte 2014 erklärt, dass die HSH Nordbank zu den Cum/Ex-Geschäften von sich aus reinen Tisch gemacht und 127 Millionen Euro Steuern nachgezahlt habe. Die Bank hat von 2008 bis 2011 solche Geschäfte getätigt. Ab 2012 war diese Art des Dividendenstrippings nicht mehr möglich. Bis dahin

soll dem Fiskus Schätzungen zufolge ein Milliarden Schaden entstanden sein. Die ebenfalls als Zeugin erschienene Rechtsanwältin und Steuerberaterin Juliana Sophie Singer machte von ihrem Auskunfts- und Zeugnisverweigerungsrecht Gebrauch. Zur Begründung sagte sie, dass sie selbst Beschuldigte in einem Verfahren sei, bei dem es um Cum/Ex gehe. Erneut geladen hatte der Ausschuss die beiden Vertreter der Anwaltskanzlei Freshfields Bruckhaus Deringer, Thomas Wiesenbart und Ulf Johannemann, die allerdings nicht in der öffentlichen Sitzung auftraten. Krüger teilte zu Beginn mit, dass die beiden Anwälte zur Wahrung des Geschäfts- und Betriebsgeheimnisses in geheimer Sitzung im Anschluss vernommen würden. Sie waren bereits im November 2016 vor dem Ausschuss erschienen, ihre Befragung wurde aber vertagt, nachdem Krüger mitgeteilt hatte, dass gegen die Kanzlei ein Durchsuchungsbeschluss beantragt worden sei. Hintergrund sei, dass die Kanzlei als externer rechtlicher Berater bei Cum/Ex-Geschäften eine Schlüsselrolle gespielt habe und nicht bereit sei, freiwillig Unterlagen herauszugeben. Wie aus dem Ausschuss verlautete, hat der Bundesgerichtshof noch nicht über den Antrag entschieden. Auf der Agenda des Gremiums stehen noch zwei öffentliche Sitzungen. Damit wird die Zeugenbefragung wie geplant Mitte Februar abgeschlossen sein. Am 13. und 16. Februar wollen sich die Abgeordneten erneut mit der politischen Verantwortung für die Cum/Ex-Geschäfte beschäftigen und dazu zunächst Ex-Finanzminister Peer Steinbrück (SPD) und zwei Staatssekretäre sowie auf der vorerst letzten öffentlichen Sitzung Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) befragen. *Michael Wojtek*

Regionale Unterschiede

ENERGIE Netzentgelte werden nicht vereinheitlicht

Bundeseinheitliche Stromnetzentgelte für Privat- und Gewerbekunden wird es vorerst nicht geben. Die Koalition lehnte bei Enthaltung der Grünen einen dahingehenden Antrag der Linksfraktion (18/3050) am vergangenen Donnerstag ab. In ihrem Antrag hatte die Linksfraktion darauf hingewiesen, dass es im Vergleich der Länderdurchschnittliche Kostendifferenzen von 100 Prozent bei den Netzentgelten gebe. Überdurchschnittlich hohe Netzentgelte würden vor allem in bevölkerungsarmen, strukturschwachen Regionen mit überdurchschnittlichen Pro-Kopf-Netzinvestitionskosten gezahlt. Die Ursachen dieses Preisgefälles lägen in der regionalen Umwälzung der Investitions- und Betriebskosten der Stromnetze. Aus Sicht der Fraktion müssten diese Kosten aber von allen Verbrauchern gleichmäßig getragen werden. Derzeit subventioniere der Osten Strom in West- und in Süddeutschland, sagte Roland Claus (Die Linke) während der Debatte. „Das wollen wir so nicht mehr ha-

ben“, betonte er. Claus kritisierte den aus dem Amt scheidenden Wirtschaftsminister Sigmund Gabriel (SPD). Dieser rede von einer gelungenen Energiewende. „Ein Blick auf die Stromrechnung vieler Verbraucher und die Energiekostenanteile in der Industrie spricht deutlich eine andere Sprache“, sagte er. Thomas Bareiß (CDU) nannte den Antrag der Linksfraktion rückwärtsgewandt. Man dürfe keine Kostenverteilungsdebatten führen, sondern müsse versuchen, die Energiewende Stück für Stück bezahlbarer, sicherer und umweltfreundlicher zu gestalten. Bareiß wies auch die Einschätzung seines Vordessors, der Osten subventioniere den Westen zurück. „Auch der Osten hat enorme Profite von der Energiewende“, sagte er. Allein Brandenburg profitiere vom großen EEG-Topf mit jährlich 850 Millionen Euro, bei Sachsen Anhalt seien es 500 Millionen Euro. „Die Netzentgelte sind dringend reformbedürftig“, sagte Oliver Krischer (Grüne). Das sei der Bundesregierung auch bekannt, füge er hinzu. Eine Lösung dieses Reformbedarfes sei aber nicht erkennbar. Kritik übte Krischer aber auch an der Linksfraktion. Aus dem Thema einen Ost-West Konflikt machen zu wollen, sei skurril, sagte er. Es gebe auch in einzelnen Bundesländern erhebliche regionale Unterschiede. Florian Post (SPD) sagte, die Bundesregierung habe in dieser Wahlperiode viele Maßnahmen ergriffen, um das Gerechtigkeitsproblem bei der Verteilung der Stromkosten zu bewältigen. Eine gewissenhafte Ausgestaltung des Netzentgeltumsetzungsgesetzes (NEMOG), „und nicht eine blinde Wälzung“, sei nun der richtige Schritt, um zu einer gerechten Verteilung der Lasten in Deutschland zu kommen, befand er. *Götz Hausding*



Überlandleitungen verteilen den Strom in der Bundesrepublik.

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper

KURZ NOTIERT

Bundesregierung will Raumordnungsgesetz ändern

Die Bundesregierung will das Raumordnungsgesetz novellieren. Der dazu vorgelegte Gesetzentwurf (18/10883) sieht unter anderem vor, die Regelungen über das Raumordnungsverfahren um eine obligatorische Öffentlichkeitsbeteiligung und um eine Alternativenprüfung zu erweitern. Außerdem soll dem Bund durch die Neuregelung die Kompetenz eingeräumt werden, einen Raumordnungsplan für den länderübergreifenden Hochwasserschutz aufzustellen, sofern dies unter nationalen oder europäischen Gesichtspunkten erforderlich ist. Mit dem Gesetzentwurf soll nach Angaben der Regierung auch die EU-Richtlinie „zur Schaffung eines Rahmens für die maritime Raumplanung“ (MRO-Richtlinie) umgesetzt werden. Der Entwurf wurde am Donnerstag im vereinfachten Verfahren überwiesen. hau ||

Beschluss zur Chemikalien-Verordnung

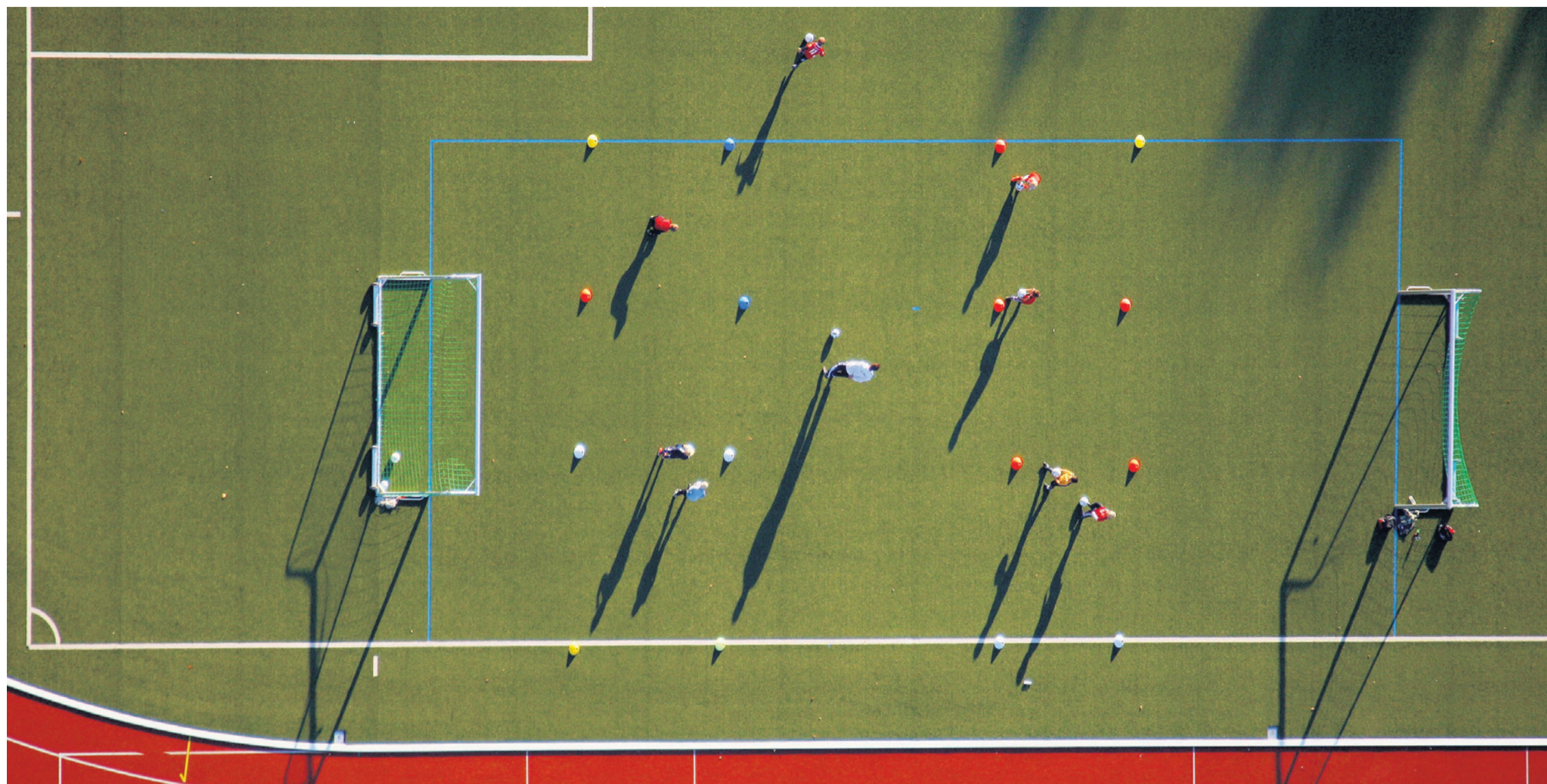
Mit Stimmen von CDU/CSU, SPD und Bündnis 90/Die Grünen hat der Bundestag am Donnerstag eine Änderung der Chemikalien-Klimaschutzverordnung beschlossen. Der Entwurf der Bundesregierung (18/10837, 18/10924 Nr. 2.3, 18/10997) sieht vor, die Verordnung an neue europäische Vorgaben anzupassen. Diese ergeben sich laut Bundesregierung vor allem aus der Ablösung der EG-F-Gas-Verordnung Nr. 842/2006 durch die EU-Verordnung Nr. 517/2014 sowie novellierter Durchführungsregelungen ergeben. Die Fraktion Die Linke enthielt sich. scr ||

Novelle des Energiestatistikgesetzes

Der Bundestag hat am Donnerstag ohne Aussprache nach zweiter und dritter Lesung eine Novelle des Energiestatistikgesetzes beschlossen. Für den Entwurf der Bundesregierung (18/10350, 18/10999) in geänderter Fassung stimmten CDU/CSU und SPD sowie Bündnis 90/Die Grünen. Die Fraktion Die Linke enthielt sich. Mit der Novelle wird das Energiestatistikgesetz von 2003 abgelöst. So soll laut Begründung der Bundesregierung der Datenbedarf für eine „moderne Energiepolitik“ gedeckt werden. scr ||

Leistungen für NS-Opfer sollen angeglichen werden

Die Fraktion Die Linke will die Entschädigungsleistungen für alle NS-Opfer angleichen. In einem am Donnerstag in erster Lesung beratenen Antrag (18/10969) fordert die Fraktion, die Leistungen für Opfergruppen, die aktuell nach den Härterichtlinien des Allgemeinen Kriegsfolgengesetzes (AKG) entschädigt werden, an die Leistungen des Bundesentschädigungsgesetzes (BEG) anzupassen. Die Linken begründen ihren Antrag damit, dass die 1969 erfolgte Schließung des BEG jene Opfer benachteilige, deren Schicksal erst später durch Politik und Öffentlichkeit anerkannt wurde, etwa Homosexuelle, Kommunisten und Zwangssterilisierte. Die Leistungen des AKG blieben „in ihrem Umfang weit hinter denjenigen des BEG“ zurück, kriti-



Durch die Änderung der Lärmschutzrichtwerte kann auf Sportplätzen künftig in den Ruhezeiten länger trainiert oder gespielt werden.

© picture-alliance/ZB/euroultbild.de

Auf dem Platz wird's lauter

UMWELT Richtwerte in den Ruhezeiten für Sportanlagen werden erhöht. Kinderlärmprivileg gefordert

Die Trainerin, die ihre Spielerinnen zusammenstaut; die Sportler, die sich Kommandos über den Platz rufen; die Fans, die jubeln und feiern – gern auch nach dem Spiel. Rund um Tartanbahnen, Fußballfelder und Tennisplätze kann es mal lauter werden. Doch der Jubel, der manchen Sportler zur Höchstleistung antreibt, treibt manchen Nachbarn zur Weißglut – oder gleich vor den Kadi. Konflikte um den Lärmschutz rund um Sportanlagen setzen den Vereinen nach eigenen Angaben kräftig zu: Trainings- und Spielzeiten auf den Anlagen werden eingeschränkt, entsprechend weniger Mannschaften können aufgestellt werden, bei einigen Vereinen müssen Mitgliedsanträge abgelehnt werden. Vergangenen Donnerstag stimmt der Bundestag mit Stimmen von CDU/CSU und SPD einem Verordnungsentwurf der Bundesregierung (18/10483, 18/11006) zur Änderung der Sportanlagenlärmschutzverordnung (Solva) zu, der das Lärmschutzniveau rund um Fußballplätze und Co. zugunsten des Sportes reduziert. Grüne und Linke enthielten sich. „Sportangebote gehören in die Mitte unserer Gesellschaft, auch in den Ballungsräu-

men“, sagte Bundesumweltministerin Barbara Hendricks (SPD) bei der abschließenden Debatte. Die Verdichtung in den Städten habe in den vergangenen Jahren zunehmend zu Lärmschutzkonflikten geführt, auf die nun mit der Verordnung reagiert werde. Hendricks stellte aber auch klar: Wirksamer Lärmschutz werde weiterhin garantiert. Aus Sicht des Sportes hätte mehr gemacht werden können, doch es müsse die Balance gewahrt werden, betonte die Ministerin mit Blick auf die Interessen der Anwohner. **Höhere Richtwerte** Der Verordnungsentwurf sieht konkret Änderungen der Immissionsrichtwerte in den Ruhezeiten vor. Diese Richtwerte liegen bislang fünf Dezibel unter denen, die außerhalb der Ruhezeiten gelten. Abends gilt das zwischen 20 und 22 Uhr und sonn- und feiertags zusätzlich von 13 bis 15 Uhr. Nach dem Verordnungsentwurf soll diese Reduzierung aufgehoben werden. Nur für die morgendliche Ruhezeit gilt der strengere Richtwert fort. Fünf Dezibel mit großer Wirkung: Der Nutzungszeitraum der Sportanlagen werde in den Ruhezeiten nun um das Dreifache verlängert, führte Hendricks aus. Die bisherigen Beurteilungszeiträume der Ruhezeiten sollen aber erhalten werden.

Damit soll es weiterhin nicht möglich sein, lärmintensive Zeiten innerhalb der Ruhezeiten mit lärmarmen Zeiten außerhalb davon zu verrechnen. „Hierdurch können unzumutbare Lärmzunahmen zulasten der Nachbarn vermieden werden“, schreibt die Bundesregierung in der Begründung. **Altanlagenbonus** Eine weitere Änderung betrifft den sogenannten Altanlagenbonus für Sportanlagen, die vor 1991 genehmigt wurden oder ohne Genehmigung errichtet werden konnten. Geregelt werden soll, welche Umbauten oder Änderungen zulässig sind, damit die entsprechende Anlage weiterhin den „Altanlagenbonus“ nutzen kann, der eine Grenzwertüberschreitung erlaubt. In diesem Bereich habe es häufig Auseinandersetzungen gegeben, die Regelung schaffe Rechtsklarheit, sagte Karsten Möring (CDU). Mit der Verordnung sei eine „sehr gute Lösung“ gelungen. Möring betonte, dass die neuen Richtwerte eindeutig unter jeglicher Schwelle von gesundheitlicher Beeinträchtigung lägen. Natürlich könne Sportlärm für Anwohner „lästig“ sein, aber in der Abwägung spräche neben der sozialen auch die gesundheitsfördernde Funktion für den Sport. „Die zusätzliche Belastung ist gering, vertretbar und

richtig. Sie trifft niemanden übermäßig“, sagte Möring. Auch Ulli Nissen (SPD) hob die besondere Bedeutung des Sports hervor. Ein gutes und vielfältiges Angebot auch in zentraler Lage sei wichtig. Die Auseinandersetzungen um Lärm hätten den Vereinen aber viele Probleme bereitet, sagte die Sozialdemokratin. Mit der Verordnung gelänge es, Rechtssicherheit herzustellen. Es sei eine „deutliche Verbesserung“. Allerdings müsse es auch in der Stadt mal ruhig sein, sagte Nissen. Forderungen, wie sie in der Anhörung zu der Verordnung erhoben wurden, nach einer Verkürzung der Nachtruhezeit, erteilte die Sozialdemokratin eine Absage. Sie könne nicht in Frankfurt für ein Nachtflugverbot ab 22 Uhr kämpfen und gleichzeitig für Sportlärm bis 23 Uhr eintreten. Im Grundsatz fanden auch die Oppositionsfraktionen die Verordnung gut – nur eben nicht weit genug gehend. Birgit Menz (Die Linke) vermisste etwa ein Irrelevanzkriterium in der Verordnung, das den Umgang mit geringfügigen Überschreitungen erleichtern würde. Zudem bemängelte sie, dass der Altanlagenbonus nicht bis 2017 erweitert wird. Damit hätte man auch der infrastrukturellen Entwicklung in den neuen Bundesländern gerecht werden können,

so Menz. Auch die Grünen kritisierten, dass Irrelevanzkriterium und erweiterter Altanlagenbonus fehlten. Peter Meiwald (Bündnis 90/Die Grünen) monierte zudem, dass in der neuen Baugebietskategorie „Urbanes Gebiet“ (siehe Beitrag unten) mit 63 Dezibel höhere Richtwerte für Sportanlagen angesetzt werden sollen. Ein Fokus auf passiven Lärmschutz wäre zielführender gewesen. **Kinderlärm** Grüne und Linke forderten zudem, das sogenannte Kinderlärmprivileg auch auf Sportanlagen zu übertragen. Ähnlich hatten sich auch Vertreter von Sportverbänden in der Anhörung geäußert. Nach dem im Bundes-Immissionsschutzgesetz verankerten Privileg ist Kinderlärm, etwa auf dem Gelände von Kindertagesstätten oder Spielplätzen, keine „schädliche Umwelteinwirkung“ und darf bei der Beurteilung von Immissionsgrenzen nicht herangezogen werden. Es gebe keinen Grund, dies nicht auch auf Sportanlagen anzuwenden, sagte Meiwald. Während sich die Rednerinnen der SPD dafür durchaus offen zeigten, lehnten Unions-Vertreter den Vorstoß mangels Vollziehbarkeit ab. Die Unterscheidung von Kinderlärm und Nicht-Kinderlärm auf Sportanlagen sei nicht möglich, sagte Möring. Ein entsprechender Gesetzentwurf der Grünen (18/10859) sowie ein Lärmschutz-Antrag der Fraktion (18/4329) scheiterten an der Koalitionsmehrheit. Sören Christian Reimer ||

»Sportangebote gehören in die Mitte unserer Gesellschaft.«
Barbara Hendricks (SPD), Bundesministerin

»Die zusätzliche Belastung ist gering, vertretbar und richtig.«
Karsten Möring (CDU)

Software für TÜV-Prüfer tabu

VW-AUSSCHUSS Chef des Kraftfahrt-Bundesamtes kämpft um den Ruf seiner Behörde

Was hat ein Kinderschnuller mit dem Abgaskandal zu tun? Nichts, könnte man glauben. Der ehemalige Vorstandschef des TÜV Nord, Guido Rettig, fand dennoch einen Zusammenhang. Es gebe Schnuller mit Sensoren, die die Mundtemperatur auf ein Smartphone senden können. Hard- und Software sind heute bei vielen Produkten nicht mehr zu trennen, wollte Rettig damit sagen – so auch bei Autos. Nur habe der TÜV für die Typprüfung keine Möglichkeit, in die Motorsoftware zu schauen, beklagte Rettig. Warum haben Prüforganisationen und Kraftfahrt-Bundesamt (KBA) die Manipulation der Abgasreinigung beim VW-Konzern nicht erkannt und davon erst mit dem Aufblitzen des Skandals in den USA erfahren? Darum drehten sich am Donnerstag die Fragen im Abgas-Untersuchungsausschuss. Rettig, bis Ende 2016 Chef des TÜV Nord, begründete das unter anderem mit den Prüfregeln. Diese sähen nur die Untersuchung der Hardware von Autos vor. Daran habe sich der TÜV zu halten. „Wir sind keine Hackerbude“, meinte Rettig.

Software als »Black Box« Der Hacker Felix Domke hatte die umstrittene VW-Software decodiert und später an Tests für die Deutsche Umwelthilfe und die vom Ver-

kehrsministerium eingesetzte Untersuchungskommission mitgewirkt. Der Computerexperte bemängelte, dass Autohersteller ihre Motorensoftware gezielt undurchsichtig als „Black Box“ konstruierten. Er forderte eine Offenlegung der Quellcodes. Sonst sei es schwierig, zu beurteilen, ob etwas legal oder illegal sei. In begründeten Einzelfällen wäre ein Einblick in die Software erlaubt, sagte hingegen Christoph Albus, Referatsleiter für Fahrzeugtechnik und Umweltschutz im Verkehrsministerium. Er verwies zudem darauf, dass die Hersteller seit April 2016 zumindest ihre Emissionsstrategien offenlegen müssten. Im Zentrum der Ausschussarbeit steht das Kraftfahrt-Bundesamt. Dessen Präsident Ekhard Zinke war am Donnerstag geladen. Die nachgeordnete Behörde des Verkehrsministeriums gibt den Herstellern letztlich die Freigabe, neue Autos auf den Markt zu bringen. Das Amt war auch an der Untersuchungskommission beteiligt. Nach den Tests von 53 Dieselmotoren wurden Autofirmen mit auffälligen Werten um Stellungnahme gebeten. Am Ende standen keine Sanktionen, sondern freiwillige Service-Aktionen für 630.000 Autos. Dem KBA wird Kungelei mit den Firmen vorgehalten. Das Amt sei ein „Bettvorleger der Industrie“,

lautet ein häufiger Vorwurf. Auch eine interne Mail Zinkes, in der er eine Argumentation von Opel verteidigte und „mit industriefreundlichem Gruß“ endete, näherte den Vorwurf. Zinke wehrte sich vehement dagegen. Sein Amt sei objektiv und neutral. Die Formulierung sei vor dem Hintergrund der großen Arbeitsbelastung im KBA „bitter-ironisch“ gemeint gewesen und habe „nicht den Funken einer Ernsthaftigkeit“ aufgewiesen. **Erstaunen über Aussage** Für Erstaunen sorgte Zinke bei Linken und Grünen mit der Aussage, vor dem Bekanntwerden des VW-Skandals den Begriff Abschalteinrichtung nicht gekannt zu haben. Immerhin regelt die EU-Verordnung 715/2007 deren grundsätzliches Verbot. Erlaubt ist der Einsatz nur in Ausnahmefällen, etwa zum Motorschutz. Für Verstöße soll es „wirksame, verhältnismäßige und abschreckende Sanktionen“ geben. Dazu wollte Zinke nichts sagen. Der Grund: Das im Dezember von der EU eingeleitete Vertragsverletzungsverfahren gegen Deutschland und weitere sechs Staaten. Brüssel wirft der Bundesregierung vor, keine Sanktionen gegen VW verhängt und nicht alle Informationen aus der nationalen Untersuchung offengelegt zu haben. stu ||

Innenentwicklung stärken

BAU Neue Baugebietskategorie soll Konflikte entschärfen

Die Bundesregierung will die Entwicklung und Verdichtung innerstädtischer Bereiche vorantreiben. Eine neue Baugebietskategorie „Urbanes Gebiet“ soll Kommunen planerisch eine „nutzungsgemischte Stadt der kurzen Wege“ ermöglichen. Die entsprechende Änderung der Baunutzungsverordnung (BauNVO) ist Teil eines Gesetzentwurfs der Bundesregierung (18/10942), den der Bundestag vergangenen Freitag in erster Lesung beriet. Die Einführung der neuen Baugebietskategorie „Urbanes Gebiet“ begründet die Bundesregierung mit Problemen bei der Innenentwicklung, die sich aus Nutzungskonkurrenz, kollidierenden Nutzungsansprüchen und Lärmschutzkonflikten ergäben. Mit dem neuen Planungsinstrument soll der „städtetypische Handlungsspielraum der Kommunen“ erweitert werden, „ohne dabei das grundsätzlich hohe Lärmschutzniveau zu verlassen“. Die Bundesregierung kündigt in dem Entwurf an, die „Technische Anleitung zum Schutz gegen Lärm“ (TA Lärm) entsprechend anzupassen. „Urbane Gebiete“ sollen laut der geplanten Vorschrift „dem Wohnen sowie der Unterbringung von Gewerbebetrieben und sozialen, kulturellen und anderen Einrichtungen, die die Wohnnutzung nicht wesentlich stören“, dienen.

Auch der Wohnungsneubau soll gestärkt werden: Durch eine Änderung im Baugesetzbuch (BauGB) sollen Nutzungsänderungen zu Wohnzwecken erleichtert werden. Eine befristete Regelung soll außerdem ein beschleunigtes Verfahren für Bebauungspläne erlauben, wenn es sich um einen Bebauungsplan mit einer Grundfläche von bis zu 10.000 Quadratmetern zur Wohnungnutzung handelt, der an im Zusammenhang baute Ortsteile anschließt. **Ferienwohnungen** Zudem sind Anpassungen an europarechtliche Regelungen vorgesehen. So besteht im BauGB laut Bundesregierung Änderungsbedarf, um die UVP-Änderungsrichtlinie umzusetzen. Eine weitere Regelung zielt auf die Zulässigkeit von Ferienwohnungen in Wohngebieten ab. Kommunen sollen zudem mehr Handhabe gegen die Nutzung von Wohnungen als Nebenwohnungen bekommen, wenn dadurch dem Markt zu viel Wohnraum entzogen wird. scr ||

Anzeige

DAS WILL ICH ONLINE LESEN!
Jetzt auch als E-Paper.
Mehr Information.
Mehr Themen.
Mehr Hintergrund.
Mehr Köpfe.
Mehr Parlament.

Direkt zum E-Paper

www.das-parlament.de
parlament@fs-medien.de
Telefon 069-75014253

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper

AUFGEKEHRT

Kollision der Universen

Fans des Science-Fiction-Klassikers Star Trek kennen es: das Spiegeluniversum. Es handelt sich dabei um eine parallele Welt, die zwar von den selben Menschen bevölkert ist wie die unsere, ihr Leben und die Geschichte der Menschheit insgesamt aber völlig anders verläuft. In einem solchen Spiegeluniversum würde beispielsweise Sigmar Gabriel die SPD nicht nur als Kanzlerkandidat in die nächste Bundestagswahl führen, sondern diese auch gewinnen. Science-Fiction eben.

Jetzt sind Astrophysiker allerdings Hinweisen auf der Spur, dass ein solches Spiegeluniversum nicht nur tatsächlich existiert, sondern offenbar auch mit unserem Universum zu kollidieren und es zu überlagern droht. So konnte wiederholt die Beobachtung gemacht werden, dass Menschen weltweit die Geschehnisse in ihrer Umgebung nicht nur höchst unterschiedlich interpretieren, sondern diese physikalisch messbar auch völlig anders abgelaufen sind.

Auch der Sprecher des Weißen Hauses in Washington, Sean Spicer, bestätigte, dass der US-Regierung Informationen über die Kollision mit dem Spiegeluniversum vorliegen. So habe zweifelsfrei geklärt werden können, dass der Amtseinführung des neuen US-Präsidenten Donald Trump deutlich mehr Menschen beige-wohnt hätten als auf den Fernsehbildern sichtbar. Und dass Trump bei den Wahlen drei Millionen Stimmen mehr erhalten habe, als die Auszählung ergab.

Für mich persönlich ist das eine Genug-tuung. Mein alter Physik-Lehrer hatte die „falschen“ - oder richtigerweise „alternativen“ - Antworten seiner Schüler stets mit der höhnischen Bemerkung quittiert: „Im russischen Fernsehen viel-leicht.“ Dieser Spott dürfte ihm jetzt ver-gehen.

Alexander Weinlein

VOR 50 JAHREN...

Weg aus der Rezession

14.2.1967: Konzentrierte Aktion be-ginnt 1966 waren die fetten Jahre vor-bei. Erstmals seit 1949 brach das Wirt-schaftswachstum in der Bundesrepublik ein. Die Arbeitslosenzahlen schossen in die Höhe. Rezession statt Wirtschaftswunder. Um die Krise abzuwenden, fasste Karl F. Schiller (SPD) einen Plan: Der Wirtschaftsminister bat Vertreter aus Poli-tik, Gewerkschaften, Arbeitgeberver-



Karl Schiller (SPD) als Bundeswirt-schaftsminister in den 1960er Jahren

bänden und Bundesbank an einen Tisch, um darüber zu beraten, wie die Nachkriegsrezession überwunden werden konnte. Die Konzentrierte Aktion war geboren. Am 14. Februar 1967 trat sie erstmals zusammen.

Schiller hoffte, dass sich die Akteure auf Leitlinien für gesamtwirtschaftlich ver-tretbare Lohnerhöhungen festlegen und so Inflationsgefahren minimieren und die steigende Arbeitslosigkeit stoppen. „Mit der Konzentrierten Aktion haben wir eine flexible Methode gefunden, diesen autonomen Gruppen eine Mitwirkung an der Vorbereitung der Wirtschaftspoli-tik zu ermöglichen“, erklärte Schiller. Doch die Idee war umstritten. Allein die Frage, wie stark der Staat etwa in Fragen der Lohnhöhe eingreifen darf, sorgte für Diskussion. Einzelgewerkschaften fürchteten wegen der Teilnahme des Deut-schen Gewerkschaftsbundes (DGB) um ihre Tarifautonomie. Zudem verfolgten Arbeitgeber und Gewerkschaften un-terschiedliche Interessen. Gaben sich die Gewerkschaften 1967 noch mit moder-aten Lohnerhöhungen zufrieden, fühlten sie sich 1969, als die Wirtschaft wieder brummt, geprellt. Ab diesem Zeitpunkt schwand die Bedeutung der Konzentrier-ten Aktion. 1977 wurde sie schließlich aufgelöst.

Benjamin Stahl

ORTSTERMIN: IM VORFELD DER BUNDESVERSAMMLUNG



Bundestagsmitarbeiterinnen beim Umbau des Plenarsaals vor der letzten Bundesversammlung. Für die Veranstaltung am 12. Februar müssen die bekannten blauen Stühle ebenfalls durch platzsparendere Sitze ausgetauscht werden.

Von Wahl-Helfern und Weg-Weisern

Ein leises Aufatmen wird zu hören sein am Mittag des 12. Februar. Wenn Wahlmänner und -frauen, Ehrengäste und Besucher im Paul-Löbe-Haus des Bundestags auf den neu gewählten Bundespräsidenten anstehen, ist sie so gut wie geschafft, die 16. Bundesversammlung.

Damit eine solche Veranstaltung reibungslos über die Bühne gehen kann, bedarf es einer ausgeklügelten Logis-tik – so ausgeklügelte, dass am Ende alles ganz selbstver-ständlich wirkt. Ob Saaldienere, Techniker oder Veranstaltungsplaner: Sie alle sind unverzichtbare Zahnräder im Organisationsgetriebe der unzähligen Beteiligten, die die Bundesversammlung organisieren. „Wir beginnen schon ein Jahr vorher mit den ersten Planungen“, sagt Thomas Pflüger, zuständig für die zentralen Assistenzdienste. In einer großen Koordinationsrunde sitzen über 70 Mitar-beiter immer wieder zusammen und haken die 73 Punkte des Ablaufplans ab.

Über zwei Dutzend Referate aus der Verwaltung des Bun-destages sind mit der Organisation betraut. Während hinter den Kulissen das Protokoll die Blumengestecke be-

stellt, werden im Auftrag des Bundestagspräsidenten Ein-ladungen an die Delegierten verschickt. Außerdem müs-sen Zimmer gebucht, Busse für den Fahrdienst organisiert und Ausweise ausgestellt werden. Die Mitarbeiter des Par-lamentsdienstes sortieren tausende Blätter und stellen In-formationen zusammen – schließlich soll sich kei-ner auf dem Weg von der Garderobe zum Platz verirren, alle sollen leicht zum Stand mit Kaffee und Brezeln fin-den.

Nach Monaten der Vorbereitung geht es am Sonntag der Wahl gar nicht so früh los. „Es ist wie im Theater – kurz vor der Aufführung muss alles stehen“, sagt Thomas Pflü-ger. Die letzten Vorbereitungen werden deswegen schon seit Tagen erledigt. Von langer Hand geplant ist der Um-bau des Plenarsaals. Dort sitzen normalerweise 630 Abge-ordnete, während der Bundesversammlung sind es dop-pelt so viele. Die bekannten blauen Stühle, die im Boden des Plenarsaals verankert sind, kommen also raus, mobile und platzsparendere rein. Bis zu 25 Mitarbeiter helfen da-bei mit. „Die gesamte Aktion dauert fünf Tage für den

Auf- und Umbau“, bestätigt ein Mitarbeiter aus dem Be-reich Hochbau. „Das Ganze wieder rückgängig zu ma-chen, dauert dann noch mal genauso lange“, erzählt er. Für das leibliche Wohl sorgen auch am Wahltag die Kanti-nen und Restaurants in den Verwaltungsgebäuden. Sie ha-ben sogar am Tag zuvor schon geöffnet – für diejenigen, die die Räumlichkeiten vorbereiten. Für alle, die sich wäh-rend der Wahl noch schnell informieren wollen, gibt es eine Institution aus Zeiten der Bonner Republik: der Zeitschriften- und Bücherstand der Parlamentsbuchhand-lung verkauft Bücher von und über die Kandidaten. Sollte die Wahl länger dauern, hilft der Reise-Infopoint, Zug-fahrten und Flüge umzubuchen. Länger warten müssten dann auch die Kinder in der Bundestag-Kita, die an die-sem Sonntag extra geöffnet hat.

Wenn am Abend die 188 Stehtische geräumt und die letz-ten Gläser geleert sind im Paul-Löbe-Haus, wird es erst einmal wieder still. Aber nur bis zum nächsten Tag: Denn dann müssen die blauen Stühle wieder eingebaut werden – für die kommende Sitzungswoche.

Laura Heyer

LESERPOST

Zur Ausgabe 4 vom 23. Januar 2016
Seit mehr als 30 Jahren lese ich nun schon „Das Parlament“. Auch nach meiner Pen-sionierung vor vier Jahren habe ich die Zei-tung weiterbezogen - und das nie bereut. Denn sie ist stets eine aktuelle und zuver-lässige Informationsquelle. Ich stimme zwar nicht mit allen Aussagen überein, aber das ist in einer lebendigen Demokra-tie ja eigentlich selbstverständlich! Die nächsten Monate werden sicher sehr spannend werden, sowohl innen- als auch außenpolitisch. Ich bin schon sehr gespannt darauf, wie Sie mit diesen neu- en Herausforderungen umgehen wer-den! Seien Sie wie bislang kritisch und vermeiden die Aura einer „Regierungs-

zeitung“, dann bleiben Sie ein attraktives Medium für mich!
Hans-Jürgen Honsa
Salzgitter

Überschaubarer Gesamtumfang. Qualifi-zierte Beiträge. Ich lese „Das Parlament“ gern. Ich habe aber einen kleinen Hinweis: Im Aufruf für Leserbriefe heißt es: „Leser-briefe geben nicht die Meinung der Re-daktion wieder“. Das klingt in meinen Augen so negativ und abwehrend. War-um formulieren Sie das nicht ein wenig positiver?
Hans-Jürgen Jakobs
per E-Mail

Haben Sie Anregungen, Fragen oder Kritik? Schreiben Sie uns:

Das Parlament
Platz der Republik 1
11011 Berlin
redaktion.das-parlament@bundestag.de

Leserbriefe geben nicht die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen.

Die nächste Ausgabe von „Das Parlament“ erscheint am 20. Februar.

Rita Süsmuth wird 80

Zehn Jahre lang stand sie an der Spitze des Parlaments. In ihre Zeit als Bundestagsprä-sidentin fiel der Umzugsbeschluss nach Ber-lin, den die Bonn-Befürworterin bekannt gab. Rita Süsmuth vollendet am 17. Febru-ar ihr 80. Lebens-jahr. Die Profes-sorin für Erzie-hungswissen-schaft wurde zur erfolgreichen Sei-teneinsteigerin in die Politik. Der CDU, deren Fami-lienpolitik sie maßgeblich prä-gte, trat sie 1981 bei. Im Bundestag



saß sie von 1987 bis 2002. Von 1985 bis 1988 war die gebürtige Wuppertalerin Bundesministerin für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit. An der Spitze des Bun-destags stand sie von 1988 bis 1998. In beiden Ämtern setzte sie rasch Akzente. Mit ihrem Namen ist die Einführung des Erziehungs-gelds und des Erziehungsurlaubs genauso verbunden wie die Anerkennung von Kin-dererziehungszeiten in der Rentenversiche-rung und die deutliche Anhebung des steu-erlichen Kinderfreibetrags. Darüber hinaus prägte sie, wiederholt gegen Kritik aus den eigenen Reihen, die Gesundheitspolitik. Auf politische Mitsprache verzichtete sie auch als Präsidentin des Bundestags nicht und verließ dem Amt damit eine unverwech-selbare Note. Süsmuth engagiert sich auch nach ihrer aktiven Zeit in zahlreichen Gremien und Kommissionen.

bmh

SEITENBLICKE



PERSONALIA

>Helmut Buschbom † Bundestagsabgeordneter 1981-1990, CDU

Am 16. Januar starb Helmut Buschbom im Alter von 95 Jahren. Der Amtsgerichtsdirektor aus Berlin wurde 1957 CDU-Mitglied und am-tierte von 1977 bis 1987 als Kreisvorsitzender in Spandau. Buschbom arbeitete im Rechts-ausschuss sowie im Ausschuss für Wahlprü-fung, Immunität und Geschäftsordnung mit. Von 1987 bis 1990 war er Vorsitzender des Wahlmännerausschusses.

>Horst Sielaff Bundestagsabgeordneter 1980-1998, SPD

Horst Sielaff wird am 7. Februar 80. Jahre alt. Der protestantische Pfarrer aus Franken-thal wurde 1968 SPD-Mitglied und gehörte von 1969 bis 1984 dem dortigen Stadtrat an. Der Direktkandidat des Wahlkreises Frankenthal engagierte sich im Bundestag im Ausschuss für Jugend, Familie und Ge-sundheit sowie im Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten.

>Jürgen Türk Bundestagsabgeordneter 1990-2005, FDP

Am 7. Februar wird Jürgen Türk 70 Jahre alt. Der Diplom-Ingenieur aus Kolkwitz/Kreis Spree-Neiße trat 1989 der FDP bei, war bis 1999 stellvertretender Vorsitzender in Bran-denburg und von 2001 bis 2003 Landesvor-sitzender. Von 2003 bis 2014 gehörte Türk dem Kreistag Spree-Neiße an. Im Bundestag saß er im Wirtschaftsausschuss sowie im Ausschuss für Angelegenheiten der Neuen Länder.

>Gerhard Kunz Bundestagsabgeordneter 1971-1981, CDU

Gerhard Kunz wird am 11. Februar 75 Jahre alt. Der Berliner Rechtsanwalt trat 1961 der CDU bei, war langjähriges Vorstandsmitglied der dortigen Jungen Union und gehörte 1970/71 dem Berliner Abgeordnetenhaus an. Von 1981 bis 1985 amtierte er als Finanzsenator. Im Bundestag saß Kunz im Rechtsausschuss sowie im Ausschuss für Wahlprüfung, Immu-nität und Geschäftsordnung.

>Otto Bernhardt Bundestagsabgeordneter 1998-2009, CDU

Am 13. Februar begeht Otto Bernhardt seinen 75. Geburtstag. Der Handelslehrer aus Rends-burg trat 1960 der CDU bei und war von 1970 bis 2006 Mitglied des schleswig-holstei-nischen Landesvorstands. Von 1970 bis 1996 gehörte er dem Rendsburger Stadtrat und von 1971 bis 1984 dem Landtag in Kiel an. Von 1979 bis 1984 war er Parlamentarischer Staatssekretär im Kultusministerium des Lan-des. Im Bundestag arbeitete Bernhardt im Fi-nanzausschuss mit.

>Jerzy Montag Bundestagsabgeordneter 2002-2013, Die Grünen

Jerzy Montag wird am 13. Februar 70 Jahre alt. Der Rechtsanwalt aus München schloss sich 1984 der Partei Die Grünen an und stand von 1998 bis 2002 an der Spitze des Landesverbands Bayern. Montag, langjähr-iger rechtspolitischer Sprecher seiner Frakti-on, wirkte überwiegend im Rechtsausschuss sowie im Ausschuss für die Angelegenhei-ten der Europäischen Union mit.

>Jochen Welt Bundestagsabgeordneter 1990-2004, SPD

Am 14. Februar begeht Jochen Welt seinen 70. Geburtstag. Der Sozialwissenschaftler aus Recklinghausen trat 1969 der SPD bei und war dort von 1987 bis 1998 Bürgermeister. Welt, Direktkandidat des Wahlkreises Reck-linghausen, engagierte sich im Bundestag im Innenausschuss sowie im Haushaltsausschuss. Von 1998 bis 2004 war er Beauftragter der Bundesregierung für Aussiedler und nationale Minderheiten.

>Erika Trenz Bundestagsabgeordnete 1987-1990, Die Grünen

Am 15. Februar wird Erika Trenz 70 Jahre alt. Die Verwaltungsangestellte aus Saarbrücken schloss sich 1984 der Partei Die Grünen an. Im Bundestag arbeitete sie im Ausschuss für Ar-beit und Sozialordnung sowie im Innenausschuss mit. Sie engagierte sich bis heute für die Integration von Ausländerinnen im Saarland.

>Gerhard Päselt Bundestagsabgeordneter 1990-1998, CDU

Gerhard Päselt vollendet am 16. Februar sein 80. Lebensjahr. Der promovierte Physi-ker trat 1984 der CDU in der DDR bei. Mehr als zwei Jahrzehnte gehörte er dem Kreis-tag in Gotha an. Päselt, Direktkandidat des Wahlkreises Gotha – Arnstadt, war Mitglied des Bildungsausschusses sowie des Touris-musausschusses.

>Konrad Weiß Bundestagsabgeordneter 1990-1994, Bündnis 90/Die Grünen

Am 17. Februar wird Konrad Weiß 75 Jahre alt. Der Filmregisseur zählte im September 1989 in der DDR zu den Mitbegründern der Bürgerbewegung „Demokratie Jetzt“. 1990 gehörte Weiß der demokratisch gewählten Volkskammer an. Im Bundestag arbeitete er im Ausschuss für wirtschaftliche Zusammen-arbeit und im Petitionsausschuss mit.

bmh

BUNDESTAG LIVE

Topthemen vom 13. – 17.2.2017

Finanzverfassung (Do), Schutz von Vollstreckungsbeamten (Fr)

Phoenix überträgt live ab 9 Uhr

Auf www.bundestag.de: Die aktuelle Tagesordnung sowie die Debatten im Livestream



Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper

Prof. Norbert Lammert, CDU, Bundestagspräsident

„Euthanasie“-Opfer dem Vergessen entreißen



Norbert Lammert (*1948)
Bundestagspräsident

Es ist heute fast auf den Tag genau 75 Jahre her, dass 15 hochrangige Vertreter des Nazi-Regimes in einer Berliner Villa im Westen der Hauptstadt zusammenkamen, um mit unfassbarer Menschenverachtung den millionenfachen Mord an den europäischen Juden möglichst effizient zu organisieren, der damals längst beschlossen war und auch seit langem begonnen hatte. Hermann Göring hatte Reinhard Heydrich beauftragt, ich zitiere, „in Ergänzung der Ihnen bereits mit Erlaß vom 24.1.39 übertragenen Aufgabe, die Judenfrage in Form der Auswanderung oder Evakuierung einer den Zeitverhältnissen entsprechend möglichst günstigen Lösung zuzuführen“ und „alle erforderlichen Vorbereitungen in organisatorischer, sachlicher und materieller Hinsicht zu treffen, für eine Gesamtlösung der Judenfrage

im deutschen Einflußgebiet in Europa.“

Die „Wannsee-Konferenz“ vom 20. Januar 1942 spiegelt jene zynisch technokratische Unmenschlichkeit und ideologisch verbrämte Barbarei wider, die neben Juden auch andere Gruppen unschuldiger Menschen traf. Ihrer, der Millionen Entrechteter, Gequälter und Ermordeter, gedenken wir heute: der Sinti und Roma, der Millionen versklavter Slawen, der Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter, der Homosexuellen, der politischen Gefangenen, der Christen, der Zeugen Jehovas, all derer, die wegen ihrer religiösen und politischen Überzeugungen von der nationalsozialistischen Ideologie zu Feinden erklärt, verfolgt und vernichtet wurden. Wir erinnern auch an diejenigen, die mutig Widerstand leisteten.

Wir gedenken in diesem Jahr besonders der Kranken, Hilflosen und aus Sicht der NS-Machthaber „Lebensunwerten“, die im sogenannten „Euthanasie“-Programm ermordet wurden: 300.000 Menschen, die meisten zuvor zwangssterilisiert und auf andere Weise gequält. „Die Barbarei der Sprache ist die Barbarei des Geistes“, hat Dolf Sternberger einmal geschrieben, der bereits 1945 ein „Wörterbuch des Unmenschen“ zusammengetragen hat. Und tatsächlich: Die „Euthanasie“ begann mit der denunziatorischen Entmenschlichung ihrer Opfer, die als „nutzlo-

se Esser“, „seelenlose menschliche Hüllen“ verunglimpft wurden und – in den Worten der Täter – der „Ausmerzungen“ bedurften. „Die Barbarei der Sprache ist die Barbarei des Geistes“ – aus Worten wurden Taten.

Zwischen „Euthanasie“ und dem Völkermord an den europäischen Juden bestand ein enger Zusammenhang. Als „Probelauf zum Holocaust“ gilt das Töten durch Gas, das zuerst bei den „Euthanasie“-Opfern praktiziert und damit zum Muster für den späteren Massenmord in den NS-Vernichtungslagern wurde. Und auch personell gab es bedrückende Kontinuitäten: Über 100 Ärzte, Pfleger und sonstige Beteiligte an den Krankenmorden, deren erste Phase 1941 geendet hatte, setzten ihr Tun bruchlos in den Vernichtungslagern für KZ-Häftlinge fort.

Der Begriff „Euthanasie“ – „schöner Tod“ – ist keine Erfindung der Neuzeit. Er findet sich bereits in der Antike und beschreibt verharmlosend die Tötung von als nicht-lebenswert eingestuften Menschen. Über evolutionsbiologische Betrachtungen des 19. Jahrhunderts entwickelte sich der Begriff in der sogenannten Rassenhygiene bzw. Eugenik weiter – und zwar in vielen Ländern. Demnach waren es sich vermeintlich „fortgeschrittene“ Völker angeblich schuldig, ihre sogenannte „erbbiologische Substanz“ zu bewahren, um im behaupteten „Kampf ums Dasein“ zu bestehen. Sollten am Anfang nur die Gesunden und Starken gefördert werden, wurden zunehmend Stimmen laut, die Kranken und Schwachen das Lebensrecht absprachen. Die Zahl der Euthanasie-Befürworter nahm nach dem Ersten Weltkrieg drastisch zu, selbst in den liberalen USA. Dass auch hier Ärzte, Richter und Politiker Überlegungen zur Eugenik anstellten, diente noch bei den Nürnberger Prozessen deutschen Verteidigern als Argument zur Entlastung ihrer Mandanten.

Aber es gibt einen wesentlichen Unterschied zwischen dieser Debatte, diesem Vorschlag, in Deutschland und anderswo. Wäh-

rend es zwar auch in anderen Ländern zu entwürdigenden Eingriffen kam, aber eben nicht zu vorsätzlichen, systematischen Tötungen, fielen in Deutschland die letzten Hemmungen, folgte hier hunderttausendfacher Mord.

Die Vorbereitungen begannen schon 1933. Bereits das in diesem ersten Jahr der NS-Diktatur erlassene „Gesetz zur Verhinderung erbkranken Nachwuchses“ gestattete brutale Eingriffe in die Würde von behinderten Menschen. Dazu zählten Zwangssterilisierungen, die in nicht wenigen Fällen zum Tod des Patienten führten und die späteren systematischen Mordaktionen bereits ahnen ließen. Diese setzten mit Ausbruch des Zweiten Weltkrieges ein, als Ärzte und Pflegepersonal begannen, geistig Behinderte und pflegebedürftige Menschen, Kriegsinvalide und psychisch kranke Soldaten mit Gas zu ersticken. Den Kreis der Opfer dieser Eskalation, in der der Tod auch durch Verhungern, falsche Medikamente und das Setzen von Giftspritzen herbeigeführt wurde, zogen die Täter während des Krieges immer weiter. Zuletzt brachten sie alle Menschen um, denen Hitler und seine Mittäter sogenanntes abweichendes Verhalten attestierten, darunter Nicht-Sesshafte, Unangepasste, Querulanten, Regimegegner und Kriegsgefangene.

Meine Damen und Herren, das Morden ging nach Kriegsende weiter. Ärztliche Überzeugungstäter in Anstalten wie Kaufbeuren oder Irsee konnten ihr zynisches Treiben bis Juli 1945 fortsetzen, indem sie die Besatzungsmächte mit der am Eingang plakatierten Falschmeldung „Typhus“ davon abhielten, die Anstalten zu betreten. Dies gehört zu den vielen empörenden Aspekten der „Euthanasie“, die kaum ins kollektive Gedächtnis gelangt sind, ebenso die Tatsache, dass diese Verbrechen mitten in Deutschland verübt wurden: In Dutzenden sogenannter Heil- und Pflegeanstalten mordete das medizinische Personal, am schlimmsten in den sechs Vergasungseinrichtungen Hadamar in Nordhessen, Grafeneck bei Reutlingen, Brandenburg an der Havel, Bernburg an der Saale, Sonnenstein bei Pirna und Hartheim bei Linz in Österreich. Dorthin wurden die

Patienten verbracht, die ärztliche Gutachter zur gezielten Tötung selektiert hatten.

Aufbegehren gegen die systematische Tötung vermeintlich „lebensunwerten“ Lebens gab es wenig. Wohl auch deshalb, weil Angst und Scham gegenüber vermeintlicher „Abnormität“ verbreitet waren und von der bequemen Schutzbehauptung unterstützt wurden, die Betroffenen empfanden ihr Dasein selbst als Qual und man täte ihnen einen Gefallen, ihr behauptetes Leid zu beenden. Wer

so dachte, brauchte kein Mitgefühl und machte sich uneingestanden zum Komplizen der Täter.

Nennenswerter Widerstand ging allein von Menschen aus, deren Mitgefühl stärker war als ihre Berührung-

angst gegenüber Menschen mit Behinderungen. Dies waren einzelne Richter und Angehörige der Opfer, vor allem aber Vertreter der christlichen Kirchen. Die Namen des Münsteraner Bischofs Clemens Graf von Galen oder des evangelischen Landesbischofs von Württemberg Theophil Wurm stehen für all diejenigen, die aus Nächstenliebe handelten und den Mut hatten, sich dem inhumanen Zeitgeist zu widersetzen. Widerstand war gefährlich, aber er war möglich! Und er blieb nicht ohne Erfolg. Direkt nach Galens Predigten wurde die „Aktion T4“ – die offizielle erste Phase der Tötungen – im August 1941 eingestellt. Dass die Morde dezentral als sogenannte „wilde Euthanasie“ weitergingen, schmälert den Rang des Widerstandes nicht. Aber es bleibt die quälende Frage, was hätte verhindert werden können, wenn mehr Menschen aufbegehrt und zu ihren eigenen ethischen Prinzipien gestanden hätten.

Meine Damen und Herren, seit der Antike verpflichtet der Eid des

**Widerstand war gefährlich, aber möglich!
Und er blieb nicht ohne Erfolg.**



Musikalisches Gedenken: Teil der Gedenkstunde waren Musikstücke von Komponist Norbert von Hannenheim, einem Opfer der NS-„Euthanasie“-Morde.

© DBT/Achim Melde

Dies ist eine gekürzte Version der Debatte. Das Plenarprotokoll und die vorliegenden Drucksachen sind im Volltext im Internet abrufbar unter:

<http://dip21.bundestag.de/dip21.web/bt>

Der Deutsche Bundestag stellt online die Übertragungen des Parlamentarischen Fernsehens als Live-Video- und Audio-Übertragung zur Verfügung.

www.bundestag.de/live/tv/index.html

Hippokrates Ärzte auf das Wohl ihrer Patienten. „Ich schwöre“, heißt es dort, „dass ich nach meinem Vermögen und Urteil [...] Verordnungen [...] treffen [werde] zum Nutzen der Kranken [...], mich davon fernhalten [werde], Verordnungen zu treffen zu verderblichem Schaden und Unrecht. [...] In welches Haus immer ich eintrete, eintreten werde ich zum Nutzen der Kranken, frei von jedem willkürlichen Unrecht und jeder Schädigung...“

In grausamem Gegensatz dazu steht die Beteiligung deutscher Mediziner am Holocaust und an der Ermordung von kranken und behinderten Menschen. Willkür, Unrecht und die willentliche Schädigung von Schutzbefohlenen bestimmten das ärztliche Handeln. Die nationalsozialistische „Euthanasie“ pervertierte den hippokratischen Eid, weil die Morde heuchlerisch damit begründet wurden, sie dienten dem allgemeinen Wohl, auch dem der Patienten. In Wahrheit wurden „Ärzte zu Henkern“, wie Thomas Mann es ausdrückte. Sie betrieben medizinische Versuche an Kleinkindern und Erwachsenen und verübten Massenmord aus Überzeugung, ohne Achtung für ihre Opfer.

Nach 1945 wurde nur ein kleiner Teil beteiligter Ärzte, Pfleger und Krankenschwestern vor Gericht gestellt, nicht wenige erst Jahrzehnte nach der Tat. Viele Verfahren endeten wegen Verjährung oder dauerhafter Verhandlungsunfähigkeit der Angeklagten mit Freisprüchen. Bedenkt man, dass als Spätfolge der NS-Todesmaschinerie in manchen Anstalten noch 1948 die Sterberaten bei über 30 % und damit weit über dem Normalwert lagen, wirkt die Milde der Justiz auch heute schlicht und einfach: empörend.

Erschütternd ist auch die jahrelange Gleichgültigkeit in Wissenschaft, Medien und Politik. Eine Aufarbeitung fand lange Zeit nicht statt. Im Gegenteil: Ehemalige Täter wurden zu Ordinarien befördert, mit Verdienstkreuzen geehrt, ihre Taten verdrängt und die Opfer vergessen. Auch hier gilt Scham wohl als wesentliches Motiv, Scham darüber, Schreckliches getan, zugelassen oder gebilligt zu haben. Wegen solcher Verdrängung und Verleugnung dauerte es Jahrzehnte, bis ein Sinneswandel einsetzte. Erst 2007 ächtete der Deutsche Bundestag das Zwangssterilisationsgesetz des NS-Regimes, und nicht vor 2011 konnten wir uns dazu durchringen, dem bis dahin nur auf private Initiative ermöglichten Gedenken an

die NS-Krankenmorde mit Hilfe öffentlicher Fördermittel einen angemessenen Rahmen zu verleihen: mit dem 2014 eröffneten „Gedenk- und Informationsort“ am Schauplatz der früheren Zentraldienststelle in der Tiergartenstraße 4 in Berlin.

Dass Gedenken überhaupt möglich wurde, geht auf das unermüdlige Engagement Einzelner zurück. Ihnen schulden wir umso größeren Dank, als sie lange Zeit heftiger Kritik ausgesetzt waren und als Nestbeschmutzer galten. Heute führen Forscher, Schriftsteller und Filmemacher diese Pionierarbeiten von Alexander Mitscherlich, Ernst Klee, Götz Aly und anderen fort und tragen dazu bei, die längst überfällige Erinnerung zu befördern.

Dieser notwendigen und dauerhaften Erinnerung dient nicht zuletzt das Engagement der 80 Jugendlichen aus 15 verschiedenen Ländern, die als Gäste des Bundestages an der heutigen Gedenkveranstaltung teilnehmen. Wie in jedem Jahr haben sich die Jugendlichen intensiv auf das Thema vorbereitet und mit Zeitzeugen gesprochen. Sie beteiligen sich an der Gedenkstättenarbeit ihrer Heimatländer und zeigen, wie es gelingen kann, das Wissen über die Vergangenheit an die nachfolgenden Generationen weiterzutragen.

Meine Damen und Herren, alle Fakten zur „Euthanasie“ bleiben ohne die Vergegenwärtigung der Opfer abstrakt. Erst die Einzelschicksale der Gequälten und Ermordeten lassen uns wirklich erkennen, was unschuldigen Menschen angetan wurde. Indem wir ihre Geschichten hören und lesen, an uns heranlassen, geben wir den Opfern posthum wenigstens ihre Würde zurück.

Einer von ihnen war Ernst Putzki. 1902 geboren, stammte er aus Oberdüssel und war Hilfsarbeiter. Bereits 1933 wurde er – wegen rheumatischer Beschwerden – für eineinhalb Jahre in der Landesheil- und Pflegeanstalt Wunstorf untergebracht. 1942 nahm ihn die Gestapo wegen Verfälschens und Verteilens von Schreiben angeblich „staatsfeindlichen Inhalts“ fest und ließ ihn wegen vermeintlicher „Geisteskrankheit“ in die Provinzheilanstalt Warstein einliefern. 1943 wurde Ernst Putzki in die Landesheilanstalt Weilmünster verlegt. Von dort schrieb er den folgenden Brief an seine Mutter, den Sebastian Urbanski, Schauspieler am integrativen Theater RambaZamba in Berlin, vorträgt.

[VORTRAG SEBASTIAN URBANSKI, siehe rechts]

Im September 1944 verlegten NS-Mediziner Ernst Putzki nach Hadamar, wo seit 1942 Patienten durch überdosierte Medikamente, Nahrungsentzug oder generelle Unterversorgung ermordet wurden. Ernst Putzki starb am 9. Januar 1945, nur wenige Monate nach seiner Einlieferung – angeblich an einer Lungenentzündung. In seiner Krankenakte fanden sich zahlreiche abgefangene Schreiben an Freunde und Familie, in denen er die unmenschlichen Zustände in den Anstalten beschreibt. Auch Ernst Putzkis Brief aus Weilmünster hat seine Mutter nie erreicht.

Nicht minder beklemmend ist die Geschichte Norbert von Hannenheims, Künstler, Komponist, Meisterschüler Arnold Schönbergs. Mit dem Machtantritt der Nationalsozialisten endete Norbert von Hannenheims vielversprechende Musiker-Karriere abrupt. Seiner kreativen Ausdrucksmöglichkeiten beraubt, verschlechterte sich sein psychischer Zustand zunehmend. Im Juli 1944 wiesen ihn Ärzte in die Heil- und Pflegeanstalt Obrawalde ein und lieferten ihn so der Maschinerie des nationalsozialistischen Krankenmords aus. Norbert von

Hannenheim starb im September 1945, vorgeblich an Herzversagen. Nur 45 seiner 230 Werke überdauerten die Wirren des Kriegsendes, darunter das Adagio der Klaviersonate Nr. 3, das wir gleich hören werden.

Nicht nur musikalisch, sondern auch in der Rückbesinnung von Verwandten sollen heute „Euthanasie“-Opfer dem Vergessen entrissen und ihnen Persönlichkeit und Gesicht zurückgegeben werden. Zuerst wird Dr. Hartmut Traub von seinem Onkel Benjamin, den die Nationalsozialisten 1941 in Hadamar töteten, berichten. Anschließend wird Sigrid Falkenstein an ihre Tante Anna Lehnkering erinnern, die 1940 in der Anstalt Grafeneck ermordet wurde. Für die mutige Bereitschaft, Einblicke in das Leben ihrer geschundenen Verwandten zu geben, aber auch die Tabuisierung zu beschreiben, mit der Familien und Öffentlichkeit allzu lange auf das Vorgefallene reagierten, danke ich beiden sehr herzlich.

Meine Damen und Herren, in Rainer Maria Rilkes Gedicht „Todes-Erfahrung“, dessen Vertonung durch Norbert von Hannenheim am Ende der Gedenkstunde zu hören sein wird, ist das Leben als

Bühnenstück dargestellt. Der Tod spielt die Rolle des Bösewichts. Die Menschen sind seine Opfer. Wir wissen heute, dass die Wirklichkeit komplizierter ist. Nicht der Tod ist „böse“, wohl aber jene Menschen, die ihn unter Missachtung aller ethischer Prinzipien bewusst und willentlich und ohne Not herbeiführen. „Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.“ So heißt es unmissverständlich in Artikel 1 Grundgesetz. Doch die Geschichte zeigt: Die Würde des Menschen ist antastbar. Nirgendwo wurde dieser Nachweis gründlicher geführt als in Deutschland. Gerade deshalb muss Artikel 1 Grundgesetz kompromisslose Richtschnur unseres Handelns sein und bleiben, ein kategorischer Imperativ, um nie wieder zuzulassen, dass Menschen ausgegrenzt, verfolgt und in ihrem Lebensrecht beschnitten werden. Das schulden wir Ernst Putzki, Norbert von Hannenheim, Anna Lehnkering, Benjamin Traub, das schulden wir allen Opfern, derer wir heute gedenken.

Sebastian Urbanski, Synchronsprecher und Schauspieler

Opferbrief von Ernst Putzki, vom 3. September 1943



Sebastian Urbanski (*1978)
Theater RambaZamba, Berlin

Liebe Mutter! Wir haben heute schon 4 Jahre Krieg und den 3.9.1943. Wir geben Nachrichten! Euer Brief kam am Sonntag d. 22.8. hier an. Die Stachelbeeren bekam ich nicht. Das angekündigte Paket erhielt ich erst gestern und wurde wahrscheinlich zu Fuß hierhin gebracht. Der Inhalt, 2 Pfund Äpfel u. eine faule matschige Masse von stinkenden [sic] Birnenmus[,] wurde mit heißer Hand überfallen. Um eine Hand voll zu faulem Zeug rissen sich andere Todeskandidaten drum. Meine Schilderungen aus Wunstorf wurden nicht geglaubt

aber diese hier muß man glauben weil sich jeder von der Wahrheit überzeugen kann. Also: Nachdem ich an Paul 2, an Pau-la 1 Brief von Warstein schrieb, schickte ich Dir 6 Tage vor dem Transport die Nachricht von unserer Übersiedlung nach hier und bat noch um Deinen Besuch. Der Transport war am 26. Juli und ich bin Montag genau 6 Wochen hier.

Wir wurden nicht wegen der Flieger verlegt sondern damit man uns in dieser wenig bevölkerten Gegend unauffällig verhungern lassen kann. Von den Warsteinern, die mit mir auf diese Siechenstation kamen, leben nur noch wenige. Die Menschen magern hier zum Skelett ab und sterben wie die Fliegen. Wöchentlich sterben rund 30 Personen. Man beerdigt die hautüberzogenen Knochen ohne Sarg. Die Bilder aus Indien oder Rus[s]land von verhungerten Menschen, habe ich in Wirklichkeit um mich.

Die Kost besteht aus täglich 2 Scheiben Brot mit Marmelade, selten Margarine oder auch trocken. Mittags u. abends je ¾ Liter Wasser mit Kartoffelschnitzel u. holzigen Kohlabfällen. Die Menschen

werden zu Tieren und essen alles was man eben von anderen kriegen kann so auch rohe Kartoffel und Runkel, ja wir wären noch anderer Dinge fähig zu essen wie die Gefangenen aus Rus[s]land[.] Der Hungertot sitzt uns allen im Nacken, keiner weiß wer der Nächste ist. Früher ließ man in dieser Gegend die Leute schneller töten und in der Morgendämmerung zur Verbrennung fahren. Als man bei der Bevölkerung auf Widerstand traf, da ließ man uns einfach verhungern. Wir leben in verkommenen Räumen ohne Radio, Zeitung und Bücher, ja, ohne irgend eine Beschäftigung. Wie sehne ich mich nach meiner Bastelei. Wir essen aus ka-puttem Essgeschirr und sind in dünnen Lumpen gekleidet in denen ich schon mehr gefroren [sic] habe wie einen ganzen Winter in Hagen. Vor 5 Wochen haben wir zuletzt gebadet und ob wir in diesem Jahre noch baden, wissen wir nicht. Alle 14 Tage gibt es ein reines Hemd u. Strümpfe. Das ist Sozialismus der Tat.

Euer Ernst“

Dr. Hartmut Traub

Manches Erinnern erfordert Mut und Beharrlichkeit



Dr. Hartmut Traub (*1952)

Lebensläufe haben ein langes Gedächtnis. Persönliche Biographien ebenso wie die gemeinsame Geschichte. Was sich an Erfahrungen in ihnen aufbewahrt, kann im Laufe der Zeit überlagert, vertuscht, verdrängt oder totgeschwiegen, nicht aber ungeschehen gemacht werden.

Erinnern ist mehr als bloßes zur Kenntnis nehmen. Wer sich erinnert oder erinnert wird, dem werden Ereignisse und Erfahrungen persönlicher und kollektiver Vergangenheit ins Gedächtnis gerufen, seien sie freudvoll oder schmerzhaft. Er-innern, so sagt es das Wort, geht uns innerlich an, es betrifft uns. Manches Erinnern erfordert Mut und Beharrlichkeit. Manches Erinnern ist eine Pflicht, die uns der Wille zur Gerechtigkeit und Wahrhaftigkeit gegenüber Schuld und Versagen auferlegt.

70 Jahre nach dem Tod von Benjamin Traub, meinem Onkel, wandelte sich mein abstraktes Wissen über dessen Schicksal, veranlasst durch einen äußeren Anstoß, zu einer konkreten Erinnerung an dessen Lebens- und Leidensgeschichte. Angeregt durch die Aktion Stolpersteine ging ich zwei Jahre auf Spurensuche: in Fotoalben, Gesprächen, Tagebüchern, Archiven, persönlichen und amtlichen Dokumenten. Am Ende dieser Erinnerungsarbeit standen Erfahrungen und Einsichten, aber auch Fragen über meine Familie und über unser Land, die mein Leben verändert haben.

„Das Denken an vergangene Angelegenheiten“, schreibt Hannah Arendt, „bedeutet für menschliche Wesen, sich in die Dimension der Tiefe zu begeben, Wurzeln zu schlagen und so sich selbst zu stabilisieren, so daß man nicht bei allem Möglichen – dem Zeitgeist, der Geschichte oder einfach der Versuchung – hinweggeschwemmt wird“.

Benjamin Traub wurde am 25.

November 1914 als jüngster Bruder meines Vaters in Mülheim an der Ruhr geboren. Er war ein freundliches, intelligentes und musisch talentiertes Kind. Beni, wie ihn die Familie nannte, war ein guter Schüler, er engagierte sich in der Gemeindefarbeit und war bei Nachbarn, Freunden und Bekannten beliebt. Beni wollte Musiker werden. Im Jahr 1931 verletzte er sich mit einem Beil an der Hand. Der Schlag, der ein Holzsplitter in den Finger steckte, trennte ein Glied seines Fingers ab. Ein traumatisches Erlebnis, das eine Krise bei dem Jungen auslöste. Seine Selbsttötungsversuche und hysterischen Anfälle konnte die Familie schließlich nur noch mit psychiatrischer Hilfe bewältigen.

Im August 1931 wies man ihn mit der Diagnose Jugendschizophrenie in die Heil- und Pflegeanstalt Bedburg-Hau am Niederrhein ein.

Seine Erkrankung fiel historisch in eine politische Umbruchphase der deutschen Geschichte, an deren Ende die Wahl Adolf Hitlers zum Reichskanzler und damit der Beginn der Herrschaft des Nationalsozialismus standen.

Bereits am 1. Januar 1934 waren Hitlers rassistische Ideen zur „Erbgesundheit im Dienst der Rassenhygiene“ Gesetz. Dies zielte darauf ab, „mit modernsten ärztlichen Mitteln [...], was irgendwie ersichtlich krank und erblich belastet und damit weiter belastend ist, zeugungsunfähig zu erklären und dies praktisch durchzusetzen“.

Im Jahr 1939 teilte Hitler dem Reichskommissar für das Sanitäts- und Gesundheitswesen, Karl Brandt, mit, dass „er nun eine bestimmte Lösung der Frage Euthanasie“ durchführen wolle. Diese sogenannte Lösung erweiterte „die Befugnis namentlich zu bestimmender Ärzte so [...], dass nach menschlichem Ermessen unheilbar Kranken bei kritischer Beurteilung ihres Krankenzustandes der Gnadentod gewährt werden [konnte]“.

In sechs über das Reichsgebiet verteilten Tötungsanstalten organisierte die „Aktion T4“ ab 1939 die massenhafte Ermordung von Menschen mit körperlichen Behinderungen, seelischen und geistigen Erkrankungen. Durch massive Propaganda wurde eine öffentliche Meinung gebildet, wonach diese Kranken dem Staat und der Gesellschaft ökonomische Ressourcen entzogen, die an anderer Stelle dringend gebraucht wurden.

Man nannte sie „Ballastexistenzen“ – „lebensunwertes Leben“.

Nach den Kriterien von „T4“ gehörte mein Onkel zum Kreis der Patienten, der für die Selektion und den Abtransport in eine Tötungsanstalt vorgesehen war.

In einem Sonderabteil der Reichsbahn brachte man ihn am 13. März 1940, mit weiteren 60 männlichen Patienten, von Bedburg-Hau in die Anstalt Weilmünster in Hessen – eine Durchgangsanstalt, die der Tötungsanstalt von Hadamar als Zwischenanstalt diente. Exakt ein Jahr lebte und arbeitete Benjamin in dieser Anstalt, die eher einer Vorhölle denn einer psychiatrischen Klinik glich.

13. März 1941

Für 64 Patienten der „Heilanstalt“ Weilmünster ist das der letzte Tag ihres Lebens. Alle möglichen Gründe für eine Zurückstellung von der Todesliste zählen nicht mehr. Das System der Mordmaschinerie von „T4“ nähert sich bei ihnen seinem politisch gesteckten Ziel: „Ausmerze im Dienst der Rassenhygiene“. Auch diese letzte Stufe der Vernichtung „lebensunwerten Lebens“ ist von den Konstrukteuren der „T4-Aktion“ bis ins Detail durchorganisiert. „Der Tod ist ein Meister aus Deutschland“, schreibt Paul Celan in seiner Todesfuge von 1952. Und dieser Tod ist ein besonderer.

Auf dem Hof von Weilmünster warten die grauen Busse der „Gemeinnützigen Krankentransport GmbH“, einer Unterabteilung von „T4“, um die Todeskandidaten aufzunehmen.

Während sie sich, wie der Anstaltsleiter später zu Protokoll ge-

ben wird, auf einen Ausflug freuen, ihn gar auffordern einzusteigen und mitzufahren, ist in der Tötungsanstalt Hadamar alles auf die Ankunft der Neuen vorbereitet.

Für das examinierte Pflegepersonal der „Gemeinnützigen Stiftung für Anstaltspflege“ ist dieser Tag – für uns ist das unvorstellbar – ein „normaler“ Arbeitstag: Menschenvernichtungs-Routine. Durchgeführt an 60 Patienten täglich. Und das bereits seit mehreren Monaten.

Arglos steigen Benjamin und seine Schicksalsgenossen in Weilmünster in die Busse.

Etwa 30 Kilometer geht die Fahrt durch die Hügellandschaft des Taunus, Richtung Westen.

Nach etwa einer Stunde erreichen sie Hadamar. Die Busse parken in der Garagenhalle der Anstalt ein. Die Tore werden geschlossen.

Erst jetzt dürfen die Insassen aussteigen. Ihre Ankunft wird abgeschirmt. Eine Flucht ist unmöglich. Durch einen eigens zu diesem Zweck gebauten Schleusengang gelangen sie aus der Garage direkt ins Hauptgebäude.

Aufnahmeuntersuchung: Entkleidung, Vorstellung beim Arzt, Verabreichung von Beruhigungsmitteln, Einsichtnahme in die Krankenakte, Fotos, Vermerke – Anstaltsalltag, wie es scheint.

Nur das, was vermerkt wird, vertritt, worum es hier wirklich geht. Nämlich um die Feststellung einer tödlichen Krankheit für den Totenschein, die sich aus der Krankenakte erklären lässt, die Registrierung von Goldzähnen und Hinweise auf „wissenschaftlich“ interessante Krankheitsfälle.

Die Untersuchung ist beendet. Aber:

Vor dem Ankleiden noch in die Dusche.

„Pfleger“ treiben die Gruppe über eine schmale, dunkle Treppe hinab in die „Duschkabine“ im Keller – eine etwa drei mal fünf Meter große, weißgeflachte Kam-

mer.

Benjamin steht nun mit 63 nackten Männern auf engstem Raum. Die Tür wird geschlossen.

Was mag in den eingepferchten Menschen vor sich gehen?

Angst, Panik?

Was hören sie?

Was riechen sie?

Mit wem stehen sie dicht bei dicht?

Viel Zeit zu reagieren haben sie nicht.

Der diensthabende Arzt, Dr. Günter Hennecke, öffnet das Ventil der außerhalb des Raums deponierten Gasflasche.

Aus der zweckentfremdeten Wasserleitung der „Duschkabine“ strömt Kohlenmonoxyd.

Benjamin wird es übel. Er verliert das Bewusstsein. Nach wenigen Minuten sind er und seine 63 Leidensgenossen am Gas erstickt.

Durch ein Kontrollfenster bewacht das Personal den Ablauf des Massenmords.

Was sie sehen, geben sie später zu Protokoll. „Durch ein Guckloch konnte ich beobachten, daß nach etwa einer Minute die Menschen umkippten oder auf Bänken lagen. Es haben sich keinerlei Szenen oder Tumulte abgespielt. Nach weiteren fünf Minuten wurde der Raum entlüftet.“

Das „technische Personal“ schleift nun die toten Körper aus der Gaskammer. Im Sezierraum werden den vorher registrierten Goldzahnträgern die Goldzähne gezogen. Den sogenannten „wissenschaftlich interessanten Fällen“ wird das Gehirn entnommen.

Unterdessen haben die „Brenner“, die Männer an den beiden Öfen des Krematoriums von Hadamar, mit ihrer Arbeit begonnen.

Hubert Gomerski, „Brenner“ in Hadamar und später im Judenvernichtungslager Sobibor, berichtet bei seiner Vernehmung im Februar 1947: „Dann habe ich geholfen Leichen zu verbrennen. [...] Es waren ungefähr 40 bis 60 Stück. Auf einer blechernen Tragbahre wurden sie zum Ofen gebracht. Es dauerte ungefähr 30 bis 40 Minuten, bis eine Leiche verbrannt war. Es wurde tags und nachts gearbeitet, bis die Leichen weg waren.“

Auch Benjamins lebloser Körper wird am 13. März 1941 aus der Gaskammer in das Krematorium geschleift und dort verbrannt.

Im Rahmen der zentralisierten Massenmordaktion von „T4“ wurden im Vernichtungskeller von Hadamar von Januar bis August 1941 10.113 Männer, Frauen und Kinder mit Gas umgebracht und in den beiden Krematoriumsöfen verbrannt.

Über der Stadt Hadamar stand über sechs Monate lang – gut sichtbar – die dunkle Rauchsäule des Krematoriums der Tötungsanstalt auf dem Mönchberg.



Teilnehmer der Jugendbegegnung des Bundestags informieren sich am Mahnmahl für die Opfer der „Aktion T4“ in Berlin. © DBT/Stella von Saldern

Sigrid Falkenstein

Das Totschweigen war Teil des Unrechts



Sigrid Falkenstein (*1946)

Was nicht erinnert wird, kann jederzeit wieder geschehen, wenn die äußeren Lebensumstände sich entscheidend verschlechtern.“ Diese Botschaft hat mir die Autorin und Bildhauerin Dorothea Buck mit auf den Weg gegeben. Dorothea, die im April hundert Jahre alt wird, war neunzehn, als man sie als angeblich erbminderwertigen Menschen zwangssterilisierte. Sie ist eine der wenigen noch lebenden Zeitzeuginnen und bis heute eine unermüdliche Kämpferin für eine menschliche Psychiatrie.

Es ist nun an uns Nachgeborenen, die Erinnerung wach zu halten, denn es gibt kein Verständnis von Gegenwart und Zukunft ohne Erinnerung an die Vergangenheit.

Hunderttausendfacher Massenmord an wehrlosen kranken und behinderten Menschen, ausgeführt von denjenigen, die sie schützen, heilen und pflegen sollten! Die Opfer waren keine anonyme Masse, sondern einzelne Menschen mit individuellen Eigenschaften und Lebensläufen, Menschen, die lachten oder weinten, fröhlich oder traurig waren und wie wir alle Hoffnungen und Träume hatten. Die Erinnerung an sie war jahrzehntelang ausgelöscht, auch in vielen Familien – Spiegel eines gesamtgesellschaftlichen Prozesses von Verdrängen, Vertuschen und Verleugnen der Verbrechen.

Es war ein Schock für mich, als ich 2003 per Zufall den Namen meiner Tante Anna Lehnkering auf einer Liste von Opfern der NS-„Euthanasie“ im Internet fand. Als ich meinen Vater, Annas jüngeren Bruder, mit der Entdeckung konfrontierte, bemühte er sich um Antworten, aber der Erinnerungsprozess schien schwierig und schmerzhaft zu sein. Nun sprach er zum ersten Mal über seine Schwester: „Anna war ein liebes, sanftmütiges Mädchen. Sie hat so

gerne mit uns Kindern gespielt. Ja, das Lernen ist ihr schwergefallen.“ Annas Spur verlor sich in Formulierungen wie: „Sie wurde irgendwann in den dreißiger Jahren in irgendeine Anstalt gebracht und ist irgendwo während des Krieges gestorben.“ Fassungslos über dieses scheinbare Vergessen begab ich mich auf Spurensuche und rekonstruierte Annas Biografie aus dem bruchstückhaften Familiengedächtnis und vor allem mit Hilfe von Patientenakten und anderen amtlichen Dokumenten.

Anna kam 1915 zur Welt. Laut Akte entwickelte sie sich bis zum vierten Lebensjahr normal. Dann bemerkten die Eltern, dass sie unruhig und schreckhaft wurde. Ein Arzt stellte fest: „Das Kind ist sehr nervös und bedarf guter Ernährung und viel Ruhe.“ Über Annas schulischen Werdegang heißt es: „Wurde von der Volksschule nach kurzer Zeit der Hilfsschule überwiesen. Versteht alles, was man ihr sagt. Das Mädchen ist charakterlich gutmütig, willig, folgsam und verträglich. Kann lesen, schreiben und rechnen, das letztere nur sehr schlecht.“ Aufgrund ihrer Lernbehinderung kann Anna keine Berufsausbildung machen. Doch, so steht es in der Akte: „Zu Hause kann sie ganz gut mithelfen. Kann auch Besorgungen und Einkäufe erledigen.“ Nach der Schulzeit lebt sie weiter im Elternhaus und hilft ihrer Mutter im Haushalt.

Ich fand nur wenige Fotos von Anna. Eins gefällt mir besonders gut, weil sie darauf so unbeschwert in die Kamera lacht. Es fällt schwer, eine Verbindung zwischen diesem jungen Mädchen und dem Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses herzustellen. Kurz nach Inkrafttreten des Gesetzes 1934 muss Anna sich einer fragwürdigen Intelligenzprüfung unterziehen. Begriffe wie Treue, Frömmigkeit oder Ehrerbietung kann sie nicht erklären, aber sie kennt die Preise der gebräuchlichen Lebensmittel und die Geldsorten – was ich viel wichtiger finde. Als sie gefragt wird, „Was darf man mit gefundenen fünfhundert Reichsmark machen?“, antwortet sie ganz lebenspraktisch: „Auf dem Amt abgeben.“ Das Ergebnis der amtsärztlichen Überprüfung lautet, dass es sich in Annas Fall um angeborenen Schwachsinn handele. Sie ist eine von mehreren hunderttausend Menschen, die unfruchtbar gemacht werden, weil sie nach der Erb- und Rassenideologie als Schädlinge im gesunden

Volkkörper gelten.

1936 erfolgt Annas Einweisung in die Heil- und Pflegeanstalt Bedburg-Hau. Die Einträge in der Patientenakte sind in einer teils menschenverachtenden Sprache verfasst. Zwischen den Zeilen kann man lesen, wie verzweifelt Anna gekämpft und gelitten hat. Am Ende erinnert nichts mehr an das Mädchen, das nur wenige Jahre zuvor so fröhlich und lebensbejahend in die Kamera geschaut hatte.

Annas Todesurteil ist ein bürokratischer Akt. Sie erfüllt die Selektionskriterien ihrer Mörder sozusagen perfekt: gilt als unheilbar, ist lästig – so steht es wörtlich in ihrer Akte – und vor allem leistet sie keine produktive Arbeit, ist also eine sogenannte nutzlose Esserin, als lebensunwert zur Vernichtung bestimmt. Im März 1940 wird Anna im Rahmen der „Aktion T4“ nach Grafeneck deportiert. Grafeneck – Ort, an dem die systematisch-industrielle Vernichtung von Menschen begann, die letztlich in den Holocaust mündete. Anna ist vierundzwanzig Jahre alt, als sie dort in einer als Duschkammer getarnten Gaskammer ermordet wird.

Wochen später erhält ihre Mutter einen so genannten Trostbrief, in dem Todesursache und Todeszeitpunkt gefälscht sind. Hat sie wirklich geglaubt, was in dem Brief stand? Wollte sie vielleicht gerne glauben, dass der Tod bei der angeblich schweren unheilbaren Erkrankung ihrer Tochter eine Erlösung bedeutet hatte? Ich weiß es nicht.

Bis 2003 sprach niemand in unserer Familie über Anna. Die Sprachlosigkeit hatte vermutlich viel mit Scham zu tun. Abwertung und Ausgrenzung psychisch kranker Menschen und ihrer Angehörigen gehörten zu den prägenden Lebenserfahrungen meines Vaters. Seine gesamte Familie war in die Maschinerie der nationalsozialistischen Erbgesundheitspolitik geraten. Das belegt eine Sippentafel, in der vierundzwanzig Familienmitglieder erfasst sind. Außer Anna werden noch andere Verwandte der erblichen Minderwertigkeit verdächtigt. Körperbautypen, Rasseanteile, körperliche und seelische Erkrankungen, sowie soziales Verhalten werden aufgelistet. Die absurde Aufzählung der Charaktereigenschaften reicht von liederlich, leichtsinnig, eigenartig bis hin zu gutmütig und intelligent. Es ist offensichtlich, dass die In-

formationen zum Teil auf Denunziation und Hörensagen beruhen.

Egal wie wahr oder unwahr die Eintragungen sein mögen, für mich belegt die Sippentafel, dass meine Familie eine bunte Mischung von Individuen ist, mit verschiedenen Anlagen und Neigungen, geprägt von zahlreichen äußeren Einflüssen. Und wie in jeder Familie gibt es Mitglieder, die gesundheitliche Schwächen haben. Das ist kein Makel! Es ist weder ein Grund zur Scham noch zum Verschweigen und schon gar keine Rechtfertigung für das unermessliche Leid, das den Opfern zugefügt wurde.

Das sagt sich für mich so leicht. Für die Generation der unmittelbar Betroffenen sah das anders aus. Eugenisch-rassenhygienische Denkweisen bestanden auch nach Kriegsende fort, ja, sind bis heute latent vorhanden. Die Opfer, die Überlebenden und ihre Familien wurden in beiden deutschen Staaten weiterhin diskriminiert und stigmatisiert. Im Gegensatz dazu konnten die meisten Täter ihre Karrieren ungestraft fortsetzen. Die gesellschaftliche, juristische und politische Aufarbeitung geschah äußerst stockend und völlig unzureichend. Die Opfer von „Euthanasie“ und Zwangssterilisation waren jahrzehntelang vom öffentlichen Gedenken ausgeschlossen. Eine Anerkennung als NS-Verfolgte und Gleichstellung mit anderen Verfolgten wird ihnen bis heute versagt.

Die Folge von all dem war und ist in vielen Familien ein Teufelskreis von Schweigen, Verdrängen und Tabuisierung des Themas, verbunden mit Unsicherheit und Scham, ja, manchmal auch mit Schuldgefühlen. Hatte es am Mutter oder an der Bereitschaft gefehlt, die Tochter, den Sohn, die Schwester, den Bruder vor dem Zugriff der Mordbürokratie zu bewahren? Meine Großmutter litt später an schweren Altersdepressionen. Es ist zu vermuten, dass das Verdrängen ihrer traumatischen familiären Erfahrungen eine große Rolle dabei spielte. Schweigen macht krank. Es kann heilsam sein, über das Erlebte zu sprechen. 2009 wurde mit dem Einverständnis meines fast neunzigjährigen Vaters ein Stolperstein für Anna verlegt. Ich spürte seine Aufregung, als er sich, ganz blass vor Anspannung und sehr um eine aufrechte Haltung bemüht der öffentlichen Aufmerksamkeit stellte. Am Tag der Stolpersteinverlegung bekannte er erstmalig: „Ich hatte eine Schwester, die geistig behindert war.“ Er starb wenige Wochen danach, und es ist ein tröstlicher Gedanke, dass die Aufarbeitung der Vergangenheit für ihn nicht nur belastend, sondern ein Stück weit befreiend war.

Anna ist unvorstellbares Un-

recht geschehen – das Totschweigen ihrer Vernichtung war Teil dieses Unrechts. Sie hat heute einen festen Platz im Familiengedächtnis. Das war unter anderem möglich, weil ich ihren Namen auf einer nach deutschem Recht illegalen Liste gefunden habe. Noch erschwert die Gesetzeslage die öffentliche Nennung der Namen von „Euthanasie“-Opfern. Eine der Begründungen lautet, Familienangehörige könnten sich dadurch stigmatisiert fühlen. Eine Argumentation, die an rassenhygienische Denkmuster anknüpft! Es ist an der Zeit, diese unheilvolle Kontinuität zu durchbrechen und die Opfer in das familiäre und kollektive Gedächtnis zu holen.

Inzwischen gibt es zahlreiche positive Anzeichen für eine Änderung der deutschen Erinnerungskultur. Davon zeugen die Gedenkstätten an den Orten der Tötungsanstalten, der Erinnerungsort an der Tiergartenstraße 4, das Bemühen um Aufarbeitung innerhalb der Ärzteschaft, unzählige bürgerschaftliche Initiativen und vieles mehr. All das ermutigt immer mehr Menschen, ihre Familiengeschichten aufzuarbeiten und ihren ermordeten Angehörigen Namen und Gesicht wiederzugeben.

Auch in der Politik findet die Forderung nach Würdigung der „Euthanasie“-Opfer zunehmend Gehör. Das zeigt nicht zuletzt die heutige Gedenkstunde im Deutschen Bundestag. Es ist ein besonderes, ja, vielleicht historisches Ereignis, dass wir an diesem für unsere Geschichte so bedeutsamen Ort an Anna Lehnkering und Benjamin Traub erinnern. Wir nennen ihre Namen stellvertretend für die vielen namenlosen Opfer und geben ihnen damit etwas von ihrer Identität und Würde zurück. Ein Akt später Gerechtigkeit – für die Opfer nur noch ein symbolischer Akt!

Was also bleibt außer Gedenken und Trauer?

Es ist wichtig, viele Geschichten wie die von Anna zu erzählen, denn es sind Einzelschicksale, die abstraktes historisches Geschehen begreifbar machen, im besten Fall die Herzen der Menschen berühren und dadurch etwas in den Köpfen bewegen.

Ich erzähle Annas Geschichte, damit wir genau hinsehen, hinhören und widersprechen, wenn einzelne Menschen oder Gruppen nach ihrer Nützlichkeit, ihrem vermeintlichen Wert oder Unwert bemessen werden.

Ich erzähle ihre Geschichte, weil sie uns Orientierung geben kann bei der Gestaltung einer Gesellschaft, die Respekt hat vor dem menschlichen Leben in all seiner Verschiedenheit und Unvollkommenheit.

In diesem Sinne möchte ich

Regierungserklärung zum Jahreswirtschaftsbericht /215. Sitzung des 18. Deutschen Bundestags am 26. Januar 2017

Sigmar Gabriel, SPD, Bundesminister für Wirtschaft und Energie:

Viele Menschen machen sich Sorgen um ihre soziale Zukunft



Sigmar Gabriel (*1959)
Bundesminister

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das ist in der Tat nicht meine letzte Rede hier, aber meine letzte Rede im Amt des Bundeswirtschaftsministers vor dem Deutschen Bundestag. Ich will deswegen die Gelegenheit nutzen, Ihnen hier zu danken. Sie waren intensiv und auch streitbar mit mir hier unterwegs. Von Ihrer Seite, aber auch – das gebe ich zu – von meiner Seite gab es viel Lust an Debatten.

Ich glaube, wir haben hier gezeigt, wie eine ordentliche parlamentarische Debattenkultur aussehen kann – und das, obwohl die Mehrheit der Großen Koalition im Hause doch relativ groß ist. Trotzdem finde ich, haben wir der Opposition, vor allen Dingen der Linkspartei, mal gezeigt, dass es inhaltlich gut ist, aber auch Spaß machen kann, wie wir hier unterwegs sind.

Ich finde, auch bei schwierigen Debatten muss der Humor nicht völlig verloren gehen. Im zukünftigen Amt darf ich nicht mehr so humorvoll sein, hat mir Herr Steinmeier gesagt; da muss ich diplomatischer werden. Dann müssen wir uns einfach außerhalb des Hauses treffen.

Ich habe das gerne gemacht und will das auch gerne so fortsetzen. Ich finde zwar, die parlamentarische Debattenkultur wird weniger, als wir es uns wünschen, im Fernsehen gezeigt und in der Öffentlichkeit wahrgenommen. Aber im Kern ist es das, was Demokratie ausmacht. Nur in Rede und Gegenrede schärfen sich das Argument und auch die Fähigkeit, das, was man will und ausdrücken will, besser und plausibler zu erklären.

Meine Damen und Herren, wir haben im Deutschen Bundestag und, wie ich glaube, auch in der Bundesregierung wirklich gute Weichenstellungen vorgenommen für Wachstum, für Innovation, für Teilhabe und nicht zuletzt dafür, dass die Energiewende nicht nur eine ökologische, sondern endlich auch eine ökonomische Erfolgsgeschichte wird.

Anlass unserer heutigen Debatte ist der Jahreswirtschaftsbericht. Dreimal habe ich Ihnen diesen Bericht vorgelegt, und ich bin dankbar dafür, dass ich das Glück hatte, in den vergangenen drei Jahren jedes Mal gute Nachrichten vermelden zu dürfen, und dass ich das auch heute wieder tun kann: über 43 Millionen Beschäftigte – so viel wie noch nie –, eine Steigerung der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung und eine Abnahme der prekären Beschäftigung, steigende Reallöhne, die niedrigste Arbeitslosigkeit seit der Wiedervereinigung und im letzten Jahr die höchste Rentenerhöhung seit 20 Jahren.

Ich kenne ein paar meiner Vorgänger, die hätten deshalb jetzt eine flammende Rede darüber gehalten, ein Feuerwerk abgeschossen, wie gut sie das alles hingekriegt haben. Wir alle miteinander wissen ja: Die Bundesregierung und, wie ich glaube, auch die gemeinsame Finanz- und Wirtschaftspolitik mit dem Kollegen Schäuble, aber auch mit allen anderen Kolleginnen und Kollegen haben dazu beigetragen, diesen ökonomischen Pfad zu erreichen. Aber im Kern ist das der Erfolg vieler, vieler Millionen Menschen, die ziemlich hart arbeiten in unserem Land, gute Ausbildungen haben, also kluger Unternehmerinnen und Unternehmer, Forscher, Ingenieure, Techniker, Facharbeiter, Verkäuferinnen, all derer, die das mit erarbeiten. Die sind sozusagen die Ursache für diese gute wirtschaftliche Entwicklung. Und das ist unser gemeinsamer Erfolg.

Ich gebe zu: Ein bisschen fällt es mir schwer, darüber so zu jubilieren, wie das ja in Wahljahren bei solch einer wirklich durchaus exzellenten Bilanz der wirtschaftlichen Entwicklung normalerweise der Fall ist. Das aus zwei Gründen:

Erstens, weil das – ich glaube, das ist das Wichtigste, was uns klar

sein muss – nicht zwangsläufig so bleibt, wir nicht einfach davon ausgehen können, dass sich das fortsetzt. Die Unternehmerinnen und Unternehmer, mit denen man spricht, sagen immer: Na ja, wenn wir den Eindruck haben, alles läuft sowieso gut, dann beginnt die Krise, weil man sich dann nicht richtig auf das einstellt, was zu verändern ist, damit es uns in zehn Jahren noch so gut geht.

Das Zweite ist natürlich auch: Wir wissen ganz genau, dass nicht alle Menschen in Deutschland davon profitieren – Gott sei Dank endlich mehr, aber bei weitem nicht alle.

Ich sage auch, dass ich natürlich Sorge habe mit Blick auf das, was auf uns zukommt. Wir scheinen ja in einer Lage zu sein, in der die Welt neu vermessen wird, unter anderem auch deswegen, weil autoritäre Antworten auf dem Vormarsch und die liberalen und sozialen Demokratien auf dem Rückmarsch sind. Die Europafeindlichkeit

hat ein gefährliches Ausmaß angenommen, soziale Verwerfungen in dem einen Teil der Europäischen Union, Hochmut und nationale Stimmungsmache in dem anderen Teil sind eine riesige Gefahr auch für die wirtschaftliche Entwicklung – nicht nur, aber auch.

Die französischen Präsidentschaftswahlen in diesem Frühjahr sind bittere Schicksalswahlen für Europa. Wenn es den Europafeinden nach dem Brexit im letzten Jahr ein weiteres Mal gelingt – etwa in den Niederlanden oder in Frankreich –, Erfolge zu verzeichnen, dann droht uns wirklich das Auseinanderfallen des sozusagen größten Zivilisationsprojekts des 20. Jahrhunderts, nämlich der Europäischen Union. Das europaorientierte, das auf internationale Kooperation setzende Deutschland wäre isoliert und einsam, und nach Großbritannien und den USA würden uns weitere Partner verloren gehen. Man kann die Lage gar nicht dramatisch genug empfinden.

Unter dem antieuropäischen, dem nationalegoistischen Mantel

ist die Demokratiefeindlichkeit zurückgekehrt, offene Feindschaft gegen Freiheit und gleiche Bürgerrechte. Der Rechtsstaat wird angegriffen – nicht nur international und an den Rändern, sondern auch im Herzen Europas. Sogar in einer so wohlhabenden und wirtschaftlich so aussichtsreichen Gesellschaft wie Deutschland sind hasserfüllte Töne und, wie wir seit einigen Tagen wissen, auch der Ruf nach Geschichtsrevisionismus erneut möglich.

Bürgermeister treten zurück, weil sie ihre Familie vor dem Hass schützen wollen. Wir merken, unser Land ist nicht immun. Trotzdem – ich will das nicht kleinreden – finde ich, dass man an einem solchen Tag auch sagen kann: Unser Job ist es, sich an die 80, 85 Prozent der Menschen in unserem Land zu wenden, die jeden Tag arbeiten gehen, die abends ihren Kindern am Bett eine Geschichte vorlesen, die am nächsten Tag Übungsleiter im Sportverein sind, die zur Feuerwehr gehen, die sich in Flüchtlingsinitiativen engagieren. Das

Der Mindestlohn ist ein schlechter Lohn. Eigentlich ist es schlimm, dass wir dieses Gesetz brauchen.

sind die 85, 90 Prozent in unserem Land, die es so geschafft haben. Sie repräsentieren Deutschland und nicht die 15 Prozent Schreihälse in unserem Land.

Es geht um das Zusammenleben in unserem Land.

Ich finde übrigens, dass wir beim jetzt anlaufenden Wahlkampf für die Bundestagswahl auch dahin gehend ein Zeichen setzen müssen. Wir sind hier politische Wettbewerber; aber wir sind keine politischen Feinde. Dennoch kommen welche, die sich uns zum Feind gemacht haben.

Dass man im Wahlkampf in der Sache hart und klar vorgeht, ist natürlich richtig; Wahlkampf ist keine Klosterschule. Wahlkampf darf aber auch nicht im Ansatz so persönlich, diffamierend und mit Lügen behaftet sein, wie es in den Vereinigten Staaten der Fall gewesen ist. Anstand und Respekt kann man sich im Wahlkampf auch zollen, wenn man unterschiedlicher Auffassung ist. Ich finde, auch das gehört dazu.

Diese Unsicherheiten sind der Grund, warum ich den Jahreswirtschaftsbericht unter das Leitmotiv der Teilhabe und der Idee der sozialen Marktwirtschaft gesetzt habe; denn trotz der unbestreitbar guten Zahlen müssen wir anerkennen, dass sich in unserem Land viele Menschen Sorgen machen:

Sorgen um ihre Sicherheit, aber natürlich auch um ihre persönliche, um ihre wirtschaftliche, um ihre soziale Zukunft. So beeindruckend die Zahlen hinsichtlich der Entwicklung der Arbeitslosigkeit und der Steigerung der Anzahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse auch sind, gibt es natürlich auch andere Zahlen, die in diesen Zusammenhang gehören: 7,5 Millionen Menschen verdienen weniger als 10 Euro. Das sind 1 600 Euro Bruttoverdienst.

Ich bin so eine Art Beute-Ossi. Ich war letztes in der Verwandtschaft meiner Frau in Ostdeutschland unterwegs. Bei einer Familienfeier saß mir jemand gegenüber, der im Schichtdienst in einem Aluminiumpresswerk arbeitet. Er bekommt 1 300 Euro netto. Ich finde, das ist ein unanständiger Lohn. 18 Prozent der Menschen arbeiten im Niedriglohnssektor.

Es gibt auch noch andere Entwicklungen, die einem Sorgen machen müssen, zum Beispiel, dass selbst Menschen mit Normaleinkommen in Großstädten Mieten nicht mehr bezahlen können oder dass es – überlegen Sie sich das einmal! – in 20 Prozent der Gemeinden in den ländlichen Räumen Deutschlands weder eine Bushaltestelle noch eine Grundschule noch einen Arzt noch einen Apotheker noch einen Supermarkt gibt.

Die Menschen fühlen sich zum Teil aus dem Blick der Politik gefallen, und deswegen kommt es auch darauf an, dass wir in dieser Zeit Verbindlichkeit und Zusammenhalt in der Gesellschaft wieder fördern. Die OECD nennt das „inklusives Wachstum“. Ludwig Erhard hat es sich vor 60 Jahren einfacher gemacht, indem er es ziemlich klar in den Auftrag übersetzt hat: „Wohlstand für Alle“. Aber wir sind davon ein gutes Stück entfernt.

Meine Damen und Herren, wir haben in dieser Legislaturperiode eine Menge auf den Weg gebracht, um diese Entwicklung zurückzudrängen, und damit ist nicht nur das Gesetz über den Mindestlohn gemeint. Der Mindestlohn ist ein schlechter Lohn. Eigentlich ist es schlimm, dass wir dieses Gesetz brauchen. Wir haben auch in der Bundesregierung dafür gesorgt, dass Tarifverträge mehr Gewicht bekommen. Wir haben das Tarifeinheitsgesetz auf den Weg gebracht. Wir haben jetzt im Zusammenhang mit der betrieblichen Altersversorgung den tariflichen

Fortsetzung auf nächster Seite

Verabredungen wieder Vorteile verschafft. Wir haben dafür gesorgt, dass wir in Deutschland im Bereich der Reallohnentwicklung vorankommen, und zwar auch dadurch, dass wir Belastungen nicht gesteigert und sogar zurückgenommen haben.

Wir haben des Weiteren ungeheuer in Bildung, in Kindertagesstätten, in Ganztagschulen und in vieles andere mehr investiert. Übrigens: Wir haben gerade den kleinen Gemeinden geholfen, indem wir in dieser Legislaturperiode die Kommunen in Deutschland um insgesamt fast 80 Milliarden Euro entlastet haben. Nie in der Geschichte der Republik gab es eine so kommunalfreundliche Politik wie in dieser Legislaturperiode, meine Damen und Herren.

Wir haben den Abschluss von Werksverträgen erschwert sowie Leih- und Zeitarbeit eingeschränkt. Zugegebenermaßen geschah das nicht so, wie wir es als Sozialdemokraten eigentlich wollten; aber immerhin ist es gelungen, das Ganze zurückzudrängen.

Wir haben eine Menge gemacht, um Recht und Ordnung auf dem Arbeitsmarkt wiederherzustellen. Ich wiederhole: Wir sind nicht weit genug, aber wir sind ein gutes Stück vorangekommen. Dass mittlerweile auf dem Weltwirtschaftsforum in Davos oder in der OECD über inklusives Wachstum geredet wird und gesagt wird: „Ungleichheit ist schlecht für die Wirtschaft“, ist ein Paradigmenwechsel; denn noch vor ein paar Jahren ist das Höchstmaß an Ungleichheit als einziger Leistungsantrieb formuliert worden. Ich finde, wir sind wieder auf einem besseren Weg. Wir sind noch nicht am Ende angekommen, aber es ist gut, dass es wieder in die Richtung geht, Wohlstand für alle zu organisieren.

Auch in diesem Jahr wird es noch einmal einen Beschäftigungsaufbau um 320 000 Erwerbstätige geben. Insgesamt stehen heute 1 Million Menschen mehr in Lohn und Brot als beim Amtsantritt dieser Regierung – 1 Million Menschen mehr haben Arbeit! Ich erinnere daran, dass wir 2005 auf dem Weg zu weit über 5 Millionen Arbeitslosen waren. Daran sieht man, was wir hinter uns gebracht haben – Vorgängerregierungen, aber auch diese Regierung. – Michael, ich habe deinen Zwischenruf freundlicherweise überhört; glaube nicht, mir würde nichts dazu einfallen.

Das bedeutet auch: Die Arbeitslosigkeit lag im vergangenen Jahr mit 6,1 Prozent auf dem niedrigsten Stand seit der Wiedervereinigung. Übrigens: Von der Einführung des Mindestlohns haben rund

4 Millionen Erwerbstätige profitiert. Gerade viele Geringverdiener konnten aus prekären Beschäftigungsverhältnissen wie Minijobs in eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung wechseln.

Auch 2017 werden die Einkommen der privaten Haushalte auf breiter Basis wieder deutlich wachsen. Die verfügbaren Einkommen sind 2016 um knapp 3 Prozent gestiegen und werden auch 2017 in dem Rahmen steigen. Wir haben einmal geschaut, wie viel mehr der durchschnittliche Arbeitnehmer heute im Vergleich zum Beginn der Legislaturperiode eigentlich jährlich in der Tasche hat. Es sind zwischen 1 000 und 2 000 Euro. Ich finde, auch das ist ein guter Maßstab dafür, dass wir eine vernünftige und gute Politik gemacht haben.

Natürlich hat das auch Rückwirkungen, die gut für die Konjunktur sind; denn Reallohnsteigerungen führen dazu, dass die Binnennachfrage zunimmt. Die kräftige Stärkung der Binnennachfrage macht Deutschland zum Stabilitätsanker in einem sehr schwierigen Umfeld. Wir sind stabil, aber wir geben auch unseren Nachbarn viel Stabilität.

Meine Damen und Herren, Deutschland hat in dieser Legislaturperiode wirtschaftlich wirklich gute Jahre erlebt. Darauf dürfen wir uns aber nicht ausruhen, gerade angesichts der Herausforderungen des demografischen Wandels und der Digitalisierung. Wir müssen jetzt dafür sorgen, dass wir diesen Wohlstand in zehn Jahren auf neue, zukunftsfeste Grundlagen stellen können.

Sich auf die Herausforderungen der Zukunft vorzubereiten, kann mit einem Begriff umschrieben werden: Investitionen. Deshalb hat diese Regierung die öffentlichen Investitionen massiv ausgeweitet. Die Investitionen des Bundes sind mit 36,1 Milliarden Euro stärker gestiegen als jeder andere Ausgabenbereich des Bundeshaushaltes, nämlich um weit mehr als ein Drittel. Es geht um neue Straßen, Schienen, Verkehrswege, gelegentlich auch um Flughäfen, digitale Infrastruktur und anderes mehr, Investitionen in Bildung, in Hochschulen.

Ich glaube, der Grund, warum Deutschland seit 200 Jahren als Industriegesellschaft so erfolgreich war, ist – abgesehen davon, dass wir gute Leute haben, dass wir pfiffige Unternehmer haben –, dass wir die beste Infrastruktur der Welt hatten. Da besteht heute Nachholbedarf. 34 Milliarden Euro beträgt der Sanierungsstau an deutschen Schulen, über 100 Milliarden Euro

insgesamt, sagt die KfW. Deswegen ist es richtig, dass wir den Investitionsanteil deutlich hochgefahren haben und auch dafür gesorgt haben, dass die Kommunen wieder investieren können. Denn solche Investitionen sind es, die unser Land zukunftsfähig und innovationsfreudig machen.

Ich freue mich über den wirtschaftlichen Erfolg und über die finanziellen Reserven, die dieser dem Bundeshaushalt und übrigens auch den Länderhaushalten bringt. Übrigens sind die Beschlüsse, die wir jetzt fassen, nicht nur die kommunalfreundlichsten, sondern auch die länderfreundlichsten seit 1948. Aber die Länder sind eben auch diejenigen, die Polizisten einstellen müssen, die Lehrerinnen und Lehrer einstellen müssen. Das ist natürlich erst einmal Voraussetzung; denn nur dann werden wir mehr Sicherheit, mehr Bildung und anderes schaffen.

Ich bin aber unzufrieden über das, was hinsichtlich der Verwendung solcher Überschüsse diskutiert wird; das gebe ich zu. Wir haben darüber, wie Sie wissen, eine Diskussion in der Bundesregierung. Ein Teil sagt: Lasst uns die 6 Milliarden Euro nehmen und die Schulden oder die Steuern senken. – Wir glauben, dass wir investieren müssen.

Mit Blick auf den Bundestagswahlkampf will ich sagen: Meine Sorge ist, dass wir die Dinge zu alternativ sehen. Es wird natürlich auch Entlastungen geben müssen, aber nicht mit der Gießkanne und nicht für Millionäre, aber für Familien und Alleinerziehende. Manchmal ist es wichtiger, die Sozialabgaben zu senken, weil dann auch Menschen mit sehr kleinen Einkommen etwas davon haben, die von den Steuerentlastungen nichts haben. Wenn aber riesige Steuerentlastungspakete – das sage ich auch der anderen Seite des politischen Spektrums in meiner Partei –, riesige konsumtive Sozialausgaben versprochen werden, passiert doch nur eins: Beide muss man nach der Wahl einsammeln. Und gebrochene Wahlversprechen sind kleine Verbrechen an der Demokratie. Lassen Sie uns auch da – das ist mein Rat – Maß und Mitte behalten, aufpassen, dass man das Richtige tut. Man sollte nicht glauben, Wähler könne man kaufen. Wahlerfolg erreichen wir nicht dadurch, dass wir gigantische Versprechen machen, sondern dadurch, dass wir das, was wir versprechen, hinterher auch einhalten können.

Wenn der Bund wie im Jahr 2016 mit seinen Anleihen 1,2 Milliarden Euro Gewinn macht, weil die Schuldner Negativzinsen bezahlen, dann macht Schuldentilgung ökonomisch nur wenig Sinn. Es macht allerdings auch keinen Sinn, den Sanierungsstau an Schu-

len von 34 Milliarden Euro auf 68 Milliarden Euro anwachsen zu lassen, um dann möglicherweise höhere Steuern erheben zu müssen.

Deshalb müssen Bund, Länder und Gemeinden Investitionen Vorfahrt gewähren.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die deutsche Wirtschaft lebt jedoch nicht allein auf der Insel der Glückseligen. Keine andere Volkswirtschaft ist so eng mit der Welt, besonders mit den europäischen Nachbarn, verbunden. Die Weltwirtschaft wird im nächsten Jahr wachsen, aber die Unsicherheiten bleiben hoch. Ganz interessant ist übrigens: Die Weltwirtschaft wächst, der Handel nicht. – Das sind Hinweise auf Entwicklungen,

die jedenfalls für Deutschland und Europa nicht gut sind. Die deutschen Exporte werden eher moderat zunehmen, die Importe dagegen werden der großen Binnennachfrage wegen in diesem Jahr spürbar ansteigen. Der Leistungsbilanzüberschuss geht deshalb leicht zurück. Das wird die Europäische Kommission freuen.

All das zeigt aber: Deutschland muss seine Bemühungen fortsetzen, die Binnendynamik bei Investitionen – übrigens auch bei der Forschungs- und Entwicklungstätigkeit – voranzubringen. Nur innovative Entwicklungen in unserem Land sichern uns in diesem Umfeld wirtschaftlichen Erfolg. Ich erinnere mich: Ende letzten Jahres hat Kollege Riesenhuber – er sitzt ja hier im Plenum – zum Schluss der Haushaltsdebatte eine glänzende Rede zu diesem Thema gehalten. Vielleicht nehmen wir sie mit in die Wahlkämpfe, Herr Kollege Riesenhuber, weil sie zeigt, an welcher Stelle die Grundlagen für unseren Wohlstand gelegt werden.

Für uns ist klar: Der weltweit spürbare Hang zum Protektionismus ist der gefährlichste Weg. Abschottung macht alle ärmer. Das Kommando „Schotten dicht!“ ist ja das Kommando eines Kapitäns auf einem sinkenden Schiff. Ich bin Segler und kenne die Kommandos, die man da setzen soll. Dieses Kommando ist jedenfalls keines, was Zuversicht verbreitet, sondern dieses muss man auf einem Schiff machen, wenn es schon fast gesunken ist. Deswegen: Das, was da aus Amerika kommt und was wir auch aus anderen Ländern der Welt hören, ist sehr, sehr gefährlich für die Weltwirtschaft und auch für uns. Allerdings muss man nicht verzweifeln, vor allem nicht ängstlich und unterwürfig sein; denn zurzeit gehen knapp 10 Prozent der deutschen Exporte in die USA, aber 60 Prozent gehen nach Europa.

Vor diesem Hintergrund ist es richtig gewesen, dem europäisch-kanadischen Abkommen zuzustimmen. Ich stelle mir vor: In einer Zeit, in der Donald Trump regiert, indem er sozusagen Protektionismus verkündet, TPP kündigt, hätte ausgerechnet ein aus Deutschland oder aus Europa kommender Impuls, das CETA-Abkommen scheitern zu lassen, Erfolg gehabt. Die Welt würde sich jetzt über uns totlachen angesichts unserer Kritik an den Vereinigten Staaten. Wir müssen fairen und freien Handel vorantreiben. Es darf nicht sein, dass wir sozusagen in das gleiche Horn blasen, vielleicht aus anderen Gründen. Solche Handelsbeziehungen sind die Voraussetzung für das wirtschaftliche und soziale Überleben unseres Landes, und Kanada ist ein europäischeres Land als manche Mitgliedstaaten der Europäischen Union.

Meine Damen und Herren, es gibt also eine Menge zu tun. Die guten Zahlen, die wir jetzt für das vierte Jahr der Legislaturperiode vorhersagen, dürfen uns erfreuen; aber sie müssen uns vor allen Dingen dazu motivieren, zu überlegen, was wir aus den Stärken unseres Landes machen können. Und es ist ein verdammt starkes Land. Deutschland ist kein Land der Schwäche; es hat mit den Menschen, die hier leben, ungeheure Potenziale. Wir haben eine gute Ökonomie, aber auch einen sicheren Sozialstaat, den wir da, wo er nicht gut ist, ausbauen müssen. Aber es gibt keinen Grund, hier alles in Grund und Boden zu reden – im Gegenteil!

Menschen Mut zu machen, das Land auch zu umarmen und zu sagen: „Tolles Land! Lasst uns dafür sorgen, dass es unseren Kindern und Enkelkindern auch gut geht“, und dann im Wahlkampf über die Frage zu streiten, wie man dieses tolle Land so gut lässt, wie es ist, und das, was nicht so gut ist, besser macht – das ist, finde ich, eine gute Aufgabe für 2017.

Lassen Sie uns nicht über jeden Stock derjenigen springen, die nur eines im Blick haben: Sie wollen die Uhr zurückdrehen – die meisten mindestens hinter Willy Brandt und, wie wir wissen, ein paar auch hinter Konrad Adenauer. Das ist nicht unser Weg; wir haben einen anderen Weg vor uns. Ich wünsche Ihnen, uns allen, aber auch meiner Nachfolgerin im Amt viel Erfolg. Das waren gute Jahre im Wirtschaftsministerium.

(Anhaltender Beifall bei der SPD – Beifall bei der CDU/CSU)

Der weltweit spürbare Hang zum Protektionismus ist der gefährlichste Weg.

Es muss natürlich Entlastungen geben aber nicht mit der Gießkanne und nicht für Millionäre.

Klaus Ernst, DIE LINKE:

Armut ist in Deutschland ein zentrales Problem



Klaus Ernst (*1954)
Landesliste Bayern

Der Jahreswirtschaftsbericht hat den Titel „Für inklusives Wachstum in Deutschland und Europa“. Eigentlich war der Titel anders; er hieß: „Für inklusives Wachstum und mehr soziale Teilhabe in Deutschland und Europa“.

Offensichtlich ist die „soziale Teilhabe“ auf Intervention des Finanzministers – so das Handelsblatt – gestrichen worden. Genau das ist das Problem.

Nebenbei, Herr Wirtschaftsminister, habe ich genau gemerkt, wer wo wann geklatscht hat. Beim Beispiel des Schichtarbeiters, das ich vollkommen richtig finde, hat sich bei Ihrem Koalitionspartner zum Teil keine Hand gerührt.

Das ist das Problem: Soziale Teilhabe ist offensichtlich in der Koalition umstritten. Deswegen sage ich Ihnen eines: Falls die Sozialdemokraten die irre Idee haben sollten, diese Koalition nach der Wahl fortzusetzen, dann wird alles so bleiben, wie es ist, und das wäre das Schlimmste, was diesem Land passieren kann.

Meine Damen und Herren, machen wir es genau: Das Ziel, materielle Ungleichheit in Deutschland zu begrenzen und die Einkommensungleichheit zurückzuführen, stand ursprünglich in Ihrem Bericht – es ist deutlich abgeschwächt worden. Bestenfalls im Vorwort finden sich noch Hinweise darauf. Doch gerade die ungleiche Einkommens- und Vermögensverteilung – ja, ich sage: Armut – in Deutschland ist ein zentrales Problem.

Meine Damen und Herren, Sie können zwar das Problem aus Ihrer Wahrnehmung streichen, aber Sie werden es mit dem, was Sie tun, nicht aus der Realität verbannen. Viele fühlen sich von der wirtschaftlichen Entwicklung abgehängt – einiges ist angesprochen worden –, zum Beispiel viele der 21 Prozent der Beschäftigten im

Niedriglohnsektor. Da reichen die geringen Anhebungen eben nicht aus, um das Problem zu lösen. Viele Leiharbeiter und befristet Beschäftigte fühlen sich abgehängt. Auch hier reicht bei weitem nicht aus, was Sie auf den Weg gebracht haben. Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wissen, dass die Rente keinesfalls mehr ausreicht für ein einigermaßen vernünftiges Leben nach der Arbeit. Das, was bisher auf den Weg gebracht wurde, ist absolut unzureichend, fast gleich null.

Meine Damen und Herren: In der Frankfurter Rundschau von heute heißt es – und das ist genau der Punkt, der in Ihrer Rede, aber keinesfalls im Bericht der Bundesregierung zu finden ist –:

Die Ungleichheit in Deutschland wächst, das Armutsrisiko steigt – nicht nur für Arbeitslose, auch für Rentner und Erwerbstätige. Und das trotz des Booms am Arbeitsmarkt.

Das ist die Realität, aber die blenden Sie aus. Wenn es so weitergeht, dann stärken Sie den rechten Rand. Deshalb sage ich Ihnen: Tun Sie endlich etwas, statt die Realität auszublenden!

Um das Problem noch einmal zu verdeutlichen: Inzwischen haben wir die Situation, dass eine Partei mit eindeutig rechtspopulistischen bis faschistischen Teilen in Umfragen – zum Beispiel in Brandenburg – bei 20 Prozent liegt – und damit stärker ist als die SPD – und inzwischen in zehn Landesparlamenten sitzt, Tendenz steigend. Selbstverständlich freut es auch uns Linke, dass wir ein ansehnliches Wirtschaftswachstum und hohe Beschäftigung haben. Aber Sie wissen genauso gut wie wir, dass Sie mit dem, was Sie bisher gemacht haben, die sogenannten Abgehängten nicht wieder in das normale demokratische Spektrum integrieren konnten.

Der Direktor des Weltwirtschaftsforums in Davos – Herr Gabriel, Sie haben das Weltwirtschaftsforum angesprochen –, Richard Samans, sagte bei der Vorstellung des Reports über inklusives Wachstum und Entwicklung – ich zitiere –:

Wirtschaftswachstum alleine reicht nicht. Die Steigerung der Wirtschaftsleistung muss inklusiv wirken ...

Also allen Bürgern zugutekommen. Wenn das nicht funktioniert – und jetzt kommt das Entscheidende –, dann „kündigen die Verlierer den Konsens der Gesell-

schaft auf“. Und genau das passiert bei uns. Wenn wir glauben, nur durch Worte oder durch Ignoranz – wie das bei Ihnen der Fall ist – das Problem lösen zu können und nicht durch Taten, dann werden Sie mitverantwortlich für die Rechtsentwicklung sein, die wir in unserem Lande noch erleben werden. – Nebenbei bemerkt, weil ich Sie gerade hier sitzen sehe, Herr Fuchs: Nachdem Sie bei der Rede des Wirtschaftsministers so finstergelockt haben, muss ich sagen: An einigen Stellen war sie richtig gut.

Meine Damen und Herren, ich möchte einen zweiten Punkt ansprechen, den ich aufgrund meiner kurzen Redezeit allerdings nur kurz streifen kann. Auf Spiegel Online gibt es eine lesenswerte Kolumne von Thomas Fricke. Er

schreibt:

In der Kritik steht, dass wir gemessen an der beeindruckenden Höhe unseres Exports viel zu wenig bei anderen einkaufen. Die Bilanz zählt.

Das haben ich und andere Vertreter meiner Partei oft angesprochen. Fricke schreibt weiter:

Über Jahre haben unsere Großökonomen die Kritik aus dem Ausland am deutschen Exportüberschuss verspottet. Jetzt droht Amerikas neuer Präsident, das Problem zu erledigen – ein deutsches Drama.

Er schreibt auch:

Da hilft auch der Halbstarke nur bedingt, dass sich die anderen halt „anstrengen“ sollen, damit sie auch so „tolle“ Sachen exportieren ...

Meine Damen und Herren, wir können das Problem nicht lösen, indem wir es einfach ignorieren und sagen: Es wird schon nicht so dicke kommen. – Wir brauchen

eine Änderung unserer wirtschaftspolitischen Strategie. Das Problem besteht darin, dass wir bei weitem mehr exportieren als importieren. Wenn wir mehr importieren wollen, dann brauchen wir eine Steigerung der Nachfrage. Unsere Investitionen sind viel zu gering. 4 Prozent ihrer Gewinne

bringen die Unternehmen für zusätzliche Investitionen nach Abschreibungen auf. 4 Prozent! Das waren einmal 30 oder 40 Prozent. Wenn wir das Problem nicht erkennen und nicht durch mehr Nachfrage in unserem

Land entsprechend gegensteuern, dann werden die außenwirtschaftlichen Ungleichgewichte zunehmen, und wir werden noch ein größeres Problem haben als mit Trump.

(Beifall bei der LINKEN)

Das Problem besteht darin, dass wir bei weitem mehr exportieren als importieren.

Dr. Michael Fuchs, CDU/CSU:

Europäische Länder dürfen nicht auseinanderdriften



Michael Fuchs (*1949)
Wahlkreis Koblenz

Lieber Herr Bundeswirtschaftsminister – noch Bundeswirtschaftsminister –, ja, eines stimmt: Deutschland ist in einer exzellenten Verfassung wie seit vielen Jahren nicht. Wir haben mittlerweile – Sie haben es eben völlig zu Recht gesagt – 43,5 Millionen Erwerbstätige. Was Sie nicht gesagt haben, aber sicherlich genauso sehen und was mich am allermeisten an der Sache freut: Wir haben de facto kaum noch Jugendarbeitslosigkeit. In meinem Wahlkreis haben wir null Jugendarbeitslosigkeit bzw. keine vermittelbaren Jugendlichen mehr. Das ist eigentlich der größte Erfolg. Denn was gibt es Schlimmeres für junge Leute, als keine Perspektive

zu haben, wenn sie in das Berufsleben eintreten wollen? Auf diesen Erfolg bin ich also besonders stolz, und darüber können wir uns meiner Meinung nach besonders freuen.

Meine Damen und Herren, die Große Koalition war mit Sicherheit keine Liebeshochzeit. Nein, sie war eine Arbeitskoalition, und wir haben gemeinsam auch einiges erreicht. Ich möchte mich an dieser Stelle ganz persönlich bei Ihnen, Herr Minister, für die faire Zusammenarbeit bedanken, auch wenn wir den einen oder anderen Streit – vor allen Dingen in der Energiepolitik – ausgefochten haben; ich komme noch darauf zu sprechen. Ich baue natürlich auch darauf, Frau Zypries, dass das in den verbleibenden sieben, acht Monaten so weitergeht, und freue mich auf diese gemeinsame Arbeit.

Meine Damen und Herren, die EU 28 bildet nach den USA den zweitgrößten Binnenmarkt der Welt. Die USA haben ein Bruttoinlandsprodukt von 18,6 Billionen US-Dollar, die EU 28 haben eines von über 16,5 Billionen US-Dollar und ohne England – das müssen wir leider zur Kenntnis nehmen – immer noch von über 14 Billionen US-Dollar. Das sind so starke

Zahlen, dass wir keine Angst haben müssen und uns auch keine Angst machen lassen sollten. Das haben wir nicht nötig. Wir können selbstbewusst sagen: Auch „Europe first“ kann uns weiterhelfen.

Wichtig ist jetzt, dass wir die europäischen Länder näher zueinanderbringen, dass wir dafür sorgen, dass sie nicht auseinanderdriften. Im Gegenteil: Wir brauchen mehr Zusammenarbeit in Europa. Nur so werden wir die in den nächsten Jahren sowohl vonseiten der Regierung der Vereinigten Staaten als auch durch den Brexit auf uns zukommenden Herausforderungen meistern können. Das wird eine der zentralen Aufgaben der Politik in den kommenden Jahren sein.

Aber es ist natürlich auch so, dass Lieferketten intensiv verwoben sind. Ich will nur ein Beispiel nennen: Die Firma BMW stellt in England den Mini her; jeder kennt das Auto. Mehr als 50 Prozent der Teile, die in den Mini eingebaut werden, kommen aus Deutschland. Das zeigt sehr deutlich, wie die Lieferketten miteinander verwoben sind und dass man sie auch nicht so schnell trennen

Fortsetzung auf nächster Seite

kann. Ich setze darauf, dass das auch sehr schnell Eingang in die amerikanische Politik findet.

Meine Damen und Herren – Herr Minister, da bin ich nicht ganz mit Ihnen einverstanden –, nicht alles, was wir zurzeit haben, beruht auf Leistungen dieser Regierung oder vorheriger Regierungen. Dazu hat auch eine Menge sogenannter – wie man es in der Volkswirtschaft nennt – exogener Faktoren, die Sie nicht erwähnt haben, beigetragen. Die Niedrigzinspolitik kommt den Unternehmen zumindest bei Investitionen mit ziemlicher Sicherheit sehr entgegen. Wir haben auch dank der niedrigen Energiepreise – für Öl, Gas etc. – erhebliche Vorteile. Das sind Konjunkturprogramme, wie sie besser nicht sein könnten. Wir haben einen Euro-Dollar-Wechselkurs, der unserer Wirtschaft, die in den Dollar-Raum exportiert – das sind immerhin 42 Prozent unserer Exporte –, erheblich hilft und zu Windfall Profits führt – sie sind aber nicht garantiert –, die so sonst nicht anfielen. Das muss man deutlich sagen.

Und last, but not least, Herr Kollege Ernst – ich gehe normalerweise gar nicht mehr auf Sie ein –: Haben Sie einmal nachgesehen, wie viel gerade das Binnenwachstum in Deutschland zurzeit zum marktwirtschaftlichen Erfolg dieses Landes beiträgt? Mehr als zwei Drittel des Wachstums kommen aus dem Binnenmarkt; er ist wesentlich stärker als in den Jahren zuvor. Das liegt daran, dass die Löhne in den letzten Jahren erheblich gestiegen sind, wesentlich stärker als in allen Jahren zuvor.

Auch das ist ein Erfolg von guten, vernünftig agierenden Unternehmen. Das sollten wir uns bitte auch nicht schlechtreden lassen.

Meine Damen und Herren, ich will einen Punkt erwähnen, der mir Sorge bereitet: die Digitalisierung. Wir sind in diesem Bereich ziemlich rückständig. Heute 50 Mbit Downloadgeschwindigkeit im Jahre 2020 anzustreben, ist bei weitem zu wenig. Den auf uns zukommenden Herausforderungen werden wir damit mit Sicherheit nicht gerecht. Im Gegenteil: Wir müssten über Gigabit reden und nicht über Megabit. Dass andere Länder das können und tun, das ist ein Faktum. Jeder, der sich im ostasiatischen Bereich aufhält, der wird das sehr schnell feststellen.

Verehrter Herr Präsident, mit Verlaub, dass der Deutsche Bundestag noch kein WLAN hat, ist auch kein Zeichen allergrößter Modernität.

Ich war vor kurzem im Parla-

ment von Singapur und konnte feststellen, dass der WLAN-Empfang überall wunderbar war. Aber nicht nur dort, selbst in Malaysia und Thailand gibt es das, und das sind Länder, von denen man nicht sagen kann, dass sie auf unserem Entwicklungsstand sind.

Wir müssen daran arbeiten, dass die digitale Versorgung so schnell wie möglich besser wird und wir möglichst auch in allen öffentlichen Bereichen WLAN haben. Das sollte bald der Fall sein.

Meine Damen und Herren, ein Bereich bereitet mir wirklich Sorgen, und bei diesem Thema sind wir uns mit dem Bundeswirtschaftsminister nicht einig: Es geht um die Energiepolitik. Die Kostenentwicklung läuft mittlerweile völlig aus dem Ruder.

Mein geschätzter Kollege Kauder hat vor wenigen Tagen zu mir gesagt, er würde mir den Hals umdrehen, wenn das mit dieser Energiekostensteigerung so weitergehen würde, wie es jetzt ist. Da ich mir das ersparen will, möchte ich Sie darauf aufmerksam machen, dass dringender Handlungsbedarf besteht. Wir haben zwei EEG-Reformen gemacht; die haben aber nicht einmal annähernd zu einer Abschwächung bei den EEG-Kosten geführt. Dieses Jahr geben wir 25 Milliarden Euro für die EEG-Umlage aus. 25 Milliarden Euro! Und das ist noch nicht einmal die ganze Wahrheit. Die Kosten für die EEG-Umlage liegen zurzeit bei 6,88 Cent pro Kilowattstunde. Ich sage Ihnen voraus: Spätestens im Herbst dieses Jahres wird das eine ganz andere Größenordnung sein. Wir müssen ganz schnell reagieren.

Jetzt kommt der zweite Punkt. Die Bundesnetzagentur hat vor einigen Tagen deutlich gemacht, dass die Netzentgelte erheblich steigen werden. Wir werden bis 2024 rund 45 Milliarden Euro nur für die Netze ausgeben müssen. Das bleibt uns nicht erspart. Das ist notwendig. Das bedeutet aber – das sind alles Zahlen der Bundesnetzagentur –, dass die Netzentgelte für die Haushaltskunden um mindestens 25 Prozent steigen werden.

Das geht in Richtung von 10 Cent. Und jetzt kommt die noch viel dramatischere Zahl: Für große Industriekunden werden die Netzentgelte um 115 bis 130 Prozent steigen.

Ich bin froh, dass Sie das Thema Netzausgleich angesprochen haben. Wir müssen da weitermachen. Es wird höchste Zeit, dass wir bei den Netzen ein Level-Playing-Field in Deutschland schaffen; denn es kann nicht sein, dass in

einigen Bundesländern deutlich höhere Netzkosten zu zahlen sind als in anderen, weil wir dadurch eine Ungleichheit im Wettbewerb schaffen.

Mir bereitet das Thema Netze erhebliche Sorgen, weil es für einen zusätzlichen Kostenschub sorgen wird.

Hinzu kommt – strafverschärfend, kann man sagen –, dass die großen Übertragungsnetze, also die Nord-Süd-Netze, laut Aussage der Bundesnetzagentur frühestens 2025 fertig sein werden. Was machen wir denn bis 2025? Wir werden im Norden einen erheblichen Zuwachs beim produzierten Strom haben, aus den Offshoreanlagen, aber auch aus den Onshoreanlagen; den Verbrauch haben wir aber vorrangig im Süden. Wenn wir den Transport nicht

hinbekommen, was passiert dann? Ganz simpel und einfach: Dann kommen die sogenannten Redispatch-Kosten noch obendrauf. Ich kann hier ja Mitarbeiter des Bundeswirtschaftsministeriums völlig unbefangen zitieren. Herr Rid hat gesagt, dass wir im letzten Jahr Redispatch-Kosten von 1,1 Milliarden Euro hatten und wir dieses Jahr Redispatch-Kosten von 2 Milliarden Euro und demnächst von 4 Milliarden Euro haben werden. Meine Damen und Herren, das wird alles auf die Netzkosten umgelegt werden müssen. Das geht alles in die Preise hinein.

Dann wird es irgendwann den Punkt geben, an dem wir zu teuer werden und die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft erheblich leidet. Da dies der letzte Jahreswirtschaftsbericht ist, den ich

hier mitdiskutieren darf, möchte ich darauf hinweisen, dass wir erheblichen Nachholbedarf haben und intensiv daran arbeiten müssen.

Lieber Herr Gabriel, noch einmal herzlichen Dank für die gute Zusammenarbeit, auch wenn ich nicht mit allem einverstanden war; das habe ich gerade deutlich gemacht. Es hat sich gelohnt, dass wir trotzdem so vernünftig miteinander umgegangen sind.

Liebe Frau Zypries, Deutschland braucht für die Zukunft eine an marktwirtschaftlichen Prinzipien orientierte Ordnungspolitik. Lassen Sie uns bitte alle gemeinsam daran arbeiten.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Cem Özdemir, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Besitz der gesamten Bevölkerung verfällt



Cem Özdemir (*1965)
Landesliste Baden-Württemberg

Lieber Sigmar Gabriel, zunächst möchte ich Ihnen unseren Respekt für Ihre Entscheidung aussprechen, die sicherlich keine einfache war. Wir wünschen Ihnen alles Gute im neuen Amt. Was die Vereinbarkeit von Familie und Beruf angeht – so habe ich mir sagen lassen –, soll das nicht das allerleichteste Amt sein. Aber wir wünschen Ihnen viel Erfolg dabei und sind schon sehr gespannt auf die ersten Schilderungen, die wir dann hoffentlich lesen können.

Wir wünschen auch der designierten Nachfolgerin, Brigitte Zypries, alles Gute in dem neuen Amt. – Doch zurück zur Gegenwart. Sie sagen, der Wirtschaft gehe es gut, die Staatsfinanzen seien solide und das Beschäftigungsniveau sei hoch. Ich glaube, es gibt niemanden hier im Hohen Haus, der sich nicht darüber freut. Aber mit diesem Erfolg, mit diesen Daten haben Sie, Herr Gabriel und die Große Koalition, herzlich wenig

zu tun, sondern Ihr Erfolg beruht auf niedrigen Zinsen und billigem Öl. Man kann, glaube ich, sagen: Es geht diesem Land gut – nicht wegen der Großen Koalition, sondern trotz der Großen Koalition. Es gibt einen anderen Politikbereich, bei dem Sie ein bisschen so tun, als ob Sie gar nichts damit zu tun hätten; aber damit haben Sie sehr viel zu tun. Ich meine den Zustand der Infrastruktur in unserem Lande. Sie haben zu wenig investiert. Der Besitz der gesamten Bevölkerung verfällt. Die Bürger stehen im Stau. Sie warten auf schnelles Internet. Europaweit nimmt der Populismus zu. Doch was fällt dieser Großen Koalition ein? Die schwarze Null, die Sie anbieten und wie eine Monstranz vor sich hertragen. Unsere Probleme werden nicht gelöst, wenn man sich auf Leistungen früherer Regierungen und der Bevölkerung ausruht und nicht in die Zukunft investiert.

Besonders absurd wird es, wenn Sie von den Sozialabgaben sprechen. Ich weiß ja nicht, wie es Ihnen geht, aber wir haben nicht vergessen, dass es diese Große Koalition war, die eine Rentenreform mit einem Umfang von 160 Milliarden Euro bis 2030 auf den Weg gebracht hat, die weder sozial gerecht noch generationengerecht ist; denn die Erwerbsgeminderten, die Hauptbetroffenen, haben Sie vergessen, liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD.

Sie finanzieren das über die Mitgliedsbeiträge der Beitragszahlerinnen und Beitragszahler. Liebe Kollegen von der CDU/CSU, so

viel zum Thema Wirtschaftskompetenz.

Bei der Ost-West-Angleichung der Rente machen Sie es wieder so. Anstatt die Sozialabgaben zu reduzieren oder dafür zu sorgen, dass sie nicht steigen, machen Sie das Gegenteil. Damit erweisen Sie dem Mittelstand einen Bärendienst, Sie erweisen unserer Wirtschaft einen Bärendienst und auch den Arbeitnehmern und Arbeitgebern.

Eine Bitte habe ich noch: Bitte nehmen Sie das Wort „Generationengerechtigkeit“ zumindest in dieser Legislaturperiode nicht mehr in den Mund. Denn damit haben Sie so ziemlich gar nichts am Hut.

Zu den zwei entscheidenden Herausforderungen habe ich in der Regierungserklärung, aber auch – das muss ich sagen – in der Debatte, Herr Fuchs, wenig gehört.

Erstens. Wie stoppen wir den Klimawandel und erhalten dabei unsere industriellen Arbeitsplätze? Völlige Fehlanzeige in der Rede des Bundeswirtschaftsministers.

Zweitens. Wie gehen wir mit der angespannten Lage in der Welt und natürlich auch in Europa um? Dazu, dass der Protektionismus auf dem Vormarsch ist, und auch zur Abschottung hätte ich gern etwas gehört. Wie sind hier Ihre Vorstellungen?

Es war die Bundesregierung, die das Klimaschutzabkommen in Paris unterzeichnet hat, aber hier in diesem Haus tun Sie so, als ob Sie damit nichts zu tun hätten. Sie, Herr Gabriel, haben den Kohleausstieg an einem Tag einfach

vom Tisch gewischt. Gleichzeitig gibt es Länder wie Kanada, die sich verpflichtet haben, bis 2030 aus der Kohle auszusteigen. Sie sehen: Andere Industrieländer können es anders machen.

Wir sollten uns Kanada zum Vorbild nehmen und ebenfalls zeigen, dass wir nach dem Atomausstieg in der Lage sind, auch aus der Kohle auszusteigen.

Was ich hier gehört habe, ist klassische Retro-SPD-Industriepolitik; diese wird hier reaktiviert.

Die Ökologie haben Sie offensichtlich aufgegeben. Ökologische Modernisierung wird als Bedrohung für den Standort wahrgenommen. Das ist das Gegenteil all dessen, was Sie in den letzten Jahren selber einmal gesagt haben, meine Damen, meine Herren. Das sollten die Wählerinnen und Wähler genau wissen. Wem der Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen wichtig ist, der weiß, wen er nicht wählen kann, und der weiß bei der nächsten Wahl sicherlich auch, wen er wählen kann, meine Damen und Herren. Herr Fuchs, quasi der murmeltier-

politische Sprecher der Union, wiederholt in jeder Rede – wir haben eigentlich schon darauf gewartet, wann das Thema Energiepreise kommt –, dass natürlich die erneuerbaren Energien schuld an allem Übel dieser Welt sind. Ich will hier einmal jemanden, der wohl über jeden grünen Verdacht erhaben ist, zitieren zu Ihren Klagen, dass die Energiewende die Preise durch die Decke schießen lassen wird. Ich zitiere Georg Müller, Chef der Mannheimer MVV, immerhin sechstgrößter deutscher Energieversorger:

Der Anteil der Stromkosten am Bruttoinlandsprodukt liegt auf dem Niveau der 1990er-Jahre.

Ich meine, dem ist nicht viel hinzuzufügen. Statt wie Sie die erneuerbaren Energien mit einem Ausbaudeckel zu versehen, müssten wir eher im Gegenteil beim Ausbau der erneuerbaren Energien ei-

nen Zahn zulegen; denn darin liegt die Zukunft des Standortes Bundesrepublik Deutschland.

Dasselbe gilt für den Verkehrssektor. Wir müssen gerade im Interesse der Arbeitsplätze in der Bundesrepublik Deutschland so schnell wie möglich einen Zahn zulegen, damit es mit emissionsfreien Fahrzeugen klappt. Was aber tut diese Bundesregierung?

Ökologische Modernisierung wird als Bedrohung für den Standort wahrgenommen.

Sie verabschiedet sich von dem eigenen Ziel, 1 Million Fahrzeuge CO₂-frei auf die Straßen der Bundesrepublik Deutschland zu bringen.

Ich darf Sie an Folgendes erinnern: Jörg Hofmann, der

Chef der IG Metall, war kürzlich zu Gast bei uns und hat gesagt: Es scheitert nicht an den Gewerkschaften, es scheitert nicht an den Unternehmen, sondern der Wille der Großen Koalition, der Wille der Politik, die notwendigen Vorgaben zu machen, anzupacken, damit wir auch die Verkehrswende

schaffen, fehlt eben.

Dann klappt es halt nicht, wenn man es nicht will; dann bekommt man es auch nicht hin.

Die Gefahren für unsere Volkswirtschaft durch die Wahl von Donald Trump – darauf wurde bereits hingewiesen – werden uns alle betreffen. Damit sind wir bei einem zentralen Punkt für unsere Wirtschaft, nämlich bei der Zukunft eines freien Handels und einer starken Europäischen Union. Ich glaube, hier sind sich alle einig, dass wir freien Handel stärken müssen, dass wir Protektionismus verhindern müssen.

Das Gegenteil passiert jetzt, wenn man dem Glauben schenken kann, was Präsident Trump angekündigt hat. Er will die Finanzmärkte von der Kette lassen und die Realwirtschaft an die Kette legen. Umgekehrt wird ein Schuh daraus. Also müssen zumindest wir in Europa unsere Hausaufgaben machen; niemand wird das für uns tun. Sowohl der Brexit als auch die Wahl von Trump müssen uns eine Lehre sein. Wir brauchen ein starkes, wir brauchen ein offe-

nes und vor allem ein geeintes Europa, und das ist alles andere als eine Selbstverständlichkeit.

Es waren Politiker von beiden großen Volksparteien – Adenauer, Brandt, Schmidt und Kohl –, die dieses Europa mit aufgebaut haben, und dieses Erbe steht jetzt in Gefahr. Darum ist es wichtig, dass wir als die vielleicht letzte Generation, die darüber entscheiden kann, welche Richtung dieses Europa einschlägt, dieses Friedensprojekt Europa nicht nur sichern, sondern dahin führen, dass es wieder eine Erfolgsgeschichte wird. Dafür brauchen wir ein Deutschland, das seine Rolle in der Europäischen Union auch annimmt, das gemeinsam mit unserem wichtigsten Partner Frankreich dafür sorgt, dass Europa verteidigt wird und weiterentwickelt wird. Auch darüber hätte ich gern etwas gehört. Das ist das, worauf unsere Wirtschaft und unsere Arbeitgeber warten. Leider war auch dies Fehlanzeige.

(Lebhafter Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Hubertus Heil, SPD:

Wirtschaftswachstum und soziale Gerechtigkeit bedingen sich



Hubertus Heil (*1972)
Wahlkreis Gifhorn – Peine

Titel dieses Jahreswirtschaftsberichts ist „Für inklusives Wachstum in Deutschland und Europa“. Ich gebe zu, das ist ein etwas sperriger Titel. Das Fachwort „inklusive Wachstum“ muss meines Erachtens übersetzt werden, damit allen klar ist, was das bedeutet, was es vor allen Dingen an wirtschaftspolitischen Paradigmenwechsel bedeutet. Denn heute diskutieren wir anders als der wirtschaftsradikale Mainstream, dem auch jemand wie Cem Özdemir zwischendurch einmal erlegen ist, als er noch mit Oswald Metzger befreundet war.

An dieser Stelle haben wir heute eine andere Diskussion auf der Welt.

Inklusives Wachstum beinhaltet

das Bekenntnis, dass wirtschaftliches Wachstum und soziale Gerechtigkeit keine Gegensätze sind, sondern wechselseitige Bedingung, meine Damen und Herren.

Das ist der Unterschied.

Denn damals, als Frau Merkel beispielsweise noch die neue soziale Marktwirtschaft, den steuerpolitischen Bierdeckel und die Kopfpauschale gepredigt hat, war es tatsächlich so, dass es zwei fundamentale Irrtümer gab, die Wirtschaftsradikale unter das Volk zu bringen versucht haben. Den einen hat Sigmar Gabriel angesprochen, nämlich dass Ungleichheit Motor wirtschaftlicher Dynamik sei. Wenn jetzt auf dem Weltwirtschaftsforum im Global Risks Report davon die Rede ist, das Ansteigen des Anti-Establishment-Populismus deute darauf hin, dass wirtschaftliches Wachstum allein nicht hilft, die Spaltung von Gesellschaften zu überwinden, sondern dass – ich zitiere das Weltwirtschaftsforum in Davos – „eine Reform der kapitalistischen Marktwirtschaft“ auf die Agenda gehört, dann ist das eine andere Debatte, und das ist auch gut so, meine Damen und Herren. Wirtschaftlicher Erfolg und soziale Gerechtigkeit gehören zusammen.

Der zweite Irrtum wirtschaftsradikaler Vorstellungen war in den

un glaublich dummen Satz eines Amtsvorgängers von Sigmar Gabriel, eines liberalen Wirtschaftsministers, gegossen, der einmal gesagt hat: „Wirtschaft wird in der Wirtschaft gemacht.“ Richtig ist, dass in einer sozialen Marktwirtschaft im Wesentlichen Unternehmerinnen und Unternehmer sowie Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zum wirtschaftlichen Erfolg beitragen. Aber klar ist auch, dass ohne einen starken und handlungsfähigen Staat und ohne eine aktive Wirtschaftspolitik wirtschaftlicher Erfolg und soziale Gerechtigkeit nicht zu gewährleisten sind. Das, meine Damen und Herren, ist etwas, was wir für uns in Anspruch nehmen.

Die in der Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik SPD-geführte Bundesregierung hat in dieser Legislaturperiode dafür gesorgt, dass der Schalter umgelegt wurde. Unser Erfolg lässt sich auch in Zahlen messen. Die gute wirtschaftliche Lage – darauf hat Sigmar Gabriel hingewiesen – ist nicht allein ein politisches Verdienst. Natürlich haben wir Sonderfaktoren, die genannt wurden, und natürlich ist sie das Verdienst von fleißigen Menschen, die diesen Erfolg erarbeitet haben. Wir haben die niedrigste Arbeitslosenquote seit 25 Jahren und die höchste Zahl von

Erwerbstätigen – in diesem Jahr sind es 43,5 Millionen Menschen und damit 1,5 Millionen mehr als 2013 –, und es gibt eine ordentliche Entwicklung bei den Löhnen. Das, meine Damen und Herren, ist auch das Verdienst von Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel. Dafür danken wir ihm.

Er hat durch seine Arbeit dafür gesorgt, dass das Bundeswirtschaftsministerium in der Bundesregierung wieder eine aktive Rolle spielt. In den letzten Jahren war es ja verkommen. Denn seine Amtsvorgänger, die nach dem Motto „Wirtschaft wird von der Wirtschaft gemacht; der Staat muss sich überall heraushalten“ gehandelt haben, haben die Rolle einer aktiven Wirtschaftspolitik nicht unterstützt. Dieser Turnaround lässt sich auch an den Investitionsquoten des Bundeshaushalts ablesen. Die Investitionen des Bundes sind seit Beginn dieser Legislaturperiode auf 36 Milliarden Euro im Bundeshaushalt 2017 gesteigert worden. Meine Damen und Herren, wenn wir außerdem noch die Entlastung der Kommunen berücksichtigen, deren Höhe Sigmar Gabriel vorhin beziffert hat – ihre Investitionen machen den größten Anteil an den Investitionen der öffentlichen Hand aus –, kann man zu Recht sagen: Auch bei den Investitionen haben wir den Schalter umgelegt, weil unser Land wirtschaftlich nicht von der Substanz leben

kann.

Zu den Maßnahmen, die wir ergriffen haben, gehören die Förderung des Ausbaus, der Sanierung und der Modernisierung von Schulen sowie Investitionen auch der privaten Hand, die wir beispielsweise durch erleichterte Abschreibungsmöglichkeiten – Stichwort: geringfügige Wirtschaftsgüter – noch weiter unterstützen wollen. Das ist die richtige Richtung, wenn es darum geht, gute Zeiten für Investitionen zu nutzen, damit die Wirtschaft auch in schwierigen Zeiten brummt.

Herr Fuchs, bei aller Freundlichkeit: Ich finde, dass Sie ein etwas kurzes Gedächtnis haben, wenn Sie hier über die Energiepolitik reden. Die Steigerung der EEG-Umlage und der Netzkosten, die Sie beschrieben haben, ist das Ergebnis des Chaos der schwarz-gelben Vorgängerregierung. Wir haben in

dieser Legislaturperiode mit Sigmar Gabriel versucht, hier aufzuräumen.

Wir hatten den Mut zu Reformen, den Sie unter Schwarz-Gelb nie hatten. Wir haben Ausschreibungen durchgesetzt, und wir haben die Voraussetzungen für den Netzausbau, der jetzt stattfindet, geschaffen. Wenn wir vier Jahre vorher mit unserer Arbeit hätten beginnen können – Sigmar Gabriel hatte in der Energiepolitik eine Her-

Wir wollen fairere Regeln für die Globalisierung. Wir wollen keinen Protektionismus.

Fortsetzung auf nächster Seite

kulesaufgabe zu bewältigen –, dann hätten wir die Probleme, die Sie zu Recht beschrieben haben, heute nicht.

Durch das Versagen und den fehlenden Mut von Schwarz-Gelb wurde Chaos in die Energiewende gebracht, und zwar durch Ihre Zickzackpolitik und das Verfehlen der drei wichtigsten Ziele der Energiewende. Wenn wir 2013 nicht angefangen hätten, Reformen durchzuführen, dann wären alle drei Ziele der Energiewende – sicher, sauber und bezahlbar – verfehlt worden.

Dieser Bundeswirtschaftsminister hat Grund und Ordnung in die Energiewende gebracht, damit sie als Innovationsprojekt ein Erfolg für unsere Gesellschaft wird: sozial, ökologisch und auch ökonomisch. Auch dafür sind wir ihm dankbar, meine Damen und Herren.

Wir reden hier zu Recht über die Arbeit des Bundeswirtschaftsministers und über den wirtschaftlichen Erfolg dieses Landes. In diesem Zusammenhang werden und müssen wir auch über den Freihandel reden. Ich war ja ganz erstaunt, Cem Özdemir, wie sehr Sie sich eben zum freien Handel bekannt haben.

Letztes Jahr, als es um CETA ging, hatten wir Sie nicht an unserer Seite, sondern da haben wir erlebt, dass Sie sich sogar mit Populisten zusammengenommen haben, die nicht erkannt haben, dass wir sowohl freien als auch fairen Handel brauchen.

CETA ist durch die Arbeit dieses Wirtschaftsministers ein Abkommen geworden, das hohe Maßstäbe setzt, Arbeitnehmerrechte sichert, den Weg hin zu anonymen Schiedsgerichten beendet und Verbraucherschutz- und ökologische Standards sichert. Wir haben ein gutes Abkommen geschaffen, und in Zeiten des aufziehenden Protektionismus war dieses Verdienst von Sigmar Gabriel zum Wohle der deutschen Exportwirtschaft, der Arbeitsplätze und fairer Globalisierungsstandards eine Riesenleistung, meine Damen und Herren. Das waren nicht Sie, das war dieser Minister.

Wenn ich mir die Linkspartei, Herr Kollege Ernst, in diesen Zeiten anhöre, fällt eines auf: Sie haben in der weltwirtschaftlichen Debatte ganz neue Verbündete, mit denen Sie nie gerechnet haben.

Mauern rechtfertigen, Protektionismus predigen und die NATO auflösen wollen – das haben wir bisher nur von der Kommunistischen Plattform der Linkspartei gehört.

Das ist jetzt die Position von Donald Trump, und wir werden erleben, dass das zum Schaden der Welt ist. Sie als Linkspartei haben ja nicht die Möglichkeit, die Weltpolitik zu beeinflussen, aber Sie werden erleben, dass Ihre Rezepte jetzt von Rechtspopulisten in der Weltwirtschaft ausprobiert werden.

Meine Damen und Herren, ich bin heilfroh, dass das nicht die Politik dieser Bundesregierung ist. Wir wer-

den unsere europäischen Werte, unsere Vorstellungen von Demokratie, Marktwirtschaft und Sozialstaatlichkeit in diesen schwierigen Zeiten gegenüber solchem rechtem Populismus und Protektionismus behaupten müssen, und dafür brauchen wir alle Kraft und nicht diese Rezepte der Linkspartei oder die von Donald Trump.

Meine Damen und Herren, wer Mauern bauen will, wer abschotten will, der ist auf dem falschen Weg.

Ich behaupte ja nicht, dass Sie sich mit denen gemein machen wollen, aber Ihre Rezepte sind die dieses Herrn, und es sind die falschen Rezepte. Deshalb werden wir das bekämpfen.

Wir wollen eine offene Gesellschaft. Wir wollen fairere Regeln für die Globalisierung. Wir wollen keinen Protektionismus. Hier wächst wirklich manchmal an den Rändern zusammen, was zusammengehört. Aber ich sage Ihnen an dieser Stelle sehr deutlich: Das ist nicht der Kurs von Sozialdemokraten. Sigmar Gabriel war in Kanada und hat mit Trudeau und Frau Freeland, der damaligen Handelsministerin, gesprochen. Ich war dabei.

Sie ist übrigens jetzt Außenministerin geworden; ab morgen deine Kollegin, Sigmar. Ich habe erlebt, wie er in Europa dafür gekämpft hat, die Staats- und Regierungschefs und die Wirtschafts- und Handelsminister hinter sich bzw. zu dieser Position zu bringen, die wir am Ende durchgesetzt haben – ich sage es noch einmal –: keine anonymen Schiedsgerichte, hohe Arbeitnehmerstandards, faire Gestaltung der Globalisierung, offene und freie Märkte, aber auch im Interesse dieses Landes.

Klaus Ernst, dir sage ich es einmal sehr deutlich: Dir persönlich glaube ich, dass du auch für internationalen Handel bist. Du müsstest aber einmal mit größeren Teilen deiner Partei, die Protektionismus predigen, anständig darüber reden, dass sie zum Schaden von Arbeitsplätzen – zum Beispiel von IG-Metall-Kollegen, die bei Volkswagen oder woanders arbeiten und auf Export angewiesen sind – handeln. Das ist deren Existenzgrundlage. Diese Erkenntnis ist in der Linkspartei leider nicht Allgemeingut. – Das meinte ich damit, und dabei bleibe ich auch.

Auch ein Wort an die Grünen: Cem Özdemir, du hast bisher ja nicht oft an den wirtschaftspolitischen Debatten dieses Hauses oder der Ausschüsse teilgenommen, weshalb du bestimmte Sachen – zum Beispiel in der Rentenpolitik – nicht mitbekommen hast. Du beklagst, dass im Rentenpaket der Zugang zur Erwerbsminderungsrente nicht verbessert worden sei. Ich würde mir das Rentenpaket noch einmal angucken; genau das ist nämlich passiert. – Das ist an dieser Stelle passiert,

und mit Andrea Nahles wird das übrigens noch ausgebaut.

Ich will auch etwas zur Haltung sagen, die dieser Bundeswirtschaftsminister hatte, als es um das Schicksal von zehntausend Arbeitsplätzen bei Tengelmann und Edeka gegangen ist: Ich kann mich erinnern, dass die Grünen hier auf der falschen Seite waren. Ich weiß nicht, ob sich die Grünen anders verhalten hätten, wenn es eine Biokette gewesen wäre; ich weiß nur eines: In dieser Situation war dem Bundeswirtschaftsminister das Schicksal von Verkäuferinnen und Verkäufern, von Menschen, die hart arbeiten, nicht egal. Das ist möglicherweise ein Unterschied zu der kalten Art, wie ihr manchmal Wirtschaftspolitik betreibt.

Ich bin stolz darauf, dass Sigmar Gabriel da gehandelt hat.

Verdi hat uns damals geholfen. Wir

haben dafür gesorgt, dass die Arbeitsplätze – und zwar tarifvertraglich geschützt und ordentlich entlohnt – erhalten bleiben. Das ist das Verdienst von Sigmar Gabriel. Er hatte den Mut, sich mit all den Leuten anzulegen, die das kritisiert haben, und er hat richtig gehandelt; das wissen wir heute. Auch dafür sind wir sehr dankbar.

Ich komme zum Schluss. Deutschland ist wirtschaftlich stark, aber wir müssen viel tun, damit es auch stark bleibt. Deshalb bin ich mir sicher, dass die gute Arbeit, die Sigmar Gabriel geleistet hat – zum Schutz auch der industriellen Arbeitsplätze, zur Modernisierung dieses Landes, für Investitionen, für soziale Gerechtigkeit und wirtschaftlichen Erfolg –, durch seine Nachfolgerin, Brigitte Zypries, fortgesetzt wird. Es wird hier keinen Phasenriss geben.

Sie ist Staatssekretärin bei ihm und wird das sehr gut machen, und ich bin auch sehr dankbar, dass ein junger Kollege aus unserer Fraktion, der Kollege Dirk Wiese, als Parlamentarischer Staatssekretär an ihrer Seite stehen wird.

Meine Damen und Herren, die Sozialdemokratie macht sehr deutlich: Wir werden den Kurs in der Wirtschaftspolitik, den Sigmar Gabriel begonnen hat, im Interesse dieses Landes fortsetzen, weil wirtschaftlicher Erfolg und soziale Gerechtigkeit zusammengehören. Danke an Sigmar Gabriel, dass er hier in der Wirtschaftspolitik den Schalter in die richtige Richtung umgelegt hat!

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Andreas G. Lämmel, CDU/CSU:

Deutsche Exporte leisten Beitrag zur wirtschaftlichen Entwicklung



Andreas G. Lämmel (*1959)
Wahlkreis Dresden I

Es geht heute um den Jahreswirtschaftsbericht. Herr Kollege Heil, Ihre Rede war ja eine Huldigungsrede für unseren Wirtschaftsminister. Ich hatte es eigentlich nicht so verstanden, dass er das Haus verlässt, sondern er wird weiterhin auf der Regierungsbank sitzen.

Herr Kollege Heil, eines muss ich Ihnen schon noch einmal sagen, weil Sie das Thema Energiepolitik angesprochen haben, das ich jetzt aber nicht zum Mittelpunkt meiner Rede machen will: Ich möchte Sie bitten, noch einmal ein paar Jahre weiter als nur die letzten vier Jahre zurückzudenken.

Der Kollege Gabriel war ja mal Umweltminister, und während dieser Zeit sind zum Beispiel die Fundamente für die Probleme, die wir heute bewältigen, mit gelegt worden. Dass der Herr Gabriel in seinem Amt als Wirtschaftsminister zu neuen Erkenntnissen gekommen ist und dass wir gemeinsam einige Dinge verrichten konn-

ten, halte ich für sehr positiv. Hier kann ich Sie auch nur unterstützen.

Meine Damen und Herren, dass es Deutschland gut geht, haben heute schon alle Redner beschrieben. Man kann es aber eben nicht oft genug sagen, weil die Kollegen der Linken und der Grünen immer dazu neigen, die Situation trotzdem schlechtzureden.

Acht Jahre Wirtschaftswachstum hintereinander! Es muss mir einmal jemand in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland Zeiten zeigen, in denen wir acht Jahre hintereinander kontinuierlich ein Wirtschaftswachstum hatten, und die Projektion für 2017 sieht ein weiteres Wirtschaftswachstum voraus. Das finde ich sehr gut.

Für die gute Gesamtsituation ist nicht nur der gute Zustand der deutschen Wirtschaft verantwortlich, sondern hinter der deutschen Wirtschaft stehen die Menschen; auch das wurde heute schon gesagt. Das sind die Unternehmer, die Selbstständigen, die Handwerker, die Angehörigen der freien Berufe und natürlich die Arbeitnehmer, die alle gemeinsam diesen großen Erfolg für sich verbuchen können. Ich glaube, wenn man diese Dinge immer schlechtredet, macht man auch die Menschen schlecht, die dahinterstehen.

Meine Damen und Herren, Herr Ernst fing ja wieder mit dem Thema Handelsüberschüsse an. Das ist sein Lieblingsthema, und die Linken können offensichtlich überhaupt keine anderen Einlassungen zur Wirtschaftspolitik mehr machen. Deutschland ist ei-

ne Exportnation.

Ein wesentlicher Pfeiler des wirtschaftlichen Erfolges sind die Exporte. Sie selbst wissen ganz genau, dass die Handelsüberschüsse nicht nur deswegen entstehen, weil Deutschland im Ausland zu wenig kauft, sondern das hat auch viel mit den Ölpreisen zu tun. In den Jahren des hohen Ölpreises gab es in der Leistungsbilanz große Defizite. Heute verzeichnen wir Überschüsse.

Deutsche Exporte sind auch für die Entwicklung vieler Nationen in der Welt sehr wichtig. Im Jahreswirtschaftsbericht steht, dass der Anteil von Exporten in die mittel- und osteuropäischen Staaten überdurchschnittlich gewachsen ist. Die mittel- und osteuropäischen Staaten haben mittlerweile einen größeren Anteil am Exportvolumen Deutschlands als China. Es ist doch sehr positiv, dass deutsche Exporte in vielen Teilen Europas einen Beitrag zur wirtschaftlichen Entwicklung leisten, weil es letztendlich – darauf hat der Kollege Fuchs hingewiesen – um die Verknüpfung der Lieferketten geht. Export bedeutet ja nicht nur, Waren in Länder zu exportieren, sondern er bedeutet auch, Teile und Leistungen für die Zulieferung zu importieren.

Deutschland braucht den freien Handel. Herr Özdemir, ich habe sehr darüber gestaunt, dass die Grünen jetzt plötzlich zur Freihandelspartei werden.

Was ist denn das? Das ist ja etwas ganz Neues bei Ihnen. Sie sind doch in der Allianz der Gegner von TTIP und von allen ande-

ren Abkommen gewesen.

Genauso wie die Linken: Sie haben es bis heute noch nicht begriffen. Bei Herrn Özdemir scheint zumindest ein Umdenken eingesetzt zu haben, was erst einmal ein Fortschritt ist.

Wir werden unter den neuen globalen Gegebenheiten wesentlich mehr darum kämpfen müssen, den freien Handel zu erhalten. Herr Ernst, Sie haben gesagt: Wir brauchen keinen freien Handel, sondern fairen Handel. – Erklären Sie mir den Unterschied. Das müssen Sie wirklich einmal machen.

Sie diskreditieren mit diesem Satz jede Art von freiem Handel als nicht fairen Handel.

Das ist einfach Quatsch, das ist blanker Unfug. Freier Handel ist im Prinzip genau das, was wir in Deutschland wollen.

Trotzdem handelt Deutschland fair. Ihr Satz ist reine Polemik und entbehrt jeglicher Grundlage.

Wir brauchen das CETA-Abkommen. Auch das Bundesverfassungsgericht hat uns mit Blick auf dieses Abkommen recht gegeben. Ich weiß gar nicht, warum Sie morgen noch einmal diese uralte Debatte darüber führen wollen.

Wir brauchen aber auch die Wirtschaftspartnerschaftsabkommen mit Afrika. Ich kann überhaupt nicht verstehen, dass jetzt wieder darüber diskutiert wird, dass man diese Abkommen nicht schließen solle oder dass man sie umschreiben müsse. Wir brauchen mit Afrika Nachfolgeabkommen, die WTO-gerecht sind. Deshalb kann ich hier nur noch einmal dafür plädieren, diese Wirtschaftspartnerschaftsabkommen mit Afrika endlich zu ratifizieren, um sie in Kraft setzen zu können.

Meine Damen und Herren, wenn es darum geht, die Globalisierung zu gestalten, die Globalisierung weiterzuentwickeln, dann bietet sich dieses Jahr dafür eine hervor-

ragende Chance. Deutschland hat die Präsidentschaft der G 20: In Hamburg wird der G 20 Gipfel stattfinden. Die deutsche G 20 Präsidentschaft hat sich das Ziel gesetzt, über die Chancen und Risiken der Globalisierung einen neuen Diskussionsprozess anzustoßen. Das finde ich sehr wichtig, gerade angesichts der aktuellen Politik in den Vereinigten Staaten. Im Jahreswirtschaftsbericht gibt es ein paar Punkte, auf die ich kurz eingehen möchte: Es drohen Gefahren für die weitere Entwicklung. Ein Beispiel ist das Thema Bankenregulierung. Banken sind ja der Hauptgegner der Linken. Banken sind aber für die Entwicklung der Wirtschaft wichtig. Vor allem der Mittelstand braucht ein funktionierendes Bankensystem. Wir dürfen daher den Bankensektor nicht überregulieren.

Wir müssen die Investitionsquote des Staates stärken. Wir müssen gemeinsam mit den Unternehmen

an einer Stärkung der Investitionsquote arbeiten. Es ist sehr bedenklich, dass selbst die Mittel der Wirtschaftsförderung nicht mehr ausgeschöpft werden, wenn es darum geht, in Deutschland zu investieren.

Wir müssen vor allen Dingen – das ist für mich ein wichtiger Punkt – den deutlichen Anstieg des Staatskonsums bremsen. Investitionen des Staates müssen aus meiner Sicht gefördert werden. Aber der Staatskonsum kann nicht der Gradmesser einer positiven Entwicklung sein; denn konsumtive Ausgaben rentieren sich nicht unbedingt, wie wir alle wissen. Wir müssen zudem die Staatsquote im Blick behalten. Auch das ist in den letzten Jahren mehr oder weniger gut gelungen.

Ich will einen weiteren Punkt ansprechen, der mir besonders wichtig ist, weil es um das Einkommen der Menschen geht. Der Jahreswirtschaftsbericht weist aus, dass

die Schere zwischen Brutto- und Nettoeinkommen der Menschen weiter auseinandergeht. Das heißt, die Bruttoeinkommen sind deutlich stärker gestiegen als die Nettoeinkommen. Hier sehe ich ein großes Problem; denn höhere Bruttoeinkommen helfen den Menschen nicht, wenn nicht mehr Geld in der Tasche bleibt, das sie für sich verwenden können. Die Entwicklung ist insgesamt aber erst einmal positiv.

Herr Gabriel, wir wünschen Ihnen in Ihrem neuen Amt alles Gute. Das Thema Afrika habe ich jetzt nicht so dezidiert angesprochen. Aber wir werden, wenn Sie Ihr neues Amt angetreten haben, sicherlich noch viele Berührungspunkte haben.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Thomas Lutze, DIE LINKE:

Handel muss fair und sozial gerecht gestaltet werden



Thomas Lutze (*1969)
Landesliste Saarland

Das der Minister natürlich voll des Lobes über die wirtschaftliche Situation der Bundesrepublik ist, verwundert nicht. Die Zahlen hören sich zuerst einmal gut an. Aber er hat auch richtigerweise gesagt, dass Euphorie nicht angebracht ist. Die Probleme Binnennachfrage und Exportüberschüsse wurden bereits von mehreren Rednern angesprochen, allerdings unterschiedlich bewertet. Wir sagen ganz deutlich: Wer seine eigene Wirtschaft so einseitig auf den Export ausrichtet und die reine Wachstumslogik propagiert, kann ein böses Erwachen erleben, nämlich dann, wenn sich die politische Großwetterlage verändert. Genau das passiert gerade. Weil Deutschland so abhängig vom Welthandel ist, müsste die Bundesregierung viel mehr dafür tun, ihn fairer und damit stabiler zu gestalten.

Globaler Austausch von Waren und Dienstleistungen muss fair, sozial gerecht und umweltpolitisch verantwortlich gestaltet werden.

Die riesigen Überschüsse im innereuropäischen Handel haben ganze Volkswirtschaften in Europa an den Rand des Ruins geführt. Es gibt nämlich keine Überschüsse ohne entsprechende Defizite auf der anderen Seite. Jahrzehntlang haben wir unseren Nachbarn mehr verkauft, als sie uns verkauft haben. Damit zum Beispiel die Länder Südeuropas unsere Produkte kaufen, leihen wir ihnen auch noch das Geld, damit sie diese Produkte und Dienstleistungen bezahlen können. Was passiert, wenn sie ihre Kredite und Zinsen nicht mehr zahlen können? Dann diktieren wir ihnen unter unseren Bedingungen die Sanierung ihrer Haushalte. Die Folgen sind dramatischer Sozialabbau und Massenarbeitslosigkeit in vielen Ländern Südeuropas. Übrigens stand der zukünftige SPD-Boss Schulz in der ersten Reihe der Befürworter einer solchen Politik.

Auch hierzulande haben viele Menschen und ganze Regionen Angst davor, von der aktuellen positiven Wohlstandsentwicklung abgehängt zu werden. Die Zahl der Langzeitarbeitslosen, die in der Statistik gar nicht mehr auftauchen, steigt. 2016 war auch ein Rekordjahr für Leiharbeit und befristete Beschäftigung. Die Quote

derer, die akut von Armut bedroht sind, steigt. Das ist eine politische, eine wirtschaftliche und eine sozialpolitische Entwicklung, die dringend korrigiert werden muss.

Die Bundesrepublik muss aber endlich auch mehr für den Schutz bestimmter Branchen unternehmen. Die einheimische Stahlindustrie zum Beispiel konkurriert unter verschärften Bedingungen mit der chinesischen Stahlindustrie. Diese hat derzeit weit schwächere Umweltauflagen, und viele Produkte werden de facto vom chinesischen Staat subventioniert. Wollen wir diesen industriellen

Kern in Deutschland in unserer Wirtschaft erhalten, dann müssen wir handeln und dürfen nicht nur über die Probleme reden.

Wenn ich von meiner Heimatstadt Saarbrücken aus 20 Kilometer nach Norden fahre, dann sehe ich Hütten, Stahlwerke, Walzwerke, Maschinenbau- und Fahrzeugindustrie und viele Zulieferer. Hier arbeiten Zehntausende Menschen zu guten tariflichen Bedingungen. Fahre ich aber 20 Kilometer von Saarbrücken aus nach Westen, dann sehe ich im benachbarten Frankreich die verrosteten Überreste einer untergegangenen Epoche. Im Gegensatz zu Ostdeutschland war hier noch nicht einmal das Geld vorhanden, um das Alte wenigstens wegzuräumen.

Viele Menschen in unserem Land haben Ängste, die es ernst zu nehmen gilt. Die Rattenfänger auf der ganz rechten Seite haben hier leichtes Spiel, wenn nichts oder zu

wenig passiert. Überall gingen industrielle Kerne verloren, weil man tatenlos zugesehen hat, wie sich die Märkte weltweit veränderten. Es ist die Aufgabe der Politik, einzugreifen, und zwar im Interesse der Beschäftigten und der kleinen und mittleren Unternehmen.

Dabei muss man auch den Mut haben, den Weg der reinen Lehre des Neoliberalismus und des Freihandels – es gibt nämlich wirklich einen Unterschied, Herr Lämmel, zwischen Freihandel und fairem Handel – zu verlassen. Ansonsten sitzen dort drüben – nicht auf der Bank der Bundesregierung, sondern ganz rechts – demnächst Typen, die hier keiner haben will. Liebe Kolleginnen und Kollegen, denken Sie wenigstens einmal darüber nach.

(Beifall bei der LINKEN)



Nicht nur in Hamburg leben die Bürger gut von der Exportwirtschaft.

© Andrea Großmann/Shotshop/picture alliance

Bernd Westphal, SPD:

Digitalisierung wird bestimmendes Thema



Bernd Westphal (*1960)
Landesliste Niedersachsen

Der letzte Jahreswirtschaftsbericht in dieser Legislaturperiode gibt Anlass, Bilanz zu ziehen, Bilanz über das, was erreicht worden ist. Diese Bilanz fällt sehr positiv aus. Die Zahlen zum Bruttoinlandsprodukt sind hier in der Debatte schon genannt worden. Das Wirtschaftswachstum ist positiv, der Beschäftigungsaufwuchs ist positiv, wir haben eine gute Entwicklung, was die Arbeitslosenquote angeht, aber auch die Renten sowie die Löhne und Einkommen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind gestiegen. Im

Grunde ist das eine Jobmaschine, für die die Politik des Wirtschaftsministers Sigmar Gabriel verantwortlich ist. Ganz herzlichen Dank für diese Bilanz.

Nicht nur national, sondern vor allem auf internationaler Ebene sind viele Dinge nach vorne gebracht worden. Beeindruckt haben mich zwei Punkte: auf der einen Seite, dass Sie es geschafft haben, das, was die Vorgängerregierungen energiepolitisch liegen gelassen haben, europakompatibel zu gestalten. Die wettbewerbsrechtlichen Dinge, die wir regeln mussten, sind erfolgreich umgesetzt worden. Auf der anderen Seite möchte ich daran erinnern, dass wir als Sozialdemokraten und mit Ihrer Person beim Freihandelsabkommen CETA – das wurde in der Debatte schon erwähnt – ein modernes Freihandelsabkommen mit einer Menge von Instrumenten gestaltet haben, und zwar nicht nur mit 28 europäischen Mitgliedstaaten, sondern auch mit der kanadischen Regierung. Das war wirklich internationale Politik auf höchstem Niveau. Herzlichen Dank dafür.

Diese gute wirtschaftliche Situati-

on hat natürlich vor allem damit zu tun, dass wir fleißige, gut ausgebildete und motivierte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in diesem Land haben, Unternehmerinnen und Unternehmer, die mutig investieren, die Ideen haben, die kreativ ihren Job machen. Dafür gilt ihnen unser besonderer Dank.

Auf drei Bereiche möchte ich besonders eingehen. Wir dürfen uns natürlich nicht auf dem Erreichten ausruhen; das wäre ein Fehler. Deshalb geht es darum, die Investitionen des Bundes zu erhöhen. Das ist in dieser Legislaturperiode gelungen. Die Investitionen sind um weit mehr als ein Drittel auf 36,1 Milliarden Euro angestiegen. Das ist eine gute Entwicklung. Jetzt liegt es an der Wirtschaft, wieder Geld in die Hand zu nehmen und zu investieren – und zwar in Deutschland zu investieren.

Wir brauchen nicht nur Ersatz-, sondern auch Erweiterungsinvestitionen. Die globale Situation zeigt deutlich, dass es kein absolut sicheres Marktumfeld gibt und auch noch nie gab. Deshalb brauchen wir eine Rückbesinnung darauf,

dass vor allem auch die Standortvorteile Deutschlands bei Investitionsentscheidungen mitberücksichtigt werden.

Wir haben eine gute Infrastruktur, gut ausgebildete Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, aber auch die Mitbestimmung. Gute Arbeit, gute Sozialpartnerschaft führen zu diesen Standortbedingungen. Die SPD steht für technischen und gesellschaftlichen Fortschritt. Der fällt nicht vom Himmel, sondern muss politisch gestaltet werden. Dafür werden wir die Weichen stellen.

Die Digitalisierung wird in den nächsten Jahren das bestimmende Thema auf der politischen Agenda sein. Die Haushaltsmittel für die Breitbandförderung sind auf 4 Milliarden Euro bis 2020 aufgestockt worden. Das ist ein wichtiger Schritt. Viele weitere Schritte werden und müssen noch folgen. Unser Ziel muss sein: Glasfaser in jedes Haus in Deutschland. Davon hängt die zukünftige Innovationskraft von Wirtschaft und Gesellschaft ab.

Ebenso wichtig ist die Ausweitung des Angebots von Wagniskapital, um damit auch Start-up-Unternehmen und neue Ideen zu unterstützen.

Digitalisierung, Innovation und Investitionen helfen uns, nachhaltiger zu werden. Die Energiewende ist deshalb eines der zentralen Klimaschutzprojekte der Bundesregierung. Wir haben in den letzten Jahren und Monaten bereits

einiges erreicht und die Energiepolitik langfristig ausgerichtet. Trotzdem werden wir auch in Zukunft noch viel investieren müssen. Diese Investitionen fördern jedoch nicht nur die Nachhaltigkeit in Deutschland, sondern sind auch ein riesiges Infrastrukturprojekt, das Wertschöpfung vor Ort hier in Deutschland generiert und ein erhebliches Potenzial für Exporte sichert.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir befinden uns derzeit in einer Position der Stärke. Diese Stärke sollten wir bewusst nutzen. Sicherlich müssen Schulden getilgt und abgebaut werden, aber wir müssen auch weiterhin an die Zukunftsinvestitionen denken. Eine Straße wird nicht besser, nur weil wir keine Schulden haben. Kinder können nicht in moderne Schulen gehen, nur weil wir keine Schulden haben. Auch eine Internetleitung überträgt nicht mehr an Leistung, nur weil wir keine Schulden haben. Dafür sind Investitionen notwendig. Es ist eine Sache, Zurückhaltung zu üben, wenn kein Geld da ist, aber in der jetzigen Situation – bei niedrigen Zinsen und Haushaltsüberschüssen – ist es wichtig, genau diese Zukunftsfähigkeit zu sichern. Deshalb dürfen wir die Grundlagen für den Wohlstand von morgen, Herr Grosse-Brömer, nicht aus den Augen verlieren und müssen diese Zukunftsinvestitionen tätigen.

(Beifall bei der SPD)

Dieter Janecek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Es gibt keinen Fahrplan für den Kohleausstieg



Dieter Janecek (*1976)
Landesliste Bayern

Sehr geehrter Herr Minister, auch ich möchte mich persönlich bedanken, und zwar besonders dafür, dass Sie in diesem Parlament und im Ausschuss immer zum Streiten bereit waren. Auch ich bin jemand, der gern streitet, und das machen wir jetzt hier in der Debatte noch ein letztes Mal. Denn das tut uns allen und

insbesondere dem Parlamentarismus gut.

Herr Gabriel, ich habe Ihrer Rede sehr wohl zugehört. Ich habe darin zwei Wörter vermisst: Ökologie und Erneuerbare. Sie kamen nicht vor.

Was ist denn die Fortschrittsaufgabe, die wir haben? Ich zitiere Sie einmal aus 2006 – da waren Sie noch Umweltminister –: Umweltschutz als Leitindustrie, erneuerbare Energien als Exportschlager, die Entkopplung von Wirtschaftswachstum und Ressourcenverbrauch als industriepolitische Notwendigkeit und als Chance für die deutsche Wirtschaft. – Das war der Ton, den Sie angeschlagen haben, auch wenn Ihre Politik der letzten Jahre dem nicht entsprach.

Schauen wir einmal hin: Der Klimaschutzplan der Bundesumweltministerin wurde zusammengefasst. Das Klimaziel 2020 werden wir verfehlen. Für den Kohleaus-

stieg gibt es keinen verlässlichen Fahrplan. Erneuerbare Energien: Hier standen Sie immer auf der Seite der Konzerne und nicht auf der Seite der Mittelständler, der vielen Marktteilnehmer, die da etwas einbringen können.

Die Rohstoffeffizienz ist für Sie nicht mehr relevant. Handelspolitik: Ja, Sie haben verhandelt; aber Sie haben nie wirklich dafür gekämpft, dass wir einen fairen globalen Handel bekommen, sondern Sie haben sich lediglich dem angeschlossenen, was von der EU und von der US-Seite kam. Sie wollen ein Handelsabkommen durchdrücken, das uns am Ende nicht hilft. Elektromobilität: Andere Länder weisen hier die Richtung: China, Norwegen, Frankreich, Kalifornien. Wir sind es nicht; wir schaffen es mit dieser Politik nicht, die Automobilindustrie auf die Spur zu bringen. Sie haben gestern im Ausschuss gesagt – was ich richtig finde –: Wir

müssen die Welt neu vermessen; denn mit Brexit und Trump verschiebt sich tektonisch etwas. – Aber wir müssen auch die Wirtschaft neu vermessen und einmal überlegen, wie wir sie messen. Dazu haben wir Grüne etwas, wie ich finde, Kluges vorgelegt; wir wollen nämlich von der totalen Fixierung auf das Bruttoinlandsprodukt wegkommen. Wir sagen – Kerstin Andreae hat diesen Ansatz für unsere Fraktion federführend entwickelt –: Wir müssen den Wohlstand neu messen.

Wir brauchen einen Jahreswohlstandsbericht der Regierung.

Wir dürfen nicht nur darüber reden, ob die Kennzahlen der Produktion steigen. Eine solche Steigerung ist zwar gut, aber, ökologisch betrachtet, nicht das einzig Gute; vielmehr müssen wir schauen, ob etwas nachhaltig ist, ob es gut für unsere Bildung und für den Kampf gegen die soziale Spaltung ist. Beantwortet werden müssen die Fragen: Was passiert in unserem Land? Ist der Wohlstand für alle da, oder ist er nur für wenige da? Darauf antwortet unser eigener Jahreswohlstandsbericht; zum zweiten Mal legen wir ihn nun vor.

Wir glauben, dass wir in diese Richtung gehen müssen. Wir glau-

ben, dass sich die ganze Debatte über das Wirtschaften der Zukunft verändern muss; denn Wachstum allein bedeutet eben nicht Wohlstand. Das müssten wir gelernt haben.

Noch ein Wort zur veränderten weltpolitischen Situation. Wir als Bundesrepublik Deutschland können uns die Partner nicht aussuchen. Die USA sind uns kulturell mit am nächsten. Das heißt, die Kontakte müssen fortbestehen. Wir müssen mit den USA reden. Wir sehen auch, dass es in den USA eine Zivilgesellschaft gibt, die groß ist, die die Mehrheit der Gesellschaft ausmacht. Mit ihr gemeinsam müssen wir auf dem Feld der Wirtschaftspolitik über die Erneuerbaren, über fairen Handel reden. Das zu fördern, wäre auch eine Aufgabe für eine Bundesregierung, ich hoffe, für eine, der wir in der nächsten Legislaturperiode angehören; denn wir können das besser.

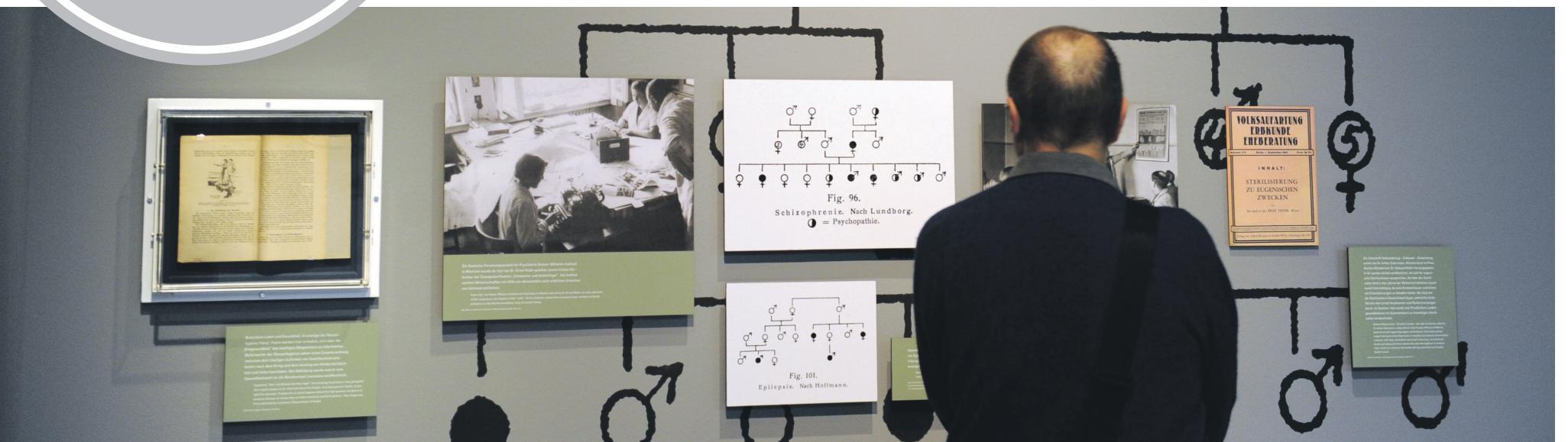
(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dies ist eine gekürzte Version der Debatte. Es sprachen zudem Dr. Andreas Lenz (CDU/CSU), Gabriele Katzmarek (SPD) und Axel Knoerig (CDU/CSU).

leicht
erklärt!

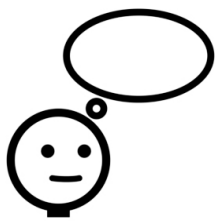
Gedenken an die Opfer vom National-Sozialismus

Gedenk-Stunde im Bundes-Tag



Gedenk-Tag

Am letzten Freitag
war ein wichtiger Gedenk-Tag.



An Gedenk-Tagen
erinnert man sich zum Beispiel
an besondere Ereignisse.
Oder an besondere Personen.

Bei dem Gedenk-Tag am Freitag
ging es um:
Die Opfer vom National-Sozialismus.

Darum heißt der Tag auch:
Tag des Gedenkens
an die Opfer
des National-Sozialismus.

Er ist jedes Jahr am 27. Januar.

Und er findet
in ganz Deutschland statt.

Der Bundes-Tag hat dazu
eine Gedenk-Stunde gemacht.

Im folgenden Text steht mehr darüber.

Was ist National-Sozialismus?

Menschen,
die dem National-Sozialismus folgen,
nennt man: National-Sozialisten.

In kürzerer Form
nennt man sie oft auch: Nazis.

Besonders viele von ihnen gab es
vor ungefähr 80 Jahren.

Die National-Sozialisten
hatten ganz bestimmte Meinungen.

Sie dachten zum Beispiel:

- Die Deutschen sind besser als alle
anderen Menschen auf der Welt.

Andere Menschen
sind weniger wert.

- Deutschland hat das Recht,
gegen andere Länder zu kämpfen
und sie zu erobern.

Denn andere Länder
sind weniger wert.

- In Deutschland soll es
einen Mann geben,
der das ganze Land anführt.

Er soll alles bestimmen.

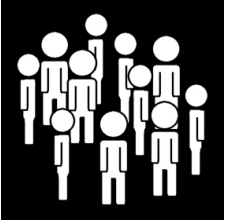
Jeder muss auf ihn hören.

Und keiner darf ihm widersprechen.



Die National-Sozialisten hatten auch eine Partei.

Parteien sind Gruppen von Menschen.



Sie tun sich zusammen. Denn sie haben ähnliche Ideen, welche Politik man machen sollte.

Die national-sozialistische Partei gab es vom Jahr 1920 bis zum Jahr 1945.

Und im Jahr 1933 kam sie in Deutschland an die Macht.

Das heißt: Sie bestimmten damals in Deutschland.

Und zwar durch ihren Chef. Man nannte ihn auch: den Führer. Sein Name war: Adolf Hitler.

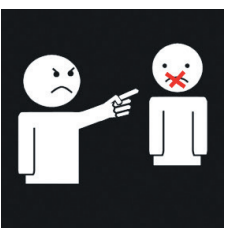
Die National-Sozialisten haben Deutschland zu einer Diktatur gemacht.

In einer Diktatur herrschen wenige Menschen über ein ganzes Land.

Die meisten Menschen können im Land nicht mitbestimmen.

Denn sie können nicht die Politiker wählen, die sie wählen wollen.

Die Politiker in einer Diktatur bestimmen auch sehr stark über das Leben von den Menschen.



Und die Leute dürfen ihre Meinung nicht sagen.

Die National-Sozialisten regierten in Deutschland 12 Jahre lang.

Genauer:
Vom Jahr 1933 bis zum Jahr 1945.

Die national-sozialistische Zeit war eine furchtbare Zeit für Deutschland und für ganz Europa.

Die National-Sozialisten und ihre Helfer haben viele schreckliche Dinge getan.

Sie haben zum Beispiel den Zweiten Welt-Krieg begonnen.

Und sie haben in Deutschland viele Menschen verfolgt.

Denn sie glaubten: Diese Menschen gehören nicht zu Deutschland.

Zum Beispiel:

- Juden

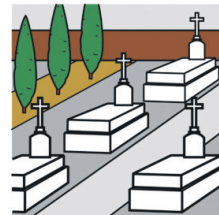
- Sinti oder Roma

Diese Menschen nannte man damals oft: Zigeuner.

- Menschen, die eine andere Meinung hatten als die National-Sozialisten

Sie haben sie in Gefängnisse geschickt. Oder in große Lager.

Und sie haben sehr, sehr viele von ihnen umgebracht. Und zwar viele Millionen.



Gedenken an die Opfer

Darum gibt es den Gedenk-Tag an die Opfer vom National-Sozialismus.

Das Ziel von diesem Tag ist:

Man soll sich an die Opfer erinnern.

Und man soll sich daran erinnern, was die National-Sozialisten getan haben.

Man soll darüber nachdenken, wie schlimm diese Zeit war. Damit so etwas nie wieder passiert.



Was passiert am Gedenk-Tag?

Am Gedenk-Tag gibt es Veranstaltungen in ganz Deutschland.

Zum Beispiel:

- Lesungen

- Theater-Aufführungen

- Gottes-Dienste

Auch die Politiker vom Bundes-Tag machen an dem Tag immer eine Gedenk-Stunde.

Zum Beispiel mit Reden, Musik und anderen Dingen.





Diese Gedenk-Stunde hat immer einen Schwer-Punkt.

Das bedeutet:
Ein bestimmtes Thema bekommt besonders viel Aufmerksamkeit.

Dieses Jahr war der Schwer-Punkt: die „Euthanasie“.

Was ist „Euthanasie“?

Das Wort „Euthanasie“ kommt aus der alt-griechischen Sprache. Es bedeutet eigentlich: angenehmer Tod.

Die Idee war:

Manchmal ist jemand sehr krank. Er wird sterben. Und er leidet sehr.

Dann müssen Ärzte dafür sorgen, dass das Sterben so angenehm wie möglich für ihn ist.

Diese Idee hat sich aber immer weiter verändert.

Und irgendwann gab es dann Leute, die Folgendes dachten:

Es gibt Menschen, die schlecht für ein Land sind.

Zum Beispiel:

- Menschen mit Behinderung
- Oder Menschen mit einer psychischen Erkrankung

Sie sind schlecht, denn sie kosten das Land viel Geld.

Aber sie können nichts zur Gesellschaft beitragen.

Sie können zum Beispiel nicht arbeiten.

Und wenn sie Kinder bekommen, dann haben die vielleicht auch eine Behinderung.

Darum haben diese Leute gesagt: Wenn diese Menschen schlecht für ein Land sind, dann darf man sie töten.

Die National-Sozialisten haben diese Idee dann übernommen.

Und sie haben beschlossen:

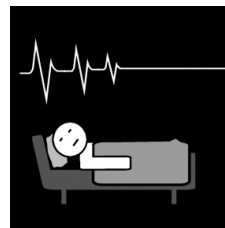
In Deutschland haben Menschen mit Behinderung kein Recht zu leben.

Und Menschen mit psychischen Erkrankungen auch nicht.

Sie sollen sterben.

Denn dann kosten sie kein Geld mehr.

Und sie können auch keine Kinder bekommen.



Dafür haben die National-Sozialisten bestimmte Heime eingerichtet.

Dort wurden die Menschen dann hingebacht.

Dann hat man sie getötet.

Ihre Verwandten hat man angelogen.

Man hat ihnen zum Beispiel gesagt, dass die Menschen einfach so gestorben sind.

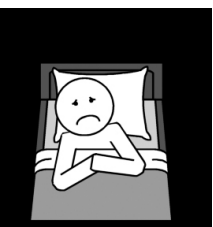
Die Leichen hat man sofort verbrannt.

So konnte niemand überprüfen, woran sie wirklich gestorben sind.

Die National-Sozialisten haben auf diese Weise sehr viele Menschen umgebracht.

Genauer: Ungefähr 200-Tausend bis 300-Tausend.

Und diesen ganzen Ablauf nennt man: „Euthanasie“.





Es gab damals natürlich auch Menschen, die gegen die „Euthanasie“ waren.

Zum Beispiel: Einige Bischöfe von der katholischen und der evangelischen Kirche haben sich darüber beschwert.

Wirklich beenden konnten sie die „Euthanasie“ aber nicht.

Die National-Sozialisten haben dann stärker darauf geachtet, dass die Morde geheim bleiben.

Was ist bei der Gedenk-Stunde passiert?

Die „Euthanasie“ war also ein ganz schreckliches Verbrechen. Und sie hat den Menschen viel Leid gebracht.

Darum war sie auch der Schwer-Punkt bei der Gedenk-Stunde im Bundes-Tag.

Dort gab es verschiedene Veranstaltungen dazu.

Der Chef vom Bundes-Tag hat eine Rede gehalten.

Sein Name ist: Norbert Lammert.

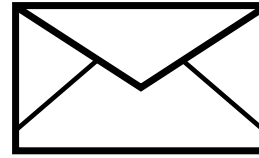


Dann gab es noch Reden von 2 anderen Personen.

Sie hießen:
- Sigrid Falkenstein
- Doktor Hartmut Traub

Die National-Sozialisten haben auch die Tante von Sigrid Falkenstein und den Onkel von Hartmut Traub getötet.

Beide haben Bücher über ihre Verwandten geschrieben.



Außerdem ist der Schauspieler Sebastian Urbanski aufgetreten.

Er hat das Down-Syndrom.

Und er hat einen Brief vorgelesen.

Den hat ein Mann mit Namen Ernst Putzki geschrieben.

Und zwar im Jahr 1943.

Auch Ernst Putzki wurde von den National-Sozialisten umgebracht.



Danach hat ein Klavier-Spieler ein Lied gespielt.

Das hat der Komponist Norbert von Hannenheim geschrieben.

Der hatte eine psychische Erkrankung. Und er wurde darum von den National-Sozialisten getötet.

Zum Abschluss von der Gedenk-Stunde hat der Musiker Felix Klieser ein Lied auf einem Horn gespielt.

Felix Klieser hat keine Arme. Darum spielt er das Horn mit seinem Fuß.

Auch dieses Lied hat Norbert von Hannenheim geschrieben.

Weitere Informationen in Leichter Sprache gibt es unter: www.bundestag.de/leichte_sprache

Impressum

Dieser Text wurde in Leichte Sprache übersetzt vom:



**Nachrichten
Werk**

www.nachrichtenwerk.de

Ratgeber Leichte Sprache: <http://tny.de/PEYPP>

Die Bilder sind von © picture-alliance/ dpa und von Picto-Selector. Genauer: © Sclera (www.sclera.be), © Paxtoncrafts Charitable Trust (www.straight-street.com), © Sergio Palao (www.palao.es) im Namen der Regierung von Aragon (www.arasaac.org), © Pictogenda (www.pictogenda.nl), © Pictofrance (www.pictofrance.fr), © UN OCHA (www.unocha.org) oder © Ich und Ko (www.ukpukvve.nl). Die Bilder unterliegen der Creative Commons Lizenz (www.creativecommons.org). Einige der Bilder haben wir verändert. Die Urheber der Bilder übernehmen keine Haftung für die Art der Nutzung.

Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“ 5-7/2017
Die nächste Ausgabe erscheint am 20. Februar 2017.